

CHRISTIAN FUCHS / JOHN GOETZ

GEHEIMER KRIEG



rowohlts
e-BOOK

WIE VON DEUTSCHLAND AUS
DER KAMPF GEGEN DEN
TERROR GESTEUERT WIRD

Christian Fuchs • John Goetz

Geheimer Krieg

Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird

 rowohlt
e-BOOK

Inhaltsübersicht

Motto

Teil I Amerikas williger Partner

- 1. Kapitel Dinner-Party
- 2. Kapitel Deutsche Informationen
- 3. Kapitel Der tiefe Staat Amerika – der tiefe Staat Deutschland?

Teil II Das US-Afrikakommando in Stuttgart

- 4. Kapitel Eine unnötige öffentliche Debatte
- 5. Kapitel Die Phase der Verschleppungen
- 6. Kapitel Himmlisches Gleichgewicht
- 7. Kapitel Luftpiraten
- 8. Kapitel Die Phase der gezielten Tötungen

Teil III Deutschland und der amerikanische Drohnenkrieg

- 9. Kapitel Bismarckturm und Bank of America
- 10. Kapitel Wolfshunde
- 11. Kapitel Satellitenfarm
- 12. Kapitel Obama antwortet
- 13. Kapitel Menschliche Quellen

Teil IV Die National Security Agency in Deutschland

- 14. Kapitel Männer, die auf Männer starren
- 15. Kapitel Mit den Daten gegen die Datensammler
- 16. Kapitel Unsichtbare Datenströme

Teil V Gute Geschäfte auf deutschem Boden

- 17. Kapitel Die CIA-Logistikzentrale in Frankfurt

- 18. Kapitel Kidnapping GmbH
- 19. Kapitel Reiseberater
- Epilog

Dank

Bildnachweis

Glossar

Register

Such nicht mehr, Frau: du wirst sie nicht mehr finden!

Das Schicksal aber, Frau, beschuldige nicht!

Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden

Sie haben Name, Anschrift und Gesicht.

Bertolt Brecht, Kriegsfibel

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Teil I

Amerikas williger Partner

1. Kapitel

Dinner-Party



Verwüstetes Haus nach einem Drohnenangriff in Waziristan

Das Abendessen war vorbei. Sie saßen noch ein wenig vor der Tür des Hauses mit Blick auf die Berge. Ihr Tischgespräch drehte sich um Moskitos, wie sie die Drohnen nannten. Sie sprachen über Drohnenopfer, wie so oft in diesen Tagen, in denen scheinbar jeder darüber sprach. Hier, im gefährlichsten Teil Pakistans, im Grenzgebiet zu Afghanistan, in der Region Waziristan.

Die Bewohner des Gehöftes am Stadtrand von Mir Ali hatten ein paar Freunde zu einer Dinner-Party eingeladen. Sechs Deutsche lebten auf dem Hof. Von außen sah es aus wie all die anderen Lehmhäuser in der Stadt. Sandfarbene Flachbauten mit einem Dach aus Palmenblättern. Fünf Räume

bildeten das Anwesen, in seinem Innenhof stand ein Brunnen, rundherum staubiger Boden. Pakistanische Architektur, könnte man sagen.

Innen jedoch eröffnete sich für den Besucher ein seltener Luxus: Eine Klimaanlage kämpfte gegen die Hitze, es gab ein Radio, in dem täglich *Deutsche Welle* lief, zum Essen kamen Pepsi und Nutella auf den Tisch. Die Männer wuschen sich mit deutscher Seife und die Frauen pflegten ihre Haut mit deutscher Creme. In dem großen Hof war ein Volleyballnetz aufgespannt. Deutsche Kultur, könnte man sagen.

Drei pakistanische Freunde sind an diesem Abend zu Gast. Es ist ein Essen für die Männer. Die Ehefrauen müssen im Haus warten. Nach dem Mahl beginnt Bünyamin, der jüngste Bewohner, die Teller abzuwaschen. Im Gegensatz zu den anderen Männern ist sein Bartwuchs noch nicht stark, nur ein paar Stoppeln sprießen aus seinem Kinn. Die braunen Knopfaugen des 20-Jährigen geben seinem Gesicht einen offenen, freundlichen Blick. Freunde nennen ihn «Bünno». Vor ein paar Wochen war der junge Mann aus Nordrhein-Westfalen nach Waziristan gereist. Manche meinen, er wollte hier am Dschihad teilnehmen. In den Ferien zuvor hatte er noch bei einem Bauern in Wuppertal Schafe gehütet. Sein älterer Bruder Emrah lebte bereits in Pakistan.

Während Bünyamin die Reste des Abendessens wegräumt, bringt Emrah sein Baby in das etwas entfernt liegende Haus zu seiner Frau. Der kleine Junge hat angefangen, die Essensgäste zu nerven, und es ist Zeit für ihn, ins Bett zu gehen. «Komm doch mal her, Shahab», ruft Emrah seinem Freund aus Hamburg zu. Er braucht Hilfe, um noch ein paar Stühle vor die Tür des Hauses zu tragen. Shahab Dashtis Frau, eine Zahnmedizinstudentin aus Hamburg, ist schwanger. Auch sie bleibt im Haus. «Sofort, eine Minute

noch ...», antwortet Shahab.

*

Es ist 19:26 Uhr. Kurz nach dem Essen und vier Minuten vor dem Abendgebet. Die Männer vor dem deutschen Haus sind nicht allein, aus 2000 Metern Höhe werden sie von einer Drohnenkamera dabei beobachtet, wie sie das Geschirr einsammeln. Die Bilder erscheinen auf dem Monitor eines Drohnenpiloten, der zehntausend Kilometer entfernt auf einer Luftwaffenbasis in der amerikanischen Wüste sitzt. Auf seinem Bildschirm sieht er Bünyamin, er sieht Shahab, den Hamburger Basketballspieler, und er sieht drei weitere Personen, die das Drohnenauge gestochen scharf einfängt. Kurz bevor er den Raketenknopf drückt, nimmt der Pilot noch wahr, wie ein Mann aus der Gruppe ins Haus zurückrennt. Es ist Bünyamins älterer Bruder. Der Pilot weiß, dass er jetzt auf den Knopf drücken muss, denn bald kann die gesamte Gruppe auseinandergehen.

Die Bilder aus Waziristan werden nicht nur an den Piloten gesendet. Auch die Mitarbeiter des amerikanischen Air Operations Center in Al Udeid in Katar verfolgen die Aufnahmen in Echtzeit. Eine Killerdrohne, eine General Atomics MQ-1, auch *Predator* genannt, ist nicht einfach ein selbstfliegender Roboter. Solch eine Drohne ist ein System. Oft wird sie auch von unterstützenden Aufklärungsdrohnen begleitet.

Nicht nur, dass die Beobachter in den USA und in Katar die Bewegtbilder aus Pakistan verfolgen, sie hätten während des Dinners gleichzeitig auch die Mobiltelefone der Bewohner des deutschen Hauses abhören können.

Alle abgelauschten Töne, die Überwachungsvideos der Drohne, ja alle

Daten erreichen die Vereinigten Staaten von Amerika über Satellitenanlagen, wie sie auch in Deutschland stehen. In Ramstein.

Seit Wochen hat das deutsche Haus unter Beobachtung gestanden. Jeder Drohnenangriff in Pakistan muss von CIA-Direktor Leon Panetta und einem CIA-Juristen abgesegnet werden. An dem Tag, als der Befehl im siebten Stock der Central Intelligence Agency (CIA) in Washington D.C. unterschrieben wurde, wurde ein Todesurteil gefällt. Ohne Anklage. Ohne Verhandlung. Ohne rechtliche Grundlage.

*

Zur gleichen Zeit, zu der in Mir Ali das Abendgebet beginnt, fällt in Berlin der Zeiger der Behördenuhr gerade auf 16:30 Uhr. Der Feierabend naht an diesem Montag im Oktober 2010 für die meisten der Beamten im «Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum» am Treptower Park. Und keiner der mehr als 200 Mitarbeiter in dem roten Backsteinbau beschäftigt sich zu diesem Zeitpunkt mit den deutschen Brüdern Bünyamin und Emrah Erdogan in Pakistan.

In den Monaten zuvor hatten die Kriminalisten von Bundes- und Landeskriminalämtern freilich Informationen über die ausgereisten Bundesbürger an die Amerikaner weitergegeben. Aber zurückhaltend, mit Vorsicht. Denn niemand wusste genau, was die US-Dienste mit den Daten machen würden, obwohl sie den Deutschen versprochen hatten, «die Informationen nur für Zwecke der Strafverfolgung zu verwenden». Das Bundeskriminalamt (BKA) wog sorgfältig ab, welche Daten es den Amerikanern überlassen konnte, und behielt unter anderem die Abschriften

von abgehörten Anrufen zurück. Ihren Partnern im Anti-Terror-Zentrum in Berlin jedoch, dem Verfassungsschutz und dem Auslandsgeheimdienst BND, stellte es alle Informationen zur Verfügung.

Es ist bis heute nicht bekannt, welche Informationen die deutschen Nachrichtendienste über das deutsche Haus an die CIA weitergegeben haben.

*

«Ich hörte einen lauten Knall. Die Tür flog zu uns rein, sie war nur aus Holz. Meine Augen waren voll mit Erde, da die Häuser aus Lehm waren», erinnert sich Emrah Erdogan später an den Raketeneinschlag, der sein Gehöft gegen 19:30 Uhr erschütterte.

Es regnete aus der Hölle. Zwei Hellfire-Geschosse schlugen vor dem Haus ein. Der laute Knall der Bomben mischte sich mit dem Ruf des Muezzins auf dem nahe gelegenen Minarett, der zum Abendgebet aufforderte.

Leichenteile lagen überall auf der Erde und klebten an den eingestürzten Wänden. Die Drohnenrakete hatte kaum etwas von den Gebäuden und Menschen übriggelassen, die sie traf. Erde flog in der Luft herum; alles und jeder wurde mit einer Staubschicht bedeckt wie mit einem leichten Handtuch.

Emrah Erdogan verlor für wenige Sekunden das Bewusstsein. Als er wieder zu sich kam, wollte er sofort aus dem Haus rennen. Aber ein Pakistani hielt ihn zurück: «Bruder, halt, warte! Wenn du jetzt rausgehst, schießen sie noch mal.»

Manchmal verharren die Drohnen auf ihrer Position und starten nach kurzer Zeit einen zweiten Luftangriff.

Nachdem sie vier Minuten gewartet hatten, schlich Emrah durch den

Hinterausgang aus dem Haus. Er hörte ein leises Stöhnen, wusste aber nicht, ob das die Stimme seines Bruders war. «Bünyamin, Bünyamin, Bünyamin», rief er laut. Doch er bekam keine Antwort. Dann sah er einen Mann auf dem Boden liegen, mit dem Gesicht unter der Erde. Er zog ihn heraus. Als Emrah ihn umdrehte, erkannte er seinen Freund Shahab aus Hamburg. Der Mund war voll mit Erde. Es fehlte ein Bein. Shahab war tot.

Dann rannte Emrah weiter, auf der Suche nach seinem kleinen Bruder. Er sah einen zweiten Körper auf dem Boden liegen. Er zog ihn hoch und fing an zu weinen. Er versuchte seinen Bruder aufzuwecken, aber Bünyamin reagierte nicht. Dann sah Emrah den Splitter in seinem Kopf. Er sah, wie das Gehirn seitlich aus dem Schädel quoll. Er begann zu schreien. «Bünyamin, Bünyamin ...»

*

Fünf Männer starben an diesem Tag in Pakistan. Zwei von ihnen stammten aus Deutschland. War die Bundesrepublik an der Ermordung ihrer Bürger jenseits allen deutschen Rechts beteiligt?

2. Kapitel

Deutsche Informationen



Im Terrorabwehrzentrum von Verfassungsschutz und BKA in Berlin-Treptow

Emrah Erdogan musste weg aus Waziristan. Am besten sofort. Sein Leben war in Gefahr.

Nachdem er seinen Bruder und die anderen beerdigt hatte, schrieb er eine E-Mail an den Berliner Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele. Darin deutete er an, dass die deutschen Behörden in die Bombardierung involviert gewesen sein könnten: «Drei Wochen nachdem mein Bruder

Bünyamin uns besuchen kam, schossen die Amerikaner auf unser Haus, wo sich zu diesem Zeitpunkt 6 Deutsche befanden (...) Ich weiß, dass die Deutschen davon wussten.»

Bis heute behauptet die Bundesregierung, dass sie keine Daten an die USA weitergegeben habe, die zum Tod von Deutschen geführt haben. Die «Sicherheitsbehörden des Bundes» gäben «grundsätzlich keine Informationen weiter, die unmittelbar für eine zielgenaue Lokalisierung benutzt werden können», heißt es.

Nur: Woher will die Regierung wissen, wofür Informationen genutzt wurden? Wie kann sie sicher sein? Will sie es überhaupt so genau wissen?

Bekannt ist, dass Emrah Erdogan oft aus Waziristan nach Deutschland telefoniert hat, zu oft für einen Dschihadisten. Das Bundeskriminalamt (BKA) hörte hunderte Anrufe aus Mir Ali ab. Einmal kündigte Emrah am Telefon einen Selbstmordanschlag seines Bruders Bünyamin an. 80 bis 90 Menschen sollten sterben. Ob das Prahlerei, ein Scherz oder ernst gemeint war, ist bis heute unklar. Eine Staatsschützerin des BKA hörte das Gespräch mit und ging danach von einem «tatsächlichen Tatplan» aus. Ein Mordversuch stand aus Sicht des BKA unmittelbar bevor. Ob die Deutschen diese schwerwiegende Einschätzung an US-Behörden weitergegeben haben, ist unbekannt. Falls ja, hätten sie Bünyamin, Emrah, die anderen und das deutsche Haus damit zum Ziel gemacht.

Vier Wochen nach Emrahs Telefonat bombardierten amerikanische Predator-Drohnen die Deutschen in Waziristan.

Wir wissen heute sicher, welche Informationen das Bundeskriminalamt auf jeden Fall kurz vor dem tödlichen Drohnenangriff mit den amerikanischen Diensten geteilt hat: Das BKA hatte weitergegeben, dass im Umfeld

Bünyamins drei pakistanische und drei türkische Mobiltelefone benutzt wurden. Und wohl auch, in welches Internet-Café Bünyamin in Mir Ali gerne ging, wie sein Skype-Benutzerkonto hieß und wie seine deutsche Handy-Nummer lautete. Das haben Bundestagsabgeordnete nach dem Angriff durch parlamentarische Anfragen erfahren.

All diese Daten sind hilfreich, wenn man Menschen sucht. Ohne sie ist es eigentlich unmöglich, in schlecht zugänglichen Stammesgebieten wie Waziristan Terroristen zu jagen. Hat ein Geheimdienst eine Telefonnummer, kann er damit ihren Benutzer orten. Hat ein Geheimdienst den Namen eines Skype-Accounts, kann er die geführten Telefonate mithören. Hat ein Geheimdienst ein ganzes Bündel solcher Informationen, ist es kein großer Aufwand mehr, die Person zu finden – und aus der Luft zu bombardieren.

Trotz aller Dementis bleibt der Verdacht, dass Deutschland Informationen zur Verfügung gestellt hat, die direkt oder indirekt zur Ermordung deutscher Bürger geführt haben – ein geschichtlich einmaliger Vorfall.

Aber nur eines von vielen Beispielen für die deutsche Unterstützung in Amerikas geheimem Krieg.

*

Nachdem Emrah Erdogan seine Mail an den deutschen Abgeordneten abgeschickt hatte, flüchtete er nach Afrika. Zuerst setzte er sich nach Somalia ab, wo er sich einer islamistischen Organisation angeschlossen haben soll. Später reiste er über Äthiopien bis nach Kenia.

Es wurde immer enger für ihn. Nachdem die kenianische Polizei ein Foto von Emrah veröffentlicht hatte, flüchtete er erneut. Er packte seine wenigen

Sachen in Nairobi zusammen und stieg in ein Flugzeug nach Tansania. Noch am selben Tag sollte er in der Hauptstadt Dar es Salaam landen.

Der «Julius Nyerere International Airport» liegt vor den Toren des Vier-Millionen-Einwohner-Molochs am Indischen Ozean. Er ist nur ein kleiner Flughafen mit zwei Terminals und einer übersichtlichen Tafel mit Starts und Landungen. Vor fast hundert Jahren hatte die deutsche Kolonialregierung den Grundstein für den ersten Flughafen in Tansania gelegt. Als sich Emrah Erdogan in dieser Sonntagnacht, im Juni 2012, nach der Ankunft in der Schlange am Einreiseschalter anstellte, wurde er bereits erwartet. Deutsche Beamte hatten ihre Kollegen vor Ort gewarnt. Die Kriminalpolizisten und Ermittler des tansanischen Amtes für Terrorbekämpfung waren auf jede Form von Aufruhr vorbereitet. Doch Emrah Erdogan ließ sich ohne jede Gegenwehr festnehmen.

3. Kapitel

Der tiefe Staat Amerika – der tiefe Staat Deutschland?



John Goetz bei der Recherche, mit Polizisten

Die Festnahme des mutmaßlichen Islamisten Emrah Erdogan in Tansania wurde in einer knappen Meldung auf der Webseite der Generalbundesanwaltschaft bekannt gegeben, ein paar kleine Artikel erschienen in den Zeitungen.

Als wir das lasen, verstanden wir schnell, dass deutsche Informationen zur Hinrichtung eines Bundesbürgers geführt hatten. Die Ereignisse um die

Brüder Erdogan waren der letzte Anstoß für uns, aber die Geschichte hinter diesem Buch fing schon viel eher an.

Wir sind Journalisten, die gern recherchieren. Oft handeln unsere Texte und Beiträge vom Treiben der Geheimdienste, von Terrorismus, und fast immer versuchen wir darüber zu berichten, was Firmen, Militärs und Regierungen lieber verschweigen würden. Lange Zeit beschäftigten uns die Fehler der deutschen Behörden bei der Suche nach den Rechtsterroristen des «Nationalsozialistischen Untergrunds»; unser erstes gemeinsames Buch «Die Zelle» handelt davon. Wir, das sind John Goetz und Christian Fuchs.

John ist Amerikaner. Im Oktober 1989 kam er nach Berlin, um für einige Monate aus der DDR zu berichten, heute ist er immer noch da. Er arbeitete für den *Spiegel*, seit zwei Jahren ist er Investigativredakteur für den *NDR* und die *Süddeutsche Zeitung*. Viele Skandale – von der CDU-Spendenaffäre bis zu den CIA-Geheimgefängnissen – wären ohne seine Hilfe nicht aufgedeckt worden.

In den Monaten, als John aus New York in Berlin angekommen war, verlor Christian gerade seinen ersten Job als Wandzeitungsredakteur im Pionier-Gruppenrat in seiner Schulklasse. Er schrieb trotzdem weiter und wurde später an der Henri-Nannen-Journalistenschule zum Reporter ausgebildet. Seine Recherchen werden meistens von *ZEIT* oder *Süddeutscher Zeitung* gedruckt.

Zusammen drehen wir Dokumentationen fürs Fernsehen. Diesen Spruch von George Orwell können wir beide unterschreiben: «Journalismus ist, zu veröffentlichen, was andere nicht gedruckt sehen wollen: alles andere ist Öffentlichkeitsarbeit.»

In den vergangenen acht Jahren haben wir oft darüber gesprochen, dass wir

uns einmal auf die Suche begeben müssten, um mehr über die deutsche Rolle im «Krieg gegen den Terror» herauszufinden. Immer wieder war uns aufgefallen, dass die Bundesrepublik die Vereinigten Staaten in jeder Phase dieses Kampfes unterstützte. Doch die Details dieser Kooperation kamen nur sehr schleppend ans Licht, oft sollten sie verheimlicht werden. Die Bevölkerung bekam davon wenig mit. Gab es vielleicht noch mehr, noch unbekannte Formen der Zusammenarbeit?

Eine dieser unbekanntenen Kooperationen wurde erst kurz vor dem Druck dieses Buches bekannt und traf unseren NDR-Kollegen Stefan Buchen. Im Jahr 2010 fragte die CIA beim Bundesnachrichtendienst (BND) und beim Bundesamt für Verfassungsschutz an, was die Deutschen über den Reporter wussten. Buchen recherchiert oft investigativ im Nahen Osten und in Afghanistan. Er geriet wohl in den Fokus der Nachrichtendienste, weil er auch radikale Muslime im Jemen interviewt hatte. Laut Aussage des Verfassungsschutzes haben die deutschen Agenten wohl keine Details zu seiner Person an die Amerikaner übermittelt. Sie informierten Stefan Buchen aber auch nicht über das Interesse eines fremden Geheimdienstes an seiner Person oder klärten die CIA darüber auf, dass das Ausspionieren eines Journalisten ein klarer Verstoß gegen die Pressefreiheit in Deutschland ist. Der Verfassungsschutz hat die Datengier der CIA einfach stillschweigend geduldet.

Wie viel der US-Geheimdienst bereits über den Reporter wusste, war den Nachrichtendiensten nämlich bekannt: Die CIA hatte neben Buchens Namen, seiner Passnummer und seinem Geburtstag auch seinen beruflichen Hintergrund, seine Arbeit sowie seine Reisen ausgeforscht.

Für den Datenaustausch hatten die deutschen Dienste und die

amerikanische CIA extra ein Büro in der rheinischen Stadt Neuss unter dem Tarnnamen «Projekt 6» eingerichtet, in dem sie die Datenbank PX aufbauten. Mit dieser Software sammelten BND, Verfassungsschutz und CIA zwischen 2005 und 2010 Kfz-Kennzeichen, Telefonverbindungsdaten, aber auch Fotos von tausenden mutmaßlichen deutschen Islamisten. An die einhundert nahkampferpropte Ex-Soldaten und Navy Seals sollen in Neuss eingesetzt gewesen sein. «Projekt 6» wurde auf Bitten der US-Regierung in der Bundesrepublik eingerichtet.

Diese letzte Nachricht wirkte am Ende unserer eigenen Recherche wie ein Beweis, den es nicht mehr gebraucht hätte. Denn wir waren schon lange beunruhigt, Deutschland könnte seine Moral und seine Prinzipien vergessen und vielleicht sogar seine Gesetze brechen, um die alliierten Amerikaner in ihrem Kampf zu unterstützen.

Immer mal wieder wurde zwar über Einzelfälle berichtet, aber kaum jemand sah, was dahinterstand. Das Muster hinter den vielen Formen der Zusammenarbeit blieb verborgen. Keiner nahm sich die Zeit, um herauszufinden, wie tief die Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wirklich verläuft.

In den USA setzte sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der Begriff «deep state» durch. Er steht für den aufgeblähten Sicherheitsapparat, der seitdem entstanden ist. Neue Behörden wurden gegründet, tausende private Unternehmen wurden mit geheimen Programmen betraut, hunderttausende Amerikaner erhielten eine Sicherheitseinstufung. Es entstand ein Staat im Staat.

Wir hatten den Eindruck, dass die Sicherheitsapparate der beiden Länder schon länger enger verbunden waren, als wir alle wahrnahmen. Darum

wollten wir herausfinden, ob es auch einen «tiefen Staat» Deutschland gibt. Wie verwoben sind die Sicherheitsarchitekturen von USA und Bundesrepublik wirklich?

*

Wir gingen auf Reisen in ein unbekanntes Deutschland. Wir brachen auf, um in eine geheime Welt vorzudringen. Wir wollten die anderen, bisher versteckten Punkte auf der Karte der Sicherheitsbeziehungen finden. Wir machten uns auf die Suche nach den Orten von *Top Secret Germany*.

Acht Monate durchquerten wir das Land von Schwaben bis Ostfriesland. Uns öffneten sich Türen, durch die zuvor noch nie ein Journalist gegangen ist, andere Tore blieben uns verschlossen. Wir trafen die ranghöchsten deutschen Generäle und Flüchtlinge aus Somalia. Wir nahmen an offiziellen Zeremonien teil und begegneten Informanten an neutralen Orten, die nie mit uns hätten sprechen dürfen.

Wir wurden mit Maschinenpistolen bedroht. In Darmstadt ermittelte die Polizei wegen Spionage gegen uns. Wir standen im Inneren einer amerikanischen Kriegs-Kommandozentrale. Fünfmal wurden wir von der Polizei kontrolliert bei dem Versuch, uns ein CIA-Zentrum in Frankfurt anzusehen. Unsere Recherchen wurden öffentlich von US-Präsident Barack Obama kritisiert. Die amerikanische Botschaft mahnte uns ab. Und wir entdeckten eine Kidnapping-Firma auf dem Berliner Boulevard «Unter den Linden».

Wir haben neue, unbekannte Orte aufgespürt. Orte, die bisher auf keiner Karte standen.

Dieses Buch ist der Bericht unserer Reise.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Teil II

Das US-Afrikakommando in Stuttgart

4. Kapitel

Eine unnötige öffentliche Debatte



Vor dem AFRICOM-Hauptquartier in Stuttgart

Am Vormittag des 15. Januar 2007 bekommt Christian Schmidt besonderen Besuch. Der Mann mit der hohen Stirn ist Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Brillenträger. Sein Büro liegt im dritten Stock des Bendlerblocks. Das wuchtige Gebäude am Berliner Landwehrkanal diente schon anderen Militärs als Zentrale. Aus dem Allgemeinen Heeresamt des Oberkommandos im Zentrum von Berlin befahlen die Nazis der Wehrmacht, annähernd jedes Land in Europa zu überfallen. Jetzt, sechs Jahrzehnte später, hat das deutsche Militär wieder seinen Sitz in dem Haus unweit des Tiergartens.

Christian Schmidt ist die rechte Hand des Verteidigungsministers Franz

Josef Jung. Während an diesem Montag draußen der schwerste Orkan seit Jahrzehnten aufzieht und bald mit Böen von 150 Kilometern pro Stunde über Berlin peitschen wird, empfängt der Staatssekretär in seinem Besprechungszimmer Besucher von der amerikanischen Botschaft. John M. Koenig, der Gesandte des US-Botschafters in Deutschland, und sein Marine-Attaché sowie ein weiterer Mitarbeiter setzen sich an den Konferenztisch. Die Sekretärin hat Kaffee und Plätzchen auf den Tisch gestellt. Koenig ist der Mann für die großen Fragen innerhalb der amerikanischen Botschaft. Während der Botschafter selbst, dem Bundespräsidenten ähnlich, eher repräsentiert, ist der Gesandte gewissermaßen der Mann, der die Arbeit erledigt. Auch Staatssekretär Schmidt ist nicht allein: Er hat zwei Berater aus seinem Stab zu dem außerplanmäßigen Treffen gebeten. Einer von ihnen ist der zuständige deutsche General für Militärpolitik. Er trägt eine dunkelblaue Uniform; seine Schulterstücke schmücken zwei goldene Sterne.

Obwohl das Treffen nicht einmal eine Stunde dauern wird, wird dieses Gespräch Deutschland verändern.

Der Gast möchte über ein neues militärisches Kommando der USA reden. Er macht es kurz. «Wir werden unser Afrika-Kommando in Deutschland stationieren», sagt der Vertreter der amerikanischen Regierung. Regentropfen klatschen an die Fensterscheiben.

In diesem Moment hören deutsche Spitzenbeamte zum ersten Mal offiziell von den Plänen der Amerikaner, tausende Soldaten und eines der wichtigsten US-Kriegskommandos in Deutschland ansiedeln zu wollen. Es geht um nichts weniger als einen Planungsstab, der alle militärischen Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums und anderer Behörden in Afrika koordiniert

und bündelt. Um die Zentrale für alle Militäroperationen der USA in Afrika. Zu ihren Aufgaben gehören Kriegseinsätze ebenso wie die Verhinderung von Krisen. In dem Kommando sind vor allem Strategen stationiert, Generäle und Einsatzplaner. Im Gegensatz zu einer Militärbasis heben von hier keine Flugzeuge ab, und keine Soldaten rücken von hier zu Einsätzen aus.

Achtzehn Monate lang waren hohe amerikanische Diplomaten zuvor in Afrika von Hauptstadt zu Hauptstadt geflogen, auf der Suche nach einem Standort für ihr neues Afrika-Kommando. Sie sprachen unter anderem in Südafrika, Angola, Simbabwe, Namibia, Botswana, der Demokratischen Republik Kongo und Algerien vor.

Aber die Verhandlungen mit den afrikanischen Ländern fielen in eine Zeit, in der die Zeitungen in aller Welt voll waren mit Berichten über das US-Foltergefängnis Abu Ghraib im Irak. Artikel erschienen über Verhörmethoden wie das Waterboarding, über Geheimgefängnisse und CIA-Entführungen. Präsident George W. Bush hatte das moralische Kapital der USA aufgebraucht. Das Ansehen des Landes war auf einen historischen Tiefpunkt gesunken.

Viele Staatschefs in Afrika fürchteten sich daher vor innenpolitischer Kritik, wenn die USA ihr Land als Standort für weitere schmutzige Methoden im «Krieg gegen den Terror» benutzen würden. Außerdem hatten sie Angst davor, die Präsenz der US-Strategen könne Terroristen erst anziehen.

Dabei hätte die Ansiedlung des Kommandos den gastgebenden afrikanischen Staat außenpolitisch aufgewertet und sehr viele US-Dollar ins Land gebracht. Die zehn ärmsten Länder der Welt liegen alle in Afrika. Gerade Staaten wie Äthiopien, Niger oder der Kongo hätten die

amerikanischen Millionen gut gebrauchen können. Aber die Befürchtung der afrikanischen Staatschefs, womöglich mit Skandalen wie den Folterungen mit Elektroschocks in US-Gefängnissen im Irak in Zusammenhang gebracht zu werden, wog offenbar schwerer.

Manche der Länder deuteten an, dass sie einen kleinen Militärstützpunkt akzeptieren würden. Das ja, aber keine große Kriegszentrale. Am Ende lehnten alle zwölf afrikanischen Staaten, in denen sich die Diplomaten der USA umgehört hatten, es ab, das neue Kommando mit dem Namen USAFRICOM aufzunehmen.

Deswegen sind die Amerikaner nun in Berlin.

Staatsekretär Schmidt und sein General haben keine solchen Bedenken an diesem Januarmorgen, erinnert sich ein Teilnehmer des Treffens im deutschen Verteidigungsministerium später. Sie fragen freundlich nach dem einen oder anderen Detail, wollen wissen, wo die Soldaten für das neue Kommando herkommen und ob dafür anderswo in Deutschland Truppen abgezogen werden sollen. Dann wollen die Deutschen noch wissen, wo genau das Afrika-Kommando seinen Sitz haben soll.

«In Stuttgart», sagt Koenig.

Und natürlich würden die Amerikaner ihre afrikanische Basis in Dschibuti weiter nutzen für die Ausführung der militärischen Operationen auf dem Kontinent. Aber aus Stuttgart würden in Zukunft die Befehle kommen, hier solle die Kommandozentrale entstehen.

Der Staatssekretär verspricht, umgehend eine Rückmeldung der deutschen Regierung zur Ansiedlung von AFRICOM einzuholen. Auf Anfrage bestätigt uns die Bundesregierung später, «dass diese Maßnahme mit dem Einverständnis der Bundesregierung geschehen» ist.

Als der US-Gesandte Koenig wieder in seine schwarze Limousine gestiegen ist und der Chauffeur den Motor startet, kann der Diplomat sehr zufrieden sein. Denn im Gegensatz zu den Staatschefs von Äthiopien, Niger oder Kongo gibt es keinen deutschen Politiker, der sich getraut hätte, die Amerikaner mit einer Ablehnung zu düpieren, sagt uns ein hoher Beamter aus dem Verteidigungsministerium einige Zeit danach. Darum ist der Besuch des US-Gesandten im Bendlerblock ein Besuch unter Freunden, bei dem die US-Seite nicht erwarten muss, auf großen Widerstand zu stoßen – ganz anders als in Afrika.

Während der Orkan stärker wird, ist die Stimmung in der amerikanischen Botschaft in Berlins Mitte entspannt. Das sechsgeschossige Gebäude in der Neustädtischen Kirchstraße wurde im 19. Jahrhundert im Stil der Frührenaissance erbaut, als Sitz eines preußischen Offiziersclubs. Die Straßen um das Haus herum sind gesperrt, das gesamte Gelände ist mit Sperren und Zäunen gesichert wie eine Festung. Ein Bollwerk. Um 12:43 Uhr schickt ein Mitarbeiter der US-Botschaft eine als geheim eingestufte, für diplomatische Verhältnisse überschwängliche Nachricht ans Außenministerium in Washington: «Schmidt reagierte positiv auf die geplante Ansiedlung des Afrika-Kommandos in Deutschland. Er sah keine grundsätzlichen Einwände.» Am selben Tag hat der US-Gesandte auch noch das deutsche Außenministerium besucht. Die hohen Beamten «reagierten auch hier positiv», heißt es in dem Botschaftskabel an das US-Außenministerium.

An diesem Tag wird die Bundesrepublik Deutschland innerhalb weniger Stunden zum Komplizen einer neuen Phase im «Kampf gegen den Terror». Ab jetzt setzen sich die Vereinigten Staaten mit ihren Feinden außerhalb von Kriegen nicht mehr friedlich und mit Worten auseinander. Seit dem

15. Januar 2007 ist Deutschland Teil eines Systems, das seine Feinde tötet.

*

Die Kriegsführung der Vereinigten Staaten wird durch ein Netz von Kommandos organisiert. Die Amerikaner haben die Welt für ihr Militär in sechs Regionen aufgeteilt, in denen jeweils ein Kommando zuständig ist für Operationen und Kriege. CENTCOM hat die Angriffe auf den Irak und in Afghanistan geführt. Der Kosovo-Krieg wurde vom Europa-Kommando EUCOM geleitet. Die Invasion von Grenada und Panama wurden von SOUTHCOM gesteuert, Vietnam- und Korea-Krieg gingen vom Pazifik-Kommando PACOM aus, für Nordamerika ist NORTHCOM zuständig und für Afrika schließlich AFRICOM. Diese Führungsstäbe sind in den USA stationiert, mit zwei Ausnahmen: Das Europa- und das Afrika-Kommando der Amerikaner sitzen heute in Deutschland.

Der erste militärische Einsatz der amerikanischen Republik fand bereits 1804 statt, und zwar in Afrika. Nur 17 Jahre nach der Gründung der USA marschierten US-Marines in Tripolis und andere Städte Libyens ein. Im 19. Jahrhundert verbündeten sich die Vereinigten Staaten außerdem eng mit dem belgischen König Leopold, um ebenfalls von der Ausbeutung des Kongo-Beckens zu profitieren.

Später, während des Kalten Krieges, hatte die CIA großen Anteil an der sogenannten «wichtigsten Hinrichtung des 20. Jahrhunderts», wie der Mord an Patrice Lumumba, dem demokratisch gewählten Ministerpräsidenten des Kongo, CIA-intern genannt wurde. Und es war auch die Central Intelligence Agency, welche die Informationen lieferte, die zur Verhaftung von Nelson

Mandela im August 1962 führten. Die US-Regierung unterstützte lange das rassistische Apartheid-Regime in Südafrika.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs spielte Afrika keine große strategische Rolle mehr für die USA. Erst nach den Terroranschlägen auf ihre Botschaften in Dar es Salaam, Tansania und in Nairobi, Kenia im Jahr 1998 sowie nach den Anschlägen auf ein Hotel und ein Flugzeug im kenianischen Mombasa im Jahr 2002 begannen sich die Vereinigten Staaten wieder für Afrika zu interessieren. Zunächst knüpfte George W. Bush engere Kontakte mit afrikanischen Staatsmännern im Rahmen seiner «Koalition der Willigen», 2006 beschloss er, ein eigenes Afrika-Kommando einzurichten.

Nur wenige Wochen nach dem Treffen im deutschen Verteidigungsministerium bezogen die ersten 40 Soldaten die neuen AFRICOM-Gebäude in den «Kelley Barracks» in Stuttgart. Die USA renovierten die Kaserne für 140 Millionen Euro. Im Oktober 2008 wurde das Afrika-Kommando offiziell eingeweiht.

Schon lange fühlen sich die Amerikaner wohl in Baden-Württemberg, viele Militärs haben hier gedient, die Stadt Stuttgart und die US-Streitkräfte pflegen eine enge Verbindung. Auch strategisch ist die Stadt gut geeignet als Sitz für das US-Regionalkommando. Von hier aus brauchen Militärmaschinen nur acht Stunden bis nach Afrika. Ein Jet, der von einer US-Basis, wie zum Beispiel in Florida, starten würde, wäre fast 20 Stunden unterwegs. Außerdem lässt es sich für die Mitarbeiter in Stuttgart mit seinen Supermärkten, sauberen Straßen und einem familienfreundlichen Freizeitangebot komfortabler leben als in einem Moloch wie Dar es Salaam. Auch die Gefahr, Ziel eines Terroranschlags zu werden, ist in Stuttgart wohl weitaus geringer als in jedem afrikanischen Land. Und in Deutschland gibt es

eine Infrastruktur, die die Ansiedlung vereinfacht hat: Seit 1967 sitzt bereits das Europa-Kommando der US-Streitkräfte in Stuttgart, das bis 2007 ebenfalls für Afrika zuständig war.

1500 Mitarbeiter arbeiten heute auf dem Gelände des AFRICOM-Kommandos in Stuttgart-Möhringen. Ungefähr die Hälfte davon sind Militärs, die andere Hälfte sind Zivilisten aus dem US-Verteidigungsministerium und Geheimdienstmitarbeiter. Hinzu kommen private Dienstleister, die offiziell in Bereichen wie Catering, Warenlieferung oder Postzustellung eingesetzt werden.

Neben dem Hauptquartier in Stuttgart gehören drei Unterkommandos in Deutschland zum Reich von AFRICOM: ein Marine-Korps und die Spezialkräfte-Truppe in Stuttgart – sowie eine Luftwaffen-Einheit auf der Airbase in Ramstein. Außerdem unterhält das Kommando noch eine Armee- und eine Marine-Einheit in Italien und mit «Camp Lemonnier» in Dschibuti auch eine einzige offizielle Militärbasis in Afrika selbst. Weitere kleine geheime US-Stützpunkte auf dem Kontinent unterstützen das Kommando. Mehr als 3600 Menschen dienen weltweit unter dem Kommando AFRICOM. All diese Soldaten in den Einheiten, Korps und auf den Militärbasen hören auf die Befehle aus Stuttgart.

Insgesamt lässt sich die US-Regierung das Kommando fast 300 Millionen Dollar pro Jahr kosten. Das ist viel im Vergleich zu anderen Regionalkommandos. Für EUCOM plante der Kongress im Haushalt 2013 weniger als die Hälfte der Ausgaben von AFRICOM ein. Das geht aus dem «Unified Command Plan» des amerikanischen Verteidigungsministeriums hervor. Nimmt man die Ausgaben für die sechs US-Regionalkommandos zum Maßstab, so ist AFRICOM das zweitwichtigste Oberkommando der

Vereinigten Staaten von Amerika.

*

Wir möchten gern genau wissen, wie es zu der Entscheidung gekommen ist, dass AFRICOM in Deutschland aufgenommen wurde. Darum machen wir uns auf die Suche nach Antworten.

Staatssekretär Christian Schmidt kann sich auf unsere Anfrage nur allgemein an den Termin in seinem Büro erinnern und antwortet nicht auf weitere Fragen. Darum wenden wir einen klassischen Journalistentrick an, wenn Politiker und Beamte im Amt nicht reden wollen: einfach deren Vorgänger anrufen. Die sind häufig bereits pensioniert und haben Zeit.

Ein erster Anruf bei Willy Wimmer. Er war vor Schmidt vier Jahre lang Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Der 70-Jährige weiß, wie Entscheidungen in Ministerien und im Bundeskanzleramt getroffen werden. «Afrika liegt außerhalb der NATO, darum muss das Parlament zustimmen, wenn die USA ein Hauptquartier in Deutschland für seine Missionen in Afrika installiert», sagt Wimmer. Solch eine Angelegenheit gehöre normalerweise zur Abstimmung in einen Ausschuss des Bundestages.

Darum fragen wir im Parlament nach, wo die Ansiedlung des amerikanischen Afrika-Kommandos Thema war. Wir suchen das Protokoll der Sitzung, in dem Bundestagsabgeordnete der Stationierung zugestimmt haben. Oder irgendein anderes Dokument. Zuerst versuchen wir es bei den zuständigen Ausschüssen. Beim Verteidigungsausschuss heißt es: «Wir sind nur für Militäreinsätze zuständig. Völkerrechtliche Verträge werden im Auswärtigen Ausschuss beraten.» Auch der grüne Verteidigungsexperte

Winnie Nachtwei, damals Mitglied im Ausschuss, kann sich nicht daran erinnern, jemals mit AFRICOM zu tun gehabt zu haben.

Dann wurde das sicher im Auswärtigen Ausschuss demokratisch beschlossen, denken wir. Wochenlang versuchen wir den zuständigen Sekretär zu erreichen. Fast täglich rufen wir sein Büro an, schreiben immer wieder Mails. Jedes Mal werden wir vertröstet, hingehalten, abgewimmelt. Haben wir ein ungeschriebenes Gesetz gebrochen, als wir diese Frage gestellt haben?

Nach Wochen dann endlich ein Lebenszeichen. Er sehe «keine Veranlassung» dazu, mit uns über AFRICOM zu sprechen, lässt uns der geschäftsführende Sekretär durch eine Mitarbeiterin wissen. In seinem Ausschuss sei die Installierung nie Thema gewesen. Vorsitzender dieses Ausschusses ist seit acht Jahren der Außenpolitiker Ruprecht Polenz. Auch er möchte sich an keine Sitzung erinnern, in der die Abgeordneten darüber abgestimmt hätten, das amerikanische Afrika-Kommando in Deutschland zu stationieren.

Nach sechs Wochen des Hin- und Hertelefonierens wissen wir nun, dass kein deutscher Bundestagsabgeordneter bisher an einem Beschluss über die AFRICOM-Ansiedlung beteiligt gewesen ist.

Vielleicht haben wir uns auch geirrt oder etwas nicht richtig verstanden? Wir beschließen, die Information von Willy Wimmer bei einem Rechtsexperten zu überprüfen. Dieter Deiseroth muss uns helfen. Er ist Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig und forscht schon Jahrzehnte zu Fragen des Völkerrechts. Wenn jemand uns diese Frage beantworten kann, dann Deiseroth. Weil die AFRICOM-Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent außerhalb des NATO-Gebietes, der NATO-

Aufgaben und der NATO-Organisation erfolgen, «bedürfen die Einrichtung und Nutzung des AFRICOM-Hauptquartiers auf deutschem Hoheitsgebiet eines parlamentarischen Zustimmungsgesetzes von Bundestag und Bundesrat», schreibt er in einer Stellungnahme, um die wir ihn gebeten haben.

Doch warum gab es dann keine parlamentarische Entscheidung? Warum existiert kein völkerrechtlicher Vertrag, über den deutsche Volksvertreter abgestimmt haben?

Wir rufen noch einmal bei Willy Wimmer an. Der Mann verbrachte einige Jahre im Umfeld der Bundesregierung, er war eng vertraut mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Nachdem er sich geduldig das Ergebnis unserer Recherchen angehört hat, sagt er: «Das spricht alles dafür, dass es nur eine Benachrichtigung auf Ministeriumsebene gegeben hat.» Er kennt die Tricks der Regierenden. «Wenn man kein Aufsehen haben will, macht man das so.»

*

Aber es muss etwas Schriftliches dazu geben, irgendein Papier. Wir suchen weiter. Und bald finden wir eine diplomatische Depesche, die Aufklärung bringt. Beim Durchforsten unzähliger geheimer US-Botschaftsdepeschen, die von *WikiLeaks* zugänglich gemacht wurden, stoßen wir auf ein Dokument, das bisher niemanden interessiert hat. Daraus geht hervor, dass der Botschafts-Gesandte John M. Koenig Anfang Januar 2007 noch ein weiteres Treffen mit der deutschen Regierung gehabt hat. Dafür fuhr er ins Außenministerium an den Werderschen Markt, gleich am Kupfergraben in Berlin-Mitte.

Es ist damals eine schwierige Woche für den Außenminister, vielleicht eine der schwierigsten in der gesamten Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier. Der Untersuchungsausschuss im Bundestag hat herausgefunden, dass Steinmeier als Kanzleramtschef aktiv daran beteiligt gewesen ist, die Rückkehr des Bremer Türken Murat Kurnaz aus dem Internierungslager in Guantánamo nach Deutschland zu verhindern. Frank-Walter Steinmeier steht massiv in der Kritik, nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Regierungs-Koalitionspartner CDU.

Koenig trifft sich mit Steinmeiers stellvertretendem Leiter der Politischen Abteilung. In dem vertraulichen Gespräch bittet der deutsche Spitzenbeamte den US-Gesandten um einen Gefallen im Zusammenhang mit der Bekanntmachung von AFRICOM. Der Amerikaner hat ihm berichtet, dass Präsident George W. Bush die Stationierung des Kommandos in Deutschland in seiner viel beachteten Rede zur Lage der Nation erwähnen werde, als Beispiel seines Engagements im «Krieg gegen den Terror.» Daraufhin fragt der Deutsche, ob es möglich sei, dass Bush den Stuttgart-Bezug des Afrika-Kommandos in seiner Rede weglässt. Der deutsche Beamte hat Angst vor der öffentlichen Meinung in Deutschland. «Das würde nur Anlass zu Schlagzeilen in der Presse geben und zu einer unnötigen öffentlichen Debatte führen.»

Nur acht Tage später, am 23. Januar 2007, hält US-Präsident George W. Bush die wichtigste Rede des Jahres vor dem amerikanischen Senat und dem Kongress. Das neue Afrika-Kommando und Stuttgart erwähnt er darin nicht.

Ein Jahr später berichteten einige Lokalzeitungen über die Ansiedlung des amerikanischen Kommandos in Schwaben. Seitdem weiß man in Deutschland von der Existenz von AFRICOM. Aber was das Afrika-Kommando genau von Stuttgart aus macht, ist bisher wenig bekannt.

5. Kapitel

Die Phase der Verschleppungen



Nissan der gefürchteten ATPU – ein Geschenk des Bundeskriminalamts

Wenn wir während unserer Recherchen mit Pressesprechern des Afrika-Kommandos sprachen, versäumten sie nie, einen zentralen Aspekt der US-Strategie in Afrika zu erwähnen: so wenig Fußabdrücke wie möglich auf dem Kontinent hinterlassen.

In Afrika wird der neue «American Way of War» getestet. Das bedeutet: weniger US-Truppen vor Ort zu stationieren. Es geht darum, die Einsätze von

außen zu steuern. Der Einsatz von Bodentruppen wird möglichst vermieden oder gering gehalten. Stattdessen sollen Bomben aus der Luft zur Unterstützung lokaler afrikanischer Armeen die Konflikte lösen. Solche Einsätze sind schneller, kosten weniger eigene Todesopfer und können im Zweifelsfall ohne internationales Mandat durchgeführt werden. Darum gibt es auch nur eine offizielle US-Militärbasis in Afrika: Camp Lemonnier in Dschibuti.

Die Republik in Ostafrika ist nicht viel größer als Hessen. Aber nicht die Größe, sondern die Lage des Landes machen Dschibuti zu einem strategisch wichtigen Ort für die US-Truppen. Dschibuti liegt direkt an der Meerenge zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden. Gegenüber, auf der Arabischen Halbinsel, liegt der Jemen. Das Nachbarland im Südosten ist Somalia. In beiden Ländern vermuten die Anti-Terror-Einheiten der USA Verstecke von islamistischen Terroristen.

Das Camp verteidigt die Interessen der USA auf dem Kontinent seit den Terroranschlägen von New York 2001 – lange bevor das Afrika-Kommando in Stuttgart stationiert wurde. Seit der Gründung von AFRICOM war klar, dass es der Hauptstützpunkt in Afrika werden würde.

Durch viele Gespräche, Artikel in der internationalen Presse und aus Akten über AFRICOM, die wir einsehen, bestätigt sich: Stuttgart ist die Kommandozentrale, der Kopf. In Deutschland werden die Einsätze geplant, die Befehle ausgegeben. Sie erreichen dann Afrika, wo sie umgesetzt werden. Wenn Stuttgart also das Hirn von AFRICOM ist, dann ist Camp Lemonnier in Dschibuti zuständig für die Ausführung der Befehle und die unangenehme Drecksarbeit.

Dschibuti ist ein Land, in dem das ganze Jahr Hochsommer ist. Flamingos

leben hier und Pelikane, Taucher und Angler reisen gern an die Strände des türkisblauen Meeres. Das Wasser wird nie kälter als 25 Grad.

Der US-Stützpunkt existierte bereits sechs Jahre, als die deutsche Regierung 2007 die Ansiedlung des amerikanischen Afrika-Kommandos in Deutschland zuließ. Was war 2007 über Camp Lemonnier in Dschibuti öffentlich bekannt? Hätte die deutsche Regierung wissen können, was die Amerikaner in Afrika tun? Waren die Menschenrechtsverletzungen in Afrika durch das US-Militär zu dieser Zeit noch unbekannt?

Das Camp kann man vom Flughafen in Dschibuti sehen, genau genommen ist es nur eine Erweiterung des zivilen «Dschibuti-Ambouli International Airport». Es liegt an dessen Südseite zwischen der Start- und Landebahn und ehemaligen französischen Munitionslagern. Wir wollen mehr über die einzige Basis von AFRICOM auf afrikanischen Boden erfahren. Was passiert hinter den hohen Zäunen und gelb gestrichenen Mauern? Ein Besuch vor Ort ist uns nicht möglich, AFRICOM lehnt unsere Anfrage ohne Begründung ab. Darum machen wir uns auf den Weg zu einer Frau, die von ihren Klienten schon viel darüber gehört hat, was in dem US-Militärcamp vor sich geht.

Wir reisen nach Brighton, dem bekannten Seebad im Süden Englands, nur eine Stunde entfernt von London. Hier treffen wir Clara Gutteridge. Die 35-jährige Schottin ist Detektivin und ermittelt im Auftrag von Menschenrechtsorganisationen. Seit einem Jahrzehnt beobachtet und recherchiert sie Aktivitäten der USA in Afrika. Damit macht sie sich nicht nur Freunde. Als die Detektivin im Jahr 2011 Verschleppungen von Terrorverdächtigen aus Kenia nach Uganda untersuchte, wurde sie am Flughafen in Nairobi vom kenianischen Geheimdienst festgenommen, festgehalten und schließlich wieder abgeschoben. Viele Jahre hat Gutteridge

für die britische Menschenrechtsorganisation Reprieve gearbeitet und unter anderem geheime CIA-Flugzeuge ausfindig gemacht, die Gefangene durch ganz Europa und die Welt zu US-Geheimgefängnissen gebracht hatten.

Wir wussten vor unserem Treffen gar nicht, dass Menschenrechtsorganisationen Detektive beauftragen, aber jeder erzählte uns, dass Clara Gutteridge die Person war, die wir treffen mussten. In Brighton fühlen wir uns beinahe wie in London. Rote Doppelstockbusse fahren Touristen umher, eine Menge «Top Shop»-Filialen und auch sonst die gleichen Geschäfte und Organisationen des öffentlichen Lebens prägen das Stadtbild. Aber alles hat den Charme eines Seebads aus dem 19. Jahrhundert.

Wir treffen Clara Gutteridge in Brightons ältester Adresse für Besucher: dem Grand Hotel mit Blick auf den Ärmelkanal. Hier trifft sich die Konservative Partei des Vereinigten Königreichs einmal im Jahr zum Parteitag. Das Büro von Gutteridge ist nur ein paar Minuten Fußweg von dem Hotel entfernt.

Im Grand Hotel zündete die paramilitärische Irische Republikanische Armee (IRA) 1984 eine Bombe. Bei dem Anschlag kamen fünf Menschen ums Leben. Premierministerin Margaret Thatcher entkam dem Anschlag nur knapp. Nach dem Attentat veröffentlichte die IRA ein Bekennerschreiben, direkt gerichtet an Thatcher: «Heute hatten wir Pech, aber irgendwann werden wir Glück haben. Sie müssen immer wieder Glück haben.»

Obwohl es bei unserem Besuch im April noch sehr frisch ist, flanieren die Menschen auf der alten Seepromenade. Mit Gutteridge diskutieren wir über den schmalen Grat zwischen nationalistischen Kampf und Terrorismus und wie schnell sich politische Bewertungen ändern können: Nach weniger als 20 Jahren saßen die Personen, die für das Attentat 1984 verantwortlich

waren, in der Regierung von Nordirland.

In der Woche, in der wir Brighton besuchen, sorgt ein britischer General für Schlagzeilen in der englischen Presse. Er vertritt die Meinung, der Westen hätte schon 2002 mit den Taliban verhandeln sollen – und nicht weiter angreifen.

*

«Für viele Entführungsoffer in Afrika war Camp Lemonnier der Einstiegspunkt in das geheime amerikanische Gefängnisssystem», sagt Clara Gutteridge. «Nur ein kurzer Blick in für jedermann zugängliche Veröffentlichungen hätte der deutschen Regierung 2007 gezeigt, in welche Vorgänge die Hauptbasis von AFRICOM in Dschibuti involviert war», erklärt sie. In Verschleppungen und Folter, hauptsächlich in Somalia. «Wir haben Jahre damit verbracht, Berichte zu veröffentlichen und zu dokumentieren, was in Camp Lemonnier passiert.»

Und dann sagt Clara Gutteridge einen entscheidenden Satz. Einen Satz, der deutlich macht, warum es für uns alle wichtig ist, nach Afrika zu schauen. Er lautet: «Der geheime Krieg in Somalia zeigt alle Phasen des <Krieges gegen den Terror>, wie ihn die USA überall auf der Welt führen.»

In der ersten Phase bis 2008 wurden mutmaßliche Terroristen mit Marschflugkörpern gejagt, die von einem Marineschiff abgefeuert wurden. Die Angriffe kamen von der See, die Raketen mussten erst eine weite Strecke fliegen, bis sie ihr Ziel trafen. Sie waren dabei sehr ungenau, oft wurden dabei auch unbeteiligte, unter keinem Verdacht stehende Zivilisten getötet. Neben den gezielten Tötungen von Schiffen und von Hubschraubern aus

waren die Jahre zwischen 2001 und 2008 auch die Zeit der Entführungen und illegalen Verschleppungen.

Gutteridge erzählt uns die Geschichte eines Mandanten. Als Detektivin geht sie jedem Fall sehr gründlich nach. Im Fall Suleiman Abdallah Salim fand sie den privaten Kopfgeldjäger, der den Mann im Jahr 2003 in Somalia gekidnappt und nach Kenia verschleppt hatte. Um weitere Beweise zu sammeln, reiste sie jahrelang durch Afrika und nach Afghanistan. Die gefundenen Dokumente liegen jetzt ausgebreitet vor uns auf dem Hoteltisch.

Der Kopfgeldjäger erzählte ihr, wie er Abdallah Salim entführt und an die Amerikaner ausgeliefert hatte. Danach begann für Salim eine brutale Reise durch das geheime US-Gefängnissystem. Nach fünf Jahren entließ ihn das amerikanische Militär wieder aus der Haft. In seinen Entlassungspapieren bestätigten ihm die USA, dass er unschuldig war. Die Vereinigten Staaten hatten ihn mit einem Terroristen aus dem Jemen verwechselt.

Wahrscheinlich wurde der Mann nur aufgegriffen, weil er mit hellerer Haut als die meisten in seiner Heimat geboren wurde. Die Kopfgeldjäger in Afrika wissen, dass die CIA-Unterhändler der Vereinigten Staaten für hellhäutige Menschen mehr zahlen. Sie glauben, dass Menschen in Afrika mit nicht ganz so dunkler Haut mehr Verbindungen nach Europa und den USA haben. Schon dies macht sie des Terrorismus verdächtig.

Nachdem Abdallah Salim von dem lokalen Warlord aufgegriffen worden war, brachten dessen Schergen ihn zum Flughafengebäude im Camp Lemonnier. Hier hielten ihn die Amerikaner fest. Er musste sich ausziehen. Salim wurde von den Wärtern schwer misshandelt. Das erzählte er Gutteridge nach langem Zögern. «Es dauerte sehr lange, bis er Vertrauen zu uns aufgebaut hatte und berichten konnte, was ihm im Flughafen von Camp

Lemonnier passiert ist», sagt sie. «Für ihn war das alles unfassbar beschämend.»

Von der AFRICOM-Basis in Dschibuti brachte ihn ein Flugzeug nach Afghanistan, wo er in verschiedenen amerikanischen Geheimgefängnissen festgehalten wurde – unter anderem im berühmten «Salt Pit» nördlich von Kabul. Hier saß er eine Zeitlang in der Nachbarzelle des deutschen Entführungsoffiziers Khalid al-Masri, der in Mazedonien entführt worden war. Während der Verhöre in Salt Pit wurde al-Masri geschlagen und bekam Drogen gespritzt, um ihn zu einer Aussage zu zwingen. Ein anderer Insasse erfror nackt und angekettet in seiner Zelle.

Im Juli 2008 wurde Suleiman Abdallah Salim entlassen. Er hatte überlebt.

*

Camp Lemonnier war auch Umschlagplatz für einige weitere Klienten von Clara Gutteridge. Zum Beispiel von Mohammed Ali Isse. Eine Söldnertruppe im Auftrag der USA fing den Somali als islamistischen Terrorverdächtigen im Juni 2004 von der Straße weg, berichtet die *Chicago Tribune*. Die Zeitung fand auch den Mann, der Isse entführt hatte, und sprach mit ihm. «Ich habe ihn für die Amerikaner festgenommen», sagte Mohamed Afrah Qanyare, «die Amerikaner haben uns zu verschiedenen Dingen beauftragt und wir haben sie alle ausgeführt. Isse wehrte sich, also haben wir auf ihn geschossen, aber er überlebte.» Den Mann, der Isse an die USA verkauft hatte, beschreibt die *Chicago Tribune* als einen «narbengesichtigen Kopfgeldjäger im Maßanzug».

Nach Isses Festnahme in Mogadischu wurde er mit einem Hubschrauber auf ein Schiff vor der Küste Somalias geflogen und verhört. Das bestätigte

später auch die US Navy. Von dem US-Schiff kam er ins Camp Lemonnier, sagt Clara Gutteridge.

Auch in diesem Fall war das AFRICOM-Hauptquartier in Afrika das Eintrittstor in das System der amerikanischen Geheimgefängnisse. Von Dschibuti wurde Mohammed Ali Isse nach Äthiopien gebracht, wo er in einem Gefängnis mit Elektroschocks gequält wurde.

*

Was in der Nazizeit für die Gestapo der Mercedes 260D war – eine schwarze Limousine mit dem Ersatzrad neben der Fahrertür –, das ist in Kenia heute ein weißer Nissan-Jeep. Die Anti-Terrorismus-Polizei ATPU fährt gern mit diesen Geländelimousinen japanischer Bauart zum Einsatz. Wenn solch ein weißer Wagen vor einer Haustür steht, weiß in Kenia jeder, dass wieder jemand abgeholt wurde. Häufig werden diese Menschen nie wieder gesehen.

Am Morgen des 13. Februar 2007 verfolgten die weißen Autos einen jungen Mann in der Hafenstadt Mombasa. Der 34-jährige Mohammed Abdulmalik war gerade aus Somalia nach Kenia eingereist, als zehn Beamte der ATPU ihn überfielen. Die Anti-Terror-Polizisten nahmen ihn fest, fesselten ihn und brachten ihn zum Flughafen. Durch einen Schlitz unter seiner Augenbinde konnte Abdulmalik die US-Flagge auf dem Transportflugzeug erkennen, das ihn von Kenia nach Dschibuti flog – zum AFRICOM-Stützpunkt. Die weißen Männer, die ihn auf dem Flug begleiteten, zwangen ihn, eine Windel und einen Trainingsanzug anzuziehen. Das berichtete das Entführungsoffer später.

Diese Entführung geschah vier Wochen, nachdem die Bundesregierung

den USA mitgeteilt hatte, dass sie keine Einwände gegen die Stationierung des US-Afrikakommandos in Deutschland habe.

Allein die Existenz der Anti-Terrorismus-Polizei löst in Kenia Angst und Schrecken aus. Nach Auskünften von Menschenrechtsgruppen steht die ATPU über dem Recht. Die 2004 gegründete Polizeieinheit wird stark von den Vereinigten Staaten unterstützt, amerikanische Anti-Terror-Agenten trainieren die Elitepolizisten in Kenia und kooperieren mit der ATPU. Aber auch Deutschland hilft dem Entführungskommando der kenianischen Regierung. Die deutsche Polizei besuchte zwischen 2010 und 2012 regelmäßig die kenianische Hauptstadt Nairobi. In 17 Lehrgängen schulte das Bundeskriminalamt (BKA) in drei Jahren seine afrikanischen Kollegen. Die Seminare ließ sich das BKA mehr als 200000 Euro kosten, Titel der Lehrgänge: «Polizeiliche Einsatztaktiken» und «Terrorismusbekämpfung».

Nach der Landung in Dschibuti fand sich der 34-jährige Mohammed Abdulmalik auf einem Gelände wieder, das er als US-Base beschreibt, und wurde in einen Container gesteckt. In den Tagen auf dem Stützpunkt wurde er von Amerikanern verhört. Ein Plakat an der Wand erklärte die «Reptilien am Horn von Afrika», auch Karten von Somalia und Dschibuti hingen dort. Auf den Wasserflaschen las er den Hinweis «Made in Dschibuti». Darum glaubt Abdulmalik heute, dass er im Camp Lemonnier festgehalten wurde, damals der einzige US-Stützpunkt in Afrika.

Nach ein paar Tagen im Camp wurde der Mann aus Kenia weiter verschleppt, erst in das berüchtigte Geheimgefängnis auf die Bagram US-Air Force Base in Afghanistan und später nach Guantánamo. Bis heute sitzt Mohammed Abdulmalik in dem US-Gefangenenlager auf Kuba, ohne Anklage und Gerichtsverfahren. Bereits seit über sieben Jahren.

Auch Deutschland kennt die Bedeutung von weißen Nissan-Autos. Bereits mehrmals schenkten das BKA und das Auswärtige Amt der ATPU weiße Nissan-Wagen für den Anti-Terror-Kampf: Im Dezember 2010 überreichte die deutsche Botschaft in Nairobi vier Autos an die ATPU, zwei Jahre später übergab die deutsche Botschafterin einen weiteren Geländewagen «Nissan X-Trail» im Rahmen einer «Kooperation zwischen deutschen und kenianischen Sicherheitsbehörden», wie es in einer Pressemitteilung der Botschaft heißt. Ende 2012 kamen die letzten vier Wagen in Nairobi an. Wert: 80000 Euro.

*

In den Jahren nach dem Aufbau von AFRICOM in Stuttgart-Möhringen tauchte die wichtigste Basis des US-Afrikakommandos immer wieder in den Schlagzeilen auf. Meist hörte man von Dschibuti im Zusammenhang mit illegalen Praktiken. Doch die Meldungen über Verschleppungen, die vom Camp Lemonnier ausgingen, wurden immer rarer.

Seit 2007 löst die US-Regierung ihr Problem mit Terrorverdächtigen meist lieber gleich direkt: durch gezielte Tötungen. In den vergangenen Jahren benutzte sie dafür vor allem Drohnen. Die Phase der Entführungen und Verschleppungen ist vorbei. Wir befinden uns jetzt in der Phase der Hinrichtungen.

6. Kapitel

Himmlisches Gleichgewicht



Die Residenz des AFRICOM-Generals in Stuttgart

Es ist nicht bekannt, ob AFRICOM-Kommandeur General William E. Ward an diesem Morgen des 4. September 2009 von seinem Militärchauffeur abgeholt wurde oder ob er mit seinem grauen Porsche selbst zur Arbeit gefahren ist. Sicher ist, dass «Kip», wie sie ihn hier nennen, seine Multi-Millionen-Dollar-Villa in der Richard-Wagner-Straße verließ, um vom Berg des Stuttgarter Villenviertels hinunter auf Arbeit zu fahren. Dort hatte er ein wichtiges Treffen.

Der General schlängelte sich entweder über die Hohenheimer oder die

Jahnstraße vorbei an Burgen und Märchenschlössern auf der Gänsheide in Richtung Stuttgart-Möhringen, in das AFRICOM-Hauptquartier. Kurz bevor sein Wagen in der Plieninger Straße in die «Kelley Barracks» einbog, passierte das Auto noch die Zentrale der Daimler AG und die Redaktion der *Stuttgarter Zeitung*.

Der 60-jährige afroamerikanische General hatte für diesen Tag eine besondere Videokonferenz einberufen, an der neben Top-Militärs auch der Präsident der Vereinigten Staaten teilnehmen sollte. Es musste eine Entscheidung gefällt werden. Mit welcher Methode sollte ein Mann hingerichtet werden?

*

Das Ziel von AFRICOM war diesmal Ali Saleh Nabhan. Seit Jahren wurde er von der CIA gejagt, aber nie geschnappt. Für die Regierung der USA war Nabhan der Anführer von al-Qaida in Somalia, US-Geheimdienste sahen in ihm den maßgeblichen Architekten der Allianz zwischen der somalischen islamistischen Gruppe al-Shabaab und al-Qaida. Ali Saleh Nabhan war Kenianer, lebte aber im Jemen. Er war gerade 30 Jahre alt.

Für seine Verfolger bestand kein Zweifel daran, dass er der Drahtzieher der Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania war. Bei den Attentaten 1998 starben mehr als 200 Menschen, über 4000 wurden verletzt. Auch in die Bombardierung des «Paradiso»-Hotels an der kenianischen Küste vier Jahre später soll er involviert gewesen sein. Das Hotel mit koscherem Restaurant und eigener Synagoge war ein beliebter Ferienort für Israelis. Die Terroristen wollten mit dem Anschlag so viele

Juden töten wie nur möglich. Am selben Tag soll Nabhan auch an einem Anschlag auf ein israelisches Passagierflugzeug am Flughafen in Mombasa beteiligt gewesen sein, angeblich hat er selbst Marschflugraketen abgefeuert.

Seit Wochen schon stand Nabhan unter Beobachtung. Daher wussten amerikanische Geheimdienstoffiziere, dass er sich in Somalia aufhielt. An diesem Tag würde er eine unbewohnte Wüstenstraße im Süden von Mogadischu entlang fahren, hatte eine Aufklärungseinheit herausgefunden.

Das war die Chance, ihn und seine nahestehenden Unterstützer endlich festzunehmen oder zu töten.

General Ward saß in einem abhörsicheren Raum in seiner Stuttgarter Kommandozentrale und präsentierte den Fall in der streng geheimen Videokonferenz. Über dreißig Generäle und Berater des Präsidenten hörten ihm im Weißen Haus in Washington zu. Unter ihnen war auch Mike Mullen, der ranghöchste General der Vereinigten Staaten. Seine Anwesenheit wird immer dann verlangt, wenn zwei Kommandos an einer gemeinsamen Operation beteiligt sind.

Bei diesem Einsatz sollten AFRICOM und das Joint Special Operations Command (JSOC, *Gemeinsames Spezial-Kommando*) zusammen die Verantwortung für die Mission tragen. Die Elitesoldaten dieses Spezialkommandos sind die schnelle Eingreiftruppe für Geiselbefreiungen, Häuserkampf und direkte geheimdienstliche Angriffe auf Terroristen.

AFRICOM und JSOC arbeiteten schon länger so nah zusammen, dass die Elite-Einheit sogar ein eigenes Gebäude auf dem Gelände des AFRICOM-Hauptquartiers hat. Es befindet sich in den «Kelley Barracks» in Stuttgart hinter dem Kasernentor gleich rechts auf der Basis.

Die Militärs präsentierten Barack Obama an diesem Tag drei Optionen:

1. Nabhan lebend fangen – als sogenannte «snatch and grab»-Operation;
2. ein Hubschrauberangriff, bei dem er aus der Luft getötet wird. Danach könnte man seinen Leichnam für eine DNA-Probe mitnehmen und mitgeführte Dokumente einsammeln;
3. ein Drohnen- oder Raketenangriff, um ihn zu töten.

Das Problem mit ihrem Ziel war, dass die versammelten Politiker und Militärberater keine Lösung dafür parat hatten, was sie mit Nabhan nach seiner Festnahme anstellen sollten. Noch einen weiteren Gefangenen nach Guantánamo zu verschleppen, war politisch keine Option, seitdem Präsident Obama fest versprochen hatte, das Gefängnis bald zu schließen.

Barack Obama war seit neun Monaten im Amt und wollte selbst entscheiden, welche Feinde exekutiert werden sollen. Am Ende der Besprechung unterzeichnete er den Befehl für einen Hubschraubereinsatz. Die Mission bekam den Namen «Celestial Balance», «Himmlisches Gleichgewicht».

*

Gegen 13 Uhr des folgenden Tages stoppte Ali Saleh Nabhan für eine Mittagspause in der Nähe der Stadt Baraawe, südlich von Mogadischu, in Süd-Somalia. Außer ein paar einfachen weißen Steinhäusern und Sandboden gab es hier nichts, Männer standen herum und kauten die leicht berauschende Khat-Droge. Die Gegend steht unter Kontrolle der Islamistenmiliz al-Shabaab. Nabhan beendete seine Mahlzeit und bestieg wieder eines der Autos seiner Karawane, zu der auch zwei Lastwagen gehörten.

Er wusste nicht, dass er dabei beobachtet wurde. Von amerikanischen

Militärs, die in Deutschland saßen. Analysten und Soldaten in einer Flugleitzentrale auf der Air Base im rheinland-pfälzischen Ramstein schauten ihm auf ihren riesigen Bildschirmen in Echtzeit zu. Von hier aus wurde die Operation für das AFRICOM-Hauptquartier in Stuttgart verfolgt. Die Bewegtbilder stammten von einer Drohne, die über Somalia kreiste und von Drohnen-Operators und Piloten in den Vereinigten Staaten gelenkt wurde.

Plötzlich tauchten wie aus dem Nichts vier Helikopter über dem Konvoi auf der staubigen Landstraße in Somalia auf. Wenige Stunden zuvor hatten sie ein AFRICOM-Schiff vor der Küste von Camp Lemonnier verlassen. Mindestens einer der AH6-Angriffshubschrauber feuerte Raketen von der Seite auf die Fahrzeuge ab. Als Erstes zerstörte ein sogenannter «Little Bird» die beiden Lastwagen. Raketensplitter schlugen in die Autos ein. Fast alle Insassen des Konvois wurden durch Scharfschützen in ihren Fahrzeugen getötet.

US-Soldaten flogen die «kleinen Vögel». Nachdem diese ihren Teil getan hatten, landete ein «Black Hawk»-Hubschrauber auf der Straße, aus dem Soldaten der Elitetruppe «Navy Seals» heraussprangen. Sie holten sich die Leiche Nabhans und nahmen Gewebeproben der anderen Getöteten für eine DNA-Analyse, berichteten später Augenzeugen. Nach wenigen Sekunden war die gesamte Aktion vorbei, nur die Wracks der Autos blieben rauchend zurück. Aber die Operation «Himmlisches Gleichgewicht» war damit noch nicht beendet. Zum Schluss des Einsatzes versenkten die Soldaten die toten Körper ihrer Feinde im Meer.

Diese Art der Entsorgung war damals noch nicht so weit verbreitet. Sie zeigte aber schon, wie das US-Militär neuerdings mit Leichen von verstorbenen Kämpfern umgeht. Eineinhalb Jahre später wurden die

sterblichen Überreste von Osama bin Laden genauso im Arabischen Meer vor der Küste Pakistans beseitigt.

*

In einem Bericht des *Airforce Magazine* heißt es später mit Hinweis auf den Angriff auf Ali Saleh Nabhan: «Militärschläge gegen terroristische Elemente in Afrika sind selten und AFRICOM verharmlost sie. Aber die US-Streitkräfte, insbesondere Spezialeinsatzkräfte, haben sich bereits an mehreren Angriffen in der Region beteiligt.» Die Hinrichtung von Ali Saleh Nabhan zeigt deutlich den Wandel der amerikanischen Taktik im «Krieg gegen den Terror». In dieser neuen Phase sind die Hinrichtungen in Afrika nicht mehr länger Operationen der Geheimdienste. Jetzt sind es militärische Einsätze.

Die Regierung Obama entschied sich bewusst, Nabhan durch Militärs zu exekutieren – und nicht mehr durch die CIA, die bereits zwei Jahre zuvor daran gescheitert war. Die Operation gilt heute als Paradebeispiel für den neuen Schattenkrieg des amerikanischen Militärs gegen vermeintliche Terroristen.

Der Tod des mutmaßlichen al-Qaida-Führers besiegelte auch das Ende der Tomahawk-Langstreckenraketen als Mittel für Hinrichtungen von Feinden Amerikas. Zu viele Zivilisten waren durch Marschflugkörper in Somalia schon gestorben, der politische Gegenwind gegen diese Methode war immer stärker geworden.

Der Einsatz in diesen Septembertagen 2009 war der erste Hinweis auf einen Krieg, den Barack Obama erst vier Jahre später offiziell als

amerikanische Politik bestätigen sollte. Im Mai 2013 erklärte er in einer Rede vor der National Defense University, dass Drohnen-Hinrichtungen nur noch vom Militär durchgeführt werden sollten und nicht mehr von den Geheimdiensten. Damit wollte Obama die Kritiker im eigenen Land beruhigen, weil Militäreinsätze vom Kongress kontrolliert werden – und damit transparenter für die Öffentlichkeit sind als klandestine CIA-Operationen.

Mit seinen Worten bestätigte der Präsident gleichzeitig aber auch eine Politik, die bereits seit längerem Realität geworden war. Die Hinrichtungen standen nun in der Verantwortung des Pentagons, waren Angelegenheit des Militärs. Obamas Rede war gleichzeitig auch das Eingeständnis von oberster Stelle, dass alle gezielten Tötungen in Afrika von AFRICOM kommandiert werden.

Von Deutschland aus.

*

Die Stunden im September 2009 waren etwas ganz Besonderes für General Kip Ward in seinem Kommandobüro. Doch seine Rolle und die von AFRICOM und dem geheimen Stab im Gebäude des Spezialkräfte-Kommandos auf dem Stuttgarter Gelände wurden in Deutschland nicht wahrgenommen.

Stolz darauf, dass der neue Präsident Erfolge im Kampf gegen den Terror präsentieren konnte, trompetete die Regierung Obama die erfolgreiche Attacke auf Ali Saleh Nabhan über die Medien heraus. Von *n-tv* über *Financial Times Deutschland* bis zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

berichteten über 25 deutsche Fernsehsender und Zeitungen von der Tötung. Nicht in einem Bericht wurde erwähnt, woher der entscheidende Befehl kam: aus der Plieninger Straße 289 in Stuttgart. Nirgendwo gab es einen Hinweis auf AFRICOM.

7. Kapitel Luftpiraten



«Luftpiraten» im Einsatz vor Camp Lemonnier in Dschibuti

Zwei Monate nach der Hinrichtung von Ali Saleh Nabhan standen General William E. Ward und sein Afrika-Kommando im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Nein, nicht seine Beteiligung an der gezielten Tötung in Somalia war das aufregende Thema – die Stuttgarter Gesellschaft bewegte vielmehr, wer eine Einladung zu Wards jährlicher Weihnachts-Party in der Villa des Generals erhalten hatte – und wer nicht.

Gern erinnern sich Teilnehmer an die jährlichen Feiern in der mit Tannenzweigen und Blumenbouquets geschmückten Empfangshalle mit dem

Parkett und den beiden Kronleuchtern. Zu vorgerückter Stunde spielte eine Pianistin im Kerzenschein auf einem schwarzen Flügel.

Auch 2009 versammelten sich viele Männer mit roten Weihnachts-Krawatten in der Residenz des Kommandeurs, die sich in begehrter Stuttgarter Halbhöhenlage auf dem Hang der Gänsheide befindet. Soldaten in glanzvollen schwarzen Ausgehuniformen waren gekommen, ein Armee-Chor sang, einige Gäste waren extra aus Washington D.C. eingeflogen worden. Auch die lokale Politprominenz ließ sich blicken: Der Ordnungsbürgermeister von Stuttgart, Martin Schairer, folgte der Einladung, der Bürgermeister von Plieningen, Edgar Hemmerich, kam mit seiner Frau, der Bürgermeister von Bad Cannstatt, Thomas Jakob, war da und auch der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster. Mit Schuster und seiner Frau Stefanie verband Ward eine enge Freundschaft. Zu viert besuchten sie öfter das Staatstheater oder die Oper Stuttgart.

Die Feier in der Richard-Wagner-Straße 39 ließ sich Kip Ward mehr als 30000 US-Dollar kosten. Die Party wäre noch teurer geworden, wenn er die vielen AFRICOM-Angestellten, die an diesem Tag mithalfen, noch hätte extra bezahlen müssen. In mehreren Salons trafen die fast tausend Gäste aus Stuttgarts politischer und gesellschaftlicher Elite zusammen. Sie bewunderten die kosmopolitischen Souvenirs der Gastgeber: ein Paravent aus Asien, eine afrikanische Maske, Elefantenfiguren aus der ganzen Welt, die die Ehefrau des Generals sammelte. Für diesen Abend hatte William E. Ward eigens einen Eventmanager aus den USA gebucht. Er wollte sichergehen, dass auch wirklich nichts schiefging.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs, als das amerikanische Militär Süddeutschland befreite und dann besetzte, konzentrierten sich die US-

Truppen in Stuttgart. Zu dieser Zeit war General Lucius Clay der wesentliche militärische und politische Herrscher über die amerikanische Zone in Deutschland. Er zog in die Villa mit Panoramablick über Stuttgart. Sie liegt nur unweit der Villa Reitzenstein im Stuttgarter Osten, dem politischen Zentrum Baden-Württembergs seit dem Kriegsende. Noch heute residiert hier der Ministerpräsident. Seit den Zeiten von General Clay ist es zu einer Tradition geworden, dass der jeweils ranghöchste US-General in der Stadt im Clay-Haus wohnen darf. Zur Residenz gehören Köche, Zimmermädchen und weiteres Personal. Die Frau des jeweiligen Bewohners des Clay-Hauses gilt in Stuttgart als «First Lady». Von seinen Bediensteten ließ sich General Ward gern mit «the Boss» ansprechen.

Als Kip Ward 2007 zum ersten Chef von AFRICOM ernannt wurde, zog der Vier-Sterne-General in die Villa – obwohl es in Stuttgart zu dieser Zeit zwei Generäle mit vier silbernen Sternen auf den Schulterstücken der Uniform gab, dem höchsten Rangabzeichen des Militärs: Ward und General Craddock, der das Europa-Kommando EUCOM leitete.

Doch das Clay-Haus schien noch nicht einmal Wards Standard zu entsprechen. In den vier Jahren, in denen er hier wohnte, ließ er zwei Mal die Einrichtung austauschen – auf Kosten des US-Militärs: einmal für eine Million US-Dollar und ein zweites Mal für 1,4 Millionen Dollar.

William E. Ward war einer von dreißig Vier-Sterne-Generälen im US-Militär, aber damals der Einzige von ihnen mit dunkler Hautfarbe. Als Infanterist hatte er sich über Einsätze in Korea, Somalia, Israel und zwei Stationen in Deutschland bis in die Führungsebene des amerikanischen Militärs hochgedient. Seinen extravaganten Geschmack lebte er nicht nur bei der Inneneinrichtung seiner Residenz aus, sondern auch bei der Auswahl

seiner Hotels. Er bevorzugte das Teure. In New York stieg er gern im Waldorf-Astoria ab. Auf den Bermudas nutzten seine Frau und er einmal eine Suite für 750 Dollar. Während ihr Flugzeug auf dem Airport betankt wurde, gingen die Wards shoppen und vergnügten sich in einem Wellness-Spa.

Bei AFRICOM war der General dafür bekannt, neben seinen Hausangestellten auch die Soldaten für die Erfüllung seiner Wünsche einzuspannen. Blumensträuße, Eintrittskarten, Bücher, Snacks besorgen – um solche Botengänge musste sich das militärische Personal kümmern. Auch seine Frau kommandierte die Soldaten so herum, als hätte sie diese eingestellt und würde sie vom privaten Konto bezahlen. Einmal sollte ein AFRICOM-Mitarbeiter sogar Schokolade für sie besorgen. Dunkle Schokolade. Dunkle Snickers, befahl sie ihm.

Wenn der General in diesen Jahren gefragt wurde, was seine Aufgabe innerhalb des US-Militärs in Deutschland sei, dann pflegte er zu sagen: «Die Verantwortung für alles, was in Afrika passiert, liegt bei mir hier in Stuttgart.» Ward fühlte sich nur noch zwei Menschen untergeben: Seine Bosse seien «der Präsident der USA und der Verteidigungsminister».

*

Abends empfing General Ward seine Gäste aus dem politischen Führungszirkel der Landeshauptstadt Stuttgart, am Tag baute er im Verborgenen die Missionen von AFRICOM in 53 afrikanischen Ländern aus. Die *Washington Post* nannte Wards Ausweitung seiner Macht einmal die «schnellste Expansion des nicht erklärten Drohnen-Kriegs».

Seitdem William E. Ward als Gründungskommandeur das Afrika-

Kommando übernommen hatte, expandierte AFRICOM unaufhörlich. Eines seiner ersten Projekte war der Aufbau eines Netzwerks von geheimen Drohnenbasen in Ostafrika. Diese Infrastruktur wurde notwendig, weil man noch mehr Führungsfiguren von al-Qaida aus der Luft exekutieren wollte.

Es gibt keinen investigativen Reporter, der in den vergangenen Jahren mehr Zeit und Mühe investiert hat, um die amerikanische Ausbreitung in Afrika zu beobachten, als Craig Whitlock von der *Washington Post*. Der 45-jährige New Yorker arbeitete zuvor einige Jahre im Berliner Büro des Blattes, um über internationalen Terrorismus zu berichten, bevor er, zurück in den Staaten, auf Tuchfühlung mit dem Pentagon ging: Sein Büro ist heute im US-Verteidigungsministerium, in einem Extrabereich für die Presse. Whitlock berichtete aus mehr als 50 Ländern, drei Mal war er für den Pulitzer-Preis nominiert. Seine Berichte aus Afrika öffneten uns die Augen für den geheimen Krieg, den die USA in einigen Ländern des Kontinents führen.

Die afrikanische Einsatzzentrale dieses Krieges, der seit sechs Jahren fast unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit geführt wird, ist weiter das von AFRICOM kommandierte Camp Lemonnier in Dschibuti. Weil AFRICOM dem Reporter Craig Whitlock nicht erlaubte, Camp Lemonnier zu besuchen, flog er ohne Anmeldung nach Dschibuti. Die 500 Hektar große Anlage wird durch Stacheldraht abgeschirmt. Von außen kann man Satellitenschüsseln erkennen. Whitlock meldete sich am Tor des riesigen Flugplatzes mit Kasernenanschluss. Doch auch der Camp-Kommandeur weigerte sich, den Journalisten hereinzulassen.

Von der wichtigsten Militärbasis der USA in Afrika starten und landen 16 Mal am Tag Drohnen. Craig Whitlock berichtet von 1660 Starts und Landungen von Flugzeugen und unbemannten Flugobjekten auf den

Rollfeldern der Basis allein im Juli 2012. Hier werden Attacken auf Somalia und den Jemen vorbereitet und gestartet.

Einst war das Camp ein Fort der französischen Fremdenlegion, seit 2001 ist es zur größten Drohnenbasis außerhalb Afghanistans aufgestiegen, schreibt Whitlock. Auf der riesigen Anlage dienen 3200 Soldaten sowie private Söldner und Zivilmitarbeiter. Eine kleine Einheit von 87 Personen hat eine besondere Aufgabe: sie betreibt und wartet die Killer-Drohnen. Ihr Name: «60th Expeditionary Reconnaissance Squadron» («60. Expeditions- und Aufklärungsgeschwader»). AFRICOM-intern nennt sich das Schwadron «East Africa Air Pirates». Die Luftpiraten.

Ihr Logo besteht aus einem Totenkopf, der über zwei Predator-Killerdrohnen schwebt. Seit spätestens Anfang 2011 sind im Camp acht dieser tödlichen Drohnen stationiert. Die Basis im Camp Lemonnier in Dschibuti ist das Zentrum der gezielten amerikanischen Tötungen aus der Luft in Afrika.

Auch ein Geschwader von F-15E «Strike Eagle»-Kampffjet-Piloten sitzt auf der Basis, weiter die AFRICOM unterstellte Combined Joint Task Force – Horn of Africa: die Gemeinsame Kampfgruppe «Horn von Afrika» (CJTF-HOA). Die Einheit wurde im Jahr nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York gegründet. Aufgabe der CJTF, in der Spezialisten aus allen Abteilungen des amerikanischen Militärs zusammenarbeiten, ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Jedes Jahr überweist die US-Regierung dem Land Dschibuti 38 Millionen US-Dollar als Miete für Camp Lemonnier, kein anderes Land Afrikas erhält zudem so viel Militär- und Aufbauhilfe von den USA wie dieser Mini-Staat. Für 1,4 Milliarden Dollar sollen die Kaserne und der Flughafen noch weiter

ausgebaut werden. Die bisher 320 Spezialkräfte-Soldaten im Camp könnten bald auf 1000 aufgestockt werden. Seit über zehn Jahren sollen diese Elite-Soldaten bereits Drohneneinsätze von Dschibuti aus fliegen. Auch Killereinsätze gehören zum geheimen Repertoire dieser Spezialeinheit – wie zum Beispiel die gezielte Tötung von Ali Saleh Nabhan, dem mutmaßlichen al-Qaida-Terroristen, den JSOC-Soldaten in Somalia töteten.

Von Camp Lemonnier ging auch eine Attacke aus, die später Geschichte schreiben sollte. Am 30. September 2011 wurde eine Reaper-Drohne aus Dschibuti auf den Weg nach Jemen gelenkt. Die Drohne begleitete einen Angriff von zwei weiteren Killer-Drohnen, die von einer anderen, geheimen Basis in Saudi-Arabien kamen. Das Opfer lebte in der al-Jawf-Provinz im Norden Jemens. Nachdem die Zielperson ihr Frühstück beendet hatte und in ein Auto gestiegen war, feuerten die Drohnen Raketen auf ihren Fahrzeug-Konvoi. Dabei starb Anwar al-Awlaki, ein Imam und der damals angeblich zweitwichtigste Mann von al-Qaida.

Der US-Bürger Awlaki war als «Bin Laden des Internets» bekannt geworden, weil er YouTube- und Facebook-Kanäle sowie das Web-Magazin *Inspire* für die al-Qaida-Propaganda genutzt haben soll. Er war der erste Amerikaner auf einer «Kill-List» der US-Regierung. Sein Tod führte zu einer großen Debatte in den USA über den Einsatz von Kampfdrohnen auch gegen Amerikaner. Bis zu seiner Ermordung hatte al-Awlaki mit einer Klage gegen die Obama-Regierung und den CIA-Direktor versucht, sich und seinen Sohn von der Todesliste nehmen zu lassen. Vergeblich.

Zwei Wochen nach Awlakis Tod wurde auch sein Sohn Abdulrahman durch einen Drohnenangriff auf die Terrasse eines Restaurants im Jemen getötet. Sein Körper wurde dabei in Stücke gerissen. Er war erst 16 Jahre alt,

hatte ein offenes Goofy-Lächeln, Wuschelkopf, noch weiche, kindliche Gesichtszüge. Auch er war amerikanischer Staatsbürger. Sein einziges Verbrechen war, dass er der Sohn seines Vaters gewesen ist. Abdulrahmans Gesicht wurde zum Symbol, seine Hinrichtung führte zu internationalen Protesten gegen den Drohnenkrieg der Regierung Obama.

Craig Whitlock schreibt, dass die Einheiten im Camp Lemonnier in den vergangenen Jahren immer häufiger den Auftrag erhielten, «Ziele» zu finden, zu verfolgen oder zu töten. «Nahezu der komplette Platz auf dem Camp ist der Terrorismusbekämpfung gewidmet. Die Anlage ist damit die einzige Einrichtung ihrer Art im globalen Pentagon-Netzwerk.»

Indirekt bestätigt das auch das amerikanische Verteidigungsministerium. «Dies ist kein Außenposten in der Mitte von Nirgendwo, der uns nur mäßig interessiert», sagt die stellvertretende Pentagon-Staatssekretärin für Afrika. «Dies ist ein sehr wichtiger Standort im Hinblick auf die Interessen der USA.»

Die Aufträge für die Drohnen-Missionen kommen aus Stuttgart. Von AFRICOM. Hier und auf der britischen Luftwaffenbasis Molesworth werden die Personen nominiert, die aus der Luft beobachtet werden sollen. Über eine Satellitenstation im pfälzischen Ramstein werden die Signale zwischen der Drohne aus Dschibuti und den 9000 Kilometer entfernten Piloten in den USA hin und her gesendet, die die Befehle vollstrecken. Die Piloten sitzen auf den Air Force-Basen «Creech» in der Nähe von Las Vegas oder «Ellsworth», «Whiteman» und «Cannon» in South-Dakota, Missouri oder aber in New Mexico. Während eines Einsatzes plant und überwacht eine Luftleitzentrale in Ramstein die Angriffe für das Afrika-Kommando in Stuttgart.

Aber nicht nur die Hauptbasis in Dschibuti ist dem Kommandeur von

AFRICOM unterstellt, sondern auch eine Reihe anderer US-Stützpunkte in Afrika. General Wards Netzwerk kleiner, geheimer Basen. Seit dem Amtsantritt von Ward errichtete die Stuttgarter Spezialkommando-Einheit insgesamt neun Luftwaffenstützpunkte in ganz Afrika.

*

Es gibt wahrscheinlich keinen Ort, an dem man exklusiveren Urlaub machen kann als auf den Seychellen. Ein Ferienhaus auf einer kleinen Insel kann schon mal 5000 Euro am Tag kosten – Butler, Palmenstrand und ein eigenes Korallenriff-Atoll inklusive. Hier trifft sich der internationale Jetset, zeigt die teuersten Schwimmmoden an den schönsten Stränden der Welt.

Kein Seychellen-Tourist würde vermuten, dass er an einem Ort gelandet ist, der Teil des tödlichen Netzwerks der Drohnen- und Hinrichtungsmaschinerie ist. Doch auch von dieser Inselgruppe wird der amerikanische «Krieg gegen den Terror» geführt.

AFRICOM-General William E. Ward baute seine erste Killerdrohnen-Unterbasis 2009 auf der Insel Mahé auf. Rund 100 Soldaten und Zivilisten sollen sich seitdem am Hauptflughafen der Inselkette um vier Drohnen kümmern. In einem Teil des «Seychelles International Airport» nahe der Hauptstadt Victoria ist die kleine Flotte amerikanischer Reaper-Drohnen stationiert. Der «Sensenmann» ist eine zehn Meter lange Kampfdrohne, die fast 500 km/h schnell werden kann. Das weiß oder grau lackierte unbemannte Flugobjekt ist die größte Drohne, die bisher im Einsatz ist. Sie sieht aus wie ein Flugzeug – mit einem spitzen Rumpf und Tragflächen, unter denen Präzisionsbomben angebracht werden können.

Laut internen Regierungspapieren baten die US-Diplomaten im Auftrag von AFRICOM den Präsidenten der Seychellen, die Reaper-Basis geheim zu halten, berichtet Craig Whitlock. Die Regierung willigte ein, sind die Mieteinnahmen aus der Basis doch eine wichtige Einnahmequelle für die Seychellen, auf denen nur knapp 90000 Menschen leben.

Trotz der großen Geheimhaltung waren Drohnen in der Luft für die Bewohner der Seychellen schon länger ein gewohntes Bild. Spätestens als die erste Drohne gegen einen Felsen am Ende der Landebahn gekracht war, konnte die Basis nicht mehr geheim gehalten werden. Einheimische hatten den Kran dabei beobachtet, wie er die Drohne aus dem Indischen Ozean holte – die Landebahn des Flughafens liegt direkt am Meer.

*

Im Jahr 2011 folgte die erste geheime Basis auf dem afrikanischen Festland, in Äthiopien, Ostafrika. Auf dem kleinen Provinzflughafen in Arba Minch sollen seitdem MQ-9 Reaper-Drohnen stationiert sein, gleich neben den zivilen Gebäuden und Landebahnen des Flugfeldes.

Die amerikanischen Hangars sind von hohen Zäunen abgeschirmt. Vier Jahre hatten die Diplomaten der Vereinigten Staaten mit der äthiopischen Regierung verhandelt, anfangs soll diese «not all that jazzed» gewesen sein, berichtet ein US-Beamter. Doch dann konnte das Land überzeugt werden. Seit Jahren ist Äthiopien bereits ein Verbündeter der Vereinigten Staaten und hilft unter anderem bei der Überwachung von Mails und Telefonaten des al-Shabaab-Terrornetzwerks.

Um auch Drohnen-Einsätze in den Ländern Westafrikas fliegen zu können,

eröffnete AFRICOM 2013 einen weiteren Stützpunkt auf dem Kontinent. Wie Craig Whitlock herausfand, starten Aufklärungsdrohnen von Niamey, der Hauptstadt des Niger. Fast täglich sollen die zwei dort stationierten MQ-9 Reaper-Drohnen zu Aufklärungsmissionen nach Mali abheben. Mit Radar und Sensoren suchen sie dort Terroristen in der Sahara und in Bergregionen, berichtet die *New York Times*. Für die Spionagemissionen wurden 120 Soldaten in den Niger verlegt, das afrikanische Land und die USA hatten dafür einen Truppenstationierungsvertrag abgeschlossen. Als Preis für die Erlaubnis zur Errichtung dieser Basis müssen die USA das von hier aus erworbene Geheimdienstwissen mit dem Niger teilen.

Bei diesen stets geheim geplanten Anlagen waren die Länder Afrikas kooperativer als einige Jahre zuvor bei dem Wunsch Amerikas, sein Afrika-Kommando auf ihrem Territorium anzusiedeln. Argumente für die heimliche Aufnahme einer Drohnenbasis waren sicher die Größe und der Nutzen dieser US-Einheiten auf eigenem Staatsgelände. Zum einen handelt es sich oft nur um einige hundert Soldaten, die in einem versteckten Bereich eines Flughafens einige Drohnen warten, starten und landen. Und zum anderen profitieren die Staatschefs neben den US-Zahlungen immer auch von den Informationen, die durch die Drohnenaufklärung über ihrem Land von den USA gewonnen werden.

So entstanden neben den Killerdrohnen-Basen in Dschibuti, in Äthiopien, auf den Seychellen und in Niger auch Spionage-Stützpunkte in Burkina Faso, Mauretanien, Uganda und im Südsudan. Die Aufklärungseinheiten auf diesen Basen sollen potenzielle al-Qaida-Mitglieder ausfindig machen. Dafür benutzt das amerikanische Militär neben den Drohnen kleine Propellerflugzeuge, die nicht als Luftwaffenmaschinen erkennbar sind, zum

Beispiel kleine einmotorige Schweizer Turbinenpropeller-Maschinen, mit denen auch die Flying Doctors in Australien unterwegs sind. Sie sind außen neutral wie Privatflugzeuge lackiert, innen aber mit Sensoren ausgestattet, die Wärmebilder, Videoaufnahmen sowie Handy- und Funksignale aufnehmen können. Die Flugzeuge werden meistens auf versteckten Landebahnen aufgetankt. Obwohl sie von der US Air Force befehligt werden, sitzen in den Cockpits oft private Auftragnehmer, die keine Militäruniformen tragen, zum Beispiel von Firmen wie Sierra Nevada Corporation oder R-4 aus New Jersey.

Bislang werden die Flugzeuge und Drohnen auf diesen Basen in Burkina Faso, Mauretanien, Uganda und im Südsudan nur für Spionage eingesetzt. Ohne großen Aufwand wäre es aber möglich, von hier aus auch Killer-Drohnen zu starten. Das geht aus einem internen Papier der US-Streitkräfte hervor. Im Frühjahr 2013 suchte ein privater Sub-Auftragnehmer für AFRICOM einen «All Source-Analysten», der Geheimdienstquellen auswerten sollte, um damit mögliche Opfer in all diesen Ländern für «priorisierte Ziellisten» nominieren zu können.

Von der «Manda Bay Naval Base» in Kenia aus sollen bereits private Söldner und Soldaten der Spezialeinheit Navy Seals zu Operationen gegen mutmaßliche Terroristen aufgebrochen sein. Die Navy Seals (Motto: «Der einzige leichte Tag war gestern») sind eine Elitetruppe, die für Guerillakriege, psychologische Kriegsführung und Sabotage-Aktionen ausgebildet ist.

Insgesamt haben die Vereinigten Staaten von Amerika bisher über eine Milliarde US-Dollar in die sogenannte «Trans-Sahara Antiterrorkampf-Partnerschaft» gesteckt, um lokale Truppen in den afrikanischen Ländern

auszubilden und ihre eigenen Anti-Terror-Einheiten aufzubauen.

Die Konflikte in Somalia und Mali hat das nicht beendet.

*

Als William E. Ward seinen Posten als AFRICOM-General in Stuttgart am 8. März 2011 verließ, betrieb das Kommando also nicht mehr allein die Basis in Dschibuti, sondern hatte bereits fünf Stützpunkte in Afrika aufgebaut. Weitere folgten nur Wochen später. Unter Wards Kommandantur starben nach Schätzungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen bis zu 100 Menschen in Afrika durch US-Angriffe. Meist setzte das amerikanische Militär Killer-Drohnen für die gezielten Tötungen ein.

Aus militärischer Sicht war die Zeit als General in Stuttgart für Ward ein Erfolg. Aus persönlicher Sicht lief nicht alles glänzend für ihn.

Sein exklusiver Geschmack wurde ihm zum Verhängnis. Gegen William E. Ward und seine Frau ermittelte 17 Monate lang eine militärische Untersuchungskommission wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Der Afrika-Kommandeur hatte im Wert von tausenden von Dollars militärische Flüge für seine Familie geordert. Seine vielen Reisen von Stuttgart nach Afrika und zurück in die USA verlängerte er gern um private Exkursionen – alles bezahlt aus dem Budget von AFRICOM. Eine Verletzung der amerikanischen Militärgesetze.

Zudem soll Kip Ward sehr enge Verbindungen zu einem privaten Auftragnehmer gepflegt haben, der insgesamt Geschäfte in Höhe von vier Millionen Dollar mit dem US-Militär gemacht hatte. Für Ward und seine Frau organisierte der Unternehmer exklusive Tickets für das Broadway-Stück

«Fences» und arrangierte ein Treffen mit dem Hauptdarsteller Denzel Washington nach der Show in New York.

Als der General während der Ermittlungen gefragt wurde, welche Art Geschäftsstermin er mit diesem Unternehmer während des Broadway-Schauspiels absolviert hatte, antwortete Ward, dass er dem Auftragnehmer erklärt habe, was es bedeute, eine Führungsperson zu sein.

William E. Ward wurde nahegelegt, seinen Posten als Chef von AFRICOM niederzulegen. Er verlor seinen Rang als Vier-Sterne-General, verließ Deutschland und schied aus dem Militär aus.

8. Kapitel

Die Phase der gezielten Tötungen



Reaper MQ-9 Drohne in der Luft

Der 5. April 2013 ist ein entscheidender Tag für AFRICOM. Ein neuer Kommandeur tritt seinen Dienst in Stuttgart an. Nach William E. Ward, der das Kommando in Deutschland aufgebaut hatte, und General Carter F. Ham, der danach zwei Jahre lang alle militärischen Aktionen der USA in Afrika leitete, soll heute der dritte General an der Spitze von AFRICOM seinen Dienst antreten.

Das «Apollo Theater» ist voll mit Menschen. Sonst sehen sich die Stuttgarter hier das Musical «Sister Act» an. An diesem Tag drängen sich die Mitarbeiter des Afrika-Stabes auf die roten Stühle.

Die Brassband wartet, ihre Trompeten und Tubas glänzen. Die Soldaten tragen ihre schwarzen Sonntagsuniformen, die polierten goldenen Knöpfe blitzen im Scheinwerferlicht. Der gesamte Führungsstab von AFRICOM ist gekommen. Mit der Übergabe der Kommandoflagge auf der Bühne vom bisherigen an den neuen Kommandeur soll der Wechsel offiziell vollzogen werden.

Der amerikanische Armee-Fernsehsender *American Forces Network TV* ist mit drei Kameras anwesend, andere Journalisten sind eigens aus Washington angereist. Sogar die ARD hat zwei Teams geschickt.

Der neue Kommandeur ist eine imposante Erscheinung mit starkem Kieferbau. David Rodriguez sitzt auf der Bühne in einem grünen Ledersessel, als die Zeremonie beginnt. Stuttgart wird seine letzte Station sein in einer langen Karriere, die ihn nach Korea, in den Irak und nach Afghanistan geführt hat. Jetzt also Afrika, seine bedeutendste Mission.

Darum ist mit Martin Dempsey auch der ranghöchste General des US-Militärs nach Stuttgart gereist, der Vorsitzende des Generalstabs. Offiziere aus verschiedenen Ländern sitzen im Theatersaal, unter anderem ist mit den Streitkräfte-Führern aus Libyen und Ägypten die militärische Elite Afrikas angereist. Auch einige deutsche Würdenträger sind gekommen: der Brigadegeneral einer Panzerdivision der Bundeswehr, der Befehlshaber des Kommandos Operative Führung Eingreifkräfte, der Bürgermeister von Stuttgart und der Justizminister von Baden-Württemberg.

Rodriguez wird an diesem Tag zum Kommandeur von 3600 Soldaten aus allen Bereichen der Streitkräfte ernannt. Ihm ist nicht nur das AFRICOM-Hauptquartier in Stuttgart unterstellt, sondern auch ein Militärstandort auf der Insel Ascension im Südatlantik sowie US-Einrichtungen in Florida, England,

Spanien, Italien, auf den Kleinen Antillen, in Griechenland und in Ramstein in Deutschland. Außerdem hat Rodriguez Zugriff auf Flughäfen und Häfen in Afrika – und auf die neun geheimen US-Drohnen-Basen zwischen Dschibuti im Osten des Kontinents und Burkina Faso im Westen.

Mit der militärischen Macht, die Rodriguez von seinem Vorgänger übernimmt, kann er operativ den Einsatzbefehl für Hinrichtungen in ganz Afrika geben. Seine Untergebenen suchen täglich nach Menschen, die gezielt getötet werden sollen. Das Pentagon hat er auf seiner Seite. Deutschland steht ihm bei.

*

Ist es mit deutschem Recht vereinbar, die Hinrichtung eines Terrorverdächtigen in Deutschland zu planen und zu befehlen? Und wäre AFRICOM verantwortlich für die gezielten Tötungen? Die Fragen treiben uns seit den Anfängen unserer Recherche um.

Darum treffen wir uns mit dem ehemaligen Bundesrichter Wolfgang Nešković zum Mittagessen in der «Parlamentarischen Gesellschaft» in Berlin. Wir sitzen im Garten des elitären Clubs und bestellen frische Erdbeeren zum Nachtisch. Journalisten haben hier nur selten Zutritt, ohne die Begleitung eines Bundestagsabgeordneten kommt man nicht hinein. Nešković ist inzwischen Bundestagsabgeordneter. Mit ihm sprechen wir über die Rechtslage in der Bundesrepublik. Schließlich beherbergt Deutschland das Hauptquartier des tödlichen Afrika-Kommandos. Am Fall einer gezielten Hinrichtung, die von Stuttgart aus befehligt wurde, wollen wir die Situation mit ihm erörtern. Der Drohnenangriff fand am 21. Januar 2012 statt.

*

Bilal al-Berjawi ist verzweifelt. Der Brite möchte endlich wissen, wie es seiner Frau in England ergeht. Wochenlang hat der 27-Jährige sich nicht bei ihr gemeldet, aus Angst seine Verfolger zu seinem Aufenthaltsort zu lenken, wenn er ein Telefon benutzte. Aber jetzt will er unbedingt wissen, ob sein Baby schon zur Welt gekommen ist und wie seine Frau die Geburt überstanden hat. Und ob er Vater eines Jungen oder eines Mädchens geworden ist.

Als seine Frau ihn an diesem Januarvormittag in Somalia anruft, nimmt al-Berjawi das Gespräch an. Sie hat gute Nachrichten für ihn: Es ist eine Junge. Er ist gesund. Ihr erstes gemeinsames Kind ist in London geboren.

Einige Stunden nach dem Telefonat setzt sich al-Berjawi in sein Auto und fährt mit einem Freund die Asphaltpiste von Elasha entlang – ein ruhiger Vorort der somalischen Hauptstadt Mogadischu. In Somalia herrscht gerade die lange Jilaal-Trockenzeit, es ist heiß und staubig. Links und rechts der Straße glühen die Blechdächer der Häuser in der Sonne, vollverschleierte Frauen kaufen Reis in den Läden, Esel ziehen Karren am Straßenrand.

Kurz nach 14 Uhr schlagen drei Raketen auf der Straße ein, das Auto von Bilal al-Berjawi geht in Flammen auf. Der junge Vater und sein Begleiter sind sofort tot. Das Funksignal seines Mobiltelefons hat die US-Luftwaffe wohl tatsächlich zu seinem Aufenthaltsort gelotst. Schon länger hat das Pentagon al-Berjawi gesucht. Für die US-Regierung ist der Mann ein gefährlicher al-Qaida-Terrorist gewesen, der die afrikanische Terrororganisation al-Shabaab im Kampf unterstützte.

Die Nachrichtenagentur *Associated Press* berichtet danach, dass es

Elitesoldaten der US-Spezialkräfte-Truppe JSOC waren, die sein Auto bombardiert haben. Das Pentagon bestätigt diese Darstellung nicht. Es dementiert sie aber auch nicht.

Da der moderne Krieg in einem Schattenreich stattfindet und es selten in die Nachrichten schafft, gibt es grundsätzlich keine offiziellen Bestätigungen von geheimen Attacken in Afrika. Die US-Regierung gibt keine Zahlen heraus, über Erfolge nicht, über getötete Zivilisten schon gar nicht.

Auch vor dem Tod des jungen Vaters hat es Drohnenangriffe in Afrika gegeben. Aber selten gibt es dafür Bestätigungen aus zwei unabhängigen Quellen – wie im Fall dieses Angriffs vom 21. Januar 2012. Darum gilt Bilal al-Berjawi bis heute als erster Mensch, der nachweislich durch eine US-Drohne in Afrika getötet wurde.

*

In Wahrheit begannen in Somalia die gezielten Drohnen-Tötungen aus der Luft im amerikanischen «Krieg gegen den Terror» bereits 2011. Seitdem soll das US-Militär mindestens neun Kampfdrohnen-Einsätze geflogen haben. Nach unterschiedlichen Angaben sind dabei bis zu 29 Menschen hingerichtet worden – unter den Opfern soll sich auch eine unbekannte Zahl unbeteiligter Zivilisten befunden haben.

So wie im Oktober 2011, als unbemannte Drohnen ein Feld in der Nähe des Dorfes Dolbiyow im Südwesten Somalias ins Visier nahmen. Die Piloten und Sensor Operators in ihrem Cockpit irgendwo auf einer Air Force Base in den USA hatten einige mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer verfolgt und waren bereit zum Abschuss. Weil die Terroristen jedoch schnell in ihre Autos

sprangen und davonrasten, als sie die Drohnen am Himmel bemerkten, trafen die Geschosse vier Bauern. Sie standen mit ihren Kamelen zufällig auf dem Feld und konnten nicht schnell genug fliehen.

Auch in den Tagen danach starben Zivilisten bei Drohnenangriffen auf ein al-Shabaab-Trainingscamp in der Nähe des somalischen Ortes Taabta und auf die Stadt Afmadow, berichteten Augenzeugen.

*

Jeder Drohnenangriff in Afrika wird von Barack Obama persönlich abgezeichnet. Noch nie in der Geschichte ist ein US-Präsident so leise in den Krieg gezogen. Er führt einen kontrollierten, präzisen Krieg, der billiger ist als alle anderen zuvor. Die Angriffe finden nicht auf den Titelseiten statt, weil es keine amerikanischen Särge gibt, die nach Hause geschickt werden. Die Toten von Afrika sind meist namenlose Opfer im «Krieg gegen den Terrorismus».

Vor der Öffentlichkeit wurde AFRICOM in den ersten Jahren als humanitäres Kommando getarnt. Bis 2011 versuchten die Kommandeure, durch medizinische Hilfe oder die Unterstützung der Ausbildung von Partner-Armeen den Einfluss der USA auf dem afrikanischen Kontinent zu mehren. Doch diese Tarnung fiel spätestens mit den Aufständen des «Arabischen Frühlings», der auch in Nordafrika in neun Ländern zu Protesten führte und die Potentaten in Tunesien, Libyen und Ägypten aus den Ämtern fegte. Sieben Monate bombardierte AFRICOM Städte in Libyen, bis das Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi im Oktober 2011 getötet wurde.

Neben den Kriegseinsätzen gegen Despoten war der Anti-Terror-Kampf

von Anfang an eine wichtige Aufgabe für das Kommando. «Die Rolle des Afrika-Kommandos hat sich durch den Aufstieg von Terrorgruppen in Mali und Somalia, die mit al-Qaida verbunden sind, gewandelt: War es anfangs noch relativ unbekannt, so ist das Kommando heute ein zentraler Akteur der militärischen Anti-Terror-Bemühungen», schreibt *Stars and Stripes*, das Magazin der US-Streitkräfte, im April 2013. «Seit 2011 setzt AFRICOM seine Ziele auch mit Feuerkraft um», resümiert *Stars and Stripes*.

Hinter dem Anti-Terror-Krieg in Afrika scheinen jedoch auch noch andere US-Interessen zu stecken. Eine Studie des staatlichen wissenschaftlichen Dienstes des US-Parlaments, des Congressional Research Service, analysierte schon 2011 die Bedeutung des Afrika-Kommandos und beschreibt in diesem Zusammenhang, dass der Kontinent neben dem Nahen Osten zum gleich wichtigen Exporteur von Rohöl geworden ist. Dies betone die neue strategische Bedeutung von Afrika. Abschließend heißt es: «Die primären Ziele sind die Jagd auf Terroristen und sicherzustellen, weiterhin Zugang zu afrikanischem Öl zu erhalten.»

*

Von all den Kampfhandlungen in Afrika sorgen die Drohneneinsätze von AFRICOM für die heftigsten Debatten. Unter Völkerrechtlern ist umstritten, ob die USA sich in einem «Krieg» gegen al-Qaida und andere islamistische Terroristen befinden und deren Mitglieder darum rund um die Welt auf fremden Territorien jagen dürfen. Manche Juristen sehen eine Verletzung der Souveränität von Ländern wie Somalia darin, wenn Kampfdrohnen ohne Genehmigung über den Staaten kreisen und Terrorverdächtige ohne Anklage

und Prozess exekutieren.

Auch Wolfgang Nešković, der Bundesrichter a.D., mit dem wir uns treffen, sieht das so. Die Tötung von Bilal al-Berjawi steht für uns stellvertretend für viele andere sogenannte extralegale Tötungen und ist vergleichsweise gut dokumentiert.

Anhand dieser ersten sicher beweisbaren Hinrichtung aus der Luft durch amerikanische Drohnen kann man auch Deutschlands Rolle im Drohnenkrieg gut aufzeigen. Wir breiten auf dem Tisch vor Nešković all die Hinweise aus, die wir in den vergangenen Monaten gefunden haben: einen Ausdruck der Webseite von AFRICOM, eine Rede Obamas vor dem Kongress, Unterlagen des Bureau of Investigative Journalism in London über den geheimen Drohnenkrieg in Somalia, eine Air-Force-Mittelanmeldung für eine Satellitenanlage in Ramstein und die Stellenausschreibung für einen «Stuttgart-based All Source Analyst», der Nominierungen für Todeslisten in Afrika durchführen soll.

Damit wollen wir ihm zeigen, was genau die gezielte Tötung eines Mannes aus Großbritannien in Somalia mit Deutschland zu tun hat. Der Jurist hört uns aufmerksam zu, er ist aber noch nicht vollends überzeugt.

Wir beugen uns hinunter und greifen in unsere Tasche, die neben dem Tisch im Garten der «Parlamentarischen Gesellschaft» steht. Dann ziehen wir ein Dokument aus einem Aktenumschlag, unseren Joker. Es ist der 19-seitige Bericht über den Absturz einer Drohne, vorgelegt von einer Untersuchungskommission der Air Force im Camp Lemonnier in Dschibuti. Dieses Dokument ist ein wichtiger Schlüssel, um die Tötung al-Berjawis zu verstehen.

Der US-Air-Force-Chefermittler untersucht in dem Report den Absturz

einer MQ-1B-Predator-Kampfdrohne. Sie war von AFRICOM-Camp Lemonnier gestartet, um «ein sich bewegendes Fahrzeugziel aufzuklären, zu beobachten und zu überwachen». Aufgrund eines technischen Defekts fiel die Drohne jedoch in den Indischen Ozean vor Dschibuti – rund 140 Kilometer von der Basis entfernt. Ein Abgasturbolader war ausgefallen und hatte damit den Motor zerstört, der die Drohne und ihre Hellfire-Raketen zum Ziel bringen sollte. Techniksrott im Wert von über vier Millionen US-Dollar landete auf dem Meeresboden.

Der Absturz ereignete sich drei Tage, bevor eine weitere US-Drohne Mohamed Sakr tötete. Sakr war ein Jugendfreund von Bilal al Berjawi, der ebenfalls britischer Staatsbürger war und mit ihm nach Somalia gegangen war. Vier Wochen zuvor hatte eine amerikanische Drohne bereits al-Berjawi in Somalia gezielt hingerichtet. Es fällt schwer, den Drohneneinsatz, der zum Crash führte, nicht als Teil einer geplanten Mission gegen eine bestimmte Personengruppe in Somalia zu sehen.

Aus juristischer Sicht ist dieser technische Absturzbericht vor allem deshalb für uns interessant, weil er der Beweis eines bisher geheimen Programms ist. Er liefert uns die Erklärung dafür, wer rechtlich zuständig ist für die Drohnenangriffe in Afrika. Der Beweis steht auf Seite 7 des Dokuments ganz oben: «AFRICOM ist verantwortlich für alle Operationen, Übungen und Sicherheitskooperationen des US-Verteidigungsministeriums auf dem afrikanischen Kontinent, seinen Inseln und den umgebenden Gewässern.»

Also: Stuttgart.

Nach diesem Treffen und den kritischen Nachfragen merken wir, dass wir noch besser verstehen müssen, wie AFRICOM funktioniert und wie das Kommando konkret in den Drohnenkrieg Amerikas eingebunden ist. Wir rufen in Stuttgart an, in den «Kelley Barracks» an der Plieninger Straße 289. Wir fragen nach einem Termin für einen Besuch von AFRICOM. Der zuständige Chief für «Public Affairs» ist ein freundlicher Mann, der nichts dagegen hat und uns gerne auf dem Kasernengelände begrüßt. Wir reisen nach Schwaben.

Auf dem Gelände, das von einem hohen Zaun mit Stacheldraht umgeben ist, stehen überall deutsche Straßenverkehrszeichen. Wir müssen lange schauen, um einen Hinweis darauf zu finden, dass sich an diesem Ort alles um Afrika dreht. Nichts wirkt hier so, als sei man in dem Zentrum, von dem aus Missionen auf dem afrikanischen Kontinent durchgeführt werden. Steht man auf dem Kasernenhof, scheint Afrika nicht nur 2000 Kilometer, sondern eher Lichtjahre entfernt zu sein. Vielmehr haben wir das Gefühl, wir laufen über ein altes Wehrmachtgelände – und das ist es ja auch. Die Hellenen-Kaserne wurde 1938 von der Wehrmacht eröffnet, ein Regiment der Luftwaffe saß bis Ende des Zweiten Weltkriegs hier. Am Rand einer Straße auf dem Gelände steht noch heute ein alter Panzer aus dem Krieg.

Jeder hier scheint ein deutsches Auto zu fahren, mit deutschen Nummernschildern. Keiner fährt mit amerikanischem Nummernschild herum. Es gibt ein Besucherhotel, kleine uniforme, mit Holzzäunen abgegrenzte Häuschen für die Offiziere und ihre Familien sowie eine Bowlingbahn. Wir laufen an einer «Pizza Hut»-Filiale und einem «Subway»-Imbiss vorbei. Es geht kein Wind, darum hängen die 53 Flaggen der Länder Afrikas schlapp an den Fahnenstangen herunter. Aber auch wenn sie flattern würden, hätten wir

Farben und Symbole der Fahnen wohl nur schwer ihren jeweiligen afrikanischen Staaten zuordnen können.

Nach zehn Minuten Fußweg vom Eingangstor sehen wir ein Gebäude, vor dem ein braunes Schild steht: AFRICA COMMAND. Das Logo zeigt ein hellblaues Oval, in dem sich zwei grüne Palmenzweige um den Umriss Afrikas ranken. Hinein dürfen wir hier aber nicht.

Wir schlendern weiter über das Gelände, plaudern mit dem Pressesprecher darüber, wie wenig afrikanisch die Kaserne mitten in Baden-Württemberg wirkt. Er nickt mit dem Kopf, dann hat der Mann eine Idee. Er sagt, er wird versuchen, einen Termin mit dem Chefplaner von AFRICOM für uns zu vereinbaren. Sein Gebäude sei vollgestopft mit afrikanischen Symbolen in einer Vitrine. «Das ist ein sehr afrikanischer Ort», sagt er.

Wenig später fragen wir den PR-Mann, wo sich das Gebäude der Elitesoldaten des Spezialkommandos JSOC befindet. Von der Special-Operations-Truppe hatten wir durch unsere Recherchen im Zusammenhang mit der tödlichen Operation «Himmliches Gleichgewicht» erfahren, in der AFRICOM 2009 gemeinsam mit dem JSOC den mutmaßlichen Islamisten Ali Saleh Nabhan und seine Gefährten in Somalia getötet hatte. Irgendwo hier muss doch die Baracke der Spezialeinheit sein.

Als der nette Mann unsere Frage hört, wird er auf einmal sehr einsilbig. Seine Lust, uns das Kommando zu zeigen, lässt augenblicklich nach. Er beendet das Gespräch. Wir kommen an diesem Tag in kein Gebäude auf dem Gelände des Regionalkommandos mehr hinein. Das Büro des Chefplaners können wir dann doch auch nicht mehr besuchen, sogar das Haus der Pressestelle bleibt für uns tabu. Lediglich in die Kantine dürfen wir uns für ein Mittagessen noch setzen.

*

Hier kommen wir nicht weiter. Aber irgendeiner der 1500 AFRICOM-Mitarbeiter in Stuttgart muss uns doch etwas sagen können. Zurück im Büro beschließen wir, im Internet soziale Netzwerke nach Menschen zu scannen, die bei den US-Streitkräften dienen. Mittlerweile kennen wir die Begriffe der militärischen Abteilungen so gut, dass es nicht lange dauert, bis wir dutzende spannende Job-Profile finden: Director of Training Assistant, Non-Commissioned Officer-In-Charge (NCOIC), J-2 ISR SME, Collection Subject-matter-expert, Chief of ISR Operations-Collection Management, Cyber Space Defense Operator, Regional Planner at Marine Forces Africa, Imagery Analyst, Sr. ISR Requirements Subject-matter-expert.

In den kommenden Tagen reden wir mit vielen Amerikanern. Die Gespräche laufen fast immer gleich ab:

Guten Tag, ich recherchiere über das Afrika-Kommando der USA in

Deutschland und würde Ihnen gern einige Fragen stellen, wenn ich darf.

Wer ist da?

Ein Journalist, ich arbeite für das öffentlich-rechtliche Fernsehen, den

NDR.

Sorry, aber dann muss ich sofort wieder auflegen.

Wieso das denn?

Mir ist nicht erlaubt, mit anderen über meine Arbeit zu sprechen. Und mit

Journalisten erst recht nicht. Dafür kann ich ins Gefängnis kommen.

Viel Glück Ihnen weiterhin ...

Nur bei einigen Soldaten haben wir Erfolg, sie sprechen mit uns. Meistens bitten sie uns danach jedoch darum, nicht als Personen in diesem Buch vorzukommen. Diese Bitte respektieren wir.

Ein Mann erlaubt uns, dass wir ihn besuchen. Auch er hat in seinem Vertrag mit der US Army unterschrieben, niemals mit Ausländern über das zu sprechen, was er tagtäglich in Stuttgart tut. Wenn unser Treffen bekannt wird, muss er mit einer Verurteilung rechnen. Darum haben wir an dieser Stelle alles verfremdet, was ihn identifizierbar machen kann. Seinen Namen, den Wohnort und Details aus seinem Leben haben wir verändert – die Schilderungen seiner Arbeit jedoch nicht.

An einem der ersten sonnigen Tage des Jahres steht der Mann, den wir Dave Jameson nennen werden, sehr früh schon ziemlich aufgeräumt in der Türschwelle seines Hauses in Aidlingen, einem kleinen Örtchen im Speckgürtel von Stuttgart. Jameson ist schon seit 5 Uhr morgens wach. «Seitdem ich ein Jahr im Irak im Einsatz war, kann ich nicht mehr lange schlafen», sagt der Mann, der um die 30 ist. Wir setzen uns auf den Balkon, blinzeln in die Sonne. Dave schenkt uns auf unseren Wunsch Wasser ein und öffnet sein erstes Bier, das er aus einem Humpen trinkt. Sein T-Shirt spannt ein wenig über dem Bauch, aber er wirkt sportlich, muskulös. In seinen Augen kann man eine Traurigkeit erkennen. Er ist schon länger in Stuttgart eingesetzt, aber so richtig Anschluss hat er in Deutschland noch nicht gefunden.

Von seiner Aufgabe darf er nicht einmal seiner Familie viel erzählen. Er hat die höchste «Top Secret Clearance»-Einstufung, die es im US-Militär gibt. Das bedeutet, dass er Zugang zu streng geheimen Informationen bekommt. Er besitzt die absolute Unbedenklichkeit als Geheimnisträger. Um

diese Geheimhaltungsstufe zu erhalten, wurden seine Familie, Freunde und Bekannte ausgefragt. Sein Leben wurde nach Drogengeschichten, politischem Engagement und verdächtigen Freunden durchleuchtet. Alle paar Jahre muss er neu beweisen, dass er noch vertrauenswürdig ist.

Dass Dave Jameson dichthalten kann, zeigt er in unserem stundenlangen Gespräch. Er erzählt viel Allgemeines darüber, wie ein Lufteinsatz in Afrika geplant wird, wie Ziele «gefunden, fixiert und abgeschlossen» werden. Immer wieder sagt er: «Jungs, wir sind keine James Bonds dort, wir machen einen langweiligen Bürojob mit vielen Graphiken und Statistiken. Wir sind die Power-Point-Boys.»

Was genau seine Aufgabe ist, verrät er aber nicht. Nur einmal deutet er es an. «Ich arbeite mit Drohnen im Bereich ISR.» Das Kürzel ISR steht für «Intelligence, Surveillance, Reconnaissance» – also Geheiminformationen, Überwachung, Aufklärung. Eine typische Job-Beschreibung für Aufklärungs-Analysten. Wäre Dave so ein Analyst, dann würde zu seinen Aufgaben gehören, Ziele für Angriffe zu finden und diese auszukundschaften. Wann verlässt eine Person täglich ihr Haus, auf welchen Straßen fährt sie entlang, wo arbeitet sie? Vielleicht führt er dafür Spione in Afrika, wertet Drohnenbilder aus oder liest in geschlossenen Internet-Foren von Terrororganisationen mit? Kein Wort dazu. Er bleibt stumm, auch am Abend nach einigen weiteren Bieren. «Ich weiß doch selbst nicht viel», sagt er und versucht abzuwehren, «bei uns weiß jeder nur so viel, wie er wissen muss.»

Mittlerweile sitzen wir im Haus auf der Couch. An der Wand hängt ein Matisse-Porträt über dem Kamin. Fast am Ende unseres Gesprächs sagt er: «Ihr versteht doch gar nichts!» Von außen würde man den Krieg mit Kampfdrohnen oft verkennen. «Es ist nicht so, dass jemand einen Knopf

drückt und am anderen Ende der Welt stirbt ein Mensch. Wir können nicht einfach so jemanden abknallen», sagt Jameson. Ein Drohnenangriff sei ein komplexes System, in dem sehr viele Menschen an verschiedenen Orten zusammenarbeiteten. Nicht allein der Pilot sei wichtig, sondern auch der Sensor Operator, der Intelligence Analyst, der Mechaniker und viele andere mehr. Stuttgart allein sei nicht entscheidend. Auch die jeweilige afrikanische Start- und Landebasis sei wichtig, das AOC sei wichtig, die Satellitenübertragung.

Bis ein Ziel gefunden und zum Abschuss freigegeben würde, gäbe es lange, ernsthafte Debatten. Sind sich alle sicher, dass eine Person eine ernsthafte Gefahr für die Vereinigten Staaten darstelle, lande sie auf einer «Capture-Kill-Liste». Vor einer Bombardierung entscheide ein «Legal Adviser», ein Militärjurist, ob das Ziel wirklich beschossen werden dürfe. «Es gibt für Drohneneinsätze genau solche Regeln wie für die Infanterie. Wir müssen uns an genaue Checklisten halten.» Dann wird Dave Jameson wieder stumm, schaut nach draußen, wo ein paar Spatzen an einem Meisenknödel picken. «Es ist alles viel komplexer, als ihr denkt!»

*

Nach diesen Tagen in und um Stuttgart herum wissen wir nur eins: Wir müssen weitersuchen. Wenn wir wirklich verstehen wollen, was AFRICOM genau macht, müssen wir noch tiefer eindringen in das Geflecht, welches das Afrika-Kommando rund um den Globus gesponnen hat. Wir kennen jetzt den Kopf, aber wo sind neben Camp Lemonnier in Dschibuti und den geheimen Drohnenbasen die anderen ausführenden Arme und Beine des Kommandos?

Wir sitzen im Bordbistro des ICE auf dem Rückweg nach Berlin und schauen noch mal den Stapel von Ausdrucken durch, der sich mittlerweile angesammelt hat. Organigramme der Struktur des Kommandos, Reden der Kommandeure, eine Weltkarte, diplomatische Depeschen. In einem Dokument aus dem Jahr 2008 fällt uns etwas Merkwürdiges auf. In diesem Hintergrundpapier des Außenministeriums mit dem Titel «Einführung der Gastländer bezüglich der Etablierung des US-Afrikakommandos (USAFRICOM) Marine und Armee-Hauptquartiere in Italien» hat ein Beamter ziemlich versteckt unter Punkt 6 zusammengestellt, aus welchen Einheiten sich das neue Kommando in Stuttgart zusammensetzen soll:

Armee-Komponente: 176 Kräfte in Vicenza, Italien

Marine-Element: 46 Kräfte in Neapel, Italien

United States Marine Corps: 38 Kräfte in Stuttgart, Deutschland

Spezial-Kräfte: 151

17. Luftwaffe und 617. AOC: 286 in Ramstein, Deutschland

Wir schauen uns fragend an. Unter allen Abteilungen können wir uns zumindest vage etwas vorstellen. Aber was ist ein AOC? Hatte nicht auch Dave Jameson in unserem langen Gespräch das Kürzel einmal erwähnt? Gegenseitig müssen wir uns eingestehen, nicht genau zu wissen, was mit dieser Abkürzung gemeint ist. Wir sind gespannt. Mit der langsamen GPS-Verbindung unseres Mobiltelefons googeln wir die Buchstabenkombination. Als der Ladebalken endlich voll dargestellt wird, lesen wir: Air and Space Operations Center.

Wir beschließen, nach Ramstein zu fahren.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Teil III

Deutschland und der amerikanische Drohnenkrieg

9. Kapitel

Bismarckturm und Bank of America



Die Air Base Ramstein aus der Luft

Unsere Neugier hat uns nass gemacht. Der Regen rinnt an unseren Nasen herunter, die Brille beschlägt, Kälte und Feuchtigkeit kriechen unter unsere Jacken. Wir stehen auf der Aussichtsplattform des Bismarckturms auf dem Kirchberg in der Nähe von Ramstein.

Über schlammige Wege und durch ein kleines Waldstück sind wir zu dem Turm gewandert, außer uns ist an diesem Tag niemand auf diese Idee gekommen. Wir sind die 19 Meter im Inneren der Sandsteinsäule hinaufgestiegen, die vor über hundert Jahren zum Gedenken an den «Eisernen Reichskanzler» erbaut wurde. Auf der Plattform hat sich der Regen in einer Pfütze gesammelt, Nebel liegt über dem Tal.

Wir haben trotzdem einen schönen Blick über die militärischen Anlagen, die auf der US-Air Base Ramstein entstanden sind. Von oben sieht der Stützpunkt aus wie eine kleine Stadt – mit Einkaufszentrum, Hotel und vielen Bäumen.

Hier auf dem Bismarckturm gibt es die einzige legale Möglichkeit, die Basis von außen einzusehen. Auf dem Schild mit den Aussichtszielen in der Region ist lapidar «Airbase, 4,8 km» vermerkt. Mit einem Feldstecher erkennen wir zwischen den Waldflächen auf der Luftwaffenbasis sehr genau, wo die Start- und Landebahn liegt, wo sich die Flugzeughangars befinden und wo die große Mall steht.

Nur ein Gebäude sehen wir von hier oben nicht: Das «603rd Air and Space Operations Center», kurz AOC, Spitzname: Wolfshund.

*

Was ist eigentlich ein AOC und wie funktioniert das genau? Bevor wir in die Pfalz gefahren sind, haben wir beschlossen, einen Mann zu besuchen, der bereits in einem AOC gearbeitet hat. In Hamburg trafen wir Ulrich Scholz. Der drahtige Mann wirkte schnittig, die Haare militärisch kurz. Man merkte ihm an, dass er jahrzehntelang Uniform getragen hat. Über 35 Jahre diente Scholz bei der Luftwaffe: Er war Kampfjet-Pilot, Oberstleutnant der Bundeswehr und hat einige Zeit in einem AOC in Ramstein gearbeitet. Er ist ein Kenner der US-Flugleitzentrale, hat selbst Ziele für Bombardierungen erfasst. Er erzählte uns über seine Arbeit als Abteilungsleiter einer Aufklärungseinheit der NATO im Air and Space Operations Center. Er blieb dabei sehr sachlich, no Bullshit. Er kam direkt auf den Punkt.

Es herrsche ein großes Missverständnis darüber, wie moderner Krieg funktioniert, sagte Scholz. Die meisten Menschen glaubten noch immer, dass der Krieg in Schützengräben und von Piloten geführt wird. «Der Krieger, der den Kampf führt, der sitzt in Ramstein. Das sind nicht mehr die Piloten in den Kampfflugzeugen wie früher. Die Krieger heute, das sind die Leute, die planen, denken und zuschlagen.»

Die Entscheidung über Leben oder Tod bei einem Angriff trifft heutzutage nicht mehr der Drohnenpilot: «In Ramstein sitzen Leute, die minutiös und in Echtzeit überwachen, wer gerade wo fliegt und wer wo schießt und welche Bilder kommen. Ramstein ist die Operationszentrale.»

Im «Krieg gegen den Terror» gibt es keine Schlachtfelder mehr, auf denen sich Heere gegenüberstehen. Der Krieg hat sich seit den Tagen von Manfred von Richthofen grundlegend verändert. Und der Drohnenpilot in einem Raum irgendwo in der amerikanischen Wüste, der am Ende mit einem Knopfdruck seines Joysticks die Rakete abschießt, ist nur das letzte Glied in einer langen Kette. Aber die Entscheidungen, unter anderem für Einsätze in Afrika, werden im AOC in Deutschland gefällt. Eine Aussage von Luftwaffen-Oberstleutnant Scholz blieb uns im Gedächtnis: «Das Schwert heute sind die Drohnen. Aber das Schwert ist dumm. In Ramstein sind diejenigen, die denken und lenken.»

*

Wir lenken unser Auto durch die «Kaiserslautern Military Community», wie Amerikaner die benachbarten Städte Ramstein, Landstuhl, Miesau, Pirmasens und Kaiserslautern der Einfachheit halber nennen. Es ist noch immer nass

und kalt in der Pfalz.

Kaiserslautern hat sich seit der Ansiedlung der US-Truppen 1946 von einer Industriestadt zu einem Ort mit Militärstützpunkt gewandelt. Ganze Stadtteile wie Kaiserslautern-Vogelweh erinnern heute eher an Vorstädte in den USA als an eine mittelgroße Stadt in Westdeutschland. Weiße Einfamilienhäuser säumen die Straßen hinter Gitterzäunen. Die Bewohner heben ihr Geld an Automaten der «Bank of America» ab, und statt Fußballplätzen gibt es Basketballkörbe und American-Football-Felder.

Ein dicker Ford-Geländewagen überholt uns, im deutschen Nummernschild taucht die Kombination QW auf – für Einheimische ein Zeichen dafür, dass das Auto auf einen US-Soldaten zugelassen ist. Die militärischen Nummernschilder sind vor ein paar Jahren verboten wurden. Auch Uniformen dürfen die Militär-Mitarbeiter nicht in der Öffentlichkeit tragen – seit einem Anschlag auf US-Soldaten in Deutschland 2011 sollen die GIs nicht mehr so einfach erkennbar sein, um kein Ziel von Terroristen zu werden.

Aber die US Army versteckt sich auch nicht in Kaiserslautern. Knapp 100000 Einwohner leben in der Stadt, etwa 60000 US-Amerikaner arbeiten in und um Kaiserslautern herum für das Militär.

Ihre Autos können sie beim «Pentagon Car Sales» kaufen, ihre Haare im «Hollywood Barbershop» schneiden lassen. Die Kirchen heißen «Church of the Holy Trinity», es gibt «American Video»-Läden, sogar der deutsche Schuster wirbt für seinen «shoe repair»-Service. Nur McDonald's hat noch mehr Schilder in Kaiserslautern und Ramstein aufgehängt als die US-Streitkräfte. Die Air Base Ramstein hat die beiden Orte auf die internationalen Landkarten gebracht. Der Air-Force-Stützpunkt ist das größte

und verkehrsreichste Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA, Ramstein ist «die wichtigste Militärbasis der Welt», sagt ein Kommandeur.

*

Endlich erreichen wir den Nordeingang der Air Force Base. Wir sind lieber eine halbe Stunde zu früh zu dem Treffpunkt gekommen, den uns ein Officer mitgeteilt hatte. Uns wurde gesagt, dass wir exakt 60 Minuten für den Besuch im AOC haben, darum wollen wir keine wertvollen Minuten mit der Ausweiskontrolle vergeuden.

Nachdem wir eingelassen wurden, begrüßen uns zwei Pressesprecher in grün-beigen Flecktarn-Uniformen. Sie werden uns die ganze Zeit begleiten, es sind unsere Aufpasser. Einer nimmt uns in seinem privaten Auto mit über das Ramstein-Gelände, vorbei an einer riesigen Satellitenschüsselfarm bis zum Tor des Air and Space Operations Center.

Die amerikanische Luftwaffe hatte uns zusammen mit der Besuchserlaubnis gleich eine Liste mit «Grundregeln» zugesandt, unter denen uns der Besuch nur gestattet war. Auf der Fahrt zum AOC werden uns die Regeln noch einmal vorgelesen:

Die Tour durch die Leitzentrale findet nur in ständiger Begleitung statt.

Wenn etwas Wichtiges passiert, werden wir «aus Sicherheitsgründen aus dem AOC entfernt».

Die PR-Abteilung behält es sich vor, unseren Besuch jederzeit abubrechen und unsere Fotos am Ende des Besuchs zu löschen.

Über Politik und geheime Themen wird nicht gesprochen.

Wir willigen trotzdem ein.

10. Kapitel Wolfshunde



Vor der Einsatzzentrale des Air and Space Operations Center in Ramstein

Das Air and Space Operations Center liegt neben einem Golfplatz inmitten eines kleinen Waldstücks am nordöstlichen Rand des Militärflughafengeländes. Die nächste Stunde verbringen wir in innerer Anspannung: Wenn wir zu viele Fragen stellen, könnten unsere PR-Aufpasser das Interview auf der Stelle beenden. Wenn wir einmal zu detailliert fragen, vielleicht eine Spur zu frech, könnte das unsere letzte Frage gewesen sein. Wir entscheiden uns trotzdem, so direkt wie möglich zu sein, und fragen genau nach, wie das AOC in die Missionen und Tötungen in Afrika involviert ist.

Unsere Führer sind stolz auf das neue Center. Von außen wirkt es aseptisch

auf uns. Ein beiger Flachbau ohne Fenster. Zwei rote Streifen ziehen sich über die glatte Fassade, einladender machen sie das Haus jedoch nicht. Ein deutsches Musterhaus würde daneben wie ein Märchenschloss aussehen. Das AOC verströmt die Ästhetik eines Eierkartons. Das Gebäude ist mit einem Stahltor und Stacheldraht extra gesichert. Durch die massive Drehtür kommt nur, wer eine spezielle Karte an ein Lesegerät hält. Die einzige farbliche Auflockerung in dieser Umgebung sind rotumrandete Schilder, die anzeigen, dass Telefonieren hier verboten ist. Ein Hochsicherheitsbereich innerhalb einer hochgesicherten Air Base.

Hier arbeiteten sie also, die Soldaten der 603. Flugleitzentrale, die sogenannten Wolfshunde. 2011 waren sie in das neu eröffnete Air and Space Operations Center in Ramstein gezogen. Auf 5000 Quadratmeter Fläche ist eines der weltweit modernsten Luftwaffenzentren dieser Art entstanden. Der Bau hat 18,5 Millionen Euro verschlungen.

Bevor wir nun endlich die paar Stufen in das Haus hineingehen dürfen, müssen wir erst unsere Mobiltelefone in Schließfächer legen. Es sind kleine Spezialfächer, die nur dafür gebaut wurden, um darin Schlüssel oder Telefone aufzubewahren. Werden die Sicherheitsleute im Raum unsere Smartphones mit einem Extraschlüssel wieder herausholen und untersuchen, während wir das AOC besichtigen? Werden sie die Informationen darauf kopieren? War es nicht ein wenig gefährlich, diese sensiblen Datenträger hier alleine bei US-Militärs zurückzulassen? Nach dem Besuch atmen wir durch, es sind keine Spuren zu sehen, dass irgendjemand unsere Telefone herausgenommen und davon Daten kopiert hat. Aber ganz genau wissen wir es nicht.

*

Auch im Inneren der Luftleitzentrale überwiegt das Funktionale. Grauer Fußbodenbelag, weiße Wände, helle, furnierte Türen. Allein die großen blauen Tafeln mit goldener Schrift, die an den Wänden hängen, bringen ein wenig Glanz in das Gebäude. Auf ihnen sind Fotos von Generälen zu sehen und die Logos der Einheiten, die ihnen unterstehen. Die Tafeln sollen die Befehlsketten der Air Force deutlich machen. Eine sehr amerikanische Eigenheit.

Im gesamten Gebäude können bis zu 650 Soldaten an 1500 Computern arbeiten. Die Glasfaserkabel, die die über 500 Arbeitsplätze mit den 1700 Monitoren verbinden, würden von Ramstein bis zum Louvre nach Paris reichen, teilt die US Air Force stolz mit.

Wir werden in einen Besprechungsraum geführt, an der Tür ein Hinweis: «WARNUNG In diesem Bereich keine geheimen Informationen austauschen.» Daran wird sich der Mann strikt halten, der uns jetzt vorgestellt wird. Es ist Lloyd Malone Jr., der stellvertretende Befehlshaber für Personal und Betriebsmittel der Air Force in Europa. Er trägt einen hellgrünen Overall, auf dem bunte Abzeichen mit Klettverschluss angeheftet sind. Eines zeigt das Logo des AOC: Ein Adler, der Blitze vom Himmel auf die Erde sendet.

Früher arbeitete Malone als Schauspieler, uns erinnert er ein wenig an Mister Spock in Star Trek: Emotionen bleiben hinter einer Fassade versteckt. Aber er bemüht sich wirklich, uns zu verstehen.

Wir setzen uns an einen dunkelbraunen Konferenztisch, neben uns sind noch vier junge Soldaten in Camouflage-Uniformen und ein älterer Mann im Raum anwesend. Sie werden die gesamte Zeit auf kleinen Reporterblöcken mitschreiben. Einer der Soldaten startet eine Präsentation, die auf zwei Bildschirmen zu sehen ist. Malone beginnt mit seinem Vortrag und er macht

gleich klar, dass es nur dieses Briefing gibt, Fragen außerhalb der Präsentation werde er nicht beantworten.

Herz des AOC ist ein großer «Kampfeinsatzraum», in dem Uniformierte an langen Tischen vor Rechnern sitzen und 24 Stunden am Tag den Luftraum über Afrika beobachten. Es gibt keine Fenster, den ganzen Tag brennt künstliches Licht. Es sieht aus wie in einem Bunker. «Hier laufen alle Stränge in einem Luftkrieg zusammen», sagt ein Militär beim Rundgang. «Alle Operationen in Afrika laufen über dieses AOC.»

An den Wänden hängen riesige Videobildschirme, auf denen Aufnahmen von Überwachungsdrohnen, Fernsehnachrichten oder Landkarten eingeblendet werden können. Auf drei Bildschirmen ist dann die aktuelle Luft-, Land- und Seelage des Einsatzgebietes wie in einem Computerspiel zu sehen. Experten erkennen an den Vektoren auf so einer «data wall» genau, wo sich jede einzelne Drohne, jedes Flugzeug im Einsatz gerade bewegt. Es ist ein Lagebild in Echtzeit. Um die Monitore herum stehen Sitze mit angebauten, ausklappbaren Tischchen. Hier werden die Lagebriefings abgehalten.

Um den Hauptraum herum sitzen Analysten in weißen Büroräumen an ihren Schreibtischen, zeichnen Erkenntnisse auf weiße Tafeln oder tragen Daten in die Maske eines Computerprogramms ein.

Hier laufen alle Informationen zusammen. Auf einer Empore an der Stirn des «Kampfeinsatzraumes» sitzen die Kommandeure, die die Befehle geben und sich von den Analysten über die aktuelle Lage informieren lassen. Die Empore sieht ein bisschen so aus wie die Kommandobrücke im Raumschiff Enterprise.

*

Durch unseren Besuch erfahren wir, wie das Air and Space Operations Center funktioniert. Wir hören von speziellen Einheiten und wissen nun, welche Mitarbeiter für welche Aufgaben zuständig sind. Wir lernen Abkürzungen und interne Codes. Nun wissen wir viel besser, wonach wir weiter suchen können.

Viele Wochen recherchieren wir, um mehr über diese Flugleitzentrale herauszufinden. Wir durchsuchen Bauausschreibungs-Datenbanken, vergleichen Architektenzeichnungen, scannen Job-Suchmaschinen, lesen Finanzberichte des US-Verteidigungsministeriums, wissenschaftliche Studien sowie Air-Force-Zeitschriften und sprechen am Ende auch mit AOC-Mitarbeitern, die wir über Karriereportale finden.

Wir wollen mehr über das «gezielte Töten» per Joystick herausfinden. Unser Rechercheziel lautet: Wie läuft eine Exekution durch eine Drohne genau ab? Und welche Rolle spielt das Air and Space Operations Center in Ramstein dabei?

*

Der Krieg mit Drohnen ist eine ziemlich komplizierte Angelegenheit. Um ihn besser zu verstehen, kann man eine Hinrichtung aus der Luft in sieben Schritte gliedern.

Schritt 1: Analysten legen «Ziel-Listen» an, im Militärjargon «Capture-Kill-Lists» genannt. Auf ihr landen Personen oder auch Infrastruktureinrichtungen wie Strommasten und Gebäude, die Geheimdienste und Militärs «nominiert» haben. Es gibt dafür verschiedene

Listen.

Auf «High Value Targets»-Listen werden Personen verzeichnet, die als wichtige Feinde gelten. Auf anderen Listen ist nur Militär-Infrastruktur vermerkt, beispielsweise Kasernen des Gegners oder Waffenfabriken.

Bei unseren Recherchen finden wir bei einem amerikanischen Arbeitsvermittler in Deutschland eine ausgeschriebene Stelle für einen «Intelligence Analyst» in Ramstein. Die gesuchte Person soll genau das tun, was der ehemalige Oberstleutnant Ulrich Scholz bei unserem Treffen in Hamburg als «planen, denken und zuschlagen» beschrieben hat. Der Bewerber benötige für die Aufgabe eine amerikanische geheimdienstliche «Top Secret»-Einstufung. Er solle «Aufklärungsinformationen, Einsatzhöhepunkte und Einsatzstatus» für die Truppe und den «geographisch zuständigen Frontkommandeur aufarbeiten». Die erstellten Informationspakete sollen «für die optimale Nutzung der Aufnahmesensoren» verwendet werden. Mit Sensoren umschreiben Militärs das Kameraauge einer Drohne.

AFRICOM sucht das ganze Jahr nach Zielen in Afrika. Das Kommando muss vorbereitet sein, wenn eine Krise ausbricht. Die gefundenen Ziele werden dann von einem Team von Rechtsanwälten daraufhin überprüft, ob eine Bombardierung mit amerikanischem Recht vereinbar ist. Dafür werden Personen meist auch über eine längere Zeit beobachtet. Auf der «High Value Target»-Liste werden die Menschen noch einmal nach Wichtigkeit sortiert. Neben dem Namen des Ziels werden Detailinformationen über den Aufenthaltsort notiert. Nur so können sie später bombardiert werden.

Solch eine Todesliste darf man sich nicht wie einen Einkaufszettel vorstellen, vielmehr steht dahinter eine ausgeklügelte Software – eine Liste

2.0. Immer mehr setzt sich darum der Begriff «Disposition Matrix» durch: In der Datenbank mit Terrorverdächtigen werden neben den persönlichen Informationen auch vorbereitete Anklagen gegen die Person gespeichert und Strategie-Überlegungen, wie man dem Terroristen beikommen könnte. Reist er irgendwann einmal in die USA und kann dort festgenommen werden? Nein. Können wir ihn im Heimatland festnehmen? Nein. Stellt er eine unmittelbare Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar? Ja.

Schritt 2: Die Liste mit den wichtigen menschlichen Zielen in Afrika wird den zuständigen Offizieren und Kommandanten bei AFRICOM vorgelegt. Im Lagezentrum sitzen sie mit Geheimdienstagenten und Sicherheitsberatern zusammen und lassen sich über die mutmaßlichen Terroristen informieren: Was ist ihre genaue Stellung in der Terrorgruppe? Wie alt sind sie? Und vor allem, welche Gefahr geht von ihnen aus? Den Generälen werden Bilder gezeigt, und ihre Fragen zu den Personen werden von den Beratern beantwortet. Dann entscheiden sie.

Wenn diese Arbeit getan ist, landet die Kill-List auf dem Schreibtisch von Präsident Barack Obama im Weißen Haus. Jeden Dienstag entscheidet der Verfassungsrechtler und Friedensnobelpreisträger dann über Leben und Tod. Jede Woche ist «Terror Tuesday». Laut einer Studie der Columbia Law School zeichnet Obama jeden Einsatz «gezielter Tötungen» in Somalia persönlich ab. Hat er sein «OK» gegeben, kommt das einem Todesurteil gleich.

Schritt 3: Sobald jemand auf der Liste als Ziel bestätigt ist, beginnt die Zeit der «Aufklärer». Im Militärjargon heißt die Aufgabe «ISR»: Intelligence, Surveillance and Reconnaissance – Geheimdienstinformationen, Überwachung und Aufklärung.

An verschiedenen Orten auf der Welt werten «All Source-Analysten» Satellitenbilder und Fotos aus, befragen Geheimdienstler und Soldaten in den Einsatzländern oder orten die Telefonnummern der potenziellen Opfer auf der «Capture-Kill-List». Überwachungsdrohnen suchen dann die Ziele.

Der Personalaufwand für einen 24-Stunden-Drohneneinsatz ist enorm. Insgesamt werden 168 Techniker, Geheimdienstler, Piloten, Sensor Operators, Rechtsberater, Mission Coordinators, Techniker und Kommandeure an verschiedenen Orten in den USA, in Afrika und Deutschland benötigt, um eine Drohne einen Tag in der Luft zu halten. Allein die Video-Crew der Aufklärungseinheit besteht aus 34 Personen, dazu kommen zusätzlich 18 Soldaten für Kommunikationsaufklärung und 14 für Instandhaltung.

Weil das AOC in Ramstein für alle Einsätze der US-Luftwaffe in Afrika zuständig ist, landet das Ergebnis hier.

Schritt 4: Wenn die Aufklärung weit genug fortgeschritten ist, muss eine Entscheidung gefällt werden, wie die ausgewählte und überwachte Person umgebracht werden soll. Die Art des Angriffs hängt stark von dem Gebiet ab, in dem er stattfinden soll, und von der Strategie, mit der die USA in bestimmten Ländern vorgehen. Auch ein Helikopterangriff ist möglich oder der Überfall durch ein Sonderkommando am Boden. Hat sich die AFRICOM-Führung für einen Drohneneinsatz entschieden, überlegt sie sich gemeinsam mit der Spezialkräfte-Einheit, welche Art Drohne zum Einsatz kommt. Die unbemannten Maschinen heißen «Predator» oder «Reaper», also Raubtier oder Sensenmann, und ihre Kamera-Augen sehen fast alles.

Schritt 5: Soll auf Anweisung von AFRICOM in Deutschland beispielsweise ein mutmaßlicher Terrorist in Somalia getötet werden, fahren

Techniker die bis zu zehn Drohnen einer Mission auf das nächstgelegene Rollfeld einer US-Basis in Afrika, zum Beispiel in Dschibuti. Dann bringen sie die Flugroboter per Fernsteuerung in die Luft. Für den Start und die Landung ist ein sogenanntes Launch- und Recovery-Team zuständig. Ungefähr 60 Personen sind damit beschäftigt. Meistens sind Überwachungs- und Kampfdrohnen in einer Mission zusammen unterwegs. Am Himmel wirken die silberfarbenen Flugobjekte wie fliegende Insekten, mit einem Sensor unter dem Kopf, der das unsichtbare Auge der Drohne ist. In Pakistan nennen die Einheimischen die Flugroboter «Fruchtfliegen» oder «Moskitos», weil das Surren der Motoren sie an das Geräusch von Insekten erinnert.

Schritt 6: Sobald die Drohne in der Luft ist, übernimmt ein Pilot auf einer von sieben Air Bases in den USA die Maschine. In bis zu 15000 Kilometer Entfernung zu seinem Ziel steuert er die Drohne aus einer wohnwagengroßen Zelle, dem «Cockpit». In dem kühlen Raum stehen Monitore, Tastaturen und Rechner. Es ist ein nüchterner, steriler Ort. Die Hände des Drohnenpiloten umfassen einen Joystick, mit dem er das Fluggerät bewegt und per Knopfdruck die Raketen zündet.

Über zahlreiche Bildschirme und ein Chatprogramm steht der Pilot im ständigen Kontakt mit Analysten, Technikern und Offizieren. In dem künstlichen Cockpit in den USA wird der Pilot von einem «Sensor Operator» unterstützt, einer Art Kopilot. Während der Pilot die Drohne lenkt und später den Raketenknopf drückt, bedient der Sensor Operator die Instrumente der Drohne: Er steuert die Video- oder Fotokamera an Bord. Das sogenannte Multispektral-Zielsystem einer Predator-Drohne ist im Rumpf versteckt. Durch die Kombination eines Infrarotsensors mit einem Röntgenbildverstärker und einer Laserbeleuchtung kann die Kamera auch in

der Nacht, bei Nebel oder wenn ein Ziel unter Bäumen verschwindet, gestochen scharfe Fotos zu den Piloten senden. Und die Drohne kann noch mehr: Es ist für sie auch möglich, Telefonate und Gespräche aus der Umgebung der Drohne abzusaugen. «Mit den Mikrofonen können wir die Menschen auf der Erde schreien hören, wenn sie vor den Drohnen weglaufen», sagte ein amerikanischer Pilot der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Neben Pilot und Sensor Operator sitzt schließlich noch eine dritte Person in dem Raum: Der Mission Coordinator hält Kontakt zu den beteiligten Einheiten und veranlasst bei Bedarf weitere Aufklärungsaufträge. Die Daten, die das Pilotenteam in den USA braucht, um den jeweiligen Standort des Opfers auszumachen, kommen aus Deutschland.

«Von hier aus wird der Drohnenkrieg in Echtzeit geplant», bestätigt ein deutscher Techniker, der in Ramstein an den Satellitenanlagen gearbeitet hat. Das dumme Schwert des Krieges – die Drohne – wird zwar von den USA aus gesteuert. Aber die modernen Krieger, die Analysten, die Entscheider sitzen in Ramstein.

Schritt 7: Hat eine Drohne das gesuchte Ziel gefunden, muss das Team noch eine sogenannte «find, fix and finish»-Routine zu Ende bringen. Die Person muss so lange verfolgt werden, bis sich der Kommandeur sicher ist, dass sie auch wirklich die zum Abschuss freigegebene Person ist und sich keine Zivilisten in der Nähe aufhalten.

Wer den finalen Befehl zur Exekution eines Opfers gibt, ist Geheimnis des Militärs. Es muss kein Kommandeur in Ramstein sein, aber es liegt nahe, dass die Entscheidung über das Abfeuern einer Rakete auf ein Ziel in Afrika in Deutschland gefällt wird. Für diesen Entschluss steht der Person, die am Ende entscheidet, ziemlich sicher ein Rechtsberater zur Seite. Wie ein Notar

prüft er vor dem letztendlichen Befehl, ob alle Kriterien für den Einsatz erfüllt sind. Ist das Ziel ein Terrorist? Stellt er nach den üblichen Maßstäben eine unmittelbare und dauerhafte Gefahr für die USA dar? Plant er möglicherweise einen Angriff? Sind Zivilisten in Gefahr?

Doch auch ein Jurist kann nicht sicherstellen, dass eine Drohnenrakete nur genau ausgewählte Opfer trifft. Immer wieder trifft es auch unbeteiligte Zivilisten. Das berichtet uns eine Frau, die jahrelang als «Mission Operator» auf einer Air Base in den USA gearbeitet hat. Wir haben sie getroffen, ihr aber Anonymität zugesichert. Einer ihrer Einsätze verlief anders als geplant. Ihr Team hatte genaue Angaben über Aufständische, die ein paar Stunden zuvor ein amerikanisches Militär-Camp angegriffen hatten. Sie verfolgten die Angreifer und zielten auf das Haus, in dem sie sich versteckt hielten. «Nachdem mein Pilot bereits den Auslöseknopf gedrückt hatte, kam Sekundenbruchteile später eine Gruppe Kinder um die Hausecke gesprungen. Unser Ziel wurde getroffen und war sofort tot. Die Kinder auch.»

Die Operateurin konnte nichts mehr machen, sie hatte es zu spät bemerkt. Viel zu spät. «Wenn die Waffe gelöst ist, kann ich nicht mehr sagen: Hey, komm zurück, Waffe, war nur ein Witz.»

Nach dem Angriff werden Bilder in das Operationszentrum Ramstein gefunkt, um den Erfolg des Anschlags auszuwerten.

*

Amerikanische Drohnen für AFRICOM-Missionen starten immer von einer der neun Drohnenbasen in Afrika. Aber auch von deutschem Boden starten täglich amerikanische Drohnen. Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit hat

die Bundesrepublik den US-Streitkräften seit 2005 erlaubt, verschiedene Typen der unbemannten Luftfahrzeuge zu betreiben. Derzeit fliegen 57 US-Drohnen über Deutschland.

Das teilte uns das deutsche Verteidigungsministerium mit. Auf unsere Presseanfragen hatten wir lange nur ausweichende Antworten vom Ministerium auf genau diese Frage erhalten. Darum beschlossen wir, eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu stellen. Da öffentliches Interesse besteht, wollten wir Akteneinsicht in Dokumente bekommen, aus denen hervorgeht, welche amerikanischen Drohnen wo eine Genehmigung zum Fliegen über der Bundesrepublik erhalten haben. Drei Wochen später kam die Antwort.

Vor acht Jahren schon erteilte das Flugbetriebsreferat des Ministeriums der US Army die erste «Genehmigung zur Benutzung des deutschen Luftraums» für eine RQ-5A-Hunter-Drohne. Während die Drohnen in Afrika von der US Air Force, der Luftwaffe, eingesetzt werden, fliegen alle US-Drohnen in Deutschland im Auftrag der Army, also für das amerikanische Heer, die Bodentruppen.

Die Hunter-Drohne ist eine neun Meter lange Aufklärungsdrohne, die sich bis zu 200 km/h schnell in der Luft bewegen kann. Eine neuere Version der Drohne kann mit je einer Gleitbombe unter den beiden Flügeln ausgerüstet werden – das macht die Aufklärungs- zu einer Kampfdrohne. Aus einem US-Strategiepapier erfahren wir, dass Hunter-Luftfahrzeuge der US Army bis Ende 2013 durch den Drohrentyp «Gray Eagle» ersetzt werden sollen, den Nachfolger der Predator-Kampfdrohne.

Hunter-Drohnen fliegen in Deutschland bisher über dem US-Truppenübungsplatz im bayerischen Hohenfels. Die Flug-Sperrgebiete über

dem Übungsplatz wurden erst 2011 deutlich vergrößert, seitdem dürfen die Amerikaner ganz legal auch über oberpfälzische Dörfer fliegen.

Im «Combat Maneuver Training Center» (CMTC) in Hohenfels trainieren amerikanische Soldaten auch mit Raven-Drohnen. Das sind kleine unbemannte Flugobjekte, die ein wenig an ein Modellflugzeug erinnern. Die Ravens setzt die US-Armee auch in Franken – in Bamberg und Illesheim – sowie über den bayerischen Orten Vilseck und Grafenwöhr ein, in deren Nähe sie einen großen Übungsplatz betreibt. In Vilseck operieren die Amerikaner auch mit der taktischen Aufklärungsdrohne Shadow.

Auf dem Truppenübungsgelände in Grafenwöhr ist mit dem «Joint Multinational Command Training Center» (JMTC) das einzige Gefechtsübungszentrum der US Army außerhalb der Vereinigten Staaten angesiedelt. Das JMTC ist eine Ausbildungseinrichtung für Soldaten, die hauptsächlich dem Europa-Kommando der US-Streitkräfte dient – und AFRICOM in Stuttgart.

Das lesen wir in einer Werbebroschüre, in dem das Trainings-Center damit wirbt, dass im Juli 2013 das «neue Drohnen-Flugfeld im südlichen Teil des Grafenwöhr-Übungsplatzes» entsteht. In dieser Broschüre der US-Armee finden wir auch den Satz: «Eine Sondervorschrift der deutschen Regierung und der einzigartig gesperrte militärische Luftraum machen die Trainings-Center in Grafenwöhr und Hohenfels zu idealem Gelände, um Drohnen zu testen und deren Piloten auszubilden.»

Amerikanische Drohnenpiloten werden in Deutschland ausgebildet. Hier trainieren sie für den «Krieg gegen den Terror». Auch Soldaten des US-Afrikakommandos AFRICOM.

11. Kapitel

Satellitenfarm



3-D-Simulation der Satellitenanlage zur Drohnenkommunikation

Nachdem wir ‹Mister Spock› auf seinem Raumschiff im Air and Space Operations Center in Ramstein zurückgelassen haben, setzen wir uns ins Auto und fahren noch eine Weile am Zaun der riesigen Air Base entlang. Wir sprechen darüber, wie seltsam wir das Gespräch empfunden haben. Vielleicht wusste Kommandant Lloyd Malone Jr. bereits vorher, dass er bei diesem Treffen nicht würde punkten können. Darum klammerte er sich an sein Vortragsmanuskript wie jemand, der beim Wildwasser-Rafting sein Paddel verkrampt festhält, um nicht ins Wasser zu fallen.

Wir wollen die Air Base Ramstein noch einmal umrunden, bevor wir wieder abfahren. Minutenlang sehen wir bei dem Versuch nur

Stacheldrahtzaun auf der linken Seite der Straße. Die Abgrenzung ist mit speziellen grau-silbernen Tarnnetzen verhängt, damit von außen nicht sichtbar wird, was auf dem Gelände passiert. Auf der rechten Seite der Straße passieren wir Felder, Wälder und Berge. Es regnet noch immer.

Etwas entfernt von der Air Base, quasi auf der Rückseite des Bismarckturms, stoßen wir auf das Gelände des US-Militärkrankenhauses Landstuhl. Wir fahren bis zum Eingang, um es uns etwas genauer anzusehen. Es ist ein unglaublich großer Komplex. Klar, Kriege töten Menschen. Und Kriege verletzen Menschen. Irgendwo müssen sie versorgt werden.

Nirgendwo außerhalb der USA gibt es ein größeres Lazarett als das «Landstuhl Regional Medical Center». Amerikanische Verwundete aus der halben Welt werden in die Pfalz geschafft. Hinter dem hohen Maschendrahtzaun patrouilliert die Militärpolizei.

Hinter dem Krankenhaus beginnt wieder Wald. Weit entfernt sehen wir aus den Baumwipfeln ein paar weiße Flecken hervorstechen. Und einen Antennenmast. Wir nehmen noch mal den Feldstecher zur Hand und sehen: Die Flecken sind Satellitenschüsseln von der Größe eines Dinosauriers.

*

Diese Parabolantennen sind der einzige von außen sichtbare Hinweis auf die Missionen, die von Ramstein aus gesteuert werden. Eine kleine Farm von Parabolantennen nennt sich «Satcom Facility». Es gibt mehrere solcher Anlagen auf dem Stützpunkt und in seinem Umkreis. Mindestens sechs dieser Satcom-Anlagen soll es geben, berichtet uns ein Bauunternehmer aus der Pfalz, der eine Reihe von Häusern auf der Basis gebaut hat.

Wir haben großes Glück, dass er sich zu einem Gespräch hat breitschlagen lassen, denn er ist vertraglich dazu verpflichtet, nichts über das Innenleben auf dem Stützpunkt zu sagen. Wir treffen den Mann Wochen nach unserem ersten Besuch in Ramstein in seinem Büro. Nach dem merkwürdigen Termin im AOC mit den vorgeschriebenen Verhaltensregeln sind wir jetzt froh, einen normalen Menschen zu treffen. Ein bodenständiger Mann mit Schnauzbart, dessen Hemd ein wenig über dem Bauch spannt. Wir freuen uns sogar auf seinen viel zu lange warmgehaltenen Bürokaffee.

Das Büro liegt in einem einfachen Funktionsbau auf dem Gelände eines Bauhofs in einem Industriegebiet. Nachdem wir uns vor den Schreibtisch des Unternehmers gesetzt haben, sprechen wir ihn auf die Satellitenschüsseln an, die wir entdeckt haben. Er kennt die Anlagen gut.

«Mindestens drei dieser Satcom-Anlagen werden stärker bewacht», sagt der Mann und schaut aus seinem Bürofenster. Er war schon oft auf der Air Base Ramstein. Allein um auf die Baustelle zu gelangen, brauchen seine Arbeiter morgens bis zu einer Stunde. Sie werden von US-Soldaten durchsucht wie vor einem Interkontinentalflug, müssen ihr Mobiltelefon tagsüber abgeben. Wachleute und Hunde weichen den Anlagenbauern den gesamten Tag nicht von der Seite.

Selbst amerikanische Soldaten, die an diesen Anlagen später arbeiten, wissen nicht alles über die Satellitentechnik und wofür genau sie eingesetzt wird. Oft werden die Positionen gewechselt, damit eine Person nicht zu viel Wissen über eine Station ansammeln kann, berichtet uns eine Ingenieurin, die in Ramstein arbeitet. «Nicht mal die privaten Auftragnehmer oder Militärs wissen, was auf der Air Base wo genau passiert», sagt die Frau. Die Parabolantennen sind ein Hochsicherheitsbereich.

Eine Satelliten-Farm, die noch im Jahr 2013 fertiggestellt werden soll, ist von besonderer Bedeutung: die «UAS Satcom Relay Pads and Facility». Übersetzt aus der Militärsprache könnte man sagen, es handelt sich um eine «Drohnen-Satelliten-Relaisstation».

Bisher übernimmt noch ein Provisorium in Ramstein diese Aufgabe, den Funkverkehr zwischen den USA, Europa und der Front an den derzeitigen amerikanischen Kriegsschauplätzen zu steuern. Das haben wir aus der Bau-Ausschreibung erfahren. Die 12 Satellitenantennen und das «Einsatzgebäude aus Stahlbeton und mit Blechdach» sollen später als Zwischenstation für die Verbindung der Drohnenpiloten in den USA mit dem Einsatzort in Afrika dienen.

Die Relais-Anlage in Ramstein empfängt Videos, GPS-Daten und alle weiteren Informationen von der Drohne, die über Afrika fliegt. Diese Daten werden dann über ein sicheres Glasfaserkabel zwischen Deutschland und den USA zu den Drohnenpiloten geleitet. Nur so können Pilot und Sensor Operator sicher sehen, wo sich eine Person gerade aufhält, und sie gezielt töten.

Ohne die Satellitenstation in Deutschland wären der weit entfernte «Krieg gegen den Terror» und das gezielte Töten nicht möglich.

Für das Jahr 2011 hatte das amerikanische Verteidigungsministerium beim US-Kongress 8,4 Millionen Euro für den Bau der neuen Drohnen-Satelliten-Relaisstation in Ramstein beantragt. Das Projekt trägt die Nummer TYFR073143. Im «Militär-Bauprogramm» der US Air Force heißt es: Ohne diese Anlage «können Drohnenangriffe nicht unterstützt werden».

Dieses Dokument ist für uns der letzte Beweis: Der Drohnen-Tod kommt auch aus Deutschland.

*

Nach unserem Besuch bei dem Bauunternehmer haben wir noch einen Termin mit Wolfgang Jung. Der ehemalige Lehrer ist Friedensaktivist. Weil er seit mehr als 30 Jahren über die US-Streitkräfte in Deutschland aufklärt, öffnete der Verfassungsschutz jahrelang seine Briefe, hörte sein Telefon ab und fotografierte ihn auch schon mal auf dem Weg zum Zahnarzt. Sieben Jahre lang musste er gegen ein Berufsverbot als Lehrer kämpfen.

Wir haben uns mit Jung und seiner Frau auf dem Bismarckturm in Landstuhl verabredet. Er möchte uns von einer Ungerechtigkeit erzählen. Aber zuerst holt er einen Bildband über die schönsten Flecken in Rheinland-Pfalz aus seiner Umhängetasche. Auf einer Doppelseite ist die Air Base abgebildet. «Das ist das beste Foto, das es von der Base gibt», sagt Jung. In einem Touristenführer. Dann tippt er mit den Fingern auf das Foto. «Das Rollfeld hier ist mit deutschem Steuergeld finanziert», sagt er. «Dort der Hangar: Unser Geld. Da, die Rampe: Unser Geld.»

Später bestätigen uns das Finanzministerium von Rheinland-Pfalz und das Bundesfinanzministerium, dass mehrere Landesregierungen und der Bund seit 1999 über 170 Millionen Euro in den Aus- und Umbau von US-Einrichtungen auf der Basis investiert haben. Das Bundesverkehrsministerium teilt auf Anfrage sogar mit, dass die «Nettobelastung des Bundeshaushalts durch die US-Streitkräfte» in den vergangenen zehn Jahren «insgesamt rund 598 Millionen Euro» betragen habe. Den genauen Anteil an diesen Gesamtausgaben in ganz Deutschland für die Base in Ramstein kann der Sprecher «leider nicht aufschlüsseln».

Bekannt ist aber, dass das meiste Geld für diese Air Base in Straßen und

Lärmschutz für die Anwohner floss. Aber auch der Umbau der Start- und Landebahn wurde mit deutschem Steuergeld finanziert.

Plötzlich scheppert es über unseren Köpfen. Ein graues C-130-Hercules-Flugzeug startet von dem Rollfeld, das Wolfgang Jung eben noch auf dem Foto gezeigt hat. «Mit diesen Transportmaschinen werden die zerlegten Drohnen von der zuständigen Basis zu ihren tödlichen Einsätzen gebracht», sagt Jung. Die unbemannten Flugroboter sind so groß, dass sie in Einzelteilen zu ihren Einsatzorten gebracht werden müssen. Ein Sprecher der US Air Force will weder bestätigen noch dementieren, dass von Ramstein aus auch Reaper-Kampfdrohnen nach Dschibuti in Afrika transportiert werden. Die Wartungshangars für die C-130-Maschinen, das Vorfeld und die Start- und Landepiste – also die gesamte Infrastruktur für diese Transporte von Europa zu den Kill-Einsätzen – haben die deutschen Steuerzahler bezahlt.

12. Kapitel

Obama antwortet



Barack Obama und Angela Merkel vor der Presse in Berlin

Mit unseren Rechercheergebnissen über die Beteiligung von Anlagen in Ramstein am US-Drohnenkrieg fahren wir nach Leipzig. Hier hat das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz. Einer der 56 Richter ist Dieter Deiseroth, schon lange beschäftigt er sich mit Fragen des Völkerrechts. Wir haben ihn vor Wochen schon einmal angerufen. Er hat uns damals bei der Frage geholfen, ob die Ansiedlung von AFRICOM in Deutschland nicht von einem Parlament hätte entschieden werden müssen.

Deiseroth war im Jahr 2005 an einem Grundsatzurteil beteiligt, das die

deutsche Beteiligung am Irak-Krieg als verfassungs- und völkerrechtswidrig einstufte. Die Richter kritisierten die Unterstützung der Bundesrepublik für diesen Krieg, an dem das Land offiziell gar nicht teilnahm. Ein Bundeswehrsoldat hatte geklagt, weil er eine Software mitentwickeln sollte, die auch im Irak-Krieg eingesetzt werden konnte. Er wollte aber nicht an einem Angriffskrieg teilnehmen, der gegen das Grundgesetz verstößt. Das Bundesverwaltungsgericht gab ihm recht.

In seiner Begründung stellte das Gericht unter anderem fest, dass die Bundesregierung den US-Truppen Überflugrechte für deren B-52-Bomber gewährt hatte. Sie war nicht dagegen vorgegangen, dass die Verwundeten dieses Krieges in Deutschland versorgt wurden. Auch das Kriegsmaterial für den Irak kam von verschiedenen US-Basen aus Deutschland. Zudem bemängelten die Richter, dass US-Kommunikationssysteme auf deutschem Territorium in den Krieg einbezogen waren. Die Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist Deutschland verfassungsrechtlich verboten.

Wir besuchen Richter Deiseroth in seinem Büro im ehemaligen Reichsgerichtsgebäude aus dem Kaiserreich. Es erinnert an den Reichstag in Berlin, der um dieselbe Zeit gebaut wurde. Beide Kuppelbauten gelten als die wichtigsten Zeugnisse wilhelminischer Staatsarchitektur. Der Justizpalast erhebt sich majestätisch und wuchtig in der Leipziger Innenstadt. Vor dem Gericht plätschert das Fläschchen Pleiße, drinnen schüchtert die imposante Eingangshalle mit ihren Säulen, der Kuppel und der Justitia im Giebel den Besucher ein. Im Büro von Dieter Deiseroth geht es etwas verspielter zu: Auf dem blauen Teppich liegt ein Plastikball, auf dem man auch sitzen kann.

Wir berichten ihm von unseren Recherchen. Deiseroth zeigt dabei wenig

Emotionen. Der Jurist ist ein Mann der logischen Argumente. Er lacht in den Stunden unseres Treffens nicht ein einziges Mal, seine grauen Augenbrauen bewegen sich nur selten. Deiseroth nimmt uns hart ins Gebet, er fragt penibel nach, will es ganz genau wissen.

Dann erzählt er, wie die Stationierung der US-Streitkräfte in Deutschland rechtlich geregelt ist. Amerikanische Truppen und ihr ziviles Gefolge müssen sich an deutsches Recht halten – auch auf dem ihnen überlassenen Gelände, das deutsches Staatsgebiet ist. Das regelt der Artikel II des NATO-Truppenstatuts, die zentrale Grundlage für die Stationierung von ausländischen Soldaten in der Bundesrepublik. Die Gast-Armeen haben «das Recht des Aufnahmestaats zu achten und sich jeder mit dem Geiste des NATO-Truppenstatuts nicht zu vereinbarenden Tätigkeiten zu enthalten». Kurz: Auch US-Soldaten dürfen weder auf deutschem Boden noch bei der Nutzung des deutschen Luftraums gegen deutsches Recht oder Völkerrecht verstoßen.

Spätestens seit der Wiedervereinigung ist Deutschland ein souveränes Land und nicht mehr an die Weisungen der Alliierten gebunden, sagt Deiseroth. «Jede Entscheidung einer deutschen Regierung, die USA heute bei ihren Kriegen zu unterstützen, ist immer politisch gewollt und muss rechtlich verantwortet werden.»

Wir trinken Tee. Während Dieter Deiseroth sich seinen letzten Schluck einschenkt, blickt er uns an. Er überlegt länger, wägt jedes Wort ab. Und dann sagt er: «Jede deutsche Regierung steht vor dem Abgrund des Verfassungsbruchs, wenn sie bewusst das Hoheitsgebiet in die Führung eines völkerrechtswidrigen Krieges verwickeln und einbeziehen lässt.»

Das war deutlich. Solange die Bundesregierung nichts gegen die

Drohneinsätze tut, die von Stuttgart und Ramstein aus gesteuert werden, verstößt sie gegen die Verfassung. Die Kanzlerin und die Minister machen sich mitschuldig, weil sie sich an völkerrechtswidrigen Delikten des US-Militärs beteiligen – oder diese zumindest dulden und es unterlassen, dagegen zu intervenieren.

*

In den kommenden Tagen sprechen wir auch mit anderen prominenten Juristen und Verfassungsrechtlern. Professor Thilo Marauhn lehrt an der Uni Gießen Völkerrecht. Auch er sagt: «Die Tötung eines Terrorverdächtigen mit Hilfe einer bewaffneten Drohne außerhalb eines bewaffneten Konflikts kann – wenn die Bundesregierung davon weiß und nicht dagegen protestiert – Beteiligung an einem völkerrechtlichen Delikt sein.» Und Marauhn geht sogar noch weiter. Man könne einen Terrorverdächtigen nicht einfach töten, sagt er, «das ist im Zweifel Totschlag oder Mord und man müsste überlegen, ob da strafrechtliche Mittel ergriffen werden».

Nach deutschem Recht sind Angriffe auf Menschen, die keine Kombattanten in einem Krieg sind, ganz klar verboten. Für die Drohnen über Somalia bedeutet das: Jedes getötete Kind, jeder Zivilist und jeder mutmaßliche Terrorist, der nicht gegen die somalische Regierung kämpft, wäre demnach illegal getötet worden. Müsste deswegen nicht ein deutscher Staatsanwalt wegen Mordes gegen die US-Soldaten in Deutschland ermitteln?

*

Wir wollen wissen, was die Bundesregierung selbst zu unseren Recherchen sagt, nachdem mittlerweile einige ihrer Ergebnisse bei *Panorama* in der ARD und in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht wurden. Lapidar lässt man uns aus dem Verteidigungsministerium wissen, es lägen keinerlei Anhaltspunkte vor, dass Drohnenangriffe über Deutschland geplant oder durchgeführt werden.

Das verwundert uns, denn wir wissen aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage eines Abgeordneten, dass in Ramstein seit 1996 ein Verbindungskommando der deutschen Luftwaffe stationiert ist. Ein Offizier und ein Feldwebel halten auf dem Flugplatz den Kontakt zwischen dem Inspekteur der Luftwaffe und der US Air Force. Zu den Aufgaben der Verbindungssoldaten gehört es, Informationen auszutauschen und das deutsche Verteidigungsministerium über «Planungen und Maßnahmen der US Air Force in Europa» zu unterrichten.

Dass die Regierung bisher nichts von den Vorgängen in Ramstein und Stuttgart erfahren hat, kann jedoch auch daran liegen, dass es sie nicht sonderlich interessiert. Wir fragen beim Bundeskanzleramt an, beim Verteidigungsministerium und beim Auswärtigen Amt, wer denn die Einhaltung der Stationierungsverträge und des Grundgesetzes auf den US-Basen in Deutschland kontrolliert.

Tagelang schicken uns die Ministeriumssprecher von einem Ministerium zum anderen. Es scheint, als ob in der Regierung selbst zuerst niemand weiß, wer die zehntausende amerikanischen Soldaten überwacht. Nach einer Woche erhalten wir einen Anruf vom Außenministerium. «Es gibt keine regelmäßigen Kontrollen», sagt eine Sprecherin. Es gebe noch nicht einmal eine übergeordnete Instanz, die die Truppen kontrolliert. Ein regelmäßiger

Austausch über die aktuellen Aktivitäten finde darum nicht statt.

Die Bundesregierung vertraue den USA und ihrer Zusage, sich an geltendes Recht zu halten.

*

Nach unseren ersten Berichten interessieren sich auch Politiker für die Vorgänge in Ramstein. Grüne und Linkspartei-Abgeordnete stellen Anfragen an die Bundesregierung, was sie über die US-Drohnen-Steuerung von deutschem Boden aus wisse. Diese antwortet über Wochen hinweg mit den immer gleichen Worten, wie aus einem Floskel-Baukasten: «Der Bundesregierung liegen keine eigenen gesicherten Erkenntnisse zu von US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland angeblich geplanten oder geführten Einsätzen vor.»

Und was gedenkt die Regierung gegen den Bruch der Verfassung zu unternehmen?

«Nach dem Gespräch von Bundesminister Dr. Westerwelle mit seinem amerikanischen Amtskollegen nehmen wir die US-Seite beim Wort, dass die USA sich mit ihren in Deutschland stationierten Truppen im Rahmen deutscher Rechtsnormen bewegt.»

Nichts wissen.

Nicht fragen.

Vertrauen statt aktiv werden.

Das ist nicht das Verständnis von Eberhard Bayer. Der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Zweibrücken ist der oberste Ermittler in der Pfalz und damit für die Air Base in Ramstein zuständig.

Bayer glaubt den Beteuerungen der Amerikaner nicht. Er will Ermittlungen wegen möglicher Menschenrechtsverletzungen von Deutschland aus aufnehmen. Als Erstes wird er US-Behörden um Informationen bitten.

Während Bayer die ersten Anfragen formuliert, startet in Karlsruhe auch der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof einen sogenannten «Beobachtungsvorgang». Er will prüfen, ob das Vorgehen der US-Streitkräfte in Ramstein völkerstrafrechtlich relevant ist – und ob er Anklage vor einem deutschen Gericht erheben wird.

*

In diesen heißen Juni-Tagen besucht Barack Obama erstmals als US-Präsident Berlin. Fünfzig Jahre nach der Rede John F. Kennedys und dem Bekenntnis «Ich bin ein Berliner» spricht Obama vor dem Brandenburger Tor.

Zwei Stunden vor dieser Rede tritt Barack Obama zusammen mit Kanzlerin Angela Merkel vor die Weltpresse. Er hat ein Anliegen, möchte unbedingt die negativen Gerüchte aus der Welt schaffen. «US-Drohnenkrieg von Deutschland aus geplant». Das waren keine netten Schlagzeilen. Obama steht vor einer blauen Wand. Klickklickklickklick. Die Geräusche der Fotografen vermischen sich zu einem Klangteppich, der an das Grillenzirpen im Sommer erinnert. Neben Obama stehen ein Stars-and-Stripes-Banner, die deutsche und die europäische Flagge. Secret-Service-Sicherheitsleute mit Knopf im Ohr haben sich mit verschränkten Armen neben dem Präsidenten aufgebaut. Er hebt seinen Finger und sagt dann ruhig:

«Ich weiß, dass es einige Berichte in Deutschland darüber gegeben hat,

dass das eventuell der Fall sei.» Und dann ergänzt Obama: «Ich kann jedoch bekräftigen, dass wir Deutschland nicht als Ausgangspunkt für unbemannte Drohnen verwenden, die dann auch Teil unserer Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung sind.»

Diese Formulierung beschäftigt uns. Hatte der Präsident wirklich «Launching point» gesagt? Ausgangspunkt?

In der Presse war aber gar nicht berichtet worden, dass Kampfdrohnen von Deutschland aus starten. Vielmehr ging es um eine zentrale Beteiligung amerikanischer Einheiten in Deutschland an den ferngesteuerten Einsätzen in Afrika. Obama dementierte also etwas, das nie behauptet wurde.

Um sicherzugehen, den Präsidenten der Vereinigten Staaten auch wirklich richtig verstanden zu haben, senden wir der US-Botschaft in Berlin zwei Fragen: «Wurde nach Einschätzung der US-Regierung also falsch berichtet? Bedeutet die Formulierung, Deutschland sei kein «launching point», dass jede Beteiligung des amerikanischen Militärs auf deutschem Boden an Drohnenangriffen ausgeschlossen ist?»

Einige Tage später erhalten wir Antwort. Die Botschaft teilt uns mit, dass sie die Fragen nach Washington weitergeleitet, aber von dort keine Stellungnahme erhalten habe. Begründung: keine.

13. Kapitel

Menschliche Quellen



Hauptstelle für Befragungswesen im Grenzdurchgangslager Friedland

Als Amina Mohamed am Ende ihrer Flucht in Berlin gelandet war, sollte sie über das Liebesleben des Präsidenten berichten. So hatte sich die Frau aus Somalia ihre Ankunft in Deutschland nicht vorgestellt. Bei ihrer Asylanhörung wurde sie von drei Männern befragt. Sie wollten von ihr wissen, wie viele Frauen der Präsident liebe. Mohamed berichtete wahrheitsgemäß, dass er von Frauen nicht genug kriegen könne. Sobald er sich neu verliebe, lasse er sich von einer seiner vier Frauen scheiden und

nehme die Neue zu sich. «Wenn seine Religion es zuließe, würde er auch fünf Frauen heiraten», sagte sie.

Amina Mohamed heißt nicht so, ihre Geschichte aber ist wahr. Sie ist eine von tausenden Flüchtlingen aus Somalia, die in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland gekommen sind. Während ihres ersten Gesprächs mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte sie erzählt, dass sie den Präsidenten persönlich kenne.

Beim zweiten Gespräch war der Entscheider über ihren Asylantrag nicht mehr allein in seinem Büro. Zwei weitere Männer interessierten sich auf einmal für Aminas Geschichte. Einer der beiden Männer stellte sich als Praktikant vor, der andere sagte gar nichts. Eventuell war er kein Deutscher.

«Wir glauben Ihnen, was Sie sagen», sagte der Befrager zu der Frau. Und dann fragte er alles ab, was sie noch über den Präsidenten berichten konnte. Mit welchen Personen hält er Kontakt im Ausland? In welche Länder reist er und von wo bekommt er Besuch? Verkehrt er häufig mit Arabern? Wo überall hat er Wohnsitze? In welchem Stadtteil wohnte er zu welcher Zeit?

Damals wunderte sich Amina Mohamed darüber. Die Fragen hatten doch nichts mit ihrem Antrag auf Asyl zu tun. Heute hat sie eine Ahnung, wer sie da befragt haben könnte.

*

Wir treffen uns mit eingewanderten Somalis, mit Übersetzern und Asylanwälten, weil wir verstehen wollen, wie US-Drohnen ihre konkreten Ziele finden. Woher kennen sich amerikanische Piloten tausende Kilometer entfernt von Somalia so gut aus in der Hauptstadt Mogadischu, obwohl sie

noch nie da waren? Wer sind ihre Informanten?

Seit dem Beginn der amerikanischen Drohnenangriffe 2007 sind über 6000 Menschen aus Somalia nach Deutschland geflüchtet. Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und diversen Gegnern machen das Land seit dieser Zeit in einigen Teilen unbewohnbar, die Flucht aus Somalia ist oft die einzige Chance, um zu überleben. Im Jahr 2010 belegten Somalis den sechsten Platz in den «Top 10» der Asylbewerber in Deutschland. Somalia ist bis heute eines der Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden in Deutschland.

Neben dem Leid haben die geflüchteten Menschen auch die aktuellsten Informationen aus ihrer zur Krisenregion gewordenen Heimat im Gepäck. Sie wissen, wohin sich Rebellen zurückgezogen haben. Sie kennen die von der Islamistenmiliz al-Shabaab besetzten Gebiete. Vielleicht hatten sie sogar Kontakt zu gesuchten Terroristen oder können über die Lebensumstände und Tagesabläufe des aktuellen Machthabers berichten. Für Geheimdienste sind Flüchtlinge eine perfekte Quelle. HUMINT wird das Abschöpfen von Personen genannt – Human intelligence, Menschliche Aufklärung.

Der «Krieg gegen den Terror» funktioniert auch, weil es die Asylbewerber in Deutschland gibt.

Egal ob Bäcker, Ingenieur, Arzt oder Ex-Soldat. Jede Information eines Einwanderers kann wichtig werden, wenn man beispielsweise einen Drohnenangriff in der Nähe eines Vorortes von Mogadischu plant. Für Geheimdienst-Analysten, wie sie in Stuttgart für AFRICOM arbeiten, vervollständigen diese «weichen Quellen» das Bild, das sie sich anhand von Drohnenaufklärungsflügen, Satellitenaufnahmen, Landkarten und Nachrichtendienst-Informationen über ein al-Shabaab-Ausbildungscamp oder das Umfeld eines terrorverdächtigen al-Qaida-Kämpfers gemacht haben.

Frauen wie Amina Mohamed und somalische Männer sind ein Baustein im Zielerfassungssystem. Wir treffen sie, um mehr darüber zu erfahren, wie das sogenannte «targeting» funktioniert – also wie US-Drohnen im geheimen Krieg in Afrika ihre Ziele finden. Und wir wollen wissen: Wie erreichen die Informationen aus einem deutschen Asylbewerberheim das US-Militär?

*

«Seit zwei Jahren geht das jetzt schon so», sagt Ahmed Wazir. Der 50-jährige Somalier ist ein schlaksiger Typ, trägt selbst im Hochsommer eine Mütze auf dem Kopf. Seit 20 Jahren arbeitet er als Übersetzer für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Er kommt viel herum, übersetzt im bayerischen Zirndorf, in Halle/Saale und Gießen. Auch er trägt hier einen anderen Namen; aus Angst, seine Aufträge als Dolmetscher für Flüchtlinge aus Somalia zu verlieren, bat er uns, seinen wirklichen Namen nicht abzudrucken. Wir treffen ihn bei einem Italiener in einer Stadt in Ostdeutschland, denn er will uns von den merkwürdigen Männern berichten, die sich neuerdings so sehr für somalische Asylbewerber interessieren.

Wenn ein Flüchtling in Deutschland gelandet ist, wird er innerhalb der ersten Tage von Beamten zu einem Erstaufnahmegespräch gebeten. Bei diesem Interview muss der Bewerber seine Fingerabdrücke abgeben und Formalien beantworten: Name, Herkunft, Alter, Beruf.

Innerhalb der nächsten Wochen folgt dann die offizielle Asylanhörnung. In diesem zweiten Gespräch möchte das Bundesamt herausbekommen, ob der Bewerber wirklich politisch verfolgt wird und ob er eventuell über ein sicheres Drittland eingereist ist – in das er gegebenenfalls wieder

abgeschoben werden kann.

Meist erst bei diesem zweiten offiziellen Termin in Deutschland tauchen jene Männer auf, die ihre Laptops aufklappen und sich – für ein deutsches Amt unüblich – nur mit Vornamen wie «Markus» oder «Stefan» vorstellen. Sie seien Praktikanten und wollten nur zuhören, sagen sie. Auch wenn sie bereits 40 Jahre alt und manchmal grauhaarig sind.

«Für viele Somalier ist das der wichtigste Tag in ihrem Leben», sagt Ahmed Wazir. «An dem Tag legen sie ihr Schicksal auf den Tisch, und eine Person kann über ihre Zukunft entscheiden. Viele zittern, wenn ich sie in den Raum führe.» Die zusätzlichen Personen bei dem Interview fallen ihnen meistens durchaus auf, niemals würden sie sich jedoch trauen, ihre Anwesenheit in Frage zu stellen.

Während des Gesprächs tippen die Stefans und Markusse alles in ihre Laptops, was die Asylbewerber aus Somalia berichten. «Sie fragen meistens nichts direkt oder nur wenig», sagt der Übersetzer, «aber sie geben ganz klar die Kommandos.»

Meistens erscheinen die zusätzlichen Befrager zu Interviews von Offizieren, früheren Geheimdienstmitarbeitern, Polizisten, Ex-Piraten, Kollaborateuren der al-Shabaab-Miliz oder Politikern. Berichten die frisch eingereisten Afrikaner in dem Gespräch von Erlebnissen, die spannend erscheinen, erhalten sie kurze Zeit später oft eine Einladung zu einem weiteren Gespräch.

In solch einem Einladungsschreiben heißt es: «Der tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in der Welt macht es erforderlich, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über sich abzeichnende Veränderungen in diesen Ländern fortlaufend zu unterrichten.»

Darum sei man sehr an der Sammlung und Auswertung zuverlässiger Informationen interessiert. «Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie sich zu einem Gespräch zur Verfügung stellen würden.» Absender des Briefes ist eine «Hauptstelle für Befragungswesen».

*

Das wuchtige graue Haus, das einmal das NS-Wehrkreiskommando war, steht inmitten eines Wohnviertels im bürgerlichen Wilmersdorf. In dem Bau am Hohenzollerndamm 150 in Berlin haben sich Filmfirmen niedergelassen und eine Produktionsfirma. Nur ein Mieter passt nicht recht dazu. An der weißen Gegensprechanlage im Foyer von Haus 7 steht lapidar «K. Mustermann», eine Kamera filmt jeden Besucher.

Wir klingeln. Ohne sich vorzustellen, blafft eine männliche Stimme uns an.
«Was wollen Sie?»

Wir suchen die Hauptstelle für Befragungswesen.

«Ja.»

Wir würden gern mehr erfahren und ein Interview mit dem Leiter der Stelle führen.

«Hmm ... Wie haben Sie uns denn gefunden?»

Wir sind Journalisten und interessieren uns für Ihre Arbeit. Auf unsere Anfragen haben wir bisher nie eine Antwort erhalten.

«Gut, dann sagen Sie mir mal Ihre Telefonnummer – wir melden uns bei Ihnen.»

Dann legt der Mann am anderen Ende der Leitung auf. Wir warten bis heute

auf den Rückruf aus dem Haus am Hohenzollerndamm. Unter dem Giebel, in der vierten Etage, sollen einige der 52 Mitarbeiter der Hauptstelle ihre Büros haben. Bis dorthin kommen wir jedoch nicht. Der Fahrstuhl fährt nur bis zur dritten Etage. Für Fahrten bis unter das Dach benötigt man einen speziellen Schlüssel. Den haben nur die Mitarbeiter.

Die Hauptstelle ist ein Amt, das es eigentlich gar nicht gibt. Es gibt kein Eingangsschild, die Behörde hat keine Internetseite, ihr Name und ihre Aufgabe sind weitgehend unbekannt. Dafür ist der Einfluss dieses Amtes umso größer. Die «Hauptstelle für Befragungswesen» ist eine Tarnorganisation, eine geheime Unterabteilung des Bundesnachrichtendienstes (BND). Sie scheint das Verbindungsglied zwischen den geflüchteten Somaliern und den US-Militärs zu sein.

Für den deutschen Auslandsgeheimdienst sollen Mitarbeiter in allen 13 zentralen Aufnahmelagern für Flüchtlinge zwischen Horst in Norddeutschland und Nürnberg unter Neuankömmlingen in Deutschland spionieren. In sechs der Erstaufnahmeeinrichtungen soll die Hauptstelle sogar eigene Dienststellen betreiben. Seit dem Jahr 2000 wurden 15000 Asylbewerber und Flüchtlinge befragt, teilt die Bundesregierung mit. Zum Zweck der Hauptstelle antwortet sie: «Es wird davon ausgegangen, dass die Personen über Wissen verfügen könnten, welches [... sowohl] von außen- als auch von sicherheitspolitischer Bedeutung sein könnte.» Rechtliche Grundlage für ihre Arbeit sei das «Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus».

Bereits 1958 gründete die Bundesrepublik die Hauptstelle, anfangs noch, um Spätheimkehrer und geflüchtete DDR-Bürger über den Feind im kommunistischen Ausland auszufragen. Zwei Jahre zuvor war gerade erst der

Bundesnachrichtendienst vom ehemaligen Chef der Ostspionage der Wehrmacht, Reinhard Gehlen, gegründet wurden. Die Hauptstelle für Befragungswesen führte Gehlens Wehrmachtserfahrungen mit Befragungen von Kriegsgefangenen konsequent weiter.

Seit Ende des Kalten Krieges kamen vor allem Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen in den Fokus der BND-Agenten. So lieferten irakische Asylbewerber wertvolle Hinweise, die zu Bombardierungen von Zielen in Mossul und Bagdad durch amerikanische Kampfflugzeuge während des Irak-Kriegs im Jahr 2003 führten.

Vielleicht hätte es ohne die Informationen aus Deutschland den Irak-Krieg gar nicht erst gegeben. Als der amerikanische Verteidigungsminister Colin Powell am 5. Februar 2003 vor den UN-Sicherheitsrat in New York trat, um für einen Militärschlag gegen den Irak zu werben, hatte er ein Dossier aus Deutschland mit dabei. Auf riesigen Schaubildern zeigte Powell der Welt, wo im Irak Chemiewaffen lagerten und wo Saddam Hussein versteckte Raketentestgelände angelegt hatte. Am eindrucksvollsten blieben den Zuhörern aber die Zeichnungen von mobilen Biowaffen-Labors im Gedächtnis. Daraufhin überfielen die USA das Land, töteten Staatschef Saddam Hussein und stürzten Irak in einen bis heute anhaltenden Bürgerkrieg.

Doch die Informationen waren Lügen. Sie stammten von einem Asylbewerber im bayerischen Zirndorf. BND-Agenten hatten den geflüchteten Iraker Rafid Ahmed Alwan al-Janabi dort aufgespürt und waren auf seine Lügen hereingefallen. Sein Tarnname: «Curveball». Im Gegenzug für die vermeintlichen Einblicke in die Produktion von Massenvernichtungswaffen erhielt der Mann einen deutschen Pass und einen

Vertrag mit «Thiele und Friedrichs» in München, einer Tarn-Werbeagentur des Auslandsgeheimdienstes.

Derzeit sucht der Bundesnachrichtendienst auf seiner Webseite «freiberufliche Mitarbeiter/innen mit hervorragenden Sprachfertigkeiten für die Sprache Somali». Die Bewerber sollen ein «ausgeprägtes Hörverstehen» in der somalischen Sprache mitbringen und ins Deutsche übersetzen können. Besonderer Hinweis für die potenziellen BND-Übersetzer: «Bitte behandeln Sie Ihre Bewerbung beim Bundesnachrichtendienst diskret.»

*

Wir stehen immer noch vor der Zentrale der Hauptstelle am Berliner Hohenzollerndamm und warten darauf, mit einem Mitarbeiter ins Gespräch zu kommen. Nach zwei Stunden, kurz vor Feierabend, fährt ein unscheinbarer grauer Kombi auf den reservierten Parkplatz vor dem Haus, eine Frau und ein Mann steigen aus dem Auto. Sie sind zwischen 30 und 40 Jahre alt und nehmen ihre schwarzen Laptotaschen aus dem Wagen. Wir gehen auf sie zu.

Guten Tag, arbeiten Sie bei der Hauptstelle für Befragungswesen?

«Wer sind Sie denn?»

Wir sind Journalisten und suchen die Hauptstelle.

Keine Reaktion

Arbeiten Sie hier?

«Dazu äußern wir uns nicht.»

Hektisch schließt der Mann die Fahrertür ab, und schnell laufen die beiden zum Eingang von Haus 7. Die Frau drückt den Fahrstuhlknopf, und dann schweben sie davon. Ihr Ziel: die 4. Etage. Der Geheimtrakt.

Die BND-Agenten sind ausgebildet im Befragen, aber Antworten geben sie nur ungern. Wir beschließen, aufs Land zu fahren. Raus aus der Hauptstadt. Weg von den erhöhten Sicherheitsvorkehrungen des Hauptsitzes. Vielleicht erfahren wir von den Asylbewerbern und in den Außenstellen der Hauptstelle mehr.

*

Wir sitzen im Auto auf der Fahrt nach Friedland. Platt liegen die Felder um den Ort, so platt wie Niedersachsen selbst. Die Stadt liegt in der Nähe von Göttingen im Dreiländereck zwischen Hessen, Thüringen und Niedersachsen. Es sieht hier aus wie überall in der deutschen Provinz: Im Ort gibt es einen Supermarkt, einen roten Backsteinbahnhof und einen Kreisverkehr. Das Besondere an der Gemeinde ist jedoch ein riesiges Gelände hinter einem Metallzaun an den Bahnschienen. Das Motto der Anlage: «Tor zur Freiheit».

Die Flüchtlingsaufnahmestelle nennt sich offiziell «Grenzdurchgangslager Friedland», der Name stammt noch aus einer anderen Zeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den flachen weißen Baracken Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und Kriegsheimkehrer untergebracht. Später landeten Übersiedler aus der DDR hier, und nach der Wende kamen dann die Spätaussiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken. Seit einigen Jahren nimmt das Lager aber vor allem Männer und Frauen auf, die vor den Unruhen in den Krisenregionen dieser Welt nach Europa geflohen sind: aus

Afghanistan, Syrien, Somalia. Dreihundert Menschen leben im ständigen Wechsel in dem Heim, fünfhundert sollen es einmal werden. Nach spätestens drei Monaten dürfen die Flüchtlinge zu Verwandten weiterziehen oder werden auf Asylbewerberheime in ganz Deutschland verteilt.

Das Lager in Friedland ist eine Einrichtung des niedersächsischen Innenministeriums, auch das Bundesverwaltungsamt hat einige der 55 Gebäude gemietet. Auf den Lagerplänen, die überall auf dem Gelände in Glaskästen aushängen, wird jedes Haus beschrieben und mit Farben markiert. Die Unterkünfte sind darauf hellblau, der Speisesaal ist orange und die Fahrradwerkstatt gelb eingezeichnet. Nur eine Einrichtung im Keller von Haus 16 finden wir auf dem Plan nicht: die Hauptstelle für Befragungswesen.

Von Asylbewerbern und aus einer Antwort der Bundesregierung wissen wir, dass sich ein getarntes BND-Büro in diesem Haus befinden soll. Wir schleichen um das gelbe Gebäude, ein Schild auf dem Rasen warnt auf Deutsch und Russisch: «Betreten verboten». Drinnen sind die Böden gefliest, die Wände steril weiß. Die «Anmeldung» ist unbesetzt. Ein goldenes Schild mit Bundesadler verweist lediglich auf das «Bundesverwaltungsamt» als Mieter. Die Türen zur Kelleretage sind verschlossen.

Dort, im sogenannten «Gewölbe» von Gebäude 16 des Grenzdurchgangslagers Friedland, arbeiten sechs Mitarbeiter der Hauptstelle. Sie treffen auf die Asylbewerber meistens erst bei dem dritten Interview, das die Flüchtlinge in Deutschland geben, wenn sie schriftlich dazu eingeladen wurden. Manchmal finden die Gespräche in Räumen von Asylbewerberheimen statt, manchmal in gemieteten Büros, aber auch schon mal in einem Café. Das wissen wir von befragten Asylbewerbern und Übersetzern, die wir im gesamten Bundesgebiet getroffen haben. Aus Angst

vor Repressionen wollen viele von ihnen nicht zitiert werden, nicht einmal anonym.

Die Somalier berichten uns, dass die Frager vom Amt zum Beispiel wissen wollten, wie der lokale Anführer von al-Shabaab in ihrer Region hieß. Mit wem ist er befreundet? Wie heißen seine Geschwister? In welche Moschee geht er beten? Wo hält er sich normalerweise tagsüber auf? Alles Informationen, die relevant sind, wenn man eine Person auskundschaftet – und zum Ziel machen will. Amerikanische Zielerfasser sammeln genau diese Details, um Drohnenpiloten und Sensor Operators beauftragen zu können, wann und wo sie ihre unbemannten Flugroboter kreisen lassen sollen. US-Drohnen könnten einen Terrorverdächtigen beispielsweise gut auf dem Nachhauseweg nach dem Besuch der Moschee hinrichten.

Oder die BND-Mitarbeiter interessierten sich dafür, wie sich die islamistischen Terrorgruppen finanzieren. Woher bekommen sie ihr Geld? Über welche Wege erhalten die Milizen ihre Waffen? Welche Waffen benutzen die Aufständischen?

Ein ehemaliger Polizist aus einer somalischen Hafenstadt landete nach seiner Flucht in Hamburg. Er erzählte den Befragern, dass er mit den Islamisten von al-Shabaab zusammengearbeitet hatte. Daraufhin musste er ihnen berichten, wie die Miliz Nachschub über eine Fähre aus dem Nachbarland schmuggelte. Auf einer Karte sollte er den Weg zeigen. Wahrscheinlich verriet er damit eine wichtige Waffenlieferroute.

Von anderen Einwanderern wollten die Geheimdienstler wissen, mit wem sie befreundet waren, welche al-Shabaab-Mitglieder sie kannten, was in Trainingscamps der Miliz passiert, was man dort lernt und wo diese sich genau befinden.

Auch Wendungen der Umgangssprache fragten die Interviewer ab. Etwa: «Sagt man noch ‹5 Grüne›, wenn man 5 Dollar meint?» Solches Wissen ist wichtig, um Personen zu verstehen, die man abhört oder deren Mails und Chats man abfängt.

«Wir fingen morgens um 8 Uhr mit dem Interview an, mittags haben wir eine Stunde Pause gemacht, dann ging es nonstop weiter bis 18 Uhr», erinnert sich ein Übersetzer an die Befragung eines hochrangigen somalischen Politikers durch die Hauptstelle. «Glauben Sie, da ging es nur um Fragen des Asylverfahrens?», fragt der Dolmetscher rhetorisch. Vielmehr wollten die Befrager alles über den Präsidenten und seine Macht wissen: Wer stützt ihn? Wer arbeitet gegen ihn? Welchen Politikern kann man in Somalia vertrauen?

Viele der Befragten sind der Einladung des Geheimdienstes nur gefolgt, weil sie Angst vor Nachteilen hatten, wenn sie nicht hingegangen wären. Geld bekamen sie für ihr Insiderwissen nie direkt. Immer wieder hören wir aber davon, dass besonders kooperative Asylbewerber weniger Probleme mit ihrer Aufenthaltsgenehmigung hatten. Schon während des Gespräches sei einigen mündlich eine schnellere Anerkennung ihres Asylantrags zugesichert wurden. Ahmed Wazir, der Übersetzer aus den neuen Bundesländern, sagt: «In allen Fällen, die mir bekannt sind, klappte die Anerkennung nach dem Gespräch.»

Auch Amina Mohamed erhielt wenige Tage nach dem Interview über das Liebesleben des Präsidenten ihre Anerkennung als Flüchtling – einen blauen Pass mit zwei Streifen drauf. Eigentlich hätte sie nach deutschem Recht wieder abgeschoben werden müssen, weil sie über zwei andere sichere Drittländer in Europa nach Deutschland gekommen war.

Eine Anwältin für Asylrecht aus Berlin bestätigt uns, dass die Gespräche mit der Hauptstelle «ganz klar» Einfluss auf das weitere Asylverfahren haben. Die Frau vertritt oft Mandanten, die gegen einen Abschiebebescheid klagen. Durch die Gespräche mit den Ausländern und den Entscheidern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiß sie, dass die BND-Agenten nach den Gesprächen eine Art «Glaubwürdigkeitsurteil» über die Flüchtlinge abgeben. Besonders «wertvolle» Asylbewerber bekämen Empfehlungen für einen Aufenthaltstitel.

Auch die Bundesregierung bestätigt in ihrer Antwort auf eine Anfrage indirekt, dass eine hilfreiche Aussage bei der Hauptstelle für Befragungswesen positive Auswirkungen auf den Verlauf eines Asylverfahrens hat: Das Bundesamt für Migration sei gesetzlich verpflichtet, auch «Nachfluchtgründe» bei der Entscheidung über den Asylantrag zu berücksichtigen. «Soweit solche Nachfluchtgründe aus der Befragung durch die Hauptstelle für Befragungswesen entstehen, werden sie dementsprechend berücksichtigt.»

Im Klartext: Sollten die Flüchtlinge relevant für die Bundesrepublik sein, dürfen sie bleiben.

*

Als die Hauptstelle für Befragungswesen im April 2008 ihren 50. Geburtstag feierte, bekam jeder Mitarbeiter eine Kaffeetasse geschenkt. Darauf fanden sich die Aufdrucke «50», «1958» sowie die Flaggen von Deutschland, Großbritannien und den USA. Zu den Feierlichkeiten waren neben BND-Vertretern auch führende Mitarbeiter des «Intelligence Staff», des

Nachrichtendienstes des britischen Verteidigungsministeriums, und der Defense Intelligence Agency (DIA), des amerikanischen Militärgeheimdienstes, angereist.

Diese gemeinsamen Feierlichkeiten waren eine seltene Möglichkeit, Einblick in die internationale Einbindung der Hauptstelle in das sogenannte Tripartite Debriefing Programme (TDP) zu erhalten. Nicht nur, dass die Partner aus dem Vereinigten Königreich und aus den Vereinigten Staaten von den Informationen profitierten, die auf deutschem Boden gesammelt werden – getarnt mit Decknamen und gefälschten Ausweisen, sollen amerikanische und britische Agenten auch selbst an den Befragungen teilnehmen, sagt uns Jack Dawson, ein ehemaliger Nachrichtenoffizier aus England.

Von Asylbewerbern wissen wir, dass bei den Interviews der Hauptstelle immer mal wieder auch Personen im Raum saßen, die stumm blieben. Einige vermuten, dass die Männer in den schwarzen Anzügen Amerikaner gewesen sein könnten. Auch ein ehemaliger DIA-Mitarbeiter bestätigt uns, in den 2000er Jahren an einer Befragung eines Asylbewerbers teilgenommen zu haben. Drei Tage interviewten die BND-Befrager und der Amerikaner damals einen ehemaligen irakischen Geheimdienstmitarbeiter in einem Leipziger Neubauhotel in der Innenstadt.

Damit die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert, sollen sogar Mitarbeiter vom «Intelligence Staff» und dem DIA in der Zentrale der Hauptstelle am Hohenzollerndamm in Berlin stationiert sein. Offiziell sind die Geheimdienstler bei den Botschaften ihrer Länder angestellt. Erfahren sie bei einer Befragung in Deutschland interessante Neuigkeiten, senden sie die Zusammenfassung in einem sogenannten «MX Report» nach Großbritannien und in die Vereinigten Staaten. Analysten werten dort die

Befragungsergebnisse aus. «Wenn die ausländischen Geheimdienste, darunter auch die CIA, an bestimmten Informationen stärker interessiert sind, bitten sie ihre Mitarbeiter in Deutschland, noch mehr Informationen zu senden oder den Personen weitere Fragen zu stellen», sagt Dawson.

*

«Es sind natürlich nicht nur die Informationen aus den Befragungen allein, die zur Bombardierung von bestimmten Zielen führen», sagt Marc Garlasco. Der ehemalige Pentagon-Mitarbeiter war jahrelang Leiter der «High-Value-Target-Abteilung», also zuständig für das Finden und Aufklären von wichtigen Zielen. «Aber unsere Entscheidungen über mögliche Ziele werden dadurch beeinflusst.» Die Aussagen der Asylbewerber bestätigen oft andere Informationen, die die Geheimdienste bereits über die «harten Ziele» gesammelt haben. Als Teil seiner Aufgabe befragte Garlasco auch Asylbewerber in Deutschland, die die Hauptstelle für Befragungswesen aus allen Ankömmlingen bereits vorgefiltert hatte.

«Alles, was sie uns gesagt haben, floss in unser Zielerfassungssystem ein. Auch ein Mann, der in einem Kebabstand arbeitet, weiß vielleicht, zu welcher Zeit frühmorgens der Konvoi der Limousinen vom Sohn des Diktators regelmäßig durch seine Straße fährt», sagt Garlasco. «Das reicht manchmal schon, um ein Ziel zu bestätigen – und vielleicht auch dafür, einen Tötungsbefehl auszulösen.»

Damit können die BND-Interviews zu einem wichtigen Baustein bei der Zielerfassung der US-Militärs werden. Das sogenannte «targeting» ist ein komplexer Vorgang. In dem mehrstufigen Prozess fließen Bilder und Töne

aus Aufklärungsflügen genauso mit ein wie Satellitenaufnahmen und viele Jahre lang gesammelte Hintergrundinformationen über Personen.

Sind die Ziele breit ausgekundschaftet und hat die politische Führung den Tötungsbefehl gegeben, beginnt ein ganzes Team in der zweiten Phase, der Zielfindung, mit den Planungen für die gezielte Hinrichtung. Neben dem Kommandeur stehen auch Munitionsexperten, Nachrichtendienstler, Juristen und weitere Spezialisten im Gefechtsstand – wie beispielsweise bei AFRICOM in Stuttgart oder auf der Kommandobrücke des Air and Space Operations Center in Ramstein. «Ihr Job ist es, die Identität eines Zieles zu verifizieren und zu bestätigen», sagt Scott Silliman. «Sie müssen entscheiden, ob das gefundene Ziel wirklich der gesuchte Kämpfer ist, der rechtmäßig angegriffen werden darf.» Silliman war leitender Justiziar im Luftgefechtskommando der US Air Force, heute ist er Jura-Professor und Experte für Militär- und Kriegsrecht an der University of North Carolina.

Zu den Aufgaben der «targeting»-Gruppe gehöre auch, die Schäden an der Zivilbevölkerung durch einen Angriff so klein wie möglich zu halten, sagt Silliman. Dafür trainieren die Drohnenpiloten im Vorlauf die Angriffe auch an 3D-Simulatoren, die ihnen Flüge durch genau jene Landschaft ermöglichen, in der sie real Angriffe fliegen sollen. Die Bostoner Firma metaVR hat dafür die Software entwickelt, mit der Soldaten Flüge über ihren zukünftigen Einsatzorten üben können wie bei einem Computerspiel. Das Programm «unterstützt das Training von Drohnen-Operators, um «high-value-targets» zu finden», wirbt das Unternehmen auf seiner Webseite.

Den «Virtual Reality Scene Generator» gibt es laut Firmenangaben schon für 1000 «aktive» Orte und «virtuelle Dörfer». Derzeit programmiert metaVR für die US-Luftwaffe ein Simulationsprogramm, das Flüge über Somalia

ermöglicht. Dafür sucht sie somalische Fotografen, die frisches Bildmaterial aus der Hafenstadt Kismayo liefern sollen.

Trotz all dieser Vorsichtsmaßnahmen sind zivile Opfer von Drohnenangriffen bisher noch eher die Regel als die Ausnahme. Der Vereinigte Generalstab der US-Streitkräfte veröffentlichte im Juni 2013 eine Studie zu Drohnenbombardierungen in Afghanistan. Demnach seien bei Drohneneinsätzen zehn mal mehr Zivilisten getötet worden als bei bemannten Luftangriffen. In der Studie unter dem Titel «Überlegungen zu zivilen Opfern» heißt es zudem, dass insgesamt mehr zivile Opfer als konkrete Gegner zu beklagen waren.

Auch Informationen zur Festlegung afghanischer Ziele stammten aus Deutschland. Vom Bundesnachrichtendienst. In internen Dokumenten des US-Geheimdienstes NSA preisen die Amerikaner die deutschen Kollegen als «Schlüsselpartner». NSA-Chef Keith Alexander sagte in einer Rede 2013: «Es ist eine Ehre und ein Privileg, mit den deutschen Diensten zusammenzuarbeiten. Was sie in Afghanistan leisten, ist großartig.» Bei der Informationsbeschaffung über Afghanistan sei der BND «fleißigster Partner» der USA, heißt es in dem internen Dokument.

Vielleicht stammten die Informationen auch aus Befragungen der Hauptstelle für Befragungswesen in Deutschland. Afghanische Flüchtlinge stellten in den vergangenen Jahren immer wieder die größte Gruppe unter den Asylbewerbern in Deutschland, in den letzten zehn Jahren wollten 30000 Afghanen in Deutschland leben. Allein in den ersten Monaten des Jahres 2013 beantragten 3500 Afghanen Asyl in der Bundesrepublik. Jeder Einzelne eine menschliche Quelle.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Teil IV

Die National Security Agency in Deutschland

14. Kapitel

Männer, die auf Männer starren



Ein Sicherheitsmann fotografiert uns vor dem Dagger Complex in Darmstadt

Wir fahren an Spargelfeldern vorbei, unter großen Plastikplanen wachsen die Stängel in Hochbeeten. Nur wenige Bäume bieten Schutz. Die Sonne steht schon hoch in der Mittagszeit an diesem Tag. Viel lieber würden wir jetzt Schnitzel mit Spargel essen, als hier herumzufahren. Es ist eine komische Situation.

Mit einem NDR-Team sind wir irgendwo im hessischen Nirgendwo gelandet, weil wir auf der Suche nach der National Security Agency (NSA) in Deutschland sind. Das NSA-Unterkommando bei der US-Armee, der Militärnachrichtendienst INSCOM, soll hier in der Nähe der Spargelfelder eine Station betreiben, haben wir erfahren. Darum sind wir auf dieser Straße

westlich von Darmstadt unterwegs; wir hoffen, dass uns ein Besuch in Griesheim etwas über den US-Nachrichtendienst NSA auf deutschem Boden verraten könnte.

Drei Mal sind wir heute bereits falsch gefahren, obwohl uns ein Navigationssystem den Weg weist. Vielleicht sind wir einfach zu aufgeregt. Doch jetzt scheinen wir auf dem richtigen Weg zu sein. Nachdem wir durch ein kleines Waldgebiet gekommen sind, liegt vor uns auf einer freien Ebene ein Kasernenkomplex am Eberstädter Weg. Als Erstes sehen wir den sehr hohen Stacheldrahtzaun. Wir fahren langsamer, um lesen zu können, was auf dem weißen Schild steht, das an dem Zaun hängt:

«Vorsicht Schusswaffengebrauch!»

Ein vernünftiger Mensch würde anhalten oder umdrehen. Und das tun wir auch. Wir halten am Straßenrand und rufen den Justiziar des NDR an. Er beruhigt uns und sagt, es sei in Ordnung, wenn wir auf der öffentlichen Straße blieben. Dann seien wir sicher. Wir starten den Motor. Als wir weiterfahren, stoßen wir bald auf das nächste Schild:

«Militärischer Bereich der amerikanischen Streitkräfte.

*Innerhalb dieses militärischen Bereichs ist es verboten,
zu fotografieren und zu filmen, sowie schriftliche Notizen,
Zeichnungen, Karten oder graphische Darstellungen anzufertigen.»*

Weil wir mit einer Kamera unterwegs sind, trauen wir uns nicht, auszusteigen. Wir gehen auf Nummer sicher und fahren weiter außerhalb des

Geländes auf der öffentlichen deutschen Landstraße. Wir bleiben außerhalb des militärischen Bereichs und schauen weiterhin nur auf die Anlage. Dann entdecken wir noch ein Schild:

«Militärischer Sicherheitsbereich!

Unbefugtes Betreten verboten!

Vorsicht Schusswaffengebrauch!»

Von einer lokalen Aktivistin hatten wir im Vorhinein erfahren, dass ihr einmal der Fotoapparat von einem amerikanischen Militärpolizisten entrissen wurde, weil sie die Anlagen in Griesheim fotografieren wollte – obwohl sie auf einer normalen Straße stand. Ein 28-jähriger Griesheimer bekam im Juli 2013 Besuch von der deutschen Polizei und dem Staatsschutz, nachdem er seine Freunde auf Facebook zu einem Spaziergang an den Eberstädter Weg eingeladen hatte. US-Behörden hatten die deutschen Ermittler informiert.

*

Den Hinweis auf den Komplex haben wir von einem deutschen Bauunternehmer bekommen. Der Mann hat uns von einem ungewöhnlichen Auftrag berichtet, wie er ihn in seiner Karriere noch nie zuvor erhalten hatte. Die Worte «seltsam» und «einmalig» fielen immer wieder bei unserem Treffen.

Eigentlich dürfte er niemals darüber sprechen. Weder mit Mitarbeitern noch mit seiner Frau und schon gar nicht mit uns Journalisten. Denn dieser Auftrag unterlag der «strengsten Geheimhaltung, die ich in meinem

Berufsleben jemals erlebt habe». Aber er hatte ein echtes Bedürfnis, uns von seiner Erfahrung zu berichten. Um ihn nicht zu gefährden, nennen wir weder seinen Namen noch den Ort, an dem seine Firma angesiedelt ist.

Der Auftrag an den Bauunternehmer klang anfangs gar nicht so dramatisch. Die US Army wollte, dass er in einem Haus in Hessen Klimaanlage installiert. Als er das erste Mal zur Baustelle fuhr, kam ihm bereits komisch vor, dass das Bürogebäude in der Nähe einer Autobahn versteckt in einem Waldstück lag. Er fuhr einen staubigen Weg entlang und wunderte sich, dass nirgends ein Schild zu sehen war. Nirgendwo war ersichtlich, wer hier baute und wer später das Haus nutzen würde.

Die Auftraggeber baten ihn, die Materialien doch bitte selbst zur Baustelle zu fahren, seine Lieferanten sollten nicht wissen, wo die Anlagen gebraucht wurden. Also bestellte der stämmige Mann seine Zulieferer zu einem Bauhof in einem anderen Bundesland und fuhr die Sachen selbst zur Baustelle. Nur er sollte die Stelle kennen, wo genau sich das Gebäude befand. Als er später einmal im Internet nach dem Haus suchte, fand er an der Stelle bei Google Maps nur «frischen Wald» – es wirkte auf ihn, als ob jemand künstliche Pixel-Bäume an die Kartenposition kopiert hätte.

Dieser klandestine Ort liegt genau auf dem Gelände am Eberstädter Weg in Darmstadt-Griesheim, an dem die Schilder ungebetene Besucher davon abhalten sollen, zu nah an das Objekt heranzukommen. Die deutschen Klimaanlage kühlen heute wahrscheinlich die streng geheimen Rechenzentren und die Köpfe der Mitarbeiter der National Security Agency.

An diesem Ort sollen Teile einer Brigade des «United States Army Intelligence and Security Command (INSCOM)» sitzen. Der Nachrichtendienst der US Army ist der militärische Arm der NSA. Diese

Unterabteilung der National Security Agency spitzelt nur im Auftrag der US-Streitkräfte.

Neben der Abwehr von Spionage und Terrorismus sowie dem Schutz sicherer Kommunikation der US-Armee ist INSCOM auch für die Aufklärung des Gegners zuständig: Entschlüsselung von geheimen Dokumenten («Kryptoanalyse»), Hacken von Computersystemen und Abhöraktionen über Radar und Satellitenanlagen gehören zum Tagesgeschäft. Neben allen Möglichkeiten der elektronischen Aufklärung arbeitet der Armee-Zweig der NSA auch mit menschlichen Quellen vom gegnerischen Gefangenen bis zum Auslandsagenten.

Vergleicht man INSCOM mit deutschen Strukturen, findet man keinen vergleichbaren Dienst. Ähnliche Aufgaben übernehmen in der Bundesrepublik die Bundeswehr und der Auslandsnachrichtendienst BND – in den Vereinigten Staaten ist alles unter dem Hut des Geheimdienstes NSA vereint.

Doch jedes Geheimnis hat seine Schwachstelle. Und Klimaanlagen wurden der NSA zum Verhängnis, sie sind die Achillesverse im gewaltigen Überwachungskörper der US-Spionage-Einheit in Deutschland. Nur so haben wir von ihrer Existenz erfahren.

*

Wir fahren weiter. Dann sehen wir es. Auf einer braunen Tafel steht der Gruß «WELCOME to the Dagger Complex». Wir steigen aus, um genauer hinschauen zu können. Immerhin werden wir willkommen geheißen. Dagger heißt auf Deutsch Dolch. Das hört sich nicht so freundlich an.

Wir schauen überall, aber auch als wir am Haupteingang angekommen sind, finden wir keinen Hinweis auf die National Security Agency. Wer nicht weiß, was sich hinter dem Namen «Dagger Complex» verbirgt, wird hier nichts Ungewöhnliches vermuten. Die braune Tafel sieht harmlos aus. Die Anlage ist aber extrem stark geschützt.

Am Eingangstor entdecken wir in den Boden eingelassene Zacken, die bei Gefahr hochgefahren werden können. Diese «Panzersperren» sollen feindliche Autos abhalten. Dann gucken wir am Zaun hoch und sehen die Bewegungsmelder und Infrarotkameras, von denen uns Anwohner bereits am Telefon berichtet hatten. Angeblich zeichnen die Kameras jeden Besucher auf, der sich dem Zaun nähert.

Ein Wachmann trägt ein weißes Hemd, eine Plakette an der Brusttasche und ein Basecap mit Smiley auf dem Kopf. Er und seine Kollegen schauen unruhig aus ihrem Häuschen heraus. Wir blicken unsicher zurück. Es muss ein merkwürdiges Bild sein, das wir hier abgeben: Männer, die auf Männer starren.

*

Eigentlich sind wir auch hierhergekommen, um Filmaufnahmen zu drehen. Wir schauen uns an und beschließen, am besten den Eingangsbereich zu filmen, wo unsere Arbeit am offensichtlichsten und gut beobachtbar ist. Wir wollen uns nicht mit dem Geheimdienst gemein machen und uns verstecken. Darum gehen wir zurück zum Auto, steigen wieder ein, packen unsere Kamera aus und fahren mit Tempo 20 am Haupteingang entlang. Dabei filmen wir aus dem Wagen. Plötzlich springt einer der Wachmänner von

seinem Stuhl auf und stürmt aus dem Tor. In seiner Hand hält er jetzt eine kleine Kompaktkamera – und filmt uns.

Was genau in der geheimen NSA-Filiale passiert, wird für uns heute hier nicht klarer, als wir noch mal versuchen, durch den Zaun zu schauen. Das, was wir sehen, passt aber zu dem, was uns Menschen berichtet haben, die schon Einblicke in den Komplex hatten.

Nur wenige Personen, die nicht dort angestellt sind, durften das Gelände bisher betreten. Weder die Aktivisten einer Bürgerinitiative noch der Lokalreporter waren jemals im «Building 4373», in dem die Nachrichtendienst-Mitarbeiter sitzen sollen. Seitdem die NSA-Untereinheit vor 15 Jahren in Griesheim Quartier bezogen hat, lädt die US Army auch keine Anwohner mehr zu Festen ein.

Nur der ehemalige Bürgermeister Norbert Leber und sein Darmstädter Kollege durften die Kaserne vor Jahren einmal besuchen. So versuchten die Stabskommandanten vor Ort die Lokalpolitiker im Nachhinein zu beschwichtigen, weil die geheimen Bauarbeiten auf dem Gelände nicht von den Kommunen genehmigt waren.

«Wenn ein Bürger eine Garage bauen will, muss er ein langwieriges Verfahren angehen, aber wenn hier teilweise sicherheitsrelevante Maßnahmen, die möglicherweise auch eine Kommune beeinflussen, stattfinden, dann werden wir nicht gefragt», sagt uns Leber noch heute hörbar empört. Die Bauarbeiten waren von einer höheren deutschen Behörde erlaubt worden, aber im Geheimen, nicht öffentlich. Norbert Leber findet das befremdlich. «Ich habe nicht immer das Gefühl gehabt, dass wir alles erfahren haben.»

Über einen Informanten bekommen wir Kontakt zu dem ehemaligen

Wachmann einer deutschen Sicherheitsfirma. Er hat das Haupttor des Dagger Complex geschützt. Genau wie die Männer, die uns eben gefilmt haben.

Oft musste der Mann Mitarbeiter durchwinken, auf deren Hausausweisen «DOD Contractor» stand – die Abkürzung für zivile Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums. «Von amerikanischen Kollegen habe ich dann erfahren, dass diese Leute oftmals keine Zivilangestellten sind, sondern Mitarbeiter von CIA, DIA oder NSA.» Und INSCOM. Diese Organisationen bilden die Phalanx der US-Geheimdienste: Auslandsnachrichtendienst, Verteidigungsnachrichtendienst, Spionagenachrichtendienst, Militärnachrichtendienst.

Der Sicherheitsmann wunderte sich auch, wo die vielen Mitarbeiter eigentlich arbeiten. Von den 18 Millionen US-Dollar Investitionen war auf dem Gelände nicht viel zu sehen. Auch der Riesenparkplatz schien ihm verdächtig. Der Wachmann schätzt, dass viel mehr Autos darauf passen, als es Arbeitsplätze in den oberirdischen Gebäuden im «Dagger Complex» in Griesheim gibt. Aber oft war der Parkplatz voll, wenn am Morgen sein Dienst in der Kaserne begann.

Neben ein paar wenigen Häusern erkennen wir vor allem Entlüftungsschächte hinter den Stacheldrahtzäunen. Diese können der Kühlung von Serverfarmen und Großrechnern dienen, aber auch ein Hinweis auf einen groß angelegten Bürotrakt unter der Erde sein. So glauben es der ehemalige Bürgermeister von Griesheim und der Reporter der Lokalzeitung. Auch der Objektschützer vermutet, dass «die ganze Chose dort unterirdisch stattfindet». Eine amerikanische Kollegin will ihm einmal verraten haben, dass die Dagger-Leute «unter der Erde mit Computern arbeiten».

Ein hochrangiger Army-Mitarbeiter, den wir in einem Äppelwoi-

Biergarten in Hessen treffen, bestreitet jedoch, dass es in Griesheim unterirdische Anlagen gibt.

*

Auf dem Weg zurück in die Stadt, während wir mit unserem Auto noch am Zaun des Dagger Complex vorbeifahren, kommt uns ein Polizeiauto entgegen. Die Beamten schauen uns an, als sie langsam an unserem Wagen vorbeifahren. Freundlich winken wir den Polizisten. Ein wenig sind wir erleichtert, dass die deutsche Polizei jetzt hier ist. Die Amerikaner werden keinen Gebrauch von ihrer Schusswaffe machen, solange deutsche Polizisten da sind, denken wir. Aber dann fährt der Einsatzwagen weiter. Wir denken uns nichts dabei. Auch wir fahren weiter. Etwas später klingelt das Mobiltelefon bei einem Kollegen.

«Guten Tag, Polizei Griesheim, was machen Sie denn da vor der US-Kaserne?»

Überrascht und erst etwas sprachlos, brauchen wir ein bisschen, um zu verstehen, was hier gerade passiert. Dann sagen wir:

«Was wir machen? Wir sind vom NDR und recherchieren, wieso?»

Es stellt sich heraus, dass die Polizisten, die uns im Auto entgegenkamen, vom Wachmann der Kaserne die Buchstaben- und Zahlenkombination unseres Nummernschildes erfahren hatten. Über eine Abfrage des Fahrzeughalters haben die Ermittler die Produktionsfirma herausgefunden und über sie, wer heute das Auto benutzt. Es dauerte eine Stunde, bis die Polizisten unsere Namen kannten und unsere Telefonnummern hatten.

Was wissen sie vielleicht noch über uns?

Im breiten südhessischen Dialekt sagt der Polizist: «*Die Amerikaner haben Angst, dass hier spioniert wird.*»

15. Kapitel

Mit den Daten gegen die Datensammler



Wachturm und Stacheldraht: vor der Clay-Kaserne in Wiesbaden

Bald darauf hat der hessische Polizist wieder aufgelegt. Unser Kollege hat ihm erklärt, dass wir für das öffentlich-rechtliche Fernsehen recherchieren. Ein Gefühl sagte uns, dass er die ganze Sache genauso absurd fand, obwohl er das nicht so direkt gesagt hat.

Er hat das Gespräch mit typischem Polizei-Galgenhumor beendet: «*Seien Sie vorsichtig. In Guantánamo ist immer noch eine Zelle frei.*»

Wie nett.

*

Nur wenige Tage nachdem wir aus Darmstadt-Griesheim zurückgekommen waren, erschütterte ein Computer-Nerd die Welt. Ein damals 29-Jähriger mit einem fahlen Gesicht, einer randlosen Brille und einer Pole-Dancerin als Freundin löste einen der größten Skandale der Obama-Regierung aus.

Edward Snowden war einige Jahre bei der CIA und dann vier Jahre lang als IT-Techniker bei der NSA angestellt. Genau genommen hieß sein Arbeitgeber Booz Allen Hamilton. Die private Technologieberatung ist ein großer Auftragnehmer der US-Regierung und arbeitet auch für den Nachrichtendienst NSA. Siebzig Prozent des Geheimdienst-Budgets der Vereinigten Staaten, 75 Milliarden Dollar jährlich, fließen in die Kassen solcher «Private Contractors». Doch Snowden wollte dieses Geld nicht mehr, er hatte bereits innerlich gekündigt, sich eine Menge NSA-Daten auf vier private Laptops gezogen. Dann war er nach Hong Kong und später weiter nach Moskau geflohen, um auszupacken. Er war zum Spion der Spione geworden.

*

Edward Snowdens ehemaliger Auftraggeber, der Geheimdienst NSA, beschäftigt laut Schätzungen mehr als 35000 Mitarbeiter. Sein abgeschirmter Hauptsitz befindet sich in 9800 Savage Road, Fort Meade im Bundesstaat Maryland. Mit über 50 Gebäuden, einer Feuerwehration, einer Bankfiliale, Friseur, Post, eigener Polizei und einer eigenen Postleitzahl ist das Areal größer als das Pentagon.

Das NSA-Headquarter ist ein riesiger Bunker mit verspiegelten

Glasfassaden. «Verteidige die Nation und sichere die Zukunft», zeigen Laufbänder in Endlosschleife an, die an den Wänden im Inneren der Zentrale hängen.

Als wir uns vor einigen Jahren mit einer Quelle in der Nähe des NSA-Hauptquartiers in einem Coffee-Shop im Einkaufszentrum trafen, wirkte der Ort wie eine normale Mall. Aber die Männer in den Geschäften trugen fast alle Ausweise um den Hals, ihre Gespräche waren sehr leise.

Die Arbeit des «Lauschers der Nation» wird von einem geheimen Gericht kontrolliert, auch einzelne Abhörmaßnahmen der NSA werden hier genehmigt. Die Beschlüsse des Gerichts sind ebenfalls geheim und werden nie veröffentlicht. Angeblich ist die Agency der größte und finanziell am besten ausgestattete Nachrichtendienst der USA. Doch genau weiß das keiner, denn sowohl die Zahl der Mitarbeiter als auch der Haushalt sind top secret. Laut unbestätigten Geheimpapieren der NSA soll sie ein Jahresbudget von 10,8 Milliarden US-Dollar zur Verfügung haben.

Whistleblower Snowden berichtete der britischen Zeitung *Guardian* und der *Washington Post*, dass der US-Militärnachrichtendienst sechs Jahre lang Millionen Nutzer auf der ganzen Welt ausspioniert hatte. Die Agenten verschafften sich Zugang zu Mails, Chats, Internet-Telefongesprächen bei Skype, Bildern und Videos sowie zu sozialen Netzwerken wie Facebook. Internetfirmen wie Google, Apple oder Microsoft gewährten der NSA direkten Zugang zu ihren Servern. Das Spähprogramm nannte sich «Prism», das Prisma.

Viele weitere Programme und Ausspäh-Datenbanken wurden in den Wochen danach bekannt. Es sollen insgesamt über hundert Horch- und Guck-Projekte sein. Sie tragen Namen wie «Ragtime», «ThinThread» oder

«XKeyScore».

Mit XKeyScore beispielsweise ist es möglich, in Echtzeit jeden Internetnutzer zu überwachen. Die Agenten können dann sehen, was er gerade tippt oder sucht. Über die Plattform können die Spione Eigennamen, Mail- oder IP-Adressen, Suchworte in Suchmaschinenabfragen, die Sprache des Verdächtigen, Telefonnummern sowie Chat-Nutzernamen und Freundeslisten etwa in Mails aufspüren. Über eine Extra-Funktion ist es zudem möglich, auf sämtliche Facebook-Chat-Inhalte einer Person zuzugreifen. Sogar rückwirkend kann überprüft werden, was jemand im Internet gesucht hat. Im Grunde hat man mit XKeyScore Zugriff auf die gesamte Internetkommunikation eines Nutzers. Die Plattform ist nicht weniger als ein Spionage-Google.

Allein in das Dachprogramm «Stellar Wind» sollen 50 verschiedene Überwachungsprogramme zur Datenanalyse einfließen. Die «Mainway»-Datenbank liefert Telefonverbindungsdaten, «Marina» sammelt Internet-Metadaten, «Nucleon» wertet die Inhalte von Telefonaten aus, «Trafficthief» speichert gezielt ausgewählte Kommunikations-Metadaten und «Pinwale» analysiert Videos und Mails. Alle diese Dienste fließen in «Stellar Wind» ein. Auch «Prism» gehört dazu. «Prism ist nur die Spitze des Eisberges», sagt Thomas Drake, der jahrelang in Spitzenpositionen für die NSA gearbeitet hatte und ein paar Jahre vor Snowden ausgestiegen und zum Whistleblower geworden war.

«Ich war berechtigt, jeden anzupapfen: Sie, einen Bundesrichter oder den Präsidenten. Ich brauchte nur seine Mailadresse», sagt Edward Snowden. Alle abgelauschten Daten wurden automatisch gespeichert und durch Rechner nach interessanten Inhalten gefiltert.

Außerdem überwachten die Agenten auch die Telefone von tausenden Amerikanern, um Verbindungsdaten, Ort und Gesprächspartner zu speichern. Sie sicherten sogenannte Metadaten der Verbindungen wie den Zeitpunkt und die angerufenen Nummern von Gesprächen in die USA und von Amerika in andere Länder. Telekommunikationskonzerne wie Verizon und AT&T kooperierten dafür mit der NSA.

Das Besondere an diesem Spionageskandal ist, dass diesmal nicht ein Staat einen anderen Staat ausspioniert hat. Erstmals überwachte ein Staat alle Bürger eines anderen Landes.

Präsident Barack Obama und der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich sagten später unisono, die Überwachungsprogramme hätten weltweit bis zu 50 Anschläge verhindert. Neben Attentaten auf die New Yorker Börse und die U-Bahn sei auch ein Bombenanschlag auf den dänischen Zeichner vereitelt worden, der mit Mohammed-Karikaturen den Zorn von Muslimen auf sich gezogen hatte. Durch abgefangene Mails aus Pakistan sei die NSA außerdem der sogenannten «Sauerland-Zelle» auf die Spur gekommen, die Anschläge in Deutschland geplant hatte. Nachweise, welche konkreten Informationen durch «Prism» gewonnen und an die Bundesrepublik weitergeleitet wurden, konnten beide Regierungen bisher jedoch nicht vorlegen.

Laut einem internen NSA-Dokument wurden in Deutschland überdurchschnittlich viele Daten abgegriffen – mehr als in jedem anderen westlichen Land. Und mehr als anderswo in Europa. Jeden Monat überwachte der Geheimdienst eine halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge aus Deutschland. Allein im Dezember 2012 wurden jeden Tag die Metadaten von durchschnittlich 15 Millionen Telefonaten und 10 Millionen

Internetverbindungen abgefangen. Auf der Weltkarte des NSA mit den am stärksten überwachten Regionen ist Deutschland gelb markiert. Nur in Afghanistan, im Iran und Pakistan wurde mehr gespitzelt – diese Länder sind auf der Karte rot eingefärbt.

Dass Afghanistan die Liste der am meisten ausspionierten Länder anführt, kann auch damit zu tun haben, dass die Deutschen die NSA beim Abhören der Kommunikation in Afghanistan so tatkräftig unterstützen.

Die gespeicherten Informationen werden nie gelöscht, weil eine unverdächtige E-Mail oder ein unbedeutender Telefonkontakt zwischen zwei Personen später eventuell dennoch entscheidend werden könnten, bestätigten NSA-Beamte der Nachrichtenagentur *Associated Press*. «Mein Ziel war es, den Datenverkehr der gesamten Welt zu erfassen und zielgerichtet zu analysieren», sagte der ehemalige Technische Direktor der NSA, William Binney, in einem Interview mit dem *stern*.

Kreditkartenabrechnungen, Krankheitsakten, Mails, Surfverhalten im Netz, Zeiträume, Orte, Netzwerke – am besten *alles* sollte gespeichert werden. Es ging nicht mehr darum, aktuelle Straftäter zu verfolgen, sondern alle Daten zu besitzen, die zu speichern möglich war.

In der Logik der NSA kann jeder Bürger irgendwann zum Täter werden. Zum Feind. In dem Fall könnte man auf den Speicher-Schatz zurückgreifen. Oder frühzeitig erkennen, wenn jemand plötzlich seine Mails verschlüsselt, viel Geld abhebt, oft verreist, andere Sprachen spricht. Anhand von wiederkehrenden Mustern in den Daten sollen mathematische Modelle künftige Terroristen herausfiltern und Anschläge vorhersagen. Das NSA-Zukunftsszenario klingt wie eine unheilvolle Mischung der Visionen aus George Orwells Roman «1984» und dem Steven-Spielberg-Film «Minority

Report», in dem Tom Cruise als «Precrime»-Polizist zukünftige Morde verhindern soll.

Was auch immer noch über die Spähprogramme der NSA herauskommen wird, schon jetzt ist klar: Es handelte sich um den wohl größten Lauschangriff der Geschichte.

*

Dieses Ausmaß der Überwachung hätten wir nicht für möglich gehalten. Lange dachten wir, das seien nur übertriebene Ängste von paranoiden Internet-Geeks. Wir haben uns schwer geirrt.

Waren womöglich NSA-Anlagen in Deutschland in die Überwachungsprogramme eingebunden?

Doch wie sollten wir vorgehen? Als guter Reporter muss man seinen bequemen Bürostuhl verlassen. Vertraue nicht auf eine Quelle allein. Glaube nicht, was du in einem Buch, im Internet oder bei Kollegen liest: Dozenten an Journalistenschulen, Professoren und verschiedene Chefs in unserem Berufsleben hatten uns diese Tugend immer wieder vor Augen geführt.

Grundsätzlich ist das ein wichtiger Ratschlag. Aber bei unserer Recherche in Darmstadt hat er uns nicht viel weitergebracht. Das Einzige, was wir herausfinden konnten, war, dass die NSA böse Drohschilder aufhängt und kurze Drähte zur lokalen Polizeistation pflegt. Und dass die Anlage noch besser gesichert ist als andere militärische Einrichtungen.

Wir mussten diesmal anders vorgehen, uns in die Arbeit des größten Datenstaubsaugers der Welt hineindenken. Wir mussten versuchen, den Daten-Code zu knacken.

Spätestens seit den Enthüllungen um die Spähprogramme der NSA sind viele Menschen überzeugt davon, dass die Geheimdienste dieser Welt uns überwachen und in der Lage sind, alles über uns herauszufinden, was wir tun. Das ist aber nur die eine Seite.

Auch Agenten sind soziale Wesen, auch geheime Behörden hinterlassen Bremsspuren auf der Datenautobahn. Auch Spione kaufen Häuser unter ihren bürgerlichen Namen, bloggen, laden Urlaubsbilder ins Internet hoch. Sie bewerben sich um neue, besser bezahlte Jobs. Geheimdienste brauchen Toilettenpapier, suchen neue Mitarbeiter oder müssen neue Gebäude bauen. Die Aufträge schreiben sie im Internet aus.

Das Bemerkenswerte am Charakter von Daten und dem Internet ist: Man wird nicht nur beobachtet, man kann auch selbst beobachten. Wir wollten keine Angst mehr vor den Daten haben – wir wollten sie für uns nutzen.

Darum verbrachten wir eine Menge Zeit und Energie damit, die andere Seite zu analysieren. Wir mussten einen Teil der Sprache der NSA verstehen lernen. Viele Tage verbrachten wir damit, die Strukturen des Dienstes zu ergründen und die interne Sprache zu übersetzen, die versucht, die Arbeit der NSA nach außen hin zu verschleiern.

Wir lasen darum langweilige, nicht enden wollende interne Dokumente. Wenn wir nicht darüber eingeschlafen waren, lernten wir mit jedem Text mehr über Begriffe und Codes. Wir nervten unsere wenigen Kontaktpersonen beim Militär und bei den Geheimdiensten und fragten sie aus. Ein Erkenntnisprozess lief beispielsweise so:

Was bedeutet «CT Specialist»?

Ah, Counter-Terrorism-Spezialist.

Und was bedeutet Counter-Terrorism genau?

Soso, das heißt, sie jagen al-Qaida-Terroristen.

Heißt das, dass sie Drohnen steuern oder Geheimgefängnisse bauen?

Ach, gegen Terroristen kann man auch durch Abhören von Telefonaten kämpfen ...

Wir wollten die Codes verstehen, mit denen die NSA kommuniziert, und die Abkürzungen, hinter denen sie sich versteckt. So hofften wir, mehr über den Geheimdienst zu erfahren. Gegenspionage quasi. Wir wollten nicht weniger als den Datenfluss umleiten. Mit den Daten gegen die Datensammler.

Schon einmal, im Jahr 2007, hatten wir damit gute Erfahrungen gemacht. Wir hatten damals zuerst nur die Pseudonyme von CIA-Agenten, die den Deutschen Khaled al-Masri entführt hatten, herausgefunden. Wir entdeckten dann aber eine Methode, wie wir mit vorhandenen, öffentlich zugänglichen Informationen die bürgerlichen Namen der Entführer aufdecken konnten.

Darum entschieden wir uns, wieder die gleiche Methode anzuwenden. In amerikanischen Personalregistern und US-Regierungs-Datenbanken wollten wir die Spuren der NSA in Deutschland finden. Wir wollten die Daten umleiten.

*

Als Erstes taten wir, was Journalisten immer zuerst tun. Um von Nullwissen auf Halbwissen zu kommen, benutzen sie das Archiv. Wir sahen nach, was bisher schon bekannt war über die geheime Arbeit des NSA in Deutschland. Besonders viele Artikel fanden wir nicht. Aber unsere Neugierde war geweckt.

Danach schrieben wir die Begriffe auf, die in den Snowden-Dokumenten und NSA-Papieren vorkommen. Wir begannen nach ihnen zu suchen. Dadurch entdeckten wir wieder neue Begriffe und Ziffern, die uns zu weiteren Codes führten.

Mit dieser langen Liste von Akronymen und Abkürzungen durchsuchten wir Profile von NSA-Mitarbeitern in Karrierenetzwerken, scannten Auftragsdatenbanken und lasen Publikationen der US-Streitkräfte.

Uns interessierte, wo sich die geheimen NSA-Spionagezentren in Deutschland genau befinden. Dafür forschten wir auf frei zugänglichen Informationsseiten. Zuerst loggten wir uns im «Federal Procurement Data System» ein – eine Datenbank, in der alle öffentlichen Aufträge der US-Regierung eingetragen sind. Eine riesige Auflistung von Anschaffungen mit Steuermitteln: der Bauauftrag für eine Grundschule, der Versorgungsvertrag mit einem Papierlieferanten des Weißen Hauses, Granaten für den Secret Service. Das alles findet sich dort.

Auch einige Beschaffungen der NSA sind eingetragen.

In den Datenmassen finden sich Hinweise, wenn man sie denn erkennt. Zum Beispiel lasen wir in einem Dokument Folgendes: DEPT OF THE ARMY, 0409 AQ HQ, 0066 MI HHC HHC X1 MI BDE M. Aus den kompliziert klingenden Abkürzungen in dem Papier erfahren wir, dass die 66. Geheimdienstbrigade Möbel gekauft hat. Wir wussten bereits, dass diese Brigade der militärische Name einer INSCOM-Einheit in Deutschland ist, des Militärnachrichtendienstes, der eng mit der NSA kooperiert. Und wohin sollten die neuen Möbel der Agenten geliefert werden? In den Dagger Complex nach Griesheim.

Eine weitere unverzichtbare Quelle für unsere Gegenspionage war die

Seite FedBizOps.gov. Hier finden sich Millionen Ausschreibungen amerikanischer Behörden. Unternehmen können sich hier für die Aufträge digital bewerben und Angebote hochladen. Man kann aus der Datenbank erfahren, dass eine Straße in Tennessee neu geteert werden soll, aber auch, dass die Luftwaffe eine Satellitenanlage in Ramstein für die Drohnensteuerung bauen will.

Aus dem Eintrag USA-SNOTE-060830-003 lasen wir beispielsweise heraus, dass die 66. Brigade ein Computerprogramm erwerben wollte. In einer anderen Ausschreibung wurde ein Anbieter für die Spionagesoftware «Taclane» gesucht, die gern von der NSA genutzt wird. Installiert werden sollte die Software auf Rechnern in «Germany, Darmstadt, Dagger Complex, Eberstädter Weg, Building 4373». Genauer kann eine Recherche nicht zu Orten führen, die man sucht.

Nach und nach fanden wir so heraus, dass INSCOM und die NSA von mindestens vier Standorten in Deutschland aus operieren. Neben Darmstadt sitzt der Dienst auch in Mainz, Wiesbaden und Stuttgart. Die meisten Einheiten sind militärische Brigaden, nur in Stuttgart ist das offizielle europäische NSA-Vertretungsbüro stationiert.

Aus einer Datenbank-Liste mit Militärgebäuden in Hessen erfuhren wir, dass sich der deutsche INSCOM-Hauptsitz heute in Wiesbaden befindet. Auf dem Wiesbaden Army Airfield, in der Clay-Kaserne, im Gebäude 1024. Hier ist auch das Headquarter der 66th Military Intelligence Brigade.

*

Wir fahren nach Wiesbaden. Über eine Bundesstraße nähern wir uns dem

Flugplatz Erbenheim, wie die US-Kaserne mit Start- und Landebahn auch genannt wird. Ein rundes Verkehrsschild mit grünem Rand zeigt uns an, dass wir plötzlich auf einer «Privatstraße» fahren, obwohl wir nirgends abgebogen sind. Am Ende der Straße erreichen wir den Eingang der «Lucius D. Clay-Kaserne».

Unter der Überschrift «Warning» lesen wir, dass ein US-Kommandeur das gesamte Areal zum «Sperrgebiet» erklärt hat aufgrund einer amerikanischen Direktive von 1954. Alle Personen, die sich in der Nähe des Geländes aufhalten, dürfen durchsucht werden. Fotografieren, schriftliche Notizen, Zeichnungen, Karten, graphische Darstellungen des Gebietes und der Vorgänge darauf sind verboten. «Jegliches Material dieser Art, das gefunden wird, unterliegt der Beschlagnahmung.»

Der Kreisverkehr lässt drei Optionen zu. Weiter durch das Eingangstor in die Kaserne, zurück auf die Straße nach Wiesbaden oder eine kleine geteerte Piste am Außenzaun der Kaserne entlang. Nach der dritten Rundfahrt im Kreisel werden die Wachleute am Eingang langsam unruhig, wir entscheiden uns für die dritte Option.

Minutenlang sehen wir Metalltore, Stacheldrahtzäune, Panzersperren, Überwachungskameras, einen Wachturm und ein paar Wohnhäuser auf dem Gelände. Aber nirgendwo sind Menschen zu sehen. Irgendwann gelangen wir an einen Nebeneingang und kreiseln uns von dort auf die Hauptstraße zurück. Gegenüber den hochgesicherten Agenten äsen französische Charolais-Rinder in beeindruckender Langeweile. Ein Biobauernhof nutzt die Felder neben dem INSCOM-Hauptsitz in Deutschland als Weideland.

Aufgabe der 66. militärischen Nachrichtendienst-Brigade in der Clay-Kaserne in Wiesbaden ist die Spionageabwehr, das Sammeln von

Informationen aus verschiedenen Quellen und deren Aufklärung. Das geht aus internen Unterlagen der US Army hervor. Einer ihrer Auftraggeber ist das Afrika-Kommando der USA, AFRICOM in Stuttgart.

Auf dem Gelände der Kaserne baut die US-Armee derzeit ein neues Hightech-Kontrollzentrum mit abhörsicheren Büros und ein neues Rechenzentrum für 124 Millionen Dollar. Bei unserer Fahrt an den Zäunen entlang haben wir auch Baucontainer, Bagger und tiefe Löcher gesehen.

Das neue «Consolidated Intelligence Center» (CIC) soll 1,17 Hektar groß werden – das ist etwas größer als ein Sportfeld in einem Stadion mit Laufbahnen um den Rasenplatz herum. In der Bauausschreibung lesen wir, dass in dem Gebäude «Einsatzzentren, Großraumbüros und Standby-Generatoren» beherbergt werden sollen. Aus einigen der Räume sollen später Abhöraktionen möglich sein. Bis Ende 2015 soll das neue Center fertig sein, bestätigt ein Sprecher des Hauptquartiers des US-Heeres in Europa. Von einem US-Oberst erfahren wir, dass mit der Eröffnung des CIC auch die verbliebenen Soldaten der 66th Military Intelligence Brigade aus dem Dagger Complex in Darmstadt nach Wiesbaden übersiedeln sollen. Spätestens dann sollen beide Standorte in Wiesbaden zusammengelegt werden.

Das Ärmelabzeichen der Wiesbadener 66. Militärnachrichtendienstbrigade zeigt eine gelbe Sphinx und einen stehenden Dolch. Sich selbst bezeichnet die Einheit in Stellenausschreibungen als «Familie des Geheimdienst- und Sicherheitskommandos».

Schon heute sind drei Nachrichtendienst-Bataillone in der Kaserne in Wiesbaden untergebracht. In einer Militärzeitung lesen wir, dass die Luftaufnahmen- und Biometrie-Ausbildung der Wiesbadener Nachrichtendienstbrigade gerade vergangenes Jahr verstärkt wurde. Aus einer

internen Präsentation eines Geheimdienstgenerals erfahren wir zudem, dass in Wiesbaden bisher nur der Luftraum nachrichtendienstlich überwacht wird – während auf dem Dagger Complex in Darmstadt-Griesheim bisher noch die Fernmeldeaufklärung beheimatet ist. Hier werden elektronische und Funksignale abgehört, erfasst und analysiert.

*

Seit 1998 sind INSCOM und die NSA bereits in der hessischen Nachbarschaft stationiert. Für die Auswertung von Kommunikation wie Mails, SMS oder Telefonaten sind bisher noch zwei NSA-Einheiten in Darmstadt-Griesheim zuständig. Aus Lageplänen des Kasernenkomplexes können wir erkennen, wo genau die NSA-Mitarbeiter sitzen: Im Gebäude 4373 auf dem streng abgeschirmten Dagger-Gelände ist die «Geheimdienst-, Überwachungs- und Späh»-Gruppe der amerikanischen Air Force untergebracht.

Im gleichen Haus arbeiten aber auch die Lauscher der US-Marine. Diese «Kommunikationsaufklärungs»-Untereinheit trägt den Namen «Company G». Die beiden Spionagetrupps der Marine und der Luftwaffe in Griesheim versuchen Informationen durch Anzapfen von Telefonen, Mailaccounts oder sozialen Netzwerken abzuschöpfen. Offiziell nennt die Armee diese Aufgabe «Signals Intelligence», sie umfasst «ausländische Kommunikation, Radar und andere elektronische Systeme», schreibt die NSA auf ihrer Internetseite. «Diese Informationen sind oft in fremden Sprachen und Dialekten und durch Codes und andere Sicherheitsmaßnahmen geschützt.»

Bei der NSA-Nachrichtendienstbrigade an den beiden Standorten

Darmstadt und Wiesbaden arbeiten insgesamt 1500 «Intelligence Professionals» und «Special Security Officers», meistens in drei Schichten am Tag. Obwohl die Einheiten bald verschmolzen werden sollen, suchte die NSA noch 2011 für Darmstadt Sicherheitsoffiziere. Sie sollten für die Sicherheit sensibler Einrichtungen zuständig sein. Ein «Intelligence Specialist», der zwischen 50287 und 65371 Dollar Jahresgehalt verdienen sollte, musste «Kenntnisse und Erfahrungen mit der NSA» mitbringen, lesen wir in einem Job-Portal.

Die Millionen von gesammelten Geheimdienstdaten auf den Servern der Agenten werden erst technisch vorsortiert. Das kann durch Filtern der Gespräche und Nachrichten nach bestimmten Schlüsselworten geschehen und wird heute meist von leistungsstarken Großrechnern übernommen. Die auffälligen Informationen werden dann später wieder von Menschen entschlüsselt, sortiert und bewertet. Genau dafür betreibt die NSA auch noch ein «Europäisches Kryptologie-Zentrum» in Darmstadt.

Ein arabischsprechender Dolmetscher und Analyst gibt beim Karriereportal LinkedIn an, seit 2011 für das «European Cryptology Center» (ECC) in Darmstadt «Nachrichten zu interpretieren» und «Reports zu verfassen». Er besitzt die «Top Secret»-Sicherheitseinstufung und darf im Geheimdienstbereich arbeiten. Aber auch Übersetzer für Serbokroatisch und Russisch sollen in dem Entschlüsselungszentrum eingesetzt sein. Zu den Aufgaben des ECC gehören die Verarbeitung, Analyse und das Reporting aller elektronischen Kommunikation, die das Europakommando der USA und AFRICOM interessieren.

In einem Jobportal suchte die NSA auch einen «Sicherheitsspezialisten», der im ECC im Bereich «Terrorbekämpfung» eingesetzt werden soll. Sein

Arbeitsort solle eine Sensitive Compartmented Information Facility (SCIF) sein.

Ein SCIF ist ein abhörsicherer Raum, den US-Geheimdienste nutzen, um Daten sicher zu übertragen und geheim kommunizieren zu können. Eine deutsche Ingenieursfirma wirbt auf ihrer Internetseite damit, zwei SCIFs für die NSA auf dem Komplex in Darmstadt gebaut zu haben. «Ich habe tausende von Quadratmetern neuen SCIF-Platz am Standort geschaffen», brüstet sich auch der NSA-Stabschef in Darmstadt-Griesheim in einem Karrierenetzwerk.

*

Bis vor einigen Jahren konnten Spaziergänger noch etwas von der Arbeit von INSCOM und NSA in Hessen erahnen. Nur 200 Meter entfernt von den Kasernengebäuden in Darmstadt standen fünf schwarze Kuppelhüllen von Satellitenstationen, die wie riesige Golfbälle aussahen. Unter den Kugeln waren Parabolantennen versteckt. Bis 2008 waren die 16 Meter hohen sogenannten Radome und eine Operationszentrale auf dem Gelände des zivilen August-Euler-Flugplatzes installiert.

Vier dieser Radaranlagen konnten Signale von Nachrichtensatelliten aus dem All empfangen, eine funkte Informationen zu einem US-Satelliten. Die Station war Teil eines weltweiten Überwachungsprogramms, das Telefonate, Faxe und Internetkommunikation ablauschte. Geheimdienst-Experten vermuten, dass mit den Antennen in Darmstadt auch Signale abgehört wurden, die für den Kriegseinsatz im Irak relevant waren. Die Anlage sei außerdem Teil eines multinationalen Lauschverbunds gewesen, mit dem die

USA Industriespionage betreiben. Die abgefangenen Daten wurden später von Rechenzentren vollautomatisch gefiltert und von Kryptologen ausgewertet.

Zuvor operierte die NSA im bayerischen Bad Aibling mit einer ähnlichen Abhörbasis. Im Jahr 2004 wurde die «Bad Aibling Station» offiziell geschlossen und die Army-Einheit ins hessische Griesheim verlegt.

Angeblich sollen die weißen Abhörantennen in Bad Aibling weiter aktiv sein, schreibt der *Spiegel*. Sie lauschen jetzt für den Bundesnachrichtendienst (BND). Er nutzt das Areal und die Lauschtechnik an der Texasstraße weiter. Über ein Verbindungskabel sollen die abgefangenen Signale in die nahe gelegene Mangfall-Kaserne geleitet werden. Auf dem Kasernengelände hat die «Fernmeldeweitverkehrsstelle der Bundeswehr» ihren Sitz, eine Tarneinrichtung des BND. Gemeinsam mit einem Team von NSA-Spezialisten sollen die deutschen Spione hier per Satellit übertragene Daten, Telefonate und Faxe analysieren. Alles diene der Auslandsaufklärung, Deutsche würden nicht überwacht.

Diese geheime Kooperation soll der BND-Chef 2013 in einer vertraulichen Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag zugegeben haben. «In der Bundesrepublik stehen einige unserer wichtigen Abhörstationen, unsere <Sammelstellen>», sagte der ehemalige Technische Direktor der NSA, William Binney, wenige Tage später.

Aber auch der deutsche Inlandsgeheimdienst übermittelt Informationen an die Amerikaner, an die er durch Überwachung von Menschen in Deutschland gelangt ist. Laut eines geheimen Dokuments aus dem Innenministerium hat das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2012 allein 864 Datensätze an die Amerikaner weitergegeben. Zudem würden «regelmäßig bewertete

Sachverhaltsdarstellungen» an die NSA übermittelt, heißt es in dem Papier. Deutsche Verfassungsschützer trafen sich bereits mehrfach mit amerikanischen Geheimdienst-Analysten in der NSA-Kaserne «Dagger Complex» in Darmstadt und in den USA.

Unter den Besuchern der NSA-Zentrale befand sich bereits mehrfach der Präsident des Verfassungsschutzes. Auch um über Computerprogramme zu sprechen, die man gern von der NSA kaufen würde.

In den vergangenen Jahren erhielt bereits der BND immer wieder Technik und auch Informationen von der NSA. Die deutschen Auslandsagenten bekamen beispielsweise Softwareprogramme zur Datenerhebung von der NSA und die Analysemethoden gleich dazu geliefert. Die Verbindungen waren so eng, das Vertrauen unter den Diensten so groß, dass die Deutschen sogar in das Heiligste der Programme hineinschauen durften. In den Maschinenraum, den Quelltext der Software. So konnte der BND die Programme selbst verändern. Seit 2008 besitzt der BND auch die Technik, auf der das Spähprogramm «Prism» beruht.

Aber auch Informationen über deutsche Bürger bekam der BND immer wieder von seinem Partner NSA. Das waren Daten, die der Dienst nach deutschem Recht gar nicht hätte sammeln dürfen. Annehmen durfte er die Daten jedoch schon, die von ausländischen Nachrichtendiensten in Deutschland abgefangen wurden. Um diese Kooperation zwischen den deutschen Diensten und dem US-Nachrichtendienst zu vereinfachen, trifft sich ein NSA-Beamter wöchentlich mit deutschen Geheimdienstlern im Bundesamt für Verfassungsschutz in Berlin-Treptow. Manchmal steuere der amerikanische Geheimdienstler auf Bitte der Deutschen Informationen bei, heißt es. Die Unterstützung des NSA im Anti-Terror-Kampf ist für die

Deutschen «unverzichtbar» geworden, zitiert die *ZEIT* ungenannte Geheimdienstkreise. Aber auch die Amerikaner profitierten von der Partnerschaft. «Der BND ist bis heute einer unserer wichtigsten Partner», sagt Ex-NSA-Direktor Binney.

*

Was passiert in den anderen beiden INSCOM- und NSA-Einrichtungen auf deutschem Boden in Mainz und Stuttgart? Im Berufs-Kontaktnetzwerk LinkedIn finden wir Erstaunliches.

Weil heute viele sensible Geheimdienst- und Spionageaufgaben von privaten Unternehmen für die US-Regierung übernommen werden, werden diese Tätigkeiten öfter neu ausgeschrieben. Darum müssen sich die IT-Experten, Techniker und Geheimdienstler ständig auf dem Arbeitsmarkt anpreisen. Die Fluktuation ist hoch. Paradoxerweise verraten die zum absoluten Stillschweigen eingeschworenen Mitarbeiter in ihren privaten Jobprofilen darum so einiges über den Dienst, für den sie arbeiten. Es sind Informationen, die offiziell niemals herausgegeben würden. Auf unsere Presse-Anfragen blieb die Agency stets stumm.

Vergleicht man die Profile von NSA-Mitarbeitern in Deutschland, dann sind Wechsel alle drei Jahre keine Seltenheit. Auch die Privatisierung der Geheimdienstarbeit lässt sich gut erkennen: Ein Hin- und Herspringen zwischen einer Anstellung bei einer US-Behörde und einem Privatunternehmen ist Alltag unter den Agentensöldnern, die ihre Lebensläufe ins Internet gestellt haben. Die Drehtür zwischen Privatwirtschaft und Staat bewegt sich schnell. So verlief auch die Karriere

des Enthüllers Edward Snowden: Zuerst hatte er für die CIA gearbeitet, war dann aber zum privaten Dienstleister Booz Allen Hamilton gewechselt, für den er jedoch bei der NSA als Informatiker eingesetzt war.

In Deutschland ist unter anderem die MITRE-Corporation im Bereich Systems Engineering für die National Security Agency aktiv. Bei großen Projekten versuchen ihre Mitarbeiter, technische Systeme für die Abwicklung komplexer Abläufe zu entwickeln. Die US-Firma Mission Essential Personnel stellt Übersetzer für die NSA in Deutschland zur Verfügung und der IT-Dienstleister CACI Inc. Ingenieure und Informatiker. Zwei CACI-Mitarbeiter, die als Spezialisten für Verhöre eingesetzt waren, sollen sich 2004 an Misshandlungen im US-Foltergefängnis Abu Ghraib im Irak beteiligt haben. Die Firma bestreitet das bis heute.

Aber auch Mitarbeiter der Rüstungsdienstleistungs-Konzerne SAIC, L-3, Lockheed Martin, General Dynamics oder Northrop Grumman werden in Deutschland eingesetzt.

Insgesamt hat die Bundesregierung 207 ausländischen Firmen Sondergenehmigungen erteilt, weil sie für die US-Streitkräfte in Deutschland arbeiten. Diese Unternehmen bekommen Erleichterungen bei der Einreise und den Aufenthaltsgenehmigungen für ihre Mitarbeiter und werden steuerlich bevorteilt – denn ihre Leiharbeiter arbeiten ja quasi für die US-Regierung, auch wenn sie bei einem «Private Contractor» angestellt sind. Die Mitarbeiter dieser Contractors sind auf deutschem Boden als «Intelligence Analyst», «Counterintelligence/Human Intelligence Analyst», «Military Intelligence Planner», «All Source Analyst» oder «Operational Targeteer» eingesetzt. Im Klartext: Sie arbeiten als private Geheimdienstmitarbeiter für die USA. Das geht aus der Anfrage eines Bundestagsabgeordneten an die

Bundesregierung hervor. Teilweise ganz offen suchen die Privatfirmen Überwachungsfachkräfte für die deutschen Standorte.

All das findet sich in Karrierenetzwerken und auf Firmen-Webseiten im Internet.

*

Fast schon gespenstisch wenig erfahren wir jedoch bei unserer virtuellen Reise hinter die Kulissen des US-Spionagedienstes über sein «Representative Europe Office». Die offizielle Vertretung für Europa ist auf dem militärischen Gelände des Europa-Kommandos EUCOM in Stuttgart-Vaihingen angesiedelt. Das Gebäude liegt in der Patch-Kaserne, sie ist nur zehn Kilometer von der AFRICOM-Zentrale in Stuttgart entfernt. Über dieses Büro ist bisher am wenigsten bekannt.

Etwas mehr konnten wir über die NSA-Filiale in Mainz-Kastel herausfinden. Die Mitarbeiter sitzen in beigen Militär-Flachbauten auf dem Gelände der «Mainz Storage Station», offiziell ein Verwaltungssitz der US-Streitkräfte. Von außen ist nicht zu erkennen, was in dem abgeschirmten Kasernengebäude mit der Hausnummer 4010 passiert. In einem Almanach der US-Luftwaffe finden wir den Hinweis, dass hier eine Brigade stationiert ist, die eine «geographisch abgegrenzte Einheit der NSA» sei. Diese Geheimdienst-Staffel in Kastel sei verantwortlich «für die Verarbeitung, Analyse und Berichterstattung von Geheimdienstinformationen im Bereich der nationalen Sicherheit.»

Laut Jobprofilen arbeiten in Mainz-Kastel Ingenieure an «täglichen Operationen im NSA Europa Netzwerk Einsatz-Center». Ein Netzwerk-

Ingenieur berichtet, er arbeite in Mainz in einem Technikzentrum des US-Verteidigungsministeriums, das «NSA-Missionen unterstützt». Ein Techniker, der die höchste geheimdienstliche Sicherheitseinstufung besitzt, schreibt in seinem Jobprofil, er sei zuständig für das «Schwachstellen-Management für 500 Personen». Sein «Help Desk» unterstütze «acht NSA-Feldstandorte», allesamt «geheim eingestufte Orte» in Europa. Befinden sich diese acht Niederlassungen alle in Deutschland? Was genau tun die Amerikaner an diesen Standorten? Und werden von hier aus auch Deutsche abgelauscht? Darüber schweigt der Mann.

*

Also fragen wir bei der US Army in Deutschland nach. Die Kaserne in Wiesbaden antwortet uns, wir sollen unsere Fragen an die US-Botschaft senden. Von dort kommt eine schmale Antwort: «Leider koennen wir ihre fragen nicht im erforderlichen zeitraum beantworten, da wir selbst einige erkundungen einholen müssen» (sic!).

Wenigstens aber die Bundesregierung sollte wissen, was der geheimste Nachrichtendienst der USA in Deutschland treibt. Angela Merkel hatte sich in einem Hintergrundgespräch mit Hauptstadtjournalisten überrascht gezeigt über den großen Lauschangriff der NSA. Schon im Jahr 2007 antwortete die Regierung im Bundestag, dass ihr «keine Erkenntnisse über eine von US-Diensten betriebene strategische Abhöranlage in Griesheim bei Darmstadt» vorliegen, «die der Erfassung deutscher Telekommunikationsverkehre dient». Dort seien US-Soldaten stationiert. Mehr wisse man nicht.

Da die Antwort schon einige Jahre zurückliegt, fragen wir noch mal beim

Bundesinnenminister nach. Die Antwort ist ernüchternd. Das Innenministerium scheint auch nach dem NSA-Skandal gar nicht wissen zu wollen, was der US-Geheimdienst in Hessen und Baden-Württemberg tut. Ein Sprecher schreibt uns: «Die Bundesregierung hat keinen Anlass zu zweifeln, dass die US-Behörden auf der Grundlage des US-amerikanischen Rechts handeln.»

16. Kapitel

Unsichtbare Datenströme



Deich bei Norden in Ostfriesland, darunter strömen Informationen durch Überseekabel

Irgendwo hier muss es liegen. Unter dem Gras auf diesem Deich, der so unendlich scheint, weil nach dem Grün nur noch das Graublau kommt – die Nordsee. Hier am Hilgenrieder Siel in Ostfriesland beginnt das wichtigste Unterseekabel, das die meisten Telefonate und Internetverbindungen zwischen Deutschland und dem Rest der Welt weiterleitet. Ein großer Teil der Internetkommunikation rast durch die Glasfasern dieses Kabels. Egal wo die Auslandsreise einer E-Mail auch endet, sie beginnt in Norden.

Am Rand der nordwestlichsten deutschen Stadt liegen der Anfang und das

Ende dieses unterirdischen Kabels, das über zwei Trassen den Datenverkehr zwischen Deutschland, Frankreich, Holland, Dänemark auf der europäischen Seite und den USA möglich macht. Zwei Meter unter der Erde strömt jede Sekunde eine gewaltige Menge von Daten durch die Glasfaser-Arterie «Trans Atlantic Telephone Cable No 14. (TAT-14)». In Lichtgeschwindigkeit. Würde man die Daten einer Sekunde speichern wollen, bräuchte man allein dafür 250 CDs. Durch eine von acht haardünnen Glasfasern werden die Internetdaten von Kontinent zu Kontinent hin- und hergeschickt.

Nichts ist an der Oberfläche von der Datenleitung zu sehen. Das Meer klatscht in großen Wellen an den Deich, Schafe staksen über die Wiese, ein paar Touristen haben ihre Fahrräder abgestellt und schauen an der Naturbadestelle auf das Wasser. Es riecht salzig. Ein wenig weiter westlich steht ein weißes Schild mit schwarzem Rahmen: «Vorsicht Düker!» steht darauf, ein norddeutscher Hinweis auf unterirdische Leitungen.

*

Diese Landschaft an der Nordsee ist ein entscheidender Platz für die National Security Agency, und er zeigt auch, dass ein Geheimdienst für einige Spionageaufgaben heutzutage noch nicht einmal mehr Personal vor Ort braucht. Unterlagen von NSA-Whistleblower Edward Snowden belegen, wie der derzeit wohl einflussreichste Nachrichtendienst der Welt auch Internetknotenpunkte auf deutschem Boden und deutsche Glasfaserkabel anzapft.

Der Kabelknoten am Hilgenrieder Siel und das Gebäude der Seekabelendstelle der Deutschen Telekom in der Innenstadt von Norden

stehen auf der Liste deutscher Einrichtungen, die die US-Regierung als potenzielle Terrorziele einstuft. Die *ZEIT* schrieb einmal, dass eine Kettensäge aus dem Baumarkt reichen würde, um dieses Kabel schnell durchzutrennen. Durch einen Anschlag auf das Kabel wäre die nationale Sicherheit der USA gefährdet – die Kommunikation mit Deutschland könnte zusammenbrechen.

Über den britischen Geheimdienst und wohl auch über das U-Boot «USS Jimmy Carter» schöpfen die Amerikaner die Informationen ab, die von den USA oder in die USA über das TAT-14-Kabel in Norden laufen. Das Geheimdienst-U-Boot kann beispielsweise unbemerkt Glasfaserleitungen im Meer anzapfen und Daten für die NSA abgreifen, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.

Über eine Kooperation mit dem Abhördienst GCHQ (Government Communications Headquarters) aus Großbritannien gelangt die NSA seit 2011 an Daten und Nachrichten von deutschen Staatsbürgern. Die Amerikaner zahlten den Briten für diese Zusammenarbeit zwischen 2009 und 2012 über 120 Millionen Euro.

Schickt jemand in Berlin eine Mail irgendwo in die Welt hinaus, geht diese über das Unterseekabel in Norden nach Bude in Südengland. Hier, direkt an der Steilküste, stehen Satellitenschüsseln und flache weiße Baracken. Das Gelände ist stark gesichert, denn es ist eine GCHQ-Station, in der das Seekabel TAT-14 in Großbritannien ankommt. Über die britischen Telekom-Konzerne Vodafone und British Telecommunications (BT) sowie die US-Firmen Verizon und Level 3 Communications und zwei weitere Anbieter zapfen die GCHQ die Mail in Bude ab und speichern sie in ihrem Rechenzentrum für drei Tage, die Metadaten sogar für maximal 30 Tage. Die

Firmen werden durch Verträge dazu gezwungen, aber für ihre logistische und technische Hilfe auch bezahlt. Sie stellen dem Geheimdienst nicht nur die Software für das Anzapfen zur Verfügung, sondern teilweise auch die Hardware. BT installierte beispielsweise «Zuleitungen» für die GCHQ, um Daten aus Kabeln abzuleiten. Die abgefangenen Daten werden «eingefroren», um sie nicht in Echtzeit auslesen zu müssen, sondern in Ruhe auswerten zu können. Entschleunigung des Internets nennen das Geheimdienstler intern.

Über ein computerisiertes Verfahren werden die massiven Datenmengen dann gefiltert. Taucht in der Mail aus Berlin einer von 40000 Suchbegriffen wie «Anschlag» oder «al-Qaida» auf, wird die Nachricht herausgefischt. Beim sogenannten «Text-Mining» werden auch bestimmte Wortgruppen oder Ballungen von Begriffen festgestellt. Für ungefähr 90 Prozent der Daten interessieren sich die Spione aber vorerst nicht, der Datenberg wird bisher meist gleich entsorgt. In Zukunft will die NSA jedoch am Fuße der Rocky Mountains in ihrem neuen «Utah Data Center» alles speichern, was sie einmal abgezapft hat. Angeblich sollen die Rechner im größten Datenspeicher der Welt in der Wüste bei Salt Lake City die gesamte Internetkommunikation der Erde von 100 Jahren sichern können. Damit würde ein Archiv der Menschheit entstehen – und das Leben jedes Menschen transparent für den Geheimdienst werden.

Heute beschäftigen sich die Geheimdienst-Analysten in Bude aber vorerst nur mit den zehn Prozent der Mails, die nach der automatischen Filterung übriggeblieben sind. Menschen prüfen im nächsten Schritt die Daten auf relevante Informationen ab. Auf diese Weise scannen die Agenten Ihrer Majestät auch Telefonate, Facebook-Postings und Suchanfragen etwa bei Google. Das Ausspähprogramm trägt den Namen «Tempora».

Nach Recherchen des *Guardian* sollen 550 Geheimdienst-Analysten in den USA und Großbritannien Zugriff auf die aus Deutschland abgefangenen Daten des britischen Geheimdienstes haben. Sie können sie durchsuchen und sichten. In einem Interview sagte Edward Snowden: «Es ist nicht nur ein US-Problem, das Vereinigte Königreich hat auch einen großen Hund in diesem Kampf. Die Briten sind noch schlimmer als die Amerikaner.»

Neben den Spähprogrammen «Tempora» und «Prism» von NSA und GCHQ gibt es noch ein drittes, weitaus weniger bekanntes Programm: «Upstream» – eine breit angelegte Überwachung von Glasfaser-Netzwerken. Das zeigt eine interne Folie der NSA. Upstream sei das Sammeln von «Kommunikation über Glasfaserkabel, während die Daten vorbeifließen», heißt es. Das Abgreifen von Informationen geschieht – ähnlich wie bei Tempora – über die Kabelendstellen. Das sei sehr viel einfacher, als ein Seekabel unter Wasser anzuzapfen.

Unterlagen der GCHQ belegen, dass drei weitere Überseekabel, die deutsche Mails, Telefonate und Internetdaten übertragen, von den Briten angezapft werden. Damit hat der Dienst theoretisch auch Zugriff auf Verbindungen innerhalb von Deutschland.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass das Glasfaserkabel «Atlantic Crossing-1 (AC-1)» zwischen Westerland auf Sylt und Brookhaven im Bundesstaat New York betroffen ist. Die GCHQ sollen demnach an der Kabelendstelle in Whitesands Bay in Großbritannien Daten abgeleitet haben. Der Besitzer des Kabels ist der US-Konzern Level 3. Die Deutsche Telekom wartet und überwacht im Auftrag von Level 3 die AC-1-Kabelendstelle auf Sylt und hat gleichzeitig als Kunde Kapazitäten dieser Glasfaserleitung gekauft, um Daten zwischen den USA und Deutschland hin- und herschicken

zu können. Das bedeutet: Auch Mails, Chats und Internettelefonate von Kunden der Deutschen Telekom sind damit im Visier der NSA. Aber auch Mails innerhalb Deutschlands laufen manchmal erst einmal über einen Server, der in den USA steht. Dort kann die NSA problemlos jede Kommunikation ausspionieren, ohne deutschen Boden betreten zu müssen.

Ein weiteres betroffenes Überseekabel heißt «SeaMeWe-3». Es verbindet Asien, den Nahen Osten und Europa miteinander. Es ist das längste Unterwasserkabel und es kann nahezu zwei Milliarden Menschen auf der Welt miteinander vernetzen. Es verläuft auch vom deutschen Ort Norden ins britische Goonhilly Downs, wo die GCHQ Zugriff auf die Daten hätten. Von Ostfriesland verläuft es über England und Frankreich nach Ägypten, Saudi-Arabien und dann weiter nach Singapur, Japan bis nach Australien. Der größte Einzelinvestor unter den 93 Betreibern der Datenleitung ist die Deutsche Telekom. Sie investierte 50 Millionen Euro in das Kabelnetzwerk.

Das dritte Glasfaserkabel, von dem Informationen durch die GCHQ abgeleitet wurden, ist ein Netzwerk zwischen den wichtigsten Wirtschaftsmetropolen Europas. Die «Pan-European-Crossing»-Leitung verbindet London, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Paris, Rom und Madrid sowie 27 andere Städte miteinander. Unter ihnen befinden sich mit München, Hannover, Düsseldorf, Köln und Stuttgart auch noch weitere Orte in der Bundesrepublik. Die Deutsche Telekom hat im Jahr 2000 mehrere tausend Kilometer dieses Untersee-Kabelnetzwerks von den Betreibern erworben.

Das Unternehmen teilte mit, zu möglichen Programmen britischer Geheimdienste habe man «keine Erkenntnisse».

Szenenwechsel. Fünf Autostunden südlich von Ostfriesland. Frankfurter Osten. Auf der vierspurigen Hanauer Landstraße schieben sich die Automassen durch den Feierabendverkehr. Feinstaub und Benzingeruch hängen über der Ausfallstraße, die sich kilometerlang durch Frankfurt zieht. Neckermann hat hier ein Versandhaus, Autohäuser wechseln sich mit «Mr. Wash» und «Kentucky Fried Chicken» ab. Reifen-Discount, Fertig-Kamine, Portas-Türen.

Wir suchen die Hausnummer 302–310 und biegen ab, um auf das Gelände eines Business-Parks zu gelangen. Ein Schild weist uns zum «FKK Mainhattan», einem Bordell, darunter steht «Interxion». Hier wollen wir hin. Ein Wachmann öffnet den Schlagbaum und winkt uns durch auf das Gelände. Wir parken und sehen ein paar unspektakuläre weiße Flachbauten. Auf einigen der Dächer stehen riesige Satellitenschüsseln und Antennen, auf anderen erkennen wir Notstromaggregate und Industrie-Klimaanlagen, die die Rechenzentren kühl halten.

Als Erstes melden wir uns in der «Customer Lounge». In einem viel zu großen, fast leeren Büro sitzt ein fülliger Mann mit Kinnbart in der Ecke hinter mehreren Bildschirmen. Ein Schild weist ihn als «Security Manager» aus.

«Guten Tag, wir suchen die NSA, sind wir hier richtig?»

«*Die finden Sie hier nicht, was wollen Sie hier?*», antwortet der Mann ohne einen Funken Ironie.

«Uns interessiert, ob es stimmt, was über sie berichtet wird.»

«*Was wurde denn berichtet?*»

«Dass die NSA den Internetknotenpunkt in Frankfurt angezapft hat, also theoretisch auch dieses Rechenzentrum Fra5 von Interxion hier.»

«Bitte gehen Sie jetzt, unsere Verwaltung sitzt hier nicht, da können Sie sich einen Termin holen für solche Fragen.»

Wir verabschieden uns und gehen die paar Stufen im Gebäude hinunter zurück auf den Parkplatz. In den vergangenen Wochen hatten wir viel darüber gelesen, dass sich die NSA für diese gesicherten Bauten an der Stadtautobahn sehr interessiert haben soll, in denen wir jetzt stehen. Oder besser gesagt: Der Geheimdienst interessierte sich für deren innere Werte. Während draußen der Straßenverkehr vorbeirauscht, strömt drinnen der digitale Datenverkehr: In den Häusern befindet sich eine entscheidende Kreuzung im weltweiten Datenstrom.

Der Internetknotenpunkt DE-CIX ist der weltweit größte Datenumschlagplatz, das wichtigste Internet-Datendrehkreuz Europas. Über 500 Internet Service Provider aus über 50 Ländern tauschen hier ihre Daten untereinander aus. Kunden wie Arcor, AT&T Deutschland und Telekom speisen die digitalen Daten ihrer Kunden in diesen Knotenpunkt ein, aber auch die Suchmaschinenanbieter Google und Yahoo. Und Facebook. «Heute laufen einige der wichtigsten internationalen Datenleitungen in Deutschland zusammen», sagt Thomas Drake, bis vor wenigen Jahren Mitarbeiter in der NSA-Führungsebene.

In Frankfurt ist der Internetknoten DE-CIX in sieben Rechenzentren untergebracht, drei Firmen betreiben diese Zentren, Interxion ist mit drei Standorten der größte Betreiber.

Das Internet ist hier laut und warm. Mehrere tausend Rechner stehen in den Hallen an der Hanauer Landstraße, sie müssen ständig durch Lüfter gekühlt werden. Darum rauscht es in den Räumen, in denen man außer

gelben Kabeln, die aus dem Boden kommen und in grauen Computerschränken verschwinden, nicht viel sehen kann. Ein paar grüne Mini-Lichter flackern nervös an den Datenschränken. Hier treffen osteuropäische Glasfaserkabel auf Leitungen aus Zentralasien und Westeuropa. Mails, Bilder, Telefonate und Tweets aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens kommen in Frankfurt vorbei.

In den Rechenzentren des Internetknotens werden sekundlich Terabytes an Informationen zwischen den wandschrankgroßen Racks ausgetauscht, die wie Serverschränke aussehen. Auch diese Frankfurter Rechenzentren soll die NSA laut *Spiegel* angezapft haben. Angeblich soll Frankfurt eine der Quellen für die halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge sein, auf die die NSA jeden Monat in Deutschland zugreift. SMS, Mails, Telefonate. Im US-Konsulat in Frankfurt soll die National Security Agency sogar einen eigenen Lauschposten betreiben, schreibt der *Spiegel*. Die Existenz dieses Abhörprogramms «Special Collection Service» sei unter allen Umständen geheim zu halten – sollte es bekannt werden, würde das «den Beziehungen zum jeweiligen Gastland schweren Schaden zufügen», heißt es in einem NSA-Dokument.

Wir fotografieren das Unternehmensschild auf dem Interxion-Firmengelände, weil wir uns über die Formulierung «Kunden-Lounge» amüsieren, ein Wellness-Aufenthalt war unser Besuch nicht gerade. Dann steigen wir ins Auto und wollen vom Gelände fahren. Im Rückspiegel bemerken wir einen Mann im Anzug, der uns zuwinkt und auf uns zugerannt kommt. Wir warten, und als er angekommen ist, fragt er uns vollkommen außer Puste, was wir denn hier tun würden. Wir sagen es ihm. Dann geht er zum Wachmann und weist ihn an, uns nicht rauszulassen. Aufgeregt funkt er

seinen Chef an, der gleich auch noch mal kommen wird.

Wir stecken fest. Vor uns ist die Schranke zu, hinter uns wird die Autoschlange immer länger, auch von außen kommen keine Fahrzeuge mehr auf das Gelände. Dann endlich: Der Marketing-Chef von Interxion kommt und bittet uns durch das Autofenster, alle Fotos auf unserer Kamera zu löschen. Die Kunden! Wir wüssten ja! Alles hochsensibel! Höchste Sicherheitsstufe! So schwer erschien es uns jedoch nicht, auf das Gelände zu gelangen.

Weil er nun eigens gekommen ist, stellen wir auch ihm noch mal unsere Fragen. «Wir können garantieren, dass die NSA niemals hier auf dem Gelände etwas angezapft hat», sagt er. Als wir die Fensterscheibe des Autos schon fast wieder hochgefahren haben, schiebt er hinterher: «Aber die NSA kann natürlich irgendwo anders ein Kabel hier in Frankfurt außerhalb des Firmengeländes angezapft haben.»

Der Schlagbaum geht hoch, wir fahren ab.

Die Daten der deutschen Internetnutzer gehen am Frankfurter Knotenpunkt auch durch zwei Rechenzentren der US-Firma Level 3 Communications. Das Unternehmen ist der weltweit größte Datennetzbetreiber, über die Hälfte des weltweiten Datenverkehrs läuft über seine Kabel. Level 3 betreibt neben Frankfurt vier weitere Datacenter in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und München. Wie alle amerikanischen Unternehmen musste sich Level 3 in den USA verpflichten, seine Daten zu speichern und den US-Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen. Es ist unklar, ob das die Firma auch in Deutschland tut.

Aus Powerpoint-Folien des Whistleblowers Edward Snowden geht auch hervor, dass sich das Telekommunikationsunternehmen zudem verpflichten musste, dem britischen Geheimdienst GCHQ in England beim Spähen zu

helfen. Der interne Codename der Firma beim Nachrichtendienst lautet: «Little». Auf Nachfrage teilte Level 3 mit, «keiner fremden Regierung» Zugang zu ihrem Telekommunikationsnetz oder ihren Einrichtungen in Deutschland gegeben zu haben.

Und auch der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz hatte bis zum Druck dieses Buches keine konkreten Hinweise, dass der Internetknoten in Frankfurt angezapft wurde. Der Betreiber des Knotenpunktes bestreitet sogar, dass dies möglich sei. Er bestätigt aber, dass ein Teil der Informationen an den Bundesnachrichtendienst und andere «Bedarfsträger» abgeleitet werden. Vor allem an dem Datenstrom zwischen Deutschland und Syrien und Mali seien die USA interessiert gewesen, schreibt der *Spiegel*. Teilweise habe man sich die Daten ohne das Wissen der deutschen Dienste besorgt, teilweise in Absprache mit den Deutschen. Auch Filtereinstellungen, mit denen die Informationen durchsiebt wurden, habe man abgesprochen.

Die abgelauchten Informationen müssen auch nicht direkt über den Betreiber des Internetknotenpunkts DE-CIX abfließen sein. Da NSA und GCHQ geheime Verträge mit Firmen abgeschlossen haben, die Kunden an dem Knoten sind, können auch über diese Firmen Daten abgeleitet und an die Nachrichtendienste weitergegeben worden sein.

Ein ehemaliger Techniker des US-Telekommunikationskonzerns AT&T, der in solch einem Knotenpunkt-Rechenzentrum gearbeitet hat, sagte in einem Interview: «Sie können von dort gezielt Namen auswählen, den Inhalt von E-Mails lesen, wo man surft, welche IP-Adressen, aus welchem Land. Alles.»

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Teil V

Gute Geschäfte auf deutschem Boden

17. Kapitel

Die CIA-Logistikzentrale in Frankfurt



Deich bei Norden in Ostfriesland, darunter strömen Informationen durch Überseekabel

Es ist 2 Uhr morgens. Frankfurt liegt flimmernd vor uns. Ein heißer Tag ist vorbeigegangen, auch die Nacht ist heiß. Seit Stunden blicken wir auf den Hinterhof eines Gebäudekomplexes. Dahinter leuchten die Bankentürme von Commerzbank, Landesbank, Deutscher Bank. Unter unseren Füßen knirschen die Steine, weil wir durch unser Hotelfenster auf diesen Vorsprung geklettert sind. Wir hatten das De-Luxe-Zimmer 411 in dem Hotel an der Friedberger Warte im Frankfurter Osten nur wegen dieses Ausblicks bezogen.

Wir wollen sehen, was auf dem mit Batterien von Strahlern beleuchteten Hinterhof vor uns passiert. Hinter den dicken Mauern ist es taghell. Lastwagen stehen auf dem Hof, die hohen Mauern drumherum sind weiß gestrichen, außer riesigen Flachbauten sehen wir aber nichts. Einmal läuft jemand über den Platz. Eine Polizeipatrouille fährt mehrmals an dem Gelände entlang. Ansonsten fällt uns nichts Ungewöhnliches auf.

Aber von unserem Aussichtspunkt können wir genau auf das Hauptquartier der größten CIA-Logistikzentrale in Europa schauen.

*

In dem Gebäude zwischen der Gießener Straße und der Homburger Landstraße in Frankfurt war viele Jahre das größte Geheimnis der Central Intelligence Agency versteckt: das Zentrum für das System von amerikanischen Geheimgefängnissen überall auf der Welt. Das Programm der sogenannten «Black Sites», der schwarzen Orte, war so geheim, dass die CIA-Führung es nicht in Washington D.C. ansiedeln wollte.

Nur 18 Monate nach dem 11. September 2001 übergab die Geheimdienstzentrale diesen heiklen Auftrag an einen ihrer robustesten Männer, den Chef der CIA-Logistik in Frankfurt.

Kyle «Dusty» Foggo war ein Geheimdienstmitarbeiter, wie ihn sich ein Drehbuchschreiber nicht besser hätte ausdenken können. Der Mann war damals in seinen Vierzigern, groß, mit breitem Kreuz, besaß ein gewinnendes Colgate-Lächeln und trug weißes Haar. In der Agency war er als «hard-drinking womanizer» bekannt. Er liebte Zigarren und Bourbon und war der Typ Agent, der innerhalb kürzester Zeit irgendwo auf der Welt ein

Transportflugzeug organisieren konnte oder Waffen, Essen, Geld – was die CIA eben gerade so brauchte.

Wenn man damals das «Handbuch der diplomatischen Vertretungen in Deutschland» aufschlug und zu der Seite mit dem Frankfurter US-Konsulat vorblätterte, fand man den Namen Kyle Foggo unter dem Eintrag «Generalkonsul». Die CIA-Logistik-Einheit ist bis heute auf dem Gelände des US-Konsulats untergebracht. Sollte Foggo wegen seines offiziellen diplomatischen Ranges je eine Einladung zur Eröffnung eines Deutsch-Amerikanischen Volksfestes oder etwas Ähnlichem erhalten haben, so ist fraglich, ob er jemals auf solch eine Anfrage reagiert hätte. Obwohl er in Deutschland in einem eigenen Haus und nicht in der CIA-Station lebte, soll er wenig Kontakt zu Deutschen gesucht haben. Er sprach nur wenige Worte «Soldatendeutsch», wie man so sagt. Nach außen hin gab sich Foggo zurückhaltend und zugeknöpft.

Denn der Mann mit den zwei Gesichtern war vier Jahre lang Leiter einer großen CIA-Logistikstation mit in Spitzenzeiten bis zu 200 Mitarbeitern. Innerhalb der CIA war die Einheit als «Frankfurt Regional Support Terminal» (FRANSUPT) bekannt – nach außen hin trat sie aber nur unter ihrem Decknamen «US Army TSTA» auf.

Im Jahr 2002 wurde Kyle Foggo bei einer Zeremonie die «Career Intelligence Medal» der CIA ans Revers geheftet. Der Geheimdienst zeichnete seinen Frankfurter Logistik-Chef für die Organisation von Fluggesellschaften zur Unterstützung der CIA in Afghanistan aus und weil er Pferdefutter, Sättel sowie gepanzerte Autos für eine geheime Sonderoperation mit angeworbenen afghanischen Kämpfern beschafft hatte.

Der damals 48-Jährige war am Tag der Auszeichnung fast ganz oben

angekommen. Nur zwei Jahre später sollte er zum drittwichtigsten Mann der CIA aufsteigen. Die Anschläge am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und die darauf folgenden Kriege im Irak und in Afghanistan machten aus der Randfigur Foggo einen «unverzichtbaren Mann für die CIA», schrieb die *New York Times*.

In den Jahren der Ehrungen und seines größten beruflichen Erfolgs, zwischen 2001 und 2004, war Foggo mitverantwortlich dafür, dass Amerika Gefangene in den acht US-Geheimgefängnissen auf der ganzen Welt foltern und erniedrigen konnte. Manche Insassen starben an den Folgen der Verhöre. Er war der Bauleiter im System der «black sites» im amerikanischen Anti-Terror-Kampf. Am Ende der Geschichte sollte er jedoch tief fallen und selbst zum Gefangenen werden.

*

Wir schauen immer noch auf etwas, das wir eigentlich nicht anschauen dürfen. Heimlich drehen wir vom Hotel-Aussichtspunkt einige Bilder von der CIA-Logistikzentrale. Vor dem Gebäude, unten auf der Straße, laufen deutsche Polizisten mit Maschinenpistolen auf und ab. Fahrradfahrer huschen an ihnen vorbei, als ob nichts wäre. Auf uns wirken die Menschen in blauer Polizeiuniform mit ihren vorgehaltenen Waffen befremdlich. Allzu oft sieht man so etwas nicht in Deutschland.

Nach einigen Stunden entscheiden wir uns, die Perspektive zu wechseln. Wir packen unsere Sachen zusammen und verlassen das Hotel. Von unserem Ausguck haben wir entdeckt, dass unweit des CIA-Hofs einige Wohnblocks stehen. Als wir die vielleicht 200 Meter zu den Häusern an der mehrspurigen

Friedberger Landstraße entlanglaufen, fällt uns ein Mercedes Vito der Polizei auf, der langsam neben uns fährt. Sind wir aufgefliegen? Hat man uns, trotz aller Vorsicht, enttarnt?

Wir gehen zu den Beamten und fragen.

«Guten Abend, sind Sie wegen uns da?»

«Nein, wir fahren nur unsere normale Streife hier.»

«Halb zwei Uhr in der Nacht?»

«In dieser Gegend hier schauen wir normalerweise jede halbe Stunde vorbei.»

«Wieso das denn? Was ist denn hier Wichtiges, dass man so oft vorbeikommen müsste?»

«Das weiß ich auch nicht, ich komme nicht aus der Ecke hier. Unser Chef macht die Routen für die Streife.»

Wir verabschieden uns freundlich, der Polizei-Van rollt davon. Nach einigen Schritten stehen wir vor der hohen Mauer, hinter der sich die CIA-Logistikzentrale befindet. Das weiße Licht der Scheinwerfer, die aus dem Hof herausstrahlen, ist so gleißend, dass es in den Augen schmerzt. Es riecht nach Urin. Und es ist heiß.

Auf einem Balkon des Hochhauses gegenüber der Mauer entdecken wir noch Licht, hören eine Frauenstimme. Wir rufen hoch, die junge Frau schaut runter und lässt uns ins Haus. Von hier haben wir einen noch besseren Blick auf FRANSUPT. Wir können den gesamten Hof einsehen, die Lieferrampe, die herumstehenden Schiffscontainer, die Lkws.

Die Frau erzählt uns, dass sie sich auch schon häufiger gefragt hat, was dort eigentlich gegenüber ihrer Wohnung passiert. Bei der Warenannahme

kämen öfter Autos ohne Nummernschilder an. Wenn sie mit ihrem Hund Gassi geht, muss sie an den bewaffneten Polizisten vorbei, ständig fahren Polizeiautos an ihrem Haus entlang; «ein Stück weit genieße ich die Sicherheit dieser Wohnung».

*

Kyle Foggos Aufstieg begann mit seiner Versetzung aus Wien nach Deutschland. Bevor Foggo nach Frankfurt kam, verlief seine Karriere unaufgeregt. Über 20 Jahre lang war er Offizier bei der CIA und bekam meist Aufträge auf unterer Ebene zugewiesen. Fast schon als spektakulär könnte man seine Zeit als Logistik-Chef der CIA-Filiale in Wien bezeichnen.

Jetzt, im Jahr 2001, sollte er FRANSUPT leiten, ein Juwel in der Verwaltung der CIA – es ist ihre größte Versorgungsstation außerhalb der USA. Foggo wurde der Logistik-Chef der CIA in Frankfurt. Anfangs gab es meistens nicht viel zu tun, von der relativ ruhigen Nachschubzentrale starteten oft nur ein, zwei Flüge im Monat zu abgelegenen CIA-Stationen.

Sein Ruf als jähzorniger, aggressiver Mensch, als Schleifer, eilte Kyle Foggo innerhalb der Agency voraus. Während seiner Zeit in Wien soll er während eines Streits mit einem Fahrradfahrer darüber, wer die Vorfahrt hatte, den Radler und einen Polizisten mit einem Baseballschläger bedroht haben.

Vielleicht waren diese Charaktereigenschaften entscheidend dafür, dass er zum Chef von FRANSUPT berufen wurde. Vielleicht waren es aber auch seine Qualitäten als Entertainer. CIA-Funktionäre oder Kongress-Abgeordnete, die die CIA-Filiale in Deutschland oft besuchten, wusste er

stets zu unterhalten. «Er garantierte ihnen eine gute Zeit», berichtete uns ein Freund Foggos in einem Restaurant in Boston. Ein anderer CIA-Mitarbeiter, der bei den Treffen dabei war, sagt über die Besuche: «Wie soll ich es nennen? Es waren Nächte mit hoher Lebensqualität.»

Kyle Foggo war aber auch ein überzeugter Patriot, Republikaner durch und durch. «Es gibt Menschen, die sagen, mein Land macht dieses richtig und jenes falsch. Diese Menschen gehen davon aus, dass ihr Land Fehler machen könnte. Dusty konnte sich nicht vorstellen, dass sein Land jemals irren könnte», sagt ein Mann, der lange mit Foggo zusammengearbeitet hatte.

Nicht, dass er sehr belesen gewesen wäre oder nachdenklich, er hatte auch keine strategischen Ambitionen. Foggo war eher der Typ Bauleiter auf einer Baustelle, ein Arbeiter, der zupackt, ohne lange zu grübeln. Ein Versorgungs-Feldwebel. Sehr amerikanisch, irgendwie.

Nach den Anschlägen in New York verdreifachte sich 2001 plötzlich Foggos Budget. Er war jetzt Boss von Dutzenden Angestellten, ließ fast täglich Maschinen starten, leerte ganze Depots von Kalaschnikow-Sturmgewehren und brachte Ausrüstungsbedarf für Pferde in entlegene Bergregionen zu Stammeskämpfern, die die CIA angeworben hatte. Mit einem Mal war Dusty Foggo mittendrin in der größten CIA-Operation der kommenden Jahre.

*

Im März 2003 erhielt Foggo dann Besuch von zwei CIA-Beamten aus der Zentrale. Sie berichteten ihm von einem alten, geheimen Gefängnis in Thailand, das noch aus Zeiten des Vietnam-Krieges stammte. Es hieß «Cat's

Eye». Seit längerem planten die asiatischen Verbündeten jedoch diese «black site» außerhalb von Bangkok zu schließen. Darum wollte die CIA nun eigene, dauerhafte Geheimgefängnisse haben. Es sollte für Kyle Foggo der Auftrag seines Lebens werden. Er war auserkoren worden, diesen sensiblen Sonderauftrag durchzuführen. Eine Mission mit strengster Vertraulichkeit. Mit seiner Zusage, den brisanten Job zu übernehmen, wurde Frankfurt und damit auch Deutschland zum Zentrum einer spektakulären Geheimoperation der CIA.

Foggos Job war es, geheime Gefängnisse aufzubauen, auszustatten und ihren Betrieb zu organisieren, damit darin Terrorverdächtige außerhalb der USA gefangen gehalten und verhört werden konnten. Offiziell existierten diese Gefängnisse der Vereinigten Staaten gar nicht.

Kyle Foggo machte sich also an die Planung der «black sites». Er traf sich mit osteuropäischen Sicherheitsdiensten und suchte nach geeigneten Orten. Einen fand er bald in der Mures-Straße 4 im Bahnhofsviertel von Bukarest, der Hauptstadt von Rumänien. Im Keller eines dreistöckigen Flachdach-Gebäudes waren die Zellen untergebracht. Das Haus ist Teil eines Komplexes von ORNISS, der rumänischen Behörde, die die militärischen Geheimnisse der Regierung verwaltet und eng mit der NATO zusammenarbeitet. Abgeschirmt durch ein hohes, schweres Stahltor und gesichert mit Kameras und Stacheldrahtzaun lag der Eingang zu dem Geheimgefängnis im Hinterhof der Behörde. Über eine enge Treppe gelangte man zu den Zellen. Die Räume waren jeweils mit einer Pritsche und einer Uhr ausgestattet, auf den Boden war ein großer Pfeil gemalt, der in Richtung Mekka zeigte.

Ein weiteres geheimes Gefängnis entstand etwas außerhalb von Vilnius auf einem Reiterhof in Litauen. «Schwarze Orte» gab es auch in Polen, Bosnien,

Kosovo, Afghanistan und im Irak. Ein geplanter Kerker in einer Stahlträgerkonstruktion in Marokko kam wohl nie zum Einsatz.

Weil sich die Haftanstalten nicht auf US-Boden befanden, galt für die Inhaftierten auch kein US-Recht, argumentierte die Bush-Regierung. Die Terrorverdächtigen wurden gekidnappt und ohne Kontakt zur Außenwelt unbefristet festgehalten – ohne Haftbefehl, ohne Richter, ohne Rechte.

Kyle Foggo überwachte die Bauarbeiten an den Gefängnissen selbst. Alle Knäste sollten innen gleich konstruiert sein, um Inhaftierte zu verwirren. Sie sollten nie wissen, wo sie sich gerade aufhielten, wenn sie häufiger zwischen den Gefängnisorten hin und her verlegt wurden. Jede der kleinen Haftanstalten war groß genug, um bis zu sechs Gefangene gleichzeitig aufzunehmen. Die Personen wurden in einer Einzelzelle in Isolationshaft festgehalten. Die Zellen waren besonders ausgestattet, damit sich die Gefangenen nicht bei den Verhören verletzen: Es gab rutschfeste Böden und mit Sperrholz bedeckte Wände, um die Auswirkungen abzumildern, wenn mal während einer Vernehmung ein Kopf gegen die Wand knallte.

Insgesamt sollen ungefähr hundert Menschen in den sechs Jahren des Bestehens durch dieses illegale Gefängnissystem geschleust worden sein. Das berichten frühere Geheimdienstmitarbeiter, die in die Planungen involviert waren.

Der Frankfurter CIA-Logistikchef Foggo beauftragte dafür Ingenieure und private Baufirmen, die die Gefängnisse unter großer Vertraulichkeit bauen sollten. Ein Auftragnehmer aus San Diego lieferte etwa Toiletten, Sanitäreinrichtungen, Stereoanlagen, Bettzeug, Ohrstöpsel, Sonnenbrillen, Wasser und Nachtsichtgeräte. Das meiste hatte der Subunternehmer bei Supermärkten in den USA wie Wal Mart gekauft und dann zu den geheimen

Orten geflogen. Die später bekannt gewordenen Bretter für die Foltertechnik «Waterboarding» waren nicht unter den bestellten Utensilien – sie wurden jeweils vor Ort aus verfügbarem Material gebaut.

Auf den sogenannten «Waterboards» wurden die Gefangenen festgeschnallt, die Füße wurden angehoben und das Gesicht mit Zellophan-Folie umwickelt. Wenn ein Folterer dann Wasser über das Gesicht laufen ließ, traten unweigerlich der Würgereflex und eine panische Angst vor dem Ertrinken bei den Gefangenen ein.

Die Geschäfte mit dem privaten Auftragnehmer aus San Diego besiegelten Kyle Foggos Abstieg. Denn Millionen von Dollars flossen wohl nicht ganz zufällig in die Kassen von Foggos Jugendfreund Brent R. Wilkes, dem die Firma gehörte. Dieser revanchierte sich mit ausgedehnten Ferienreisen, Essenseinladungen in exklusive Restaurants und der Aussicht auf eine hochbezahlte Position für Foggo in einer seiner Firmen.

Auch ein anderer Geschäftsmann soll sich für millionenschwere geheime Luftfrachtaufträge bei Foggo erkenntlich gezeigt haben. Die russischen Iljuschin-Maschinen des Betreibers von Global Transportation Systems Inc brachten Material nach Afghanistan und zu CIA-Operationen in den Irak, wo sie auf Behelfsflughäfen landen konnten.

2009 wurde Kyle Foggo von einem Gericht wegen Bestechlichkeit verurteilt. Er erhielt eine dreijährige Gefängnisstrafe.

Zwei Tage nach seinem Amtsantritt verbot Barack Obama im selben Jahr die US-Geheimgefängnisse.

*

Nach einer kurzen Nacht stehen wir früh auf in unserem Frankfurter Hotel. Gestern haben wir einen Rentner getroffen, der jeden Morgen mit seinem Hündchen Nana eine Runde um das Areal des US-Konsulats läuft. Der Mann war früher Hausmeister in einem der Blocks neben der CIA-Logistikzentrale gewesen. Karl Hornisch nimmt uns heute mit. Wir wollen ihn bei seinem Spaziergang interviewen und filmen.

Als wir an der Einfahrt des CIA-Hofs auf dem Konsulatsgelände vorbeikommen, dem «Warehouse Entrance» am Gate 2, bemerken wir, wie die Sicherheitsleute hinter den Gardinen im Wachhäuschen aufgeregt herumtelefonieren. Dabei filmen wir gar nicht das massive Metalltor mit den Gitterstreben, auch nicht die Panzersperren an diesem Tor und die Klimaanlage von der Größe eines Eigenheims, die man hinter dem meterhohen Zaun erkennen kann. Wir filmen Kurt.

Er findet die Klimaanlage «viel zu überdimensioniert für ein paar Büroräume» und vermutet, dass sie eher Rechenzentren oder Großcomputer kühlen. Außerdem, sagt Karl Hornisch, sei ihm schon vor Jahren aufgefallen, dass täglich relativ viele Lkws mit Pritschen auf diesen Hof ein- und ausfahren. «Was bringen oder holen diese ganzen Lastwagen denn hier ab? Ein Konsulat braucht doch nicht so viel Material, das sind doch alles Schreibtischtäter.»

Wir stehen keine zwei Minuten vor dem Gate 2, als ein Opel Zafira der Polizei neben uns stoppt. Zwei Polizisten springen raus und fragen uns, was wir hier wollen. Kaum haben wir Auskunft gegeben, kommt ein zweites Polizeiauto. Diese Polizisten fragen uns noch mal das Gleiche. Aus dem Wachhäuschen hinter uns rufen die privaten Sicherheitsleute irgendwas heraus. Einer fotografiert die Szenerie mit einem kleinen Fotoapparat.

Amerikanische Sicherheitsleute in schwarzen Anzügen kommen vom Haupteingang des Konsulats gelaufen. Sie sprechen nicht mit uns, sondern nur mit ihren Funkgeräten.

Bei neun Polizisten und Sicherheitsleuten verlieren wir den Überblick, hören auf zu zählen. Eine ganz schöne Aufregung, obwohl nichts passiert ist.

Wir erklären den deutschen Polizisten, dass wir vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen kommen und Karl Hornisch interviewen über seine Beobachtungen rund um die Anlage hier. Relativ bald löst sich die bunte Gruppe aus Sicherheits-, Wach- und Polizeipersonal daraufhin wieder auf.

Noch während wir unsere Runde mit Karl Hornisch fortsetzen, erhalten wir eine Mail vom Pressesprecher des amerikanischen Konsulats, der sich über unsere unfaire Art der Arbeit beschwert. Er muss die E-Mail-Adresse von der deutschen Polizei erhalten haben. Nur ihr hatten wir eine Visitenkarte gegeben.

Über die geheime CIA-Logistikzentrale verliert er kein Wort.

18. Kapitel

Kidnapping GmbH



Der CSC-Hauptsitz in Wiesbaden

Die Motorengeräusche eines Gulfstream-Jets sind der erste Hinweis für Khaled al-Masri, dass etwas passieren wird. Es ist der 28. Mai 2004. Der Familienvater aus Bayern sitzt in einem Schiffscontainer in Kabul, Afghanistan. Seine Augen sind verbunden, seine Hände sind gefesselt. In den vergangenen fünf Monaten ist sein Bart gewachsen, seine dunklen schwarzen Haare hängen lang an ihm herunter.

Im Dezember 2003 hatte ihn die mazedonische Polizei festgenommen und

einige Tage später an die CIA ausgeliefert, die ihn nach Afghanistan verschleppte. Dort wurde er im berüchtigten «Salt Pit»-Geheimgefängnis festgehalten. Die USA glaubten, einen gefährlichen Terrorverdächtigen gefunden zu haben. In den nächsten Wochen musste er Windeln tragen, wurde geschlagen, bekam Drogen verabreicht, musste sich einem Einlauf unterziehen, etwas wurde ihm in seinen Anus gesteckt. Immer wieder kamen CIA-Agenten mit schwarzen Skimasken über dem Kopf zu ihm, um ihn zu verhören. Doch sie hatten sich geirrt. Khaled al-Masri war der Falsche. Sein deutscher Ausweis war echt. Sie hatten ganz einfach den falschen Mann entführt.

Als die US-Regierung diese Erkenntnis nicht mehr ignorieren konnte, schickte die Nationale Sicherheitsberaterin und spätere US-Außenministerin Condoleezza Rice einen Gulfstream-Jet nach Afghanistan. Er sollte al-Masri zurück nach Europa bringen. An dem Tag, als der Deutsche die Geräusche des Rolls-Royce-Flugzeugmotors hörte, wurde er aufgefordert, wieder seine private Kleidung anzuziehen.

Mit verbundenen Augen führten Männer al-Masri in das wartende Flugzeug. Es war eine weiße Privatmaschine, am Heck mit blau-gelben Linien beklebt. Al-Masri wurde an einen Sitz gefesselt, und nachdem auch noch seine Ohren verstopft worden waren, hob das Flugzeug ab. Von Afghanistan ging es zu einem unbekanntem Ziel. Mitten in der Nacht setzte der Jet auf einer Landebahn auf, mit verbundenen Augen wurde al-Masri in ein Auto umgeladen. Über Berge, Feldwege und Straßen ging es weiter. Irgendwann hielt der Wagen, Khaled al-Masri sollte aussteigen, Handfesseln und Augenbinde wurden ihm abgenommen, er bekam seinen Pass zurück und sollte einen abgelegenen Weg heruntergehen. Als er die ersten Schritte lief,

dachte er, dass er nun von hinten erschossen würde. Nach ein paar Minuten erreichte er einen Grenzposten. Der Deutsche war im Hinterland von Albanien gelandet.

Das Flugzeug, das ihn aus dem geheimen amerikanischen Gefängnisssystem zurück in die Freiheit brachte, flog im Auftrag der CIA. Der Geheimdienst hatte eine private Firma damit beauftragt. Für den Flug mit der Gulfstream III, Kennzeichen N982RK, zahlte die Agency eine sechsstellige Dollarsumme an eine US-Firma. Ihr Name: Computer Sciences Corporation (CSC).

*

Der Rasen ist fein getrimmt, die Hecken vor dem Gebäude sind akkurat gestutzt, einige haben die Form eines Quaders oder eines überdimensionierten Balls. Wir sind nach Wiesbaden gefahren, hier hat die CSC im Abraham-Lincoln-Park 1 ihren deutschen Hauptsitz – direkt gegenüber dem Wiesbadener Krematorium. Der mächtige Firmensitz ist ein moderner Bau aus grauem Sichtbeton, wenig Metall und viel Glas. Als einzige Farbtupfer gibt es einige rote Wände und rote Ledersessel, die in der Lobby herumstehen. Rot ist die Unternehmensfarbe; das Firmenlogo besteht aus einem roten Sechseck, auf dem die drei weißen Buchstaben stehen.

Männer in grauen Anzügen schweben über die glasverkleideten Flure, Frauen in Business-Kostümen stehen auf den Glasbrücken zwischen den Gebäuden und telefonieren. Menschen mit Pilotenkoffern kommen aus der Tiefgarage gelaufen. Auch nach 20 Uhr wird hier noch gearbeitet. Alles wirkt offen, hell und transparent.

Die Mitarbeiter in den Wiesbadener Büros sind Teil eines größeren Firmenimperiums. Wie eine Spinne hat CSC ein engmaschiges Netz über ganz Deutschland gelegt: Mit mindestens elf Tochtergesellschaften berät die Computer Sciences Corporation deutsche Kunden wie die Allianz, DaimlerChrysler oder die Deutsche Bahn.

Jedes Jahr überweisen deutsche Firmen und Behörden dafür insgesamt eine dreistellige Millionensumme auf das Konto der amerikanischen Firma. Die deutschlandweit 3000 angestellten Mitarbeiter arbeiten für eine «Unternehmensberatung im Bereich der Informatik», wie die Auskunftei Creditreform über CSC verrät. «Geschäftsgegenstand ist jegliche Betätigung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung, der Organisation, Rationalisierung sowie der Planung von Projekten aller Art.»

An insgesamt 16 Standorten gibt es Niederlassungen der CSC-Gruppe in Deutschland. Von München bis Hamburg, von Mannheim bis Dresden. Auch in Berlin hat die Firma vor drei Jahren eine Repräsentanz an der feinen Adresse «Unter den Linden» eröffnet – fünf Gehminuten vom Brandenburger Tor entfernt. Auffällig ist auch, dass einige der Filialen in unmittelbarer Nähe von Kasernen des US-Militärs liegen: neben Wiesbaden betreibt CSC auch in Backnang und Stuttgart Büros.

*

Das internationale Hauptquartier der Computer Sciences Corporation liegt in Falls Church, Virginia. CSC ist einer der größten Beratungs- und Dienstleistungskonzerne der Welt. Die Firma ist an der New Yorker Börse gelistet und setzt jährlich fast 16 Milliarden US-Dollar um. Internationale

Bankhäuser wie HSBC, Versicherer oder halbstaatliche britische Banken halten Anteile an CSC. In der Öffentlichkeit ist die Firma weitgehend unbekannt.

Das Unternehmen schaltet nie Werbespots, hat keine Läden und kein öffentliches Gesicht. In den Zeitungen finden sich bestenfalls kleine Meldungen auf den Wirtschaftsseiten, wenn CSC mal wieder einen Großauftrag gewonnen hat. Die 100000 Consultants weltweit beraten Manager und Politiker in IT-Fragen, helfen beim Outsourcing von Geschäftsabläufen, schützen Kunden vor Cyber-Angriffen und programmieren Software für Firmen.

CSC wickelt zum Beispiel die Visa-Anträge in die Länder Kanada und Mexiko ab, hat einen milliardenschweren Beratervertrag mit dem Schweizer Versicherungskonzern Zurich, koordiniert die Versorgung der US Army mit Impfungen und biologischen Abwehrstoffen und betreibt ein Call-Center für das FBI. Auf der Kundenliste stehen auch die US-Küstenwache, US Navy, das US-Heimatschutzministerium, die staatliche Post Royal Mail in England und der staatliche britische Gesundheitsdienst.

Aber die Computer Sciences Corporation half auch den Geheimdiensten. Die Bush-Regierung beauftragte CSC damit, das IT-System der NSA zu erneuern. Technik, elektronische Infrastruktur und Software sollten im großen Stil ersetzt werden. Für das Projekt «Groundbreaker», das zehn Jahre laufen sollte, wurden fünf Milliarden Dollar veranschlagt. Tausend Mitarbeiter wechselten für das Erneuerungsprogramm von der National Security Agency zu CSC. Der Groundbreaker-Vertrag wurde mehrmals verlängert und läuft noch bis 2014.

Die Firma war als Subunternehmer auch in einen weiteren NSA-Auftrag

involviert. Für Abhörtechnik. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sollten mehrere Privatfirmen den Nachrichtendienst in eine neue Zeit der Überwachung führen. Mit dem von CSC mitentwickelten Programm «Trailblazer» konnte die NSA nun auch Mobiltelefone, E-Mails und Glasfaser-Telefonie ausspionieren und die gesammelten Daten auswerten.

Für den damaligen NSA-Chef Michael Hayden lag im Outsourcing die beste Möglichkeit, den veralteten Dienst zu modernisieren. Seitdem gehören der NSA nicht einmal mehr die Telefone und Computer in der Zentrale selbst. Hayden forderte sogar ein «digitales Blackwater» – eine Anspielung auf den privaten Auftragnehmer, der unter anderem im Irak-Krieg Söldner für den Kampfeinsatz stellte. Zu dieser Zeit war CSC der drittgrößte staatliche Auftragnehmer in den Vereinigten Staaten. Die Firma managte nicht nur die IT der NSA, sondern auch von FBI und CIA.

Im Grunde genommen war CSC die EDV-Abteilung der amerikanischen Geheimdienstwelt und ein riesiger Verteidigungs-Dienstleister.

Auf der *Fortune*-Liste der besten IT-Unternehmen der Welt belegt CSC derzeit den vierten Platz. Mit dem Kauf eines kleineren Sicherheitsunternehmens stieg CSC vor einigen Jahren in eine neue Branche ein: das Kidnapping.

Zwischen 2003 und 2006 half die Corporation als privater Dienstleister der CIA bei ihrem Entführungsprogramm – mit der Vermietung von Flugzeugen und Crews, um gekidnappte Terrorverdächtige zu Geheimgefängnissen zu bringen. Die von CSC gecharterten Maschinen waren in Afghanistan, Irak und in Libyen im Einsatz, sie flogen nach Rumänien, Griechenland oder Albanien. So wie im Fall des deutschen Entführungsofers Khaled al-Masri.

In diesen vier Jahren war CSC der Hauptauftragnehmer der CIA für die

Bereitstellung von Flugzeugen für das «extraordinary rendition program» – so werden die außerordentlichen Überstellungen von Terrorverdächtigen von einem Land ins andere ohne Haftbefehl und Verurteilung offiziell genannt. Gemeint sind: Entführungen und Verschleppungen durch die CIA.

Hatte die Bush-Regierung in der ersten Phase des «Krieges gegen den Terror» ein mutmaßliches al-Qaida-Mitglied entdeckt, beauftragte sie Kopfgeldjäger oder fremde Regierungen, die Personen festzuhalten. Manchmal reisten auch CIA-Entführer selbst in das fremde Land und fingen «high value targets» auf offener Straße weg. So wie im Fall des Imams Abu Omar in Italien.

Einen Monat bevor die USA in den Irak-Krieg zogen, schleiften amerikanische Agenten 2003 den islamischen Geistlichen Abu Omar tagsüber in Mailand in ein Auto und verschleppten ihn nach Ägypten. Der Mann, der mit bürgerlichem Namen Osama Hassan Mustafa Nasr heißt, stammt ursprünglich aus Ägypten und soll in Italien als Mitglied einer islamistischen Terrororganisation Hass gepredigt und in Afghanistan gekämpft haben. Nach dem Kidnapping wurde er mehrere Jahre in einem Gefängnis in Ägypten festgehalten. Er sagt, dass seine Entführer ihn schwer gefoltert haben. Jahre später verurteilte ein italienisches Gericht 23 CIA-Mitarbeiter wegen der Verschleppung zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren.

War der Feind Amerikas erst einmal gefunden und festgenommen, kamen private Dienstleister wie CSC ins Spiel. Das Unternehmen hatte 2002 einen Rahmenvertrag mit der CIA abgeschlossen und wurde regelmäßig für die Transporte von Terrorverdächtigen in ein geheimes US-Gefängnis oder zwischen den «black sites» angefragt.

Die Computer Sciences Corporation, vertreten durch ihre Tochterfirma DynCorp, nahm die Dienste von mindestens drei Luftfahrt-Brokern in Anspruch. Die Vermittlungsunternehmen Capital Aviation, Sportsflight Air und Air Marketing charterten dann die Flugzeuge bei über 30 kleinen Luftfahrtgesellschaften. So sollte der wahre Auftraggeber – die CIA – verschleiert werden.

Meist über verschlungene Flugrouten kamen die Kidnapping-Flieger zu ihren Zielen. Im Fall von Khaled al-Masris Rückflug wählte der Pilot eine Route von Washington D.C. über Irland, Zypern bis nach Kabul in Afghanistan. Hier wurde al-Masri eingeladen. Diese Zickzack-Routen sollten die Nachverfolgung erschweren. Auf den Flughäfen tarnten sich die Entführungsflüge auch schon mal als «VIP Service» für Gäste des «Golden Bay Beach Hotels» , einem Fünf-Sterne-Tempel auf Zypern.

Hatte die Crew den Gefangenen am Zielort abgegeben, flog das Flugzeug wieder auf aufwendiger Route über viele Flughäfen zurück zum Startpunkt. Ein paar Tage später stellte das Vermittlungsunternehmen dann eine Rechnung an die CSC. In der Zeile des Rechnungsgrundes war stets «Leistungen» als Betreff angegeben. Eine Rechnung sah zum Beispiel wie folgt aus:

Flugkosten	294300 \$
Bereitstellung des Flugzeugs	6000 \$
Benzinkosten	9135 \$
Zusätzliches Crewmitglied	4500 \$
	4800 \$

Internationale Abwicklung/Überflugkosten	116500 \$
Verpflegung	1857 \$
Passagiersteuern	300 \$

Auf diesen Abrechnungen ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen, dass es sich bei den Aufträgen um Kidnapping-Flüge handelte. Aus den Rechnungen wird aber deutlich, dass bis zu acht Personen bei solch einer Überstellung im Flugzeug mitgereist sind. Für einen fünftägigen Einsatz kamen schnell Rechnungssummen von einer halben Million US-Dollar zusammen.

Die Menschenrechtsorganisation Reprieve hat einige dieser Rechnungen veröffentlicht. Liest man diese Dokumente wirtschaftlichen Handelns genau, kann man darin viel über das gesamte System der US-Geheimgefängnisse lernen: Im Juli 2004 etwa flog die Gulfstream IV N288KA von Kabul nach Bukarest; 2004 startete die Gulfstream IV N308AB von Rumänien nach Marokko, um dann weiter in den Irak und nach Algerien zu reisen. Einmal setzte die CSC eine Boeing mit der Hecknummer N787WH ein, die von Marokko nach Rumänien und weiter nach Litauen unterwegs war. Meist wurden die Terrorverdächtigen aber in unauffälligeren kleinen Geschäftsreise-Jets der Marke Gulfstream um die Welt geflogen.

Litauen – Polen, Marokko – Litauen, Thailand – Afghanistan, Irak – Rumänien. Die Routen folgten stets den Orten, an denen Terrorverdächtige gefangen genommen wurden und an denen geheime US-Gefängnisse eingerichtet waren.

*

In abgelegenen Straßen der hässlichsten Hauptstadt Europas sind wir auf der

Suche nach einem Gebäude, das uns helfen soll, einen Aspekt der CIA-Operationen mit Hilfe der Computer Sciences Corporation zu vertiefen. Wir sind dafür nach Rumänien gereist.

Bukarest ist ein Ort, der sogar von vielen seiner Bewohner gehasst wird, und auch das übrige Land mag seine Hauptstadt nicht besonders. Wir fahren durch die Stadt und halten Ausschau nach einem Flachbau in «L»-Form, der sich nahe der Bahnschienen befinden soll. Wir versuchen das CIA-Geheimgefängnis im Keller der rumänischen Behörde zu finden, das Kyle Foggo hier eingerichtet hatte, der damalige Logistikchef der Central Intelligence Agency in Frankfurt. In der Mures-Straße 4 finden wir die ehemalige «black site» (siehe auch Kapitel 17).

Die Suche nach den Orten der geheimen CIA-Foltergefängnisse machte uns mit neuen Formen der urbanen Hässlichkeit bekannt. Überall hingen dicke schwarze Kabel über der Straße. Verbeulte Metalltore. Wellblechzäune, die Grundstücke abschirmen. Häuser, von denen großflächig der Putz abfällt. Das Kreischen und Zischen der Züge vom nahe gelegenen Bahnhof und das Bellen von Hunden waren die bestimmenden Geräusche. Es war sehr heiß, die meisten Tage über 42 Grad.

Unsere Suche nach dem Geheimgefängnis, in dem die US-Regierung Terrorverdächtige einsperren und foltern ließ, hatte noch einen anderen Grund. In Bukarest fanden wir einen ehemaligen CIA-Piloten, der mit uns sprechen wollte. Sein Motiv? Viele Jahre hatte er seinen ehemaligen Arbeitgeber verklagt, weil der ihm noch Bonuszahlungen für gefährliche Einsätze schuldete. Er war sauer. Er wollte unbedingt sein Geld bekommen. Darum sprach er mit uns.

Wir trafen uns in einer Hotellobby von der Größe eines Fußballplatzes.

Das Hotel hat hunderte Räume und befindet sich in der Nähe des kleineren Flughafens der Stadt. Junge Frauen gingen in der Lobby ihrer Arbeit in kurzen Röcken und gefährlich hohen High Heels nach, während wir uns unterhielten. Sie waren auf der Suche nach Kunden.

Wir setzten uns in die Lobby, und ohne Pause erzählte uns der frühere CIA-Pilot vier Stunden lang seine Geschichte. Viele Jahre lang war Frankfurt am Main sein Arbeitsort gewesen.

Die CIA engagierte die Computer Sciences Corporation nicht nur für das Entführungsprogramm, sondern auch für Aufträge in Deutschland. Die CSC war in den Jahren nach dem 11. September 2001 auch verantwortlich für einen Shuttle-Service, der CIA-Agenten von Frankfurt nach Kabul oder von Frankfurt nach Bagdad brachte. Wie auch bei den Verschleppungsflügen machte die CSC die Arbeit nicht selbst, sondern beauftragte Subunternehmer, verschiedene Charterflugfirmen, die die CIA-Missionen ausführten.

Das amerikanische Geheimdienst-Hauptquartier an der Homburger Landstraße in Frankfurt organisierte die Flüge in den Irak. Frankfurt war ein Sammelpunkt für US-Spione, die von den Vereinigten Staaten oder Europa aus auf dem Weg in die amerikanischen Kriegsgebiete waren. Zwei Mal in der Woche bestiegen Agenten im VIP-Bereich des Flughafens Frankfurt die gecharterten Maschinen des Shuttle-Services.

Die Flugzeuge wurden vom CSC-Subunternehmen Vision Airlines betrieben, das 500 Millionen US-Dollar für einen Fünf-Jahres-Vertrag von der CIA erhielt. Doch Vision Airlines wurde auffällig. Die Manager fing an, die Rechnungen nicht mehr zu bezahlen. Der Pilot erzählt uns, dass er um seine Gefahrenzulage für Flüge in Kriegsgebiete betrogen wurde. Die Airline erhielt zwar die Zuschläge für die Einsätze in gefährlichen Gebieten wie

Kabul oder Bagdad von der CIA, aber gab sie nicht immer an die Piloten weiter. Selbst Flughäfen versuchte Vision Airlines zu betrügen und weigerte sich, Start- und Landegebühren zu bezahlen. Die Türkei und Polen sperrten daraufhin den Luftraum über ihren Ländern für diese CIA-Airline. Auch am Frankfurter Flughafen gab es im Sommer 2006 Probleme, die dazu führten, dass eine Gruppe CIA-Mitarbeiter im VIP-Bereich des Flughafens so lange auf ihren Start des Fluges nach Kabul warten musste, bis die Flughafengebühren bezahlt waren.

Ein Fraport-Mitarbeiter erinnert sich an den Vorfall: Noch nie wurden Gebühren so schnell bezahlt.

*

Was für Aufträge führt die Kidnapping GmbH in Deutschland noch aus? Wer sind die anderen Auftraggeber dieser Firma mit den Kontakten zum CIA? Wir wollen mehr wissen und durchforsten wieder einmal Jobportale und Karrierenetze im Internet. Schnell stoßen wir auf Einträge von CSC-Mitarbeitern, die mit AFRICOM und EUCOM beide US-Regionalkommandos in Deutschland im IT-Bereich unterstützen. Meist berichten die Mitarbeiter von eher klassischen IT-Arbeiten: Sie bauen WLAN-Netzwerke auf und pflegen sie, richten Firewalls gegen Angriffe von außen ein oder installieren Videokonferenzen für die Streitkräfte.

Einige arbeiten als «CSC Site Manager» in Stuttgart für eine Gefechts-Unterstützungs-Agentur des US-Verteidigungsministeriums und unterstützen Kampfeinsätze im Irak, Afghanistan oder am Horn von Afrika. Dort sind sie für Telekommunikation zuständig oder bauen digitale Netzwerke zwischen

Einheiten in Europa und Afrika auf.

Die Aufgabe eines anderen «Network Intrusion Analyst» aus Stuttgart ist es, «alle verdächtigen Aktivitäten (Würmer, Viren, Trojaner)» im «europäischen Einsatzgebiet» abzuwehren. Derselbe Computerfachmann betreut aber zugleich auch «Next Generation Sensors». Diese neuartigen Sensoren werden in Drohnen oder in Aufklärungsflugzeugen eingesetzt.

Während unserer Suche stoßen wir weiter auf eine CSC-Unterfirma in Stuttgart, von der wir auf der offiziellen Firmenwebseite nichts gelesen haben: Ein Büro für «Joint Defense Integrated Solutions». Diese CSC-Filiale in einem schwäbischen Technologiepark an der Curiestraße 2 hatte sich bis vor kurzem auf Systemintegration- und Outsourcing-Beratungen für das US-Verteidigungsministerium spezialisiert. Die knapp 200 Mitarbeiter betreuten vor allem Einheiten der US-Streitkräfte in Deutschland. Der Stuttgarter Büroleiter war gleichzeitig «Direktor für europäische und afrikanische Operationen» bei der CSC. In einem Interview nannte er das Europa-Kommando der USA in Deutschland «unseren wichtigsten Kunden». Damals war EUCOM noch gleichzeitig für Afrika und Europa zuständig und übernahm die Operationen, die heute AFRICOM leitet. Sogar auf dem Kasernengelände des Kommandos, in den Patch Barracks, hatte die CSC eine Adresse. Das Büro lag gleich neben dem Hauptquartier von EUCOM.

Was beraten die Mitarbeiter von CSC da eigentlich genau? Warum braucht eine IT-Unternehmensberatung eine Adresse auf einer US-Basis? Warum gibt es einen Leiter für «afrikanische Operationen», der in Deutschland sitzt – ähnlich den Strukturen des US-Militärs? Was macht diese amerikanische Firma mit ihrem großen Netz an Vertretungen auf deutschem Boden eigentlich genau hier?

Je mehr wir lesen, desto mehr Fragen stellen sich uns. Viele Fragen, die wir der CSC gern stellen würden. Wir bitten offiziell bei der Pressestelle der Computer Sciences Corporation um ein Gespräch. Daraufhin werden wir gebeten, unsere Fragen schriftlich einzusenden. Wir schicken 19 konkrete Fragen zu Firmenstruktur, Kunden, Umsatz und eigentlich ganz unverfänglichen Themengebieten nach Wiesbaden. Doch niemand möchte unsere Fragen beantworten. Nach vielen Wochen meldet sich eine CSC-Sprecherin bei uns. Grundsätzlich würde CSC nie über seine Kunden und deren Aktivitäten sprechen. «Nach interner Rücksprache können wir Ihnen darum in diesem sensiblen Feld leider nicht als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.»

Dieses Mauern macht uns noch neugieriger.

*

Jetzt möchten wir erst recht mehr darüber erfahren, was die CIA-Entführungsfirma in Deutschland genau tut. Während unserer Recherchen hören wir davon, dass die CSC neue Mitarbeiter für seine Stuttgarter Filiale sucht. Darum drucken wir unsere Lebensläufe aus und fahren nach Sindelfingen, in ein Hotel, zur AUSA-Jobmesse. Hier werden Jobs für US-Streitkräfte und deren private Auftragnehmer vergeben. Die CSC ist mit einem Stand vertreten. Wir wollen uns bei ihr vorstellen.

Die Lobby des Vier-Sterne-Hotels sieht aus wie in jedem anderen Hotel auch. Hohe weiße Säulen, dunkles Holz, Teppiche, die die Geräusche dämpfen. Wir sind in dem Hotel einer amerikanischen Kette gelandet, darum ist es auch nicht verwunderlich, dass uns hier einige Amerikaner begegnen.

Als wir an der Rezeption vorbei aus der Lobby zu einem der Konferenzräume gehen, sehen wir ein Schild, das uns jedoch überrascht: «Intelligence Jobs», Geheimdienst-Stellen.

Wir betreten den Raum und sehen als Erstes Monitore, auf denen Videos mit kämpfenden Männern und Maschinen laufen. Große Gewehre, Helme. Doch außer diesen martialischen Filmchen ist der Raum nicht besonders aufregend. Eine Handvoll Unternehmen präsentiert sich, die Vertreter der Firmen sitzen hinter Konferenztischen. Sie könnten auch Ingenieure für die Wasserwerke oder Beamte für das Finanzamt suchen.

Aber die Jobs, für die sie werben, heißen «Intelligence Analyst». Mehr Informationen dazu gibt es nicht. Die Stellen sind ausschließlich für amerikanische Staatsbürger, sagt uns der Organisator der Jobmesse. Und falls wir keine «Top Secret»-Sicherheitseinstufung der US-Regierung hätten, könnten wir es gleich vergessen, hier heute einen Job zu finden. Dann wäre eine Bewerbung an einem der Stände sinnlos.

Für Amerikaner sind «Geheimdienst-Analysten»-Stellen bei privaten Firmen in Deutschland sehr attraktiv. Neben dem Leben in der Bundesrepublik ist es ein weiterer Anreiz, dass sie zwar für die Regierung arbeiten, aber von ihrem Lohn keine Steuern zahlen müssen.

Wir sind überrascht, wie offen die Firmenvertreter von fast allen Unternehmen sind. Auch am Stand der CSC. Wir bekommen sogar Stifte, Hochglanzbroschüren und Karabinerhaken als Geschenke. Braucht man das als Geheimdienstler? Als wir uns als Journalisten zu erkennen geben, erwarten wir eigentlich, gleich aus dem Raum geworfen zu werden. Aber das Gegenteil passiert. Die Personalvermittler sind neugierig, werden sogar noch freundlicher. Nur ein Jobangebot bekommen wir nicht mehr. Und was ihr

Unternehmen in Deutschland wirklich tut, verraten uns die Personalwerber auch nicht.

*

Zurück aus Sindelfingen, ist uns also immer noch nicht ganz klar geworden, *was* die tausenden von Mitarbeitern der Computer Sciences Corporation jeden Tag arbeiten. Wir wundern uns über die vielen Menschen, die die CSC beschäftigt und neu einstellen will. Auf seiner Webseite bietet das Unternehmen nämlich an einem gewöhnlichen Tag über 20 Jobs an. Wir fragen uns deshalb auch, *wo* all die «Cybersecurity Security Architect Penetrationstester» oder «Information Security Engineers» in Deutschland arbeiten.

Wir schauen uns die Meldungen über die Firma noch einmal genauer an. In einem Text, der in der *ZEIT* über den sogenannten «Staatstrojaner» erschienen ist, taucht die CSC im letzten Satz auf. Die Bundesregierung würde gern eine Überwachungssoftware anschaffen, mit der sie Computer und Telefone von Verdächtigen anzapfen kann. Um zu testen, ob das Spähprogramm nicht verfassungswidrige Funktionen beinhaltet, hat das Innenministerium eine private Firma beauftragt, den Quellcode der Software zu prüfen. Die Firma heißt: CSC Deutschland Solutions GmbH.

Für diesen Auftrag hat die Regierung die CSC sogar in ein spezielles Gremium berufen: das «Kompetenzzentrum Informationstechnische Überwachung (CC ITÜ)». Die Kommission ist beim Bundeskriminalamt angesiedelt. Neben dem BKA sitzt die CIA-Partnerfirma CSC hier mit noch einem anderen Bundesamt zusammen. So nah kommen der Regierung nur

wenige Berater. Gerade in diesen sensiblen Sicherheitsbereichen wie dem Fall einer Überwachungssoftware des Staates.

Kann das sein? Lässt sich die Bundesregierung mit einer Firma ein, die in die illegalen Entführungen der CIA verwickelt ist? Wir suchen weiter und stoßen bald auf eine Liste des Bundesinnenministeriums. Auf die Anfrage eines Bundestagsabgeordneten hin hat eine Staatssekretärin 2013 einmal alle Aufträge zusammengetragen, die die CSC und ihre Unterfirmen CSC Solutions, CSC Service und ISOFT Health in Deutschland in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung bekommen hat.

Der Umfang macht uns sprachlos. Die Helfer der Entführer arbeiten in Deutschland in fast jedem Ministerium mit, sie haben Zugang zu den sensibelsten Bereichen im Verteidigungs- oder Außenministerium. Vom Personalausweisregister bis zum Waffenregister.

Allein in den vergangenen vier Jahren der letzten Regierung unter Angela Merkel zwischen 2009 und 2013 bekam die CSC Deutschland genau 100 Aufträge von zehn unterschiedlichen Ministerien und dem Bundeskanzleramt.

Dass Drohnenangriffe von Deutschland aus gesteuert werden und deutsche Dienste sensible Daten für die Zielfindung im schmutzigen «Krieg gegen den Terror» weitergeben, wussten wir bereits. Aber dass die Bundesregierung in so großem Stil mit einer Partnerfirma der CIA zusammenarbeitet, überrascht uns dann doch sehr:

- Das Auswärtige Amt erhielt Hilfe bei der «IT-Organisation» und lässt die Visa-Vergabe in Katar von dem Unternehmen abwickeln.
- CSC beriet das Justizministerium bei der Einführung der

elektronischen Akte für die Bundesgerichte und den Generalbundesanwalt.

- Dem Finanzministerium half die Firma bei der Einführung des elektronischen Kontoauszuges und bei der «Zentralisierung Zoll».
- Das Bundespresseamt bekam Unterstützung beim Aufbau eines Nachrichtensystems und bei der neuen Webseite.
- Vom Verteidigungsministerium erhielt das Unternehmen 22 Aufträge. Die CSC lieferte vier «nichttechnische Studien», ein Sicherheitskonzept für die Marine und eine Studie zur «Realisierung des militärischen Seelagebildes».
- Für das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle programmierte die CSC eine neue Software für Exporte.
- Die Bundeswehr unterstützte die Firma beim «Informationsmanagement für die Sicherheit im Luftraum.» Für den Führungsstab der Luftwaffe im Verteidigungsministerium erstellte die CSC zudem eine Studie über den «optimalen Flottenmix für einen operativ/taktischen Lufttransport».
- Und im Bundesinnenministerium ging die CSC praktisch täglich ein und aus. Insgesamt 32 Projekte führt ein internes Papier aus dem Innenministerium auf: Demnach hatte die CSC Zugriff auf das Projekt De-Mail für sicheren Mailverkehr, auf die «Netze des Bundes» und auf sensible Register. Computer Sciences Corporation betreute die Einführung der neuen Behördenservicenummer 115, war beauftragt mit der «Rahmenarchitektur IT-Steuerung Bund» und unterstützte die Kommunikation für den neuen Personalausweis. Zudem half die Firma dem Innenministerium bei «Steuerung, Controlling und IT-

Konsolidierung im Geschäftsbereich des BMI», heißt es in dem Dokument.

Auftragsvolumen in den vergangenen vier Jahren: 25,5 Millionen Euro. Seit der Wiedervereinigung haben die CSC und ihre Tochterunternehmen 180 Millionen Euro von der Bundesregierung bekommen.

In dieser Summe sind noch nicht einmal alle Aufträge enthalten, die die Bundeswehr an die Computer Sciences Corporation vergeben hat. In den vergangenen 20 Jahren vergab die Bundeswehr 364 Direktaufträge. Daran verdiente die CSC mehr als 115 Millionen Euro.

*

«BOYCOTT CSC», steht auf der Webseite. «Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.» Daneben ist das rote Logo der Firma zu sehen, mit einem weißen Balken über dem Zeichen. Gegen die CSC müsse ermittelt werden, fordert die Initiative «CSC Fraud», weil das Unternehmen für die «berüchtigten Folter-Entführungsflüge durch ganz Europa» verantwortlich sei. Das Menschenrechtsbündnis aus Großbritannien möchte verhindern, dass die Computer Sciences Corporation weiterhin staatliche Aufträge von der britischen Regierung erhält.

Als wichtigstes Beispiel für die Menschenrechtsverletzungen der CSC nennt die Initiative den Fall Khaled al-Masri. Der Deutsche «wurde verschleppt und in einer von CSC bereitgestellten Maschine gefoltert». Innerhalb eines Jahres haben über 6000 Menschen den Protest gegen das US-Unternehmen auf Facebook unterstützt.

In England arbeitet die Corporation unter anderem für die staatliche Post, das staatliche Gesundheitssystem und das Verteidigungsministerium. Erst 2012 vergab das Ministerium für sieben Jahre einen Auftrag über

350 Millionen an die CSC für die Abwicklung der Rentenzahlungen an Millionen britische Soldaten. Als eine Menschenrechtsorganisationen das Verteidigungsministerium darauf ansprach, ob es kein Problem mit der Auftragsvergabe habe, obwohl CSC in das Entführungsprogramm der CIA eingebunden war, antwortete eine Sprecherin: «CSC hat uns mitgeteilt, dass es Corporate Social Responsibility ernst nehme, das CSR-Statement bezieht Menschenrechte mit ein.» Das genügte der britischen Regierung. Eine neue Bewertung des Unternehmens ergebe sich daraus für das Verteidigungsministerium nicht.

Wie steht die deutsche Regierung zu ihren Beratern aus Wiesbaden? Findet sie es eine gute Idee, so sensible Aufträge an eine Firma zu vergeben, die die IT-Abteilungen von NSA und CIA betreibt? Gibt es da nicht vielleicht einen Interessenkonflikt? Sehen die Ministerien keinen Widerspruch zwischen dem Grundgesetz und der Beteiligung an Entführungen und Folter durch die Computer Sciences Corporation?

Wir fragen alle Ministerien an, die in den vergangenen Jahren Aufträge an die CSC vergeben haben.

Sechs Minister und das Bundespresseamt antworten uns. Das Verteidigungsministerium schreibt, man habe «keine Informationen darüber, dass die Firma CSC an einem <geheimen> Entführungsprogramm der CIA beteiligt gewesen sein soll». Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist ehrlich. Vor unserer Anfrage habe man dort noch nichts von der Verwicklung der CSC in Menschenrechtsverletzungen gewusst. Das Familienministerium wäre für die «Übersendung von Informationen dankbar», die belegen, dass die CSC in Menschenrechtsverletzungen involviert war.

Die Argumentation der anderen Ministerien ist immer gleich: Die einzelnen Ressorts wie Bildung oder Finanzen hätten gar keine Direktaufträge an die CSC vergeben. Sie hätten allenfalls «Leistungen der Firma CSC Deutschland Solutions GmbH innerhalb des Rahmenvertrags des Bundesverwaltungsamtes» in Anspruch genommen. Die Ministerien sehen das Problem nicht bei sich, das zuständige Amt habe ja den Vertrag geschlossen. Sie sind nicht zuständig.

Es klingt wie eine Ausrede.

Wir lassen nicht locker und erkundigen uns weiter beim Bundesinnenministerium; es ist für das Bundesverwaltungsamt zuständig, das den Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat.

Als Antwort auf unsere konkreten Fragen erhalten wir zunächst einmal nur einen allgemeinen Aufsatz über das Vergaberecht. «Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt einem streng reglementierten Verfahren.» Man könne leider nur prüfen, ob der Bewerber fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sei. Ausländische Unternehmen dürften nicht diskriminiert werden.

Das bedeutet wohl: Selbst wenn die Computer Sciences Corporation bei Menschenrechtsverletzungen an deutschen Staatsbürgern beteiligt war, ist das kein Hinderungsgrund, dass der deutsche Staat Aufträge in Millionenhöhe an diese Firma vergibt.

Mit dieser Argumentation könnte die Bundesregierung auch Rechtsextremisten, fundamentalistische Islamisten und andere Gegner des Grundgesetzes beauftragen. Wenn nicht einmal die Einhaltung der deutschen Verfassung ein Kriterium für die Regierung ist, eine Firma zu beschäftigen, welche gibt es dann?

«Wenn eine Vergabestelle Kenntnis von konkreten Anhaltspunkten hat, die begründete Zweifel an der Eignung eines bietenden Unternehmens für einen ausgeschriebenen Auftrag wecken, wird die Vergabestelle entsprechend reagieren», schreibt das Ministerium auf unsere Nachfrage. Sei eine Firma unzuverlässig, könne man sie vom Bieterwettbewerb um einen Auftrag ausschließen. «Dem Bundesverwaltungsamt waren bei Abschluss der Verträge mit CSC Deutschland Solutions GmbH im Jahr 2009 keine Vorwürfe gegen deren US-amerikanischen Mutterkonzern bekannt.»

Im September 2011 berichtete die Nachrichtenagentur *Associated Press* erstmals über CIA-Folterflüge mit Hilfe der Computer Sciences Corporation.

Wir wollen wissen, ob denn ein beauftragtes Unternehmen nicht neu bewertet werden könne, wenn neue Fakten bekannt werden. Schließlich habe das Unternehmen auch nach Bekanntwerden der Menschenrechtsverletzungen noch Millionen Euro Gelder der deutschen Steuerzahler erhalten.

Ein Ministerium antwortet lapidar: «Dies kann erst zur gegebenen Zeit geprüft werden.»

19. Kapitel

Reiseberater



Raum der CBP am Flughafen Frankfurt – das Schild verrät es nicht

Jonny Hell will Urlaub machen. Er will weit weg vom Alltag auf die tropische Insel Bali. Der Computerhacker hat in den vergangenen Monaten viel vor seinen Monitoren gesessen, hat zu viel gearbeitet und zu wenig von der Außenwelt gesehen. Nun will er die Programmiersprache und die dunklen Seiten des Internets gegen Indonesisch und sonnenhelle Sandstrände eintauschen. Zusammen mit seiner Freundin Vika macht er sich los. Der 24-Jährige ist auf dem Sprung.

Es ist gerade März geworden, ein langer Winter liegt hinter den beiden jungen Menschen in ihrer Heimat Estland. Weil es keine direkten Verbindungen von ihrem Wohnort Tallinn nach Bali gibt, bucht Jonny Hell zuerst einen Flug nach Frankfurt am Main, um von dort weiter auf die indonesische Urlaubsinsel zu kommen. Vika hat nichts dagegen, so können beide beim Stop-Over in Deutschland noch ein paar Stunden in die Einkaufstraße Zeil shoppen gehen.

Zurück am Flughafen Frankfurt stellen sie sich in die Schlange vor dem Check-in-Schalter am Gate. Es ist inzwischen fast zehn Uhr abends.

Als Jonny Hell der Stewardess am Check-in-Gate die Reisepässe und die Bordkarten übergibt, ahnt er, was los war. Die Frau von der Airline schaut auf seinen Namen und sein Passbild, schaut Jonny Hell wieder an und bittet das Paar dann, ihr zu folgen. Jonny und Vika laufen der Frau hinterher, die ihnen zwei Männer vorstellt. Sie tragen schwarze Anzüge. Einer hält ein Foto des Hackers in der Hand.

«Are you Jonny Hell?», fragt er auf Englisch.

«You are under arrest», schiebt der andere hinterher, ohne eine Antwort abzuwarten.

Die Männer, die Jonny und seiner Freundin den Urlaub versauen, zeigen ihre Dienstmarken und Visitenkarten. Auf ihnen stehen die Namen Paul A. B. und Timothy G. Aber noch überraschender ist, was unter ihren Namen steht: «Special Agent, U.S.Secret Service, Frankfurt, Resident Office». Denn eine amerikanische Strafverfolgungsbehörde darf es auf deutschem Boden eigentlich gar nicht geben.

Ein ganz normaler Tag in Deutschland.

*

Schon länger hat der Secret Service das Paar durch Europa verfolgt, aber erst in Deutschland greift er zu.

Die US-Behörden verdächtigen Aleksandr Suvorov, wie der Hacker Jonny Hell mit bürgerlichem Namen heißt, das Computersystem der Restaurantkette «Dave & Buster's» in einem Städtchen im Bundesstaat New York gehackt zu haben. Dabei soll er 5000 Kontonummern für Kreditkarten und Lastschriftkarten von Kunden der Videospiele-Restaurants gestohlen haben. Diese Daten soll Jonny Hell angeblich auf dem digitalen Schwarzmarkt an Kriminelle weiterverkauft haben, die damit im Internet Bestellungen aufgegeben hätten. Jonny Hell soll damals zur Elite der internationalen Hackerszene gehört haben.

Nachdem sich die US-Agenten vorgestellt haben, bringen sie den Esten ins Büro der deutschen Bundespolizei. Sie solle den Mann festnehmen, teilen die Amerikaner ihren deutschen Kollegen mit. Gegen ihn liege in den USA Haftbefehl vor.

Die Bundespolizisten sind überrascht. Als Erstes schauen sie in ihrem Computer in einer Datenbank nach. Aber im polizeilichen Informationssystem INPOL finden sie keinen internationalen Haftbefehl. Da die Secret-Service-Agenten nach deutschem Recht in der Bundesrepublik keinerlei Hoheitsrechte besitzen, hätten die Bundespolizisten den Hacker laufen lassen müssen. Da kein Haftbefehl vorlag, hätten Jonny und Vika eigentlich in den Flieger steigen und nach Bali abheben können.

Aber die Bundespolizei nimmt Jonny fest.

Sein Anwalt glaubt, Jonny Hell wurde von den US-Agenten darüber

getäuscht, ob er ihren Anweisungen Folge leisten müsse. Sie hätten damit Amtsanmaßung begangen. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes sind deutsche Beamte verpflichtet, «nichtdeutsche Hoheitsträger» nicht bei völkerrechtswidrigen Aktionen zu unterstützen. Weil sie den Esten aber trotzdem in ihrem Büro festhielten, verstießen auch sie gegen die deutsche Verfassung, ist sein Anwalt überzeugt.

Tage später erreicht die deutschen Behörden ein ordentlicher Haftbefehl aus den Vereinigten Staaten. Das Dokument wurde erst nach Jonny Hells illegaler Festnahme ausgestellt. Nach Wochen in der Untersuchungshaftanstalt Darmstadt-Weiterstadt wird Jonny Hell schließlich in die USA ausgeliefert und verschwindet für einige Jahre in einem amerikanischen Gefängnis in Ohio.

*

Die Geschichte von Jonny Hells Festnahme geschah schon im Jahr 2008, sie ist aber kein Einzelfall am Flughafen Frankfurt. Jeden Tag landen und starten bis zu 200000 Passagiere auf Deutschlands größtem Flughafen, der Nummer drei in Europa. Der Flughafen ist das wichtigste Verkehrsdrehkreuz in Deutschland, mit direkter Anbindung an einen Fernbahnhof und nationale Buslinien. Der Flughafen ist auch eines der wichtigsten Luftfrachtdrehkreuze weltweit; vom Frankfurter Air Mail Center aus werden deutsche Briefe und Pakete ins Ausland gesendet und aus dem Ausland empfangen. Für mehrere Airlines ist der Airport Frankfurt die Heimatbasis, unter anderem für die Lufthansa. Frankfurt am Main ist das deutsche Tor zur Welt.

Die Festnahme von Jonny Hell war nur deshalb etwas Besonderes, weil ihn

amerikanische Agenten der Strafverfolgungsbehörde Secret Service mitten in Deutschland festhielten. Aber auch andere US-Beamte agieren täglich eigenmächtig auf deutschem Boden.

Als wir das erste Mal von dem Fall Jonny Hell hören, sitzen wir in unserem Berliner Büro am Spreeufer. Draußen laufen Touristen an dem Gebäude vorbei durch Berlin-Mitte, jeder wäre ein potenzielles Ziel der US-Dienste, wenn er am Flughafen Frankfurt einchecken würde.

An deutschen Grenzen werden täglich Reisende von amerikanischen Polizisten und Spezialagenten gecheckt, durchsucht, befragt und festgehalten. Begründet werden die Einsätze mit der Abwehr von Terrorismus in den USA. Die amerikanischen Polizisten führen den «Krieg gegen Terror» der Vereinigten Staaten auch auf deutschem Boden. Sie sind ein wichtiger Teil in dem Kampf, denn die Beamten sollen dafür sorgen, dass Terroristen gar nicht erst in die USA einreisen. Manchmal gehen sie auch einfach nur gegen einen Hacker vor.

Dürfen amerikanische Beamte in Deutschland Menschen festnehmen, die hier gar nicht gesucht werden? Müssten das nicht deutsche Polizisten machen, nachdem die USA ein Amtshilfe-Ersuchen an Deutschland gestellt haben? Und wie würden die USA reagieren, wenn deutsche Polizisten zum Beispiel einen Rechtsextremisten in Boston festnehmen würden, weil er «Mein Kampf» und Hakenkreuzfahnen über das Internet nach Deutschland verkauft? In den USA ist das legal, in Deutschland jedoch eine Straftat.

Wir beschließen, zum Flughafen Frankfurt am Main zu reisen. Diesmal wollen wir nicht fliegen, sondern uns interessiert der Airport selbst.

Wir haben erfahren, dass das Heimatschutzministerium der USA einen Außenposten am Frankfurter Flughafen betreibt, der den meisten Deutschen bisher unbekannt sein dürfte. Wir wollen den Raum finden.

Das Büro soll sich in der Nähe einer Bundespolizei-Einrichtung befinden. Also fahren wir zum Tor 3, in diesem Flughafenabschnitt sitzt auch die Bundespolizeidirektion auf dem Airport. Der Pförtner, weißes Hemd mit kurzen Ärmeln, kann mit dem Namen der US-Einheit nichts anfangen und beginnt engagiert zu telefonieren. Mehreren Stellen geht es wie ihm, genervt schiebt er uns irgendwann sein Telefon über den Tresen. Wir sollen selbst weiterfragen. Nach ein paar Telefonaten gelangen wir an einen Bundespolizisten am andere Ende der Leitung, der die US-Einheit kennt:

«Wo finden wir denn Ihre amerikanischen Kollegen?»

«Das kann ich Ihnen nicht sagen.»

«Können Sie uns die Telefonnummer nennen?»

«Die darf ich Ihnen nicht sagen. Was wollen Sie denn von denen?»

«Das können wir Ihnen nicht sagen.»

Hier, hinter Tor 3, werden wir nicht fündig. Wir ziehen weiter und versuchen uns hinter den Kulissen des Flughafens durchzufragen, einer der mehr als 2000 Polizisten, der unzähligen privaten Sicherheitsleute oder Flughafenmitarbeiter muss das Büro doch kennen.

Lange irren wir überall herum, klopfen an Bürotüren der Bundespolizei von Halle A bis Halle C, fragen bei der Auskunft nach, lassen nichts aus. Die Außenstelle des US Department of Homeland Security (DHS) scheint ein Mysterium zu sein oder jedenfalls ein gut gehütetes Geheimnis.

Nur sehr vereinzelt hat man von den US-Heimatschützern auf deutschem Boden gehört, man schickt uns zu Räumen, aus denen die Amerikaner aber

schon wieder ausgezogen sind. Dann hören wir von einem deutschen Polizisten, dass die «alle Nase lang umziehen», das Büro sei eher «ein Warteraum». Falls es Gesprächsbedarf gebe, treffe man sich immer bei der deutschen Bundespolizei, nie bei den Amerikanern. Am Ende des Tages erhalten wir eine Telefonnummer der «United Service Organisation». Der Verein hilft US-Soldaten und deren Familien weltweit in allen Lebenslagen und betreibt auch ein Servicebüro auf dem Flughafen. Hier weiß man Bescheid: Halle C, Ankunftsbereich, Customs and Border Protection (CBP).

Wir stehen vor dem Büro, es ist verwaist. Mit der Milchglasscheibenfront und der glatten, glänzenden, schwarzen Steinfassade könnte hier auch ein Nagelstudio sein. In dem vielleicht 30 Quadratmeter großen Raum stehen ein Schreibtisch, ein Konferenztisch und ein paar Aktenschränke, mehr nicht. Der schmucklose Raum soll die US-Regierung 1000 Euro pro Monat kosten.

Die CBP-Beamten sitzen aber nicht mehr ständig hier. Wir erfahren, dass die Hauptarbeit der sogenannten amerikanischen «Zoll- und Grenzsicherung» nicht mehr direkt auf dem Flughafen stattfindet, sondern in der Clay-Kaserne in Wiesbaden. Hier sitzt die Einheit heute hauptsächlich. Wird jemand entdeckt, der von den USA gesucht wird, kommt ein Ermittler kurz herübergefahren zum Flughafen.

Noch immer aber kontrollieren die Mitarbeiter dieser CBP-Einheit Tag für Tag die Bordlisten von Flügen in die USA. «Reiseberatung» nennen sie ihren Job selbst.

*

Auf deutschem Boden betreibt das US Department of Homeland Security

insgesamt drei Büros. Eins in Hamburg, eins in Bremerhaven und das von uns in Frankfurt gefundene. Das sind die Städte, aus denen am häufigsten Direktflüge in die USA abheben und Schiffe auslaufen mit Ziel Vereinigte Staaten. Die meisten der 75 US-Beamten des Heimatschutzministeriums in Deutschland sind offiziell den Generalkonsulaten in Hamburg und Frankfurt unterstellt – und leben getarnt als Diplomaten in Deutschland.

Die «Customs and Border Protection»-Einheiten an den See- und Flughäfen sind zuständig für «Strafverfolgung und Gefahrenabwehr». Ihre Mission lautet: «Gefährliche Menschen von Amerika fernhalten», sagt die zuständige Koordinatorin im Heimatschutzministerium. Die Beamten in Deutschland sollen verhindern, dass mögliche zukünftige Terroristen und Terrorwaffen in die USA gelangen. Die US-Polizisten an den Seehäfen sollen vor allem das Risiko «von Warenverkehren mit dem Ziel USA» analysieren, antwortet die Bundesregierung auf eine Anfrage.

Mindestens noch fünf weitere US-Dienste und Behörden sind an deutschen und europäischen Grenzen eingesetzt: Immigration and Customs Enforcement (ICE), Transportation Security Administration (TSA), Coast Guard (USCG), Citizenship and Immigration Service (USCIS) – und der Secret Service, der auch den Hacker Jonny Hell festgenommen hatte.

In den vergangenen Jahren haben die USA auf diese Weise unbemerkt ihre Außengrenze bis nach Deutschland hinein ausgedehnt. Amerikanische Beamte agieren in deutschen Flughäfen und Häfen wie im eigenen Land. Solche Rechte gestattet normalerweise kein Land einem anderen, denn sie beschneiden die Souveränität des Gastlandes massiv.

In Hamburg arbeiten sechs Amerikaner bei der «Customs and Border Protection», in Frankfurt sind es mehr als 40, allein vier Beamte sind für das

kleine Büro am Frankfurter Flughafen eingeteilt. Sie arbeiten für das «Einreise-Beratungsprogramm». Dafür schauen sie die Bordlisten der Airlines vor dem Boarding der Fluggäste durch und gleichen die Namen der Reisenden mit einer «Terroristen-Merkliste», mit gesuchten Kriminellen sowie US-Haftbefehlen ab. Außerdem checken die Beamten die Reisebewegungen der Passagiere und suchen nach Verbindungen zu bekannten und bisher noch unbekanntem Terroristen. So wollen sie sogenannte «Hochrisiko-Reisende» identifizieren.

Entdecken sie einen mutmaßlichen Terroristen oder eine andere Person, die nicht in die USA einreisen sollte, geben sie den Fluglinien einen Hinweis. Bei diesen sogenannten «Last Gate Checks» stehen die amerikanischen Polizisten – wie bei dem estnischen Hacker – auch mit am Abflug-Gate und zeigen den Stewardessen, wer der gefährliche Fluggast ist.

Warum dürfen Mitarbeiter eines amerikanischen Ministeriums auf deutschem Boden entscheiden, wer fliegen darf und wer nicht? «Hoheitliches Handeln von US-Bediensteten in Deutschland ist nicht zulässig, darum werden Flugverbote von Mitarbeitern des DHS in Deutschland nicht ausgesprochen», teilt die Bundesregierung auf Anfrage mit. Offiziell geben die amerikanischen «Customs and Border Protection»-Polizisten den Airlines in Deutschland auch nur Tipps, wer gefährlich ist. Sie tun nichts, sie wollen nur beraten.

Spricht die CBP aber eine «No-Board-Empfehlung» aus, kommt das einem Einreisestopp in die USA gleich. Denn keine Airline möchte das Risiko übernehmen, dass doch etwas passieren könnte, wenn sie einen hochriskanten Passagier mit an Bord nimmt. Das Programm startete 2003 in Saudi-Arabien, heute werden die sogenannten «No Fly»-Listen von US-Polizisten mit den

Passagierdaten unter anderem an den Flughäfen in Amsterdam, Warschau und London abgeglichen. Allein im Jahr 2011 hinderten die US-Beamten an europäischen See- und Flughäfen insgesamt 1323 Menschen an der Einreise in die Vereinigten Staaten.

*

Moxie Marlinspike hat das erlebt. Der Mann aus San Francisco heißt nicht wirklich so, Marlinspike ist sein Hackername. Er ist ein großer Mann mit einem freundlichen, jugendhaften Gesicht, seine Dreadlocks entsprechen nicht dem landläufigen Bild eines Forschers, wie ihn das Magazin *Wired* bezeichnet. Der Computerexperte ist US-Staatsbürger und programmierte mit seiner Firma Verschlüsselungstechnik für Mobiltelefone. Die Sicherheits-Apps seines Unternehmens nutzten viele Protestler während des Arabischen Frühlings. Seine Auftraggeber sitzen aber auf der ganzen Welt.

Im November 2010 war Moxie Marlinspike auf dem Rückweg in die Vereinigten Staaten. Als der Amerikaner während einer Zwischenstation auf dem Frankfurter Flughafen ein Nickerchen auf einem Stuhl machte, tippte ihm überraschend ein Mann auf die Schulter. Der Mann hatte am Gate auf Marlinspike gewartet und ständig auf ein Foto des Gesuchten auf seinem Mobiltelefon geschaut, um den Star-Hacker in der Menge der Wartenden zu erspähen. Als er den «Hochrisiko-Passagier» erkannte, sprach er ihn auf Englisch an:

«Ich komme vom Amerikanischen Konsulat und habe einige Fragen an Sie, die Sie beantworten müssen.»

Der Mann verbot dem Hacker die Einreise in die USA, berichtet

Marlinspike später dem US-Magazin *The Register*. Der Beamte fragte ihn, woher er komme und wohin er jetzt reisen wolle. Dann verließ er den Raum und telefonierte mit einer Person in Washington D.C. Marlinspike wollte wissen, wieso er festgehalten werde. Daraufhin antwortete der amerikanische Polizist nur:

«Wenn mein Oberboss zu mir sagt, ich soll jemanden mitnehmen, dann weiß ich, dass etwas wirklich Wichtiges vor sich geht.»

Dann befragte er den Hacker weiter. Der amerikanische Polizist fand keinen Hinweis auf eine Straftat, darum durfte Moxie Marlinspike dann doch weiterfliegen. Als er nach einer weiteren Reise einige Tage später in New York landete, wurde er von Beamten der «Customs and Border Protection» auf dem John-F.-Kennedy-Flughafen fast fünf Stunden festgehalten, sein Laptop und seine beiden Handys wurden durchsucht. Er vermutet heute, dass die US-Behörden glaubten, er sei Teil von *WikiLeaks* und sie könnten über ihn vielleicht an den Whistleblower Bradley Manning herankommen.

*

Der Amerikaner Samir Suljovic brauchte Ende 2012 hingegen 17 Tage, bis er die CBP-Beamten in Wien und München überzeugen konnte, dass er zwar Muslim, aber kein Terrorist ist. Nachdem der 26-Jährige mit der muslimischen Häkelmütze und dem Kinnbart seine Familie in Montenegro besucht hatte, wurde er vor seinem Flug zurück nach New York ohne Grund in Europa festgehalten. Ihm wurde auch nicht mitgeteilt, warum er auf der «No Fly»-Liste gelandet war.

An den Grenzen durchsuchen amerikanische Dienste Verdächtige, ohne

ein Indiz oder einen Durchsuchungsbefehl zu besitzen. Ihnen reicht allein der Verdacht, ein Reisender könnte verbotene Dinge mit sich führen. Unter dem Vorwand einer Zollkontrolle versucht der amerikanische Staat so, mögliche Gefahren abzuwehren.

Die Vorfälle in Frankfurt zeigen, dass die USA ihre Auslegung des eigenen Rechts auch auf Deutschland übertragen haben. US-Polizisten nehmen Verdächtige fest, vernehmen Personen und sorgen dafür, dass einige von ihnen gar nicht erst in die USA einreisen können.

Als ein Bundestagsabgeordneter 2012 wissen wollte, aufgrund welcher Verträge amerikanische Polizisten auf deutschem Boden gegen Drogen, Waffenhandel und Terrorismus ermitteln dürfen, antwortete die Bundesregierung, dass die Cops als «ziviles Gefolge» der US-Streitkräfte in Deutschland eingesetzt werden. Ganz sicher war sich die Regierung aber nicht und ergänzte: «Die US-Regierung wurde hierzu um weitere ausführliche Informationen gebeten.»

Auf welcher rechtlichen Grundlage schalten und walten US-Agenten und Polizisten auf deutschem Boden, wie sie wollen?

*

Zurück im Büro durchforsten wir lange amerikanische Botschaftsdepeschen, die US-Diplomaten an das amerikanische Außenministerium gesandt hatten – bis wir fündig werden. Die Nachricht hat den Code BERLIN 00000768 und ist vom 13.4.2007. Darin schreibt ein US-Diplomat an das Außenministerium in Washington: «Der Vertreter des Innenministeriums stimmte am 29. März dem US-Vorschlag zu, vier CBP-Offiziere am Frankfurter Flughafen zu

stationieren.»

Der Innenministeriums-Mitarbeiter war damals Referatsleiter «Polizeiliche Grundsatz- und Einsatzangelegenheiten» bei der Bundespolizei, dem ehemaligen Bundesgrenzschutz. Heute ist der hochrangige Beamte Präsident des Bundespolizeipräsidiums.

Der US-Diplomat notierte 2007: Der leitende Bundespolizei-Mitarbeiter betonte «die Notwendigkeit für das Einreise-Beratungsprogramm» in enger Zusammenarbeit mit der für Einreise auf dem Flughafen zuständigen Bundespolizei. Der Vertreter der Bundesregierung schlage außerdem vor, dass die US-Polizisten bei jedem «Treffer» die Bundespolizei informieren können. So könnte die Bundespolizei «ihre Entscheidung im Zusammenhang mit der Einreise [des Hochrisiko-Passagiers] überdenken, wenn erforderlich.»

Außerdem wollte der Deutsche sichergehen, dass sich die US-Polizisten auch wirklich alle Flüge in die USA vornähmen und nicht nur die der deutschen und amerikanischen Airlines. Und er wünschte auch Zugang zu den US-Datenbanken für die Bundespolizei – unter anderem, um Reisende zu checken, die gar nicht in die USA unterwegs seien.

Gern, so bot er am Ende noch an, könne er sich im Gegenzug beim Flughafen dafür einsetzen, dass die amerikanischen Polizisten einen Raum neben der deutschen Bundespolizei erhielten.

Die Zusammenarbeit funktionierte schon länger gut. Bereits in den Jahren davor hatten Bundespolizisten Daten von verdächtigen Reisenden an das Heimatschutzministerium weitergegeben. So erhielt das DHS den kopierten Pass und den Parlamentsausweis eines marokkanischen Abgeordneten, der den deutschen Grenzpolizisten 2004 auffällig vorkam, weil er eine CD mit dem Bild eines Hamas-Führers in seinem Gepäck hatte. Diese inoffizielle

Kooperation blieb natürlich geheim.

Trotz der Einrichtung des neuen Büros wünschte sich der deutsche Spitzenbeamte auch weiterhin eine «informelle Beziehung» zwischen den USA und Deutschland. Im Klartext: Er wollte eine Kooperation, die leise und geheim bleibt und nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Drei Jahre später bestätigte ein amerikanischer Diplomat aus Berlin gegenüber dem US-Außenministerium in einem Brief, dass die strategische Kooperation im Anti-Terror-Kampf zwischen dem Heimatschutzministerium und dem deutschen Innenministerium gestärkt wurde. «Deutschland beteiligt sich an der Grenzsicherungs-Initiative in Hamburg, Bremerhaven und Frankfurt.» Es würden «Anstrengungen» unternommen, um die Sicherheit für Flüge in die USA an sieben deutschen Flughäfen zu verbessern.

*

Wir telefonieren mit dem deutschen Anwalt von Jonny Hell in Frankfurt am Main. Oliver Wallasch hatte wochenlang versucht, die Auslieferung seines Mandanten an die USA zu verhindern. Erfolglos. Heute hat er seine eigene Theorie, warum der vermeintliche amerikanische Staatsfeind auf deutschem Boden festgenommen wurde. «Deutschland ist ein sehr auslieferungsfreundliches Land», sagt er. Die Vermutung liege nahe, dass sich der Secret Service während der Verfolgung von Jonny Hell durch Europa die Bundesrepublik bewusst ausgesucht hat, um ihn reibungslos festnehmen zu können.

Die Erfahrungen des Anwaltes werden durch zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Wenn die USA eine Person ausgeliefert

haben wollen, dann sperrt sich kein Richter in Deutschland dagegen – auch wenn die Angeklagten mit härteren Strafen als nach deutschem Recht rechnen müssen oder gar erst über einen Geheimdienst-Trick nach Deutschland entführt worden waren.

Vor acht Jahren wurde ein Amerikaner von Deutschland an die USA ausgeliefert, obwohl ihm in der Heimat eine lebenslange Gefängnisstrafe ohne Bewährung drohte – eine Strafe, die es so in der Bundesrepublik gar nicht gibt; nach 15 Jahren werden «lebenslange» Strafen in der Regel zur Bewährung ausgesetzt.

In einem anderen Fall wurde ein Jemenit aus Deutschland an die USA ausgeliefert, ein islamischer Imam, der vorher durch den V-Mann eines US-Dienstes eigens für die Festnahme nach Deutschland gelockt worden war. Der V-Mann hatte ihm eine Spendenübergabe in Frankfurt versprochen. Für deutsche Behörden waren diese Vorkommnisse aber kein Hindernis, ihren US-Kollegen jeden Auslieferungswunsch zu erfüllen.

Rechtsanwalt Oliver Wallasch hat schon gegen etliche Auslieferungsgesuche der USA gekämpft. Er kann sich an keinen einzigen Fall erinnern, in dem eine Auslieferung an die USA verhindert wurde.

Epilog

Am Ende unserer Reise saßen wir in der Theaterkneipe in Leipzig zusammen. Wir schrieben unsere Erfahrungen auf und schauten zurück auf die vergangenen Monate. Was hatten wir gelernt?

Amerikanische Geheimdienste können problemlos deutsche Glasfaserkabel anzapfen, um Millionen Bundesbürger abzuhören. NSA-Agenten machen ihren Job in Hessen, ohne kritische Nachfragen fürchten zu müssen. Die CIA konnte die Geheimgefängnisse mit Hilfe seiner Logistikzentrale in Frankfurt aufbauen, und der private Auftragnehmer für die Kidnapping-Flüge der CIA erhält bis heute Millionenaufträge von der Bundesregierung. Von Stuttgart und Ramstein aus wird der geheime Drohnenkrieg der Vereinigten Staaten mit geplant und gesteuert. Deutschland ist gern Gastgeber für das US-Kriegskommando, auch ohne Zustimmung des Parlaments. Die Bundesrepublik horcht für den «Krieg gegen den Terror» seine Einwanderer aus und liefert eigene Nachrichtendienst-Informationen an den transatlantischen Partner. Und an deutschen Grenzen benehmen sich amerikanische Polizisten manchmal so, als ob sie im eigenen Land ermitteln würden.

Diese konkreten Erkenntnisse überraschten auch uns, obwohl wir die Sicherheitspartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland schon länger beobachteten. Aber sie fügten sich in das Bild, das wir uns im letzten Jahrzehnt gemacht hatten.

Alles begann vor acht Jahren mit einer Verabredung zum Lunch in Washington. Wir trafen uns damals in einem koreanischen Restaurant in der amerikanischen Hauptstadt mit einem Informanten. Der Kalender an der Wand des Gastraums zeigte den 12. Juli 2005 an. Wir hatten uns in der Uhrzeit geirrt und waren eine Stunde zu früh in der Garküche erschienen. Weil unser Gesprächspartner nicht kam, wollten wir schon wieder gehen. Dann aber stand er in der Tür. Unser Mann war ein früherer Pentagon-Mitarbeiter, der Zugang zu Geheimdienstinformationen aus der Zeit des Irak-Kriegs hatte.

Wir trafen uns, um über die Welt der Geheimdienste zu sprechen und über deren Mitarbeiter, die angeblich «Beweise» gefunden hatten, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besaß. Wir lachten über ihren Serien-Lügner, dem sie den Quellennamen «Curveball» gegeben hatten. Er hatte sich für den Bundesnachrichtendienst das Märchen ausgedacht, dass Saddam Hussein mobile Labore zur Produktion biologischer Kampfstoffe gebaut habe. Und der BND hatte das geglaubt.

Und wir lachten auch über die noch Verrückteren in den höchsten Positionen der US-Regierung, die glaubten, dass die ganze Welt darum in den Krieg gegen den Irak hatte ziehen müssen.

Auf unseren Tellern lagen Dim Sums, kleine Teigtaschen mit Shrimps gefüllt. Zur Mittagszeit drängte sich eine große Gruppe Menschen in das winzige Restaurant. Die Sitze, die Tische und das WC, wahrscheinlich würde der Großteil der Ausstattung gegen sämtliche deutsche Gesetze und Regeln für Gaststätten verstoßen. An der Wand hing das Bild eines koreanischen Helden. Oder war es der Restaurantbesitzer?

«Erinnert ihr euch an die Bombardierung des Hähnchenrestaurants am

Ende des Krieges?»

«Hähnchen? Hähnchenrestaurant? Irak?» Wir erinnerten uns nicht.

«*Stadtteil Mansur in Bagdad? Der Versuch, Saddam zu töten? Nur einen Tag bevor der Krieg offiziell beendet wurde?»*

Wir nickten. Journalisten nicken immer, wenn sie keine Ahnung haben.

«Was ist damit?»

«*Die deutschen Informationen waren das Zünglein an der Waage damals.»*

«Deutsche Informationen?»

«*Yeah, ihr wisst doch, diese beiden Jungs vom BND, einer hatte immer so viel Wein getrunken. Sie saßen in der französischen Botschaft in Bagdad damals. Kommt schon, das waren die, die uns bei der Zielfindung geholfen hatten ...»*

Wir schauten ihn an. In diesem Moment begriff er, dass er einen Fehler gemacht hatte. Er hätte uns das nicht erzählen sollen. Aber er hatte es getan.

*

«Geheime Kooperation: BND half Amerikanern im Irak-Krieg», lauteten die Schlagzeilen in der *Süddeutschen Zeitung* und im ARD-Magazin *Panorama*, als wir unsere Geschichte 2006 nach Wochen der Recherche veröffentlichten. Wir beschrieben, wie ein BND-Agent den Amerikanern direkt bei der Auskundschaftung von zwei Gebäuden in der irakischen Hauptstadt geholfen hatte. Daraufhin wurden diese Häuserkomplexe bombardiert, zwölf Menschen starben. Das war erstmals der Beweis, dass sich Deutschland doch am Krieg gegen Saddam Hussein beteiligt hatte, trotz Bundeskanzler Schröders «Nein» zu diesem Krieg im UN-Sicherheitsrat.

Nach der Veröffentlichung reagierte die sonst in solchen Fragen sehr zurückhaltende deutsche Regierung ziemlich schrill. Das zeigte uns, dass wir einen sensiblen Punkt getroffen hatten. Wir hatten den Geheimdienst quasi *in flagranti* erwischt.

Die Bundesregierung versuchte interessanterweise, den deutschen Kriegseinsatz mit Pazifismus zu erklären. Der Bundesnachrichtendienst habe nur «humanitäre Geheimdienstarbeit» betrieben, hieß es. Ernst Uhrlau, der damalige Präsident des BND, stritt die Rechercheergebnisse ab und ließ erklären, dass die deutschen Agenten nur in Bagdad stationiert waren, um die Thora-Rollen in einer Synagoge zu beschützen.

Wenn ein deutscher Geheimdienstchef versucht, einen Kriegseinsatz mit dem Schutz des Judentums zu erklären, ist das ein sicheres Zeichen, noch genauer hinzuschauen. Als später die Liste mit den vom BND gelieferten militärischen Zielen veröffentlicht wurde, konnte er diese Begründung nicht mehr aufrechterhalten.

Durch dieses Beispiel der BND-Agenten in Bagdad wurde uns erstmals klar, dass es eine Ebene der Kooperation zwischen den beiden Ländern gibt, die das Gegenteil ist von der öffentlichen Tagespolitik. Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte sich damals öffentlich gegen diesen Krieg, während die beiden deutschen Agenten in der französischen Botschaft in Bagdad «hilfreicher für uns waren als 5000 Soldaten», wie später Spider Marks, der Leiter der US-Aufklärung während der Invasion im Irak, sagte.

Doch diese Kooperation lief im Geheimen ab. Sie sollte vor der Bevölkerung versteckt werden.

Unbekanntes entzieht sich der kritischen Beobachtung durch die Gesellschaft. Wo bei Ereignissen wie der illegalen Verschleppung von

Verdächtigen, Spionage unter Flüchtlingen, NSA-Lauschangriffen oder der Planung internationaler Kriege die Transparenz fehlt, ist auch keine öffentliche Kontrolle möglich. Geheimnisse bedeuten Macht. Macht, die missbraucht werden kann, wenn niemand sie kontrolliert. Geheimnisse sind eine Gefahr für die Demokratie.

*

Kein Außenstehender, der die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren seit 2001 beobachtet, kommt umhin, den Widerspruch zwischen der Selbstwahrnehmung der Deutschen und dem Handeln ihrer Regierung zu erkennen.

Die Bundesbürger sehen sich gern als Friedensnation. Die Parole «Nie wieder Krieg!» ist tief im deutschen Selbstbild verankert. Als Politiker aus der Bundesrepublik und der DDR 1990 den Zwei-plus-Vier-Vertrag unterschrieben, formulierten sie darin in Artikel 2, dass «von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird». Viele meinen, dass die Formulierung seitdem zu einem entscheidenden Baustein des neuen Deutschlands geworden ist, das mit der Wiedervereinigung entstand.

Seitdem zwei der schrecklichsten Kriege der Menschheit von deutschem Boden ausgingen, sind die Deutschen stolz darauf, nicht mehr in Kriege verwickelt zu sein. Der Politologe Herfried Münkler spricht von einer «postheroischen Gesellschaft». Bis zu 86 Prozent der Deutschen lehnen Kriege ab, das zeigen aktuelle Umfragen. Die Mehrheit der Bundesbürger ist überzeugt davon, dass die Politik versagt hat, sobald Waffen eingesetzt werden müssen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es wenige

Haltungen, die so uneingeschränkt von den meisten Deutschen geteilt werden, wie die Ablehnung von Krieg und die Skepsis gegenüber allem Militärischen.

Von außen könnte man das Gefühl haben, dass die deutsche Bevölkerung lauter Mahatma Gandhis an Webstühlen entdeckt, wenn sie sich im Spiegel betrachtet.

*

Gerhard Schröder wurde 2002 auch deshalb wieder zum Kanzler gewählt, weil er die deutsche Zustimmung zum Irak-Krieg verweigert hatte. Viele Deutsche glauben auch heute noch, dass ihr Land nicht gegen Saddam Hussein gekämpft hat.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Während sich Schröder auf der politischen Bühne feiern ließ für seinen Mut, den USA die Unterstützung zu verweigern, half Deutschland heimlich US-Geheimdiensten und Militär beim Krieg gegen den Irak. Nach Recherchen verschiedener Medien musste das Verkehrsministerium im Jahr 2003 einräumen, amerikanischen B52-Bombern auf dem Weg in den Irak Überflugrechte über Deutschland gewährt zu haben. Auch die Truppenversorgung, die über drei US-Air Bases in Deutschland organisiert wurde, duldet die Bundesregierung. So lieferten amerikanische Flugzeuge und Schiffe Kriegsmaterial in den Irak, das zuvor in deutschen US-Stützpunkten gelagert worden war.

Aber auch direkt im Irak unterstützten deutsche Beamte den illegalen Krieg. Neben den zwei BND-Beamten, von denen uns der Informant in Washington berichtete, stellte der deutsche Auslandsgeheimdienst BND dem

US-Militärgeheimdienst DIA auch eine Skizze der vermeintlichen Verteidigungsstrategie des irakischen Regimes zur Verfügung.

«Auch wenn Kanzler Schröder politisch gegen den Irak-Krieg opponiert hat, sind die beiden Staaten weiter Partner und Freunde geblieben», schreibt William M. Arkin. Er behauptet, dass es eine geheime Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen gibt. Welche Regierung gerade an der Macht sei, sei egal. Die geheime Zusammenarbeit funktioniere immer weiter.

Arkin ist Militärexperte und hat einige politische Bestseller veröffentlicht. Der *Washington Post*-Autor arbeitete in den 70er Jahren als Aufklärungsoffizier des US-Militärgeheimdienstes in Berlin. Heute ist er einer der renommiertesten Experten für die amerikanische Sicherheitspolitik. Am Beispiel des Handelns der Schröder-Regierung im Irak-Krieg zeige sich, «dass die deutschen Regierungen offiziell der US-Administration trotzen, aber hinter den Kulissen immer die amerikanische Politik unterstützen», schreibt William M. Arkin.

Er ist der Ansicht: Das deutsche Mitwirken am amerikanischen Sicherheitsapparat kann man gar nicht überbewerten. In Deutschland ist schon allein wegen der Mitgliedschaft in der NATO amerikanisches Militär stationiert. Daneben gibt es aber auch noch andere US-Truppen und Einrichtungen, die nichts mit der NATO zu tun haben.

Deutschland entsendet Soldaten für den Krieg in Afghanistan und ist Koalitionspartner der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF in der Region. In Deutschland ist neben dem US-Europa-Kommando EUCOM auch das US-Regionalkommando für Afrika AFRICOM stationiert. Außerdem lagern die Vereinigten Staaten heute immer noch zwanzig Nuklearwaffen auf deutschem Boden.

*

Die Integration Deutschlands in die US-Sicherheitsarchitektur endet nicht bei der offiziellen militärischen Kooperation. Seitdem 2001 Flugzeuge in das World Trade Center und in das Pentagon stürzten, führen die Vereinigten Staaten einen Geheimdienst-Krieg gegen Terrorverdächtige.

Immer wieder haben deutsche Dienste und Behörden im Verborgenen den geheimen Anti-Terror-Krieg der USA unterstützt: Vom ersten deutschen Entführungsoffer Muhammad Haidar Zammar im Jahr 2001 bis zum ersten deutschen Drohnenopfer Bünyamin Erdogan zehn Jahre später. Der krasse Widerspruch zwischen dem, was Deutschland sagte und was Deutschland tat, war offensichtlich.

Die erste Phase im verdeckten amerikanischen «Krieg gegen den Terror» war geprägt durch Entführungen von Terrorverdächtigen und dem dafür geschaffenen Netz geheimer Gefängnisse.

In dieser anfänglichen Phase zwischen 2001 und 2007 sammelten die USA vor allem Informationen, wie es hieß. Es ging um belastbare Informationen, «um einen drohenden Terroranschlag zu verhindern». Das bedeutete: Verdächtige kidnappen, verschleppen, einsperren und verhören.

Insgesamt 672 Menschen nahmen US-Streitkräfte und Geheimdienste in Pakistan in Haft, über 800 waren es in Afghanistan und über 130 in anderen Teilen der Welt. Tausende Gefangene der USA wurden in all den Jahren durch das Gefängnis im afghanischen Bagram geschleift oder gingen durch die Hölle von Abu Ghraib im Irak. Namen wie Guantánamo, Salt Pit, Bagram International, Abu Ghraib wurden später international zu Symbolen für die geheimen Gefängnisse.

In dieser Zeit eröffnete die US-Regierung auch überall auf der Welt Geheimgefängnisse, in denen die CIA Verhörmethoden anwendete, die nur als Folter bezeichnet werden können. Diese geheimen Kerker in Polen, Litauen, Bosnien, Kosovo und Rumänien und die Haftanstalten auf Kuba, im Irak und Afghanistan wurden für ein Jahrzehnt zu den meistdiskutierten Gefängnissen der Welt.

Von Anfang an unterstützte Deutschland die Vereinigten Staaten in dieser ersten Phase der Masseninternierungen und Verschleppungen:

Der Fall Muhammad Haidar Zammar

Nur wenige Wochen nach den Terroranschlägen auf das New Yorker World Trade Center teilte das Bundeskriminalamt 2001 der amerikanischen Bundespolizei FBI die Flugdaten und den Aufenthaltsort von Muhammad Haidar Zammar mit. Kurz darauf wurde der Hamburger in Marokko unter Mithilfe der USA festgenommen und im Stillen nach Syrien verschleppt. Viele Beobachter waren überzeugt davon, dass das BKA durch diese Informationen die Festnahme des eigenen Staatsbürgers erst ermöglicht hatte. Später bekam Deutschland die Chance, Zammar ebenfalls zu verhören. Beamte des BKA und der deutschen Geheimdienste reisten dafür zu einer als Foltergefängnis geltenden Haftanstalt nach Syrien.

Der Fall Murat Kurnaz

Die Bundesrepublik sandte nicht nur Bundeswehrtruppen nach Afghanistan, sondern auch Soldaten der Elitebrigade Kommando Spezialkräfte (KSK). Die Einheit bewachte am Anfang des Krieges das Guantánamo-

Vorgängergefängnis im afghanischen Kandahar. Anfang 2002 sollen KSK-Soldaten während eines Wacheinsatzes an der Misshandlung von Murat Kurnaz beteiligt gewesen sein. Er war von Kopfgeldjägern 2001 in Pakistan entführt und an die USA verkauft worden. Ohne Anklage saß er viereinhalb Jahre in US-Gefängnissen ein, bis er als Unschuldiger wieder entlassen wurde.

Als die Vereinigten Staaten Kurnaz 2002 entlassen wollten, lehnte die Bundesregierung es ab, den gebürtigen Bremer wieder nach Deutschland einreisen zu lassen. Der deutsche Sicherheitsapparat unter der Leitung von Frank-Walter Steinmeier forderte eine Kopie seines Ausweises an, um darin einen Vermerk einzustempeln, der ihm die Einreise nach Deutschland unmöglich machen sollte.

Außerdem lieferte Deutschland belastende Informationen über den Bremer an die US-Kollegen. Diese Informationen führten wohl auch dazu, dass die USA Kurnaz noch vier weitere Jahre festhielten. Im Abschlussbericht des BND-Untersuchungsausschusses im Bundestag heißt es: «Man kann sich kaum vorstellen, dass die Verdachtsmomente aus Deutschland dabei keinerlei Rolle gespielt haben sollten.» Obwohl die Amerikaner Murat Kurnaz gern schon längst nach Deutschland zurückgeschickt hätten, weil er dann doch kein gefährlicher al-Qaida-Terrorist war, tat Deutschland alles dafür, dass dies nicht passierte.

Der Fall Khaled al-Masri

Der Deutsche Khaled al-Masri wurde 2003 von der CIA in Mazedonien entführt, nach Afghanistan verschleppt und gefoltert. Nach seiner Rückkehr

nach Deutschland bekam der deutsche Innenminister Otto Schily eine vertrauliche Nachricht von der US-Botschaft darüber, was geschehen war. Das Kidnapping sei ein Fehler gewesen und al-Masri verwechselt worden, hieß es. Schily behielt dieses Wissen für sich – er berief sich darauf, dass es ihm im Vertrauen berichtet wurde.

Ein Münchner Staatsanwalt erhob später Anklage gegen die 13 mutmaßlichen CIA-Entführer und bat die Bundesregierung, die Haftbefehle an die USA zu überstellen. Ohne die politische Unterstützung solch einer diplomatischen Anfrage ist ein Staatsanwalt in Deutschland machtlos.

Durch Botschaftsdepeschen, die *WikiLeaks* veröffentlicht hatte, wurde später bekannt, dass ein Gesandter der US-Botschaft in Berlin das Kanzleramt damals warnte, dass die Haftbefehle gegen die Agenten «einen negativen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen» zwischen Deutschland und Amerika haben würden. Man solle vorsichtig jeden Schritt abwägen, mahnte der US-Diplomat. Deutschland hat die Haftbefehle nie an die Vereinigten Staaten übersandt. Bis heute nicht.

Wenn die Deutschen einen Amerikaner entführt und gefoltert hätten, wäre es schwer vorstellbar, dass die amerikanische Regierung darauf verzichten würde, einen Haftbefehl nach Deutschland zu überstellen, um die bilateralen Beziehungen nicht zu belasten.

*

Die Vereinigten Staaten von Amerika verloren enorm an Ansehen in diesen Jahren, die innenpolitische Kritik wurde immer lauter. Viele bemängelten,

dass selbst der Erkenntnisgewinn durch die verwerflichen Gefangenenbefragungen verschwindend gering war. Im Jahr 2006 sah sich Präsident George W. Bush aufgrund der wachsenden öffentlichen Empörung gezwungen, die Geheimgefängnisse in Osteuropa zu schließen. In den letzten eineinhalb Jahren der Bush-Ära stoppte die Regierung auch die Aufnahme neuer Gefangener im US-Internierungslager auf Guantánamo Bay. Doch wie sollte man in Zukunft mit seinen Feinden umgehen?

Die zweite Phase im geheimen US-Krieg gegen den Terror begann 2007 und dauert bis heute an. Die US-Regierung fand eine neue technische Möglichkeit, gegen vermeintliche Terroristen vorzugehen, ohne das Problem von Gefangenen zu haben: Killerdrohnen.

In der Amtszeit von George W. Bush wurden 52 Drohnenangriffe bekannt, die Zielen außerhalb von Kriegen galten. Innenpolitisch herrschte große Einigkeit über den Einsatz von Kampfdrohnen zwischen Republikanern und Demokraten: Gezielte Tötungen von Terroristen aus der Luft in Pakistan und im Jemen waren vergleichsweise kostengünstig, es starben dabei keine US-Soldaten, und am Ende gab es auch keine Gefangenen, die man unterbringen und vor ein Gericht stellen musste. Getötete Terrorverdächtige sind Biomasse, die nicht mehr atmet. Tote erscheinen nur einmal in der Zeitung – über atmende Biomasse wird immer wieder berichtet und diskutiert.

Das mag zynisch klingen, aber so sieht die Logik des Weißen Hauses aus.

Präsident Barack Obama setzte die Politik der Tötungen mittels Drohnen ungebrochen fort, er weitete sie sogar massiv aus. Alle von uns publizierten Zahlen basieren auf qualifizierten Schätzungen von unabhängigen Kriegsbeobachtern, die US-Regierung gibt keine offiziellen Zahlen heraus. Es ist ein Wesensmerkmal des geheimen Krieges, keine Spuren zu

hinterlassen, auch nicht statistische: Seit Obamas Amtsantritt griff durchschnittlich alle vier Tage eine US-Drohne Menschen an. Unter seinem Kommando gab es mit 574 Angriffen aus der Luft fast zehn Mal mehr US-Drohneneinsätze als unter Bush. Bis August 2013 wurden laut verschiedenen Quellen insgesamt bis zu 4918 Menschen in Pakistan, im Jemen und in Somalia durch Kampfdrohnen hingerichtet. Mindestens jeder vierte Tote war ein unbeteiligter Zivilist.

So konnte Präsident Obama auch guten Gewissens versprechen, in seiner Amtszeit keine neuen Gefangenen mehr in Guantánamo aufzunehmen.

*

In dieser neuen Phase der Hinrichtungen sind bisher vier Männer aus Deutschland durch amerikanische Drohnenangriffe ermordet wurden. Es ist nicht klar, ob die Informationen aus Deutschland direkt zu ihrer Bombardierung führten oder das Bild von ihrer Person nur vervollständigten.

Ist es das, was die deutsche Bevölkerung möchte? Vielleicht. Wir wissen es nicht.

Aber wir sind überzeugt davon, dass das volle Ausmaß der bisher geheimen Sicherheitsbeziehungen zwischen den beiden Ländern bekannt werden sollte. Die Bürger sollten wissen, wo deutsche Nachrichtendienstler, Regierungspolitiker und Militärs heimlich zusammenarbeiten. Nur auf Basis dieses Wissens kann die Bevölkerung entscheiden, ob sich die Unterstützung der Bundesrepublik für den amerikanischen Anti-Terror-Krieg noch mit dem Selbstverständnis von Deutschland im Einklang befindet.

Und dann sollte sie sich fragen, ob sie weiterhin an Amerikas geheimen

Kriegen teilnehmen möchte.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Dank

Dieses Buch ist das Ergebnis einer großen Gemeinschaftsproduktion innerhalb des Norddeutschen Rundfunks. Viele Redakteure und unterschiedliche Abteilungen des NDR haben einen erheblichen Anteil am Gelingen. Das Projekt gäbe es nicht ohne die Zusammenarbeit der Redaktionen von Panorama, «Panorama – die Reporter», dem Team Recherche und dem Autoren-Pool.

Die Kooperation ist ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig dem NDR langfristige und schwierige Recherchen sind und wie er sie mit allen Kräften unterstützt. Wir sind der Überzeugung, dass es diese Bündelung an Kräften braucht, um solch ein komplexes Thema zu durchdringen und öffentlich zu machen.

Ganz konkret möchten wir uns darum namentlich bei folgenden Ermöglichern bedanken: Stephan Wels, der Leiter der Innenpolitik beim NDR, hat sich früh für das Thema erwärmt und sich bis zum Schluss dafür mit Verve und viel gutem Rat eingesetzt. Im Prinzip hat er die Umsetzung beim NDR erst ermöglicht. Dietmar Schiffermüller, zuständig für Panorama – die Reporter, war uns stets ein wichtiger Berater, hat uns mit den kreativsten Erzählideen überrascht und uns immer wieder motiviert. Auch Volker Steinhoff, der Redaktionsleiter von Panorama, war von Anfang an Feuer und Flamme für das Projekt, viele seiner geistreichen Einwürfe und seine kluge Kritik sind in dieses Buch eingeflossen. Ohne die Ideen, das Organisationstalent, die Durchsetzungsfähigkeit und die überbordende Unterstützung von Julia Stein, der Teamchefin Recherche, wären wir nie so

weit gekommen. Klaus Siekmann war uns ein stets freundlicher und immens wichtiger juristischer Beistand. Barbara Biemann vom Autoren-Pool sind wir vor allem für ihre Förderung des Filmprojektes dankbar.

Ein besonderes Anliegen ist es uns, die Mitarbeit einiger NDR-Kollegen herauszustellen, deren Erfahrungen, Erlebnisse und Recherchen in das Buch eingeflossen sind. Aus Verständlichkeitsgründen sind diese Informationen im Text nicht eigens gekennzeichnet. Wir wissen aber, wem wir manchen Fund und Rechercheerfolg zu verdanken haben: Niklas Schenck gebührt unser Dank für seine Recherchen unter somalischen Asylbewerbern und deutschen Privatauftragnehmern des US-Militärs. Und für seine klugen Ideen und die anpackende Art, die selten ist. Johannes Jolmes war so freundlich, für uns zur NSA nach Griesheim zu reisen und vor Ort zu filmen. Er war der erste Journalist, der Bilder dieser US-Geheimdienstanlagen in Deutschland machen konnte. Außerdem möchten wir uns bedanken bei Karin Böhme, Maren Böhnke, Stefan Buchen, Johannes Edelhoff, Martin Munz, Alexandra Richter, Anne Ruprecht, Jan Lukas Strozyk und Anke Zwies.

Als Teil unseres Teams war Antonius Kempmann auch diesmal wieder eine unverzichtbare Hilfe bei der Recherche und beim Faktencheck. Es gibt wohl keine Redaktion, deren Arbeit Toni nicht noch verbessern würde, wenn er diese unterstützen würde. Vielen Dank.

Wir sind sehr froh, die *Süddeutsche Zeitung* als Partner des NDR bei den Recherchen und für das Gesamtprojekt «Geheimer Krieg» gewonnen zu haben. Für die Hilfe und gute Zusammenarbeit möchten wir uns sehr bedanken: bei Hans Leyendecker, dessen Recherchen, Anregungen und Beratung uns immens geholfen haben. Seine Überzeugung, das Buch könne niemals rechtzeitig fertig werden, hat uns sehr motiviert, es trotz aller

Widerstände zu schaffen. Bastian Obermayer nahm sich unseres Manuskripts an, seine wertvollen Hinweise haben viele Seiten lesbarer gemacht. Frederik Obermaiers Recherchen waren hilfreich und sind in das Buch eingeflossen. Einige Geschichten, die später in diesem Buch wieder auftauchten, hat Nicolas Richter mitentwickelt. Stefan Plöching, der Chefredakteur von *Süddeutsche.de*, ist ein begeisterter Unterstützer des Projektes und hat die multimediale Darstellung unserer Recherchen zusammen mit Bastian Brinkmann, Oliver Hollenstein und Wolfgang Jaschensky stark vorangetrieben.

Auch Wiebke Hollersen gebührt Dank für ihre detaillierte Textkritik. Jedem Autor sei eine kritische und genaue Erstleserin wie Wiebke gewünscht.

Christof Blome und Frank Strickstock, unsere Lektoren bei Rowohlt, haben wieder einmal alles möglich gemacht, damit dieses Buch so schnell, aber gewissenhaft lektoriert und so gut verpackt und positioniert auf den Markt kommen konnte. Ihre Erfahrung möchten wir nicht missen. Auch Nora Gottschalk und Uwe Naumann danken wir sehr für ihr Interesse, ihre Ideen und den Einsatz für unser Projekt.

Andy Müller-Maguhn war zwar nicht immer einer Meinung mit uns, aber trotzdem immer ein begeisterter Unterstützer des Projektes, das ohne seine guten Ideen und seinen technischen Sachverstand ärmer wäre.

Hanno Burmester hat unsere Recherchen in einer frühen Phase engagiert unterstützt, dafür möchten wir ihm danken.

In Washington sind wir Karin Assmann, Mark Hosenball, Mike Isikoff, Mark Mazzetti, Erich Schmidt und Craig Whitlock dankbar für ihre Hinweise.

Viele weitere Personen haben uns bei unseren jahrelangen Recherchen und bei der Umsetzung des Buches unterstützt. Stellvertretend auch für die Menschen, die nicht namentlich genannt werden wollten, möchten wir uns ganz herzlich bedanken bei:

Jan van Aken, Hanna Baumann, Christine Buchholz, Christian Busold, Kenneth Carr, David Crawford, Dieter Deiseroth, Klaus Eichner, David Fechheimer, Katrin Finkemeier, Martin Fuchs, Moritz Grothe, Clara Gutteridge, René Hoffmann, Nancy Hollander, Ben Hopkins, Andrej Hunko, Wolfgang Jung, Detlef Kolloge, Alexander Lurz, Lorenz Matzat, Matthias Monroy, Wolfgang Nešković, Annette Peter, Reiko Pinkert, Ulrich Scholz, Helmut Schröder, Marco Seeliger, Amrit Singh, Fee Strieffler, Hans-Christian Ströbele, Jürgen Wagner, Oliver Wallasch, Heike Wilhelmi, Christine E. Wiegand und Willy Wimmer.

Christian Fuchs dankt seiner Familie für das unendliche Verständnis und Greta Taubert für ihre Liebe.

Für alle Fehler im Buch sind selbstverständlich die Autoren verantwortlich. Sollten Sie Fehler entdecken oder wollen Sie gern etwas ergänzen, schreiben Sie uns bitte. Gern würden wir Ihre Hinweise in die nächste Auflage mit aufnehmen. Am einfachsten erreichen Sie uns über die Facebookseite zum Buch:

www.facebook.com/GeheimerKrieg

Parallel zum Buch geht auch eine Webseite mit vielen zusätzlichen Informationen online:

www.geheimerkrieg.de

Leipzig/Berlin, September 2013

Christian Fuchs/John Goetz

[zur Inhaltsübersicht]

Bildnachweis

Picture Alliance, Frankfurt a.M.: Kapitel 1 (© dpa-Report), 2 (© dpa; Foto Bernd Settnik), 6 (© dpa; Foto Bernd Weissbrod), 12 (© dpa; Foto Rainer Jensen)

Christian Fuchs: Kapitel 3, 13, 15, 17, 18, 19

NDR 2013: Kapitel 4, 11, 14

www.nairobi.diplo.de, 17. Dezember 2010: Kapitel 5 (© Deutsche Botschaft Nairobi)

US Navy, Washington DC, www.navy.mil: Kapitel 6 (Foto Master Sgt. Dawn M. Price)

ddp images, Hamburg: Kapitel 8 (US Airforce), 9 (Foto Ronald Wittek)

Thorsten Lapp: Kapitel 10

Heidi Janssen, Berumbur: Kapitel 16

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Glossar

AFRICOM: auch USAFRICOM; Regionalkommando der US-Streitkräfte, das alle Militäroperationen und Kampfeinsätze in Afrika (außer Ägypten) durchführt. Sitz ist seit der Gründung 2007 Stuttgart.

Air and Space Operations Center (AOC): Gefechtsstand, der Lufteinsätze der US Air Force plant, führt und beauftragt. Für den afrikanischen Luftraum ist das US-AOC in Ramstein zuständig.

Air Force: auch US Air Force; Luftwaffe der Vereinigten Staaten von Amerika.

al-Qaida: («die Basis»), weltweites islamistisches Terrornetzwerk, das für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemacht wird. Sein Ziel ist ein islamischer Gottesstaat.

al-Shabaab: («die Jugend»), Islamisten-Miliz, die Teile von Südsomalia beherrscht und sich am internationalen Dschihad beteiligt. Ihr Ziel ist ein islamistischer Staat in Afrika. Soll Verbindungen zu al-Qaida unterhalten.

Anti-Terrorism Police Unit (ATPU): Anti-Terror-Einheit der kenianischen Polizei.

Army Intelligence and Security Command (INSCOM):

Nachrichtendienst der US Army, der zum Teil von der NSA betrieben wird. Auch Heeresteil der NSA genannt. Aufgaben sind die elektronische und menschliche Spionage, Geheimdienstarbeit sowie die Spionageabwehr von Feinden.

Base: auch Air Force Base; Kaserne mit Flughafenanschluss, auf der

Einheiten der US Air Force stationiert sind.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesnachrichtendienst (BND): Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland.

Camp Lemonnier: größte Basis von AFRICOM auf dem afrikanischen Kontinent, im Land Dschibuti am Horn von Afrika.

Capture-Kill-List: Ziele-Liste, auf der terrorverdächtige Personen notiert werden, die das US-Militär fangen oder töten soll. Die Nominierungen werden von Analysten vorgenommen und teilweise von US-Präsident Barack Obama abgezeichnet.

Central Intelligence Agency (CIA): ein Auslandsnachrichtendienst der Vereinigten Staaten von Amerika, der auch in der Bundesrepublik aktiv ist.

Combined Joint Task Force (CJTF-HOA): Gemeinsame Kampfgruppe «Horn von Afrika» der US-Streitkräfte mit Militärs der Partnernationen Sudan, Somalia, Dschibuti, Äthiopien, Eritrea, Seychellen und Kenia. Wurde als Reaktion auf den 11. September 2001 von den Vereinigten Staaten gegründet, mit Sitz im Camp Lemonnier in Dschibuti.

Defense Intelligence Agency (DIA): Nachrichtendienst des Militärs der Vereinigten Staaten mit Sitz im Pentagon in Washington D.C.

Federal Bureau of Investigation (FBI): Bundespolizei der Vereinigten Staaten mit Hauptsitz in Washington D.C.

Government Communications Headquarters (GCHQ):

Nachrichtendienst mit Aufgaben einer Sicherheitsbehörde in Großbritannien. Ist hauptsächlich für technische Geheimdienstaufgaben

zuständig, zum Beispiel Fernmeldeaufklärung.

Intelligence, Surveillance, Reconnaissance (ISR): (=

Geheiminformationen, Überwachung, Aufklärung)

nachrichtendienstliche Aufgabe von «Intelligence Analysts», die Informationen für die militärischen Truppen sammeln und auswerten.

Joint Special Operation Command (JSOC): Kommando bestehend aus verschiedenen Spezialeinheiten der Teilstreitkräfte der USA, die zentral geschult, ausgerüstet und geführt werden. Aufgaben sind Geiselnbefreiung und Terrorismusbekämpfung.

Mission Operator: auch Mission Coordinator; eine Art Kopilot im «Cockpit» der Drohne, der den Kontakt zu Aufklärern, Befehlshabern und den kämpfenden Bodentruppen hält.

Navy Seals: Spezialeinheit der US-Kriegsmarine, zu deren Aufgaben die Terrorismusbekämpfung, Aufklärung, Abwehr feindlicher Spionage, Kampfeinsätze, Befreiungsaktionen und unkonventionelle Kriegsführung gehören. Operiert teilweise verdeckt und in Form von Guerilla-Einsätzen wie psychologische Kriegsführung und Sabotage.

Pentagon: Verteidigungsministerium der USA in Form eines Fünfecks, in der Nähe von Washington D.C.

Pilot: sitzt beim Drohneneinsatz weit entfernt in einer Art «Cockpit», lenkt die Drohne per Joystick und drückt am Ende den Knopf für den Raketenabschuss.

Predator-Drohne: auch: MQ-1; «Raubtier», unbemanntes ferngesteuertes Flugobjekt der Air Force für Aufklärungs- und Angriffsflüge, das mit Raketen ausgestattet werden kann. Vorgänger der Reaper-Drohne.

Reaper-Drohne: auch: MQ-9; «Sensenmann», mit fast 11 Metern Länge

das bislang größte unbemannte ferngesteuerte Flugobjekt der US Air Force, für Aufklärungs- und Angriffsflüge. Kann mit Raketen und Präzisionsbomben ausgestattet werden.

Satcom Facility: Satellitenanlage, über die als Relaisstation Daten vom Einsatzort (z.B. in Afrika) zu Drohnenpiloten in den USA gesendet werden.

Secret Service: auch United States Secret Service (USSS); Strafverfolgungsbehörde der USA im Bereich Finanzkriminalität, die auch auf deutschem Boden aktiv ist. Vor allem als Personenschützer des Präsidenten bekannt.

Sensor Operator: eine Art Co-Pilot im «Cockpit» der Drohne, der die Sensoren für Foto-, Video- und Tonaufnahmen steuert.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Register

60th Expeditionary Reconnaissance Squadron 60
66th Military Intelligence Brigade 156ff.
Abdulmalik, Mohammed 45f.
Abu Ghraib 28, 165, 235
AFRICOM 27ff., 97ff., 102, 104, 111ff., 122, 134, 158, 161, 166, 203f.,
234, 245f.
Air and Space Operations Center (AOC) 81f., 87ff., 93ff., 245
Air Force 46, 62, 65, 73, 75, 90ff., 103, 109f., 115, 134, 159f., 245ff.
al-Qaida 49ff., 59, 61, 65, 72, 74, 122, 189, 236, 245
al-Shabaab 50, 52, 64, 72f., 121ff., 129ff., 245
Anti-Terrorism Police Unit (ATPU) 39, 45f., 245
Arkin, William M. 233
Army Intelligence and Security Command (INSCOM) 139, 142ff., 156ff.,
245
AT&T 151, 175, 178
Atlantic Crossing-1 (AC-1) 172
Awlaki, Abdulrahman al 61f.
Awlaki, Anwar al 61f.
Bad Aibling 162
Bagram, Air Force Base 46, 235
Bayer, Eberhard 116f.
Berjawi, Bilal al 71f., 74f., 76
Berlin 13f., 17, 21, 24, 27ff., 36, 70, 117f., 127, 132, 163, 173, 177, 195,

224f., 237

Bin Laden, Osama 53, 61

Binney, William 152, 162, 164

Black Sites 21, 28, 41, 44f., 46, 181ff., 187ff., 193, 197f., 200ff., 228, 234f., 238

Booz Allen Hamilton 147, 164

Buchen, Stefan 22f.

British Telecommunications (BT) 171

Bukarest 187, 200f.

Bundeskriminalamt (BKA) 14, 17f., 46, 207, 235f.

Bundesnachrichtendienst (BND) 14, 22, 125ff., 135, 142, 162f., 177, 229ff., 233, 236, 246

Bundespolizei 215ff., 218f., 224f.

Bundesverteidigungsministerium (BMVg) 27ff., 32, 34, 102, 115, 208, 210

Bundesverwaltungsgericht 35, 112ff.

Bundeswehr 70, 88, 111, 142, 162, 208f., 236

Bush, George W. 28, 32, 36f., 187, 196, 198, 238f.

CACI Inc. 165

Camp Lemonnier 33, 39f., 42ff., 52, 57, 59ff., 75, 82, 246

Capture-Kill-List 61, 75, 81, 97ff., 246

Celestial Balance 49ff.

Central Intelligence Agency (CIA) 13f., 22ff., 28, 31f., 41, 43, 49, 53f., 61, 133, 145, 147, 155, 164, 181ff., 193f., 197ff., 207, 209f., 228, 235, 237, 246

Clay Barracks 148, 157ff., 219

Combat Maneuver Training Center (CMTC) 103
Combined Joint Task Force (CJTF-HOA) 60, 246
Computer Science Corporation (CSC) 193ff.
Consolidated Intelligence Center (CIC) 158f.
Curveball 126, 229
Customs and Border Protection (CBP) 219ff.
Dagger Complex 138ff., 142ff., 156, 159, 163
Darmstadt 24, 139ff., 147, 153, 156f., 159ff., 216
Dashti, Shahab 12ff.
DE-CIX 174ff.
Defense Intelligence Agency (DIA) 132f., 145, 233, 246
Deiseroth, Dieter 35, 111ff.
Department of Homeland Security (DHS) 218ff.
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 21, 125, 128, 232
Deutsche Telekom 170, 172f., 175
Drake, Thomas 150f., 175
Drohne 11ff., 18, 47, 51f., 54, 59ff., 68, 70ff., 80ff., 88f., 95ff., 102ff., 106,
108ff., 114ff., 121f., 129, 134f., 156, 203, 207, 228, 234, 238f., 247, 249
Dschibuti 30, 33, 39ff., 44ff., 56, 59ff., 65f., 70, 75, 82, 99, 110, 246
Entführungen 28, 39, 42ff., 197ff., 201, 204, 207, 209ff., 231, 234ff.
Erdogan, Bünyamin 11ff., 17f., 234
Erdogan, Emrah 12ff., 17ff., 21
EUCOM 31ff., 57, 104, 166, 203f., 234
European Cryptology Center (ECC) 160f.
FedBizOps.gov 156
Federal Bureau of Investigation (FBI) 196f., 235, 246

Federal Procurement Data System (FPDS) 156
Flughafen Frankfurt 202, 213ff., 224ff.
Foggo, Kyle «Dusty» 182f., 185ff., 200
Frankfurt 24, 173ff., 181ff., 201f., 213ff., 228
Frankfurt Regional Support Terminal (FRANSUPT) 182, 184f.
Friedland 120, 128f.
Gandhi, Mahatma 232
Garlasco, Marc 133
Geheimgefängnisse 21, 28, 41, 44f., 46, 181ff., 187ff., 193, 197f., 200ff.,
228, 234f., 238
Gehlen, Reinhard 125f.
Government Communications Headquarters (GCHQ) 170ff., 177f., 246
Griesheim 139ff., 147, 156f., 160ff., 167, 241
Groundbreaker 196
Guantánamo Bay 36, 46, 56, 147, 235f., 238f.
Gutteridge, Clara 41ff.
Hauptstelle für Befragungswesen 120, 124ff.
Hayden, Michael 197
Hell, Jonny 213ff., 220, 226
High Value Targets 97, 133f., 198
Human Intelligence (HUMINT) 121, 165
Hussein, Saddam 126, 229f., 232
Intelligence Staff 132
International Security Assistance Force (ISAF) 234
Internetknoten 170, 174ff.
Interxion 174f., 176

Irish-Republichanische Armee (IRA) 41
Isse, Mohammed Ali 44f.
Joint Multinational Command Training Center (JMTC) 103f.
Joint Special Operation Command (JSOC) 50f., 61, 72, 78, 247
Jung, Franz Josef 27
Jung, Wolfgang 109f.
Kelley Barracks 32, 49ff., 76ff.
Koenig, John M. 27, 29f., 36
Kohl, Helmut 35
Kommando Spezialkräfte (KSK) 236
Kurnaz, Murat 36, 236
Level 3 Communications 171f., 177
Mainz-Kastel 157, 164, 166
Malone Jr., Lloyd 94f., 105
Mandela, Nelson 32
Maruhn, Thilo 114
Marks, Spider 231
Marlinspike, Moxie 222f.
Masri, Khaled al 44, 155, 193f., 197, 199, 209, 237
Merkel, Angela 112, 117, 167, 207
MITRE 164
MQ-1 Predator 13, 18, 60, 75, 99f., 103, 247
MQ-9 Reaper 61, 63f., 68, 99, 110
Mullen, Mike 50
Münkler, Herfried 232
Nabhan, Ali Saleh 49ff., 61,

78

Nachtwei, Winnie 34

National Security Agency (NSA) 139ff., 147ff., 169ff., 196f., 210, 228,
231, 245

Navy Seals 23, 52, 66, 247

Nešković, Wolfgang 70f.

Neuss 23

Norden 168ff., 173

North Atlantic Treaty Organization (NATO) 34f., 88, 113, 187, 234

Obama, Barack 24, 49, 51, 53f., 61f., 73, 75, 98, 111ff., 147, 151, 189,
238f., 246

Omar, Abu 198

Pakistan 11ff., 18, 53, 100, 151f., 235ff.

Patch Barracks 166, 204

Pentagon 59, 62, 70, 72, 89, 133, 149, 229, 234, 247

Polenz, Ruprecht 35

Prism 150f., 163, 172

Private Contractors 23, 33, 60f., 65f., 108, 147, 163ff., 189ff., 193ff.,
205ff., 218, 228

Ramstein 33, 52, 62, 70, 75, 82f., 87ff., 134, 156, 228, 245

Renditons 28, 39, 42ff., 197ff., 201, 204, 207, 209ff., 231, 234ff.

Reprieve 41, 200

Rodriguez, David 69f.

RQ-5A Hunter 103

Sakr, Mohamed 76

Salim, Suleiman Abdallah 43f.

Salt Pit 44, 171, 193, 235
Satcom Facility 107f., 247
Schily, Otto 237
Schmidt, Christian 27ff., 34
Scholz, Ulrich 88f., 97
Schröder, Gerhard 230ff.
Schuster, Wolfgang 55
SeaMeWe-3 173
Secret Service 117, 156, 215ff., 247
Sensitive Compartmented Information Facility (SCIF) 161
Signals Intelligence (SIGINT) 160
Silliman, Scott 134
Snowden, Edward 147ff., 164, 170, 172, 177
Somalia 19, 24, 39, 42ff., 52ff., 66, 71f., 74ff., 98f., 114, 119ff., 128ff.,
239, 245
Staatstrojaner 206
Steinmeier, Frank-Walter 36, 236
Stellar Wind 150
Ströbele, Hans-Christian 17, 243
Stuttgart 26, 29, 32f., 37ff., 47ff., 54ff., 62, 66ff., 104, 114f., 122, 134,
157f., 164, 166, 173, 195, 203f., 228, 245
Suljovic, Samir 223
targeting 122, 126, 133f., 229ff.
Tempora 172
Trans Atlantic Telephone Cable No 14 (TAT-14) 169f.
Tripartite Debriefing Programme (TDP) 132

Uhrhau, Ernst 231
Upstream 172
Utah Data Center 171
Verizon 151
Verschleppungen 28, 39, 42ff., 197ff., 201, 204, 207, 209ff., 231, 234ff.
Vodafone 170f.
Wallasch, Oliver 226f., 243
Ward, William E. «Kip» 49f., 54ff., 63, 67ff.
Waterboarding 28, 188
Waziristan 10ff., 17f.
Whitlock, Craig 59ff., 242
Wiesbaden 148, 157ff., 167, 193ff., 204, 219
WikiLeaks 36, 223, 237
Wimmer, Willy 34, 35, 243
XkeyScore 150
Zammar, Muhammad Haidar 234f.

[zur Inhaltsübersicht]

Über Christian Fuchs / John Goetz

Christian Fuchs ist Reporter in Leipzig. Er schreibt für Die Zeit, Süddeutsche Zeitung und arbeitet für den NDR. Seine investigativen Reportagen erschienen auch im SZ-Magazin, in Vanity Fair und im Spiegel.

John Goetz ist NDR-Redakteur für investigative Recherche, angesiedelt im ARD-Hauptstadtstudio, und freier Mitarbeiter der Süddeutschen Zeitung. Er war an der Aufdeckung der CIA-Geheimgefängnisse beteiligt und hat den legendären Kronzeugen der US-Regierung zur Rechtfertigung des Irakkriegs gefunden. Er wurde mit dem Henri-Nannen-Preis ausgezeichnet.

Die Autoren veröffentlichten gemeinsam 2012 bei Rowohlt das Buch «Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland».

[zur Inhaltsübersicht]

Über dieses Buch

Ein amerikanisches Kriegskommando in Stuttgart befiehlt Killerdrohnen in Afrika und im Nahen Osten, um mutmaßliche Terroristen umzubringen. Die NSA greift Daten von Überseekabeln ab, die von Deutschland ausgehen, und rüstet in Hessen ihre Abhörtechnik auf. US-Sicherheitskräfte nehmen auf Flughäfen Verdächtige fest. BND-Agenten horchen für die Amerikaner Asylbewerber aus, um Drohnenziele auszukundschaften. Der Aufbau geheimer US-Foltergefängnisse wurde von der CIA-Logistikzentrale in Frankfurt gesteuert. Und die US-Firma, die die Kidnapping-Flüge organisierte, wird von deutschen Ministerien weiter mit Millionenverträgen gepampert.

Das alles und noch viel mehr geschieht nicht nur auf deutschem Boden, sondern auch mit der Unterstützung der Bundesregierung. Denn Deutschland ist längst zum untrennbaren Bestandteil der US-Sicherheitsarchitektur geworden. Eines Systems, das sich öffentlicher Kontrolle entziehen will. Der amerikanische «Krieg gegen den Terror» beginnt direkt vor unseren Haustüren — und wird mit Mitteln geführt, die viele Menschen verabscheuen.

John Goetz und Christian Fuchs haben sich auf eine Reise zu den geheimen Kommandozentralen begeben und machten höchst beunruhigende

Entdeckungen. Außerdem starteten sie eine Art datenjournalistische Gegenspionage und versuchten das Treiben von Geheimdiensten und US-Militärs in Deutschland aufzuklären. An Orten, die niemand vermuten würde, fanden sie Datenspuren der heimlichen US-Aktivitäten und werteten sie aus. So ist dieses Buch auch ein Beispiel für modernen investigativen Journalismus.

[\[zur Inhaltsübersicht\]](#)

Impressum

Veröffentlicht im Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, November 2013

Copyright © 2013 by Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt, jede Verwertung bedarf der Genehmigung des Verlages

«Such nicht mehr, Frau: du wirst sie nicht mehr finden», aus: Bertolt Brecht, Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Band 12: Gedichte 2.

© Bertolt-Brecht-Erben/Suhrkamp Verlag 1988

Umschlaggestaltung Anzinger | Wüschner | Rasp, München

(Umschlagabbildung: Getty Images)

Schrift DejaVu Copyright © 2003 by Bitstream, Inc. All Rights Reserved.

Bitstream Vera is a trademark of Bitstream, Inc.

ISBN Printausgabe 978-3-498-02138-2 (1. Auflage)

ISBN E-Book 978-3-644-03091-6

www.rowohlt.de

Hinweis: Alle angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Printausgabe.

LOVELYBOOKS

Wie hat Ihnen das Buch «Geheimer Krieg» gefallen?

Schreiben Sie hier **Ihre Meinung** zum Buch

Stöbern Sie in Beiträgen von anderen Lesern

Der Social Reading Stream
Ein Service von **LOVELYBOOKS**
Rezensionen - Leserunden - Neuigkeiten

© aboutbooks GmbH

Die im Social Reading Stream
dargestellten Inhalte stammen von

Nutzern der Social Reading Funktion (User Generated Content).
Für die Nutzung des Social Reading Streams ist ein onlinefähiges
Lesegerät mit Webbrowser und eine bestehende Internetverbindung
notwendig.